

Frühjahr 2026

*Energiepreisschock
überlagert Fiskalimpuls –
Wachstumskräfte versiegen*

GEMEINSCHAFTS- DIAGNOSE #1-2026

Dienstleistungsauftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie

Der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose gehören an:

 **DIW** BERLIN

 ifo Institut

 **KIEL**
Institut

 **IWH**
Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

 **IWi**
Leibniz-Institut für
Wirtschaftsforschung

Dienstleistungsauftrag des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose gehören an:
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin)
www.diw.de



ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.
www.ifo.de

ifo Institut

in Kooperation mit:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)
www.wifo.ac.at

Kiel Institut für Weltwirtschaft
www.kielinstitut.de



Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
www.iwh-halle.de



RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
www.rwi-essen.de



in Kooperation mit:
Institut für Höhere Studien Wien (IHS)
www.ihs.ac.at

Impressum

Abgeschlossen in München am 26. März 2026
Herausgeber: Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose
Bezug: Kiel Institut für Weltwirtschaft, Kiellinie 66, 24105 Kiel
Bezugspreis: 10 Euro
Satz: New Communication GmbH & Co. KG
Alle Rechte vorbehalten

www.gemeinschaftsdiagnose.de

Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose legt hiermit ihre Analyse der Entwicklung der Weltwirtschaft und der deutschen Wirtschaft vor, die sie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erstellt hat. Die 152. Gemeinschaftsdiagnose mit dem Titel

Energiepreisschock überlagert Fiskalimpuls – Wachstumskräfte versiegen

enthält eine detaillierte Kurzfristprognose bis zum Jahr 2027 sowie eine mittelfristige Projektion der Wirtschaftsentwicklung bis zum Jahr 2030. Das Schwerpunktthema befasst sich mit den Ursachen der rückläufigen Arbeitszeit in Deutschland und den Folgen für das Potenzialwachstum in den kommenden Jahren.

Nach einem mehrjährigen Abschwung hat im Verlauf des vergangenen Jahres eine Erholung eingesetzt. Während die exportorientierte Industrie angesichts weiter abnehmender Wettbewerbsfähigkeit, hoher geopolitischer Unsicherheit und fortbestehender handelspolitischer Belastungen kaum Tritt fasste, wurde die Erholung maßgeblich von der Binnenwirtschaft getragen. Der Energiepreisschock, der durch den Iran-Krieg ausgelöst wurde, dämpft die Erholung, dürfte sie aber nicht vollständig zum Erliegen bringen. Dafür sorgt der erheblich expansive Kurs der Finanzpolitik, der vor allem Unternehmen der Verteidigungsindustrie und des Tiefbaus stützt. Im Großteil des Verarbeitenden Gewerbes bleibt die Lage jedoch erhalten.

Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr um 0,6 % und im Jahr 2027 um 0,9 % zunehmen, nachdem die Wirtschaftsleistung im Vorjahr mit einem Anstieg von 0,2 % kaum mehr als stagniert hat. Im Vergleich zum Herbstgutachten 2025 haben die Institute damit ihre Prognose für das laufende Jahr deutlich um 0,6 Prozentpunkte und für das kommende Jahr um 0,4 Prozentpunkte nach unten korrigiert.

Gespräche mit verschiedenen Institutionen haben im Vorfeld und während der Klausurtagung erneut sehr zum Gelingen der Gemeinschaftsdiagnose beigetragen. Hierfür danken wir allen Beteiligten aus den Bundesministerien, der Deutschen Bundesbank, der Europäischen Kommission, dem Arbeitskreis Bau- und Wohnungsprognostik und dem Statistischen Bundesamt.

Die Gemeinschaftsdiagnose wäre nicht möglich ohne ein großes Team aus den beteiligten Instituten. Unmittelbar an diesem Gutachten mitgewirkt haben:

Niklas Benner (RWI), Dr. Boris Blagov (RWI), Prof. Dr. Jens Boysen-Hogrefe (Kiel Institut), Nina Maria Brehl (DIW), Dr. Andreas Cors (IWH), Dr. Maximilian Dirks (RWI), Dr. Andrej Drygalla (IWH), Dr. Stefan Ederer (WIFO), Franziska Exß (IWH), Maximilian Fell (ifo), Dr. Ines Fortin (IHS), Friederike Fourné (ifo), Prof. Dr. Britta Gehrke (DIW), Dr. Klaus-Jürgen Gern (Kiel Institut), Dr. Christian Glocker (WIFO), Dr. Dominik Groll (Kiel Institut), Dr. Daniela Grozea-Helmenstein (IHS), Dr. Angelina Hackmann (DIW), Dr. Katja Heinisch (IWH), Prof. Dr. Julian Hinz (Kiel Institut), Emilie Höslinger (ifo), Timo Hoffmann (Kiel Institut), Dr. Niklas Isaak (RWI), Dr. Nils Jannsen (Kiel Institut), Dr. Robin Jessen (RWI), Martina Kämpfe (IWH), Dr. habil. Konstantin Kholodilin (DIW), Prof. Dr. Tobias Knedlik (IWH), Felicitas Koch (ifo), Dr. Sebastian Koch (IHS), Stefan Kotz (RWI), Boris Kozyrev (IWH), Clara Krause (RWI), Johanna Krohn (Kiel Institut), Max Lay (ifo), Dr. Robert Lehmann (ifo), Dr. Axel Lindner (IWH), Dr. Sebastian Link (ifo), Dr. Wan-Hsin Liu (Kiel Institut), Sukanya Mukherjee (IWH), Dr. Laura Pagenhardt (DIW), Jan Reents (Kiel Institut), Philip Schacht-Picozzi (RWI), Moritz Schasching (ifo), Dr. Jan-Christopher Scherer (DIW), Dr. Teresa Schildmann (DIW), Christian Schröder (Kiel Institut), Birgit Schultz (IWH), Dr. Hannah Magdalena Seidl (DIW), Dr. Ruben Staffa (DIW), Kristin Trautmann (DIW), PD Dr. Klaus Weyerstraß (IHS), Tiphaine Wibault (ifo), Jana Wittich (DIW), Gerome Wolf (ifo), Prof. Dr. Maik Wolters (Kiel Institut), Lara Zarges (ifo), Dr. Götz Zeddies (IWH).

Weitere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Institute trugen zum Gelingen bei. Hierfür danken wir herzlich. Für die Organisation der Gemeinschaftsdiagnose danken wir Dr. Christina Holland und Yvonne Maldener stellvertretend für alle beteiligten Kräfte des ifo Instituts. Für die Erstellung der Druckfassung danken wir Lisa Neumann stellvertretend für das Redaktionsteam des Kiel Instituts für Weltwirtschaft. Zur Erstellung des Gutachtens (Text, Coding, Hintergrundrecherchen) wurden KI-Dienste in Anspruch genommen.

München, den 26 März 2026

Prof. Dr. Timo Wollmershäuser
*ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
an der Universität München e.V.*

Dr. Geraldine Dany-Knedlik
Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW)

Prof. Dr. Oliver Holtemöller
Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)

Prof. Dr. Stefan Kooths
Kiel Institut für Weltwirtschaft

Prof. Dr. Torsten Schmidt
RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung

Kurzfassung	10
1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft	14
Überblick	14
US-Zollpolitik kommt nicht zur Ruhe	15
Technologiesektor als Konjunkturstütze	16
Geldpolitik reagiert auf höhere Energiepreise	16
Vielfach leicht expansive Finanzpolitik	16
Ausblick	17
Risiken	18
Konjunktur im Euroraum	23
EZB vor höheren Leitzinsen	23
Haushaltsdefizite bleiben hoch	25
Ausblick	28
2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft	30
Überblick	30
Risiken	36
Finanzierungsbedingungen verschlechtern sich	37
Finanzpolitik setzt kräftige Impulse	37
Die Entwicklung im Einzelnen	39
Energiepreisanstieg lastet auf Erholung der Produktion	39
Energiepreisschock verschlechtert Terms of Trade	41
Ausrüstungsinvestitionen vor mühsamer Erholung	44
Bau lässt Talsohle hinter sich	45
Kaufkraftverluste kosten privaten Konsum	46
Mehr Kredit, mehr Staatskonsum	48
Aufhellung am Arbeitsmarkt verzögert sich	48
Verlangsamte Verdienstzuwächse	49
Energiepreisschock entfacht vorübergehend Inflation	50
Sondervermögen und Verteidigungsausgaben sorgen für steigende Budgetdefizite	52
3. Potenzialschätzung und mittelfristige Projektion	56
Schätzung des Produktionspotenzials	56
Internationale Rahmenbedingungen für die mittelfristige Projektion	60
Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2030	60

4. Zur Wirtschaftspolitik	62
Preissignale auch in Energiekrisen wirken lassen	62
Vorgaben zum Energieverbrauch aufheben	63
Finanzpolitik neu justieren	64
Konzentration auf staatliche Kernaufgaben	65
Potenzialreserven heben	66
Reformblockaden überwinden	67
5. Sinkende Arbeitszeit in Deutschland: Bestandsaufnahme und Ursachenanalyse	68
Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitszeit	68
Geringe Arbeitszeit infolge hoher Teilzeitquoten in Deutschland	68
Deutschland mit markantem Rückgang der Arbeit in Vollzeit	69
Durchschnittliche Arbeitszeit variiert nach Wirtschaftsbereich	70
Altern der Bevölkerung lässt durchschnittliche Arbeitszeit sinken	71
Studien zu den Ursachen der sinkenden durchschnittlichen Arbeitszeit	72
Hohe Teilzeitquote	72
Institutionelle Rahmenbedingungen	72
Steigender Krankenstand	76
Sonstige Einflussfaktoren	77
Lebensarbeitszeit und Lebenserwartung	77
Kohortenspezifische Arbeitszeittrends in der Potenzialschätzung	79
Fazit	80
Anhang: Hauptaggregate der Sektoren	82
Anhang: VGR-Tabellen	85

Verzeichnis der Abbildungen

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

Abbildung 1.1	Welthandel und Weltindustrieproduktion.....	14
Abbildung 1.2	Prognoserevision.....	18
Abbildung 1.3	Gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt.....	19
Abbildung 1.4	Szenarien für die Energiepreisentwicklung.....	21
Abbildung 1.5	Effekte eines Energiepreisanstiegs.....	22
Abbildung 1.6	Bruttoinlandsprodukt.....	23
Abbildung 1.7	Zur monetären Lage im Euroraum.....	24
Abbildung 1.8	NextGenerationEU.....	25
Abbildung 1.9	Energiepreisschocks und Geldpolitik.....	27

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

Abbildung 2.1	Wichtige Indikatoren für die deutsche Wirtschaft.....	31
Abbildung 2.2	Bruttoinlandsprodukt.....	32
Abbildung 2.3	Produktion und Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe.....	40
Abbildung 2.4	Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen.....	42
Abbildung 2.5	Exporte.....	43
Abbildung 2.6	Importe.....	43
Abbildung 2.7	Unternehmensunsicherheit.....	44
Abbildung 2.8	Investitionen in Ausrüstungen.....	45
Abbildung 2.9	Wohnungsbau: Neukreditvolumen und Effektivzinssatz.....	46
Abbildung 2.10	Bauinvestitionen.....	47
Abbildung 2.11	Konsumausgaben der privaten Haushalte.....	47
Abbildung 2.12	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Verarbeitenden Gewerbe.....	48
Abbildung 2.13	Erwerbstätige.....	49
Abbildung 2.14	Arbeitslose.....	49
Abbildung 2.15	Verbraucherpreise.....	51
Abbildung 2.16	Verbraucherpreise ohne Energie.....	51
Abbildung 2.17	Struktureller Primärsaldo.....	54

3. Potenzialschätzung und mittelfristige Projektion

Abbildung 3.1	Komponenten der Veränderung des Arbeitsvolumens nach modifizierter EU-Methode (MODEM).....	57
Abbildung 3.2	Komponenten der Veränderung des Produktionspotenzials nach modifizierter EU-Methode (MODEM).....	58
Abbildung 3.3	Produktionslücke nach EU- und nach modifizierter EU-Methode (MODEM).....	59

4. Zur Wirtschaftspolitik

Abbildung 4.1	Energieeffizienz.....	63
Abbildung 4.2	Staatsquoten.....	64
Abbildung 4.3	Bruttoschulden und Finanzierungsdefizit des Staates.....	66

5. Sinkende Arbeitszeit in Deutschland: Bestandsaufnahme und Ursachenanalyse

Abbildung 5.1	Durchschnittliche Arbeitszeit in OECD-Ländern.....	68
Abbildung 5.2	Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Deutschland und der EU.....	69
Abbildung 5.3	Teilzeitquoten in Deutschland und der EU.....	69
Abbildung 5.4	Gründe für Teilzeitarbeit in Deutschland und der EU.....	70
Abbildung 5.5	Partizipationsquote in Deutschland und der EU.....	70
Abbildung 5.6	Kompositionseffekte bei der Arbeitszeit je Erwerbstätigen.....	71
Abbildung 5.7	Komponentenzerlegung der durchschnittlichen Arbeitszeit je Arbeitnehmer.....	72
Abbildung 5.8	Durchschnittliche Arbeitszeit nach Wirtschaftsbereichen.....	73
Abbildung 5.9	Beiträge der Alterskohorten zum Arbeitsvolumen.....	73
Abbildung 5.10	Lebenserwartung und Lebensarbeitszeit.....	78
Abbildung 5.11	Arbeitszeittrends auf Basis verschiedener Modelle.....	79

Verzeichnis der Tabellen

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

Tabelle 1.1	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt.....	17
Tabelle 1.2	Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte in ausgewählten Ländern des Euroraums.....	25
Tabelle 1.3	Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum.....	28
Tabelle 1.4	Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Europäischen Union.....	29

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

Tabelle 2.1	Eckdaten der Prognose für Deutschland.....	30
Tabelle 2.2	Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts.....	32
Tabelle 2.3	Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts.....	33
Tabelle 2.4	Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts.....	33
Tabelle 2.5	Prognose für das Jahr 2025 und tatsächliche Entwicklung.....	34
Tabelle 2.6	Zerlegung des Prognosefehlers des Herbstgutachtens für das Jahr 2025.....	35
Tabelle 2.7	Kategoriale Gliederung finanzpolitischer Maßnahmen.....	37
Tabelle 2.8	Finanzpolitische Maßnahmen.....	38
Tabelle 2.9	Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen.....	40
Tabelle 2.10	Indikatoren zur Außenwirtschaft.....	44
Tabelle 2.11	Bauinvestitionen.....	46
Tabelle 2.12	Arbeitsmarktbilanz.....	50
Tabelle 2.13	Zur Entwicklung der Löhne.....	50
Tabelle 2.14	Annahmen der Prognose.....	50
Tabelle 2.15	Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren.....	52
Tabelle 2.16	Nettoprimärausgaben.....	53
Tabelle 2.17	Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates.....	54

3. Potenzialschätzung und mittelfristige Projektion

Tabelle 3.1	Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode und modifizierter EU-Methode (MODEM).....	58
Tabelle 3.2	Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum.....	60
Tabelle 3.3	Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts.....	61

5. Sinkende Arbeitszeit in Deutschland:

Bestandsaufnahme und Ursachenanalyse

Tabelle 5.1	Studien zu den Ursachen sinkender durchschnittlicher Arbeitszeiten je Erwerbstätigen.....	74
Tabelle 5.2	Prognosegüte der Modelle.....	80
Tabelle 5.3	Evaluation der Trendrevisionen.....	81

Anhang: Hauptaggregate der Sektoren

Anhang: VGR-Tabellen

Verzeichnis der Kästen

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

Kasten 1.1	Zu den Auswirkungen höherer Energiepreise infolge des Iran-Krieges.....	20
Kasten 1.2	Energiepreise, Inflation und Zinsen: Geldpolitische Reaktionen auf Energiepreisschocks im historischen Vergleich.....	26

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

Kasten 2.1	Prognoseevaluation für das Jahr 2025.....	34
------------	---	----

5. Sinkende Arbeitszeit in Deutschland:

Bestandsaufnahme und Ursachenanalyse

Kasten 5.1	Datengrundlagen der Arbeitszeit in Deutschland.....	71
Kasten 5.2	Spezifikation und Evaluation des Alterskohortenmodells für die Arbeitszeit.....	80

Energiepreisschock überlagert Fiskalimpuls – Wachstumskräfte versiegen

Nach einem mehrjährigen Abschwung hat in Deutschland im Verlauf des vergangenen Jahres eine Erholung eingesetzt. Die Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten ging allmählich zurück, und die Auftragslage im Produzierenden Gewerbe verbesserte sich. Die konjunkturelle Wende nahm einen für die deutsche Wirtschaft untypischen Verlauf. Während die exportorientierte Industrie angesichts weiter abnehmender Wettbewerbsfähigkeit, hoher geopolitischer Unsicherheit und fortbestehender handelspolitischer Belastungen kaum Tritt fasste, wurde die Erholung maßgeblich von der Binnenwirtschaft getragen. Schub entwickelte der private Konsum, gestützt von kräftigen Einkommenszuwächsen und rückläufiger Inflation. Im vierten Quartal setzten zudem die Investitions- und Konsumausgaben des Staates deutliche Impulse. Dementsprechend hat sich die Auftragslage bislang vor allem bei Unternehmen in Wirtschaftsbereichen verbessert, die unmittelbar von höheren Rüstungs- und Infrastrukturausgaben profitieren.

Der Energiepreisschock, der durch den Iran-Krieg ausgelöst wurde, wird die Inflationsrate im zweiten Quartal 2026 auf 2,9 % steigen lassen und den privaten Haushalten Kaufkraft entziehen. Zwar wird in dieser Prognose unterstellt, dass die Energiepreise allmählich wieder sinken. Da sie aber längere Zeit spürbar höher liegen werden als vor Ausbruch des Krieges, werden die Unternehmen die gestiegenen Energiekosten weitergeben. Im Jahresdurchschnitt wird die Inflationsrate voraussichtlich bei 2,8 % im Jahr 2026 und bei 2,9 % im Jahr 2027 liegen. Während im laufenden Jahr der Anstieg der Energiepreise die Inflation dominiert, macht sich im kommenden Jahr vor allem die verzögerte Weitergabe der höheren Energiekosten in der Kerninflation bemerkbar. Der Anstieg der Verbraucherpreise ohne Energie wird von durchschnittlich 2,4 % im Jahr 2026 auf 2,8 % im Jahr 2027 steigen.

Insgesamt dürfte der Energiepreisschock die Erholung in Deutschland dämpfen, sie aber nicht vollständig zum Erliegen bringen. Dafür sorgt der erheblich expansive Kurs der Finanzpolitik. Zwar werden in der vorliegenden Prognose keine Maßnahmen zur Kompensation des Kaufkraftentzugs, wie etwa ein Tankrabbat, unterstellt. Aber die kräftige Ausweitung der Neuverschuldung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz erhöht die Staatsausgaben und stützt vor allem Unternehmen der Verteidigungsindustrie und des Tiefbaus. Im Großteil des Verarbeitenden Gewerbes bleibt die Lage dennoch verhalten. Zwar mehren sich die Hinweise darauf, dass die Exporte ihre Talsohle durchschreiten und sich im Jahresverlauf etwas festigen. Gleichwohl gehen vom Auslandsgeschäft vorerst nur geringe Impulse aus. So lasten neben der US-Zollpolitik auch die gestiegenen Energiepreise und die damit verbundene Unsicherheit auf den deutschen Ausfuhren. Daher werden sich die inländischen Unternehmensinvestitionen wohl nur allmählich erholen. Zusätzlich werden sie, wie auch die Wohnbauinvestitionen, durch die strafferen Finanzierungsbedingungen gebremst.

Alles in allem dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2026 um 0,6 % und im Jahr 2027 um 0,9 % zunehmen, nachdem die Wirtschaftsleistung im Vorjahr mit einem Anstieg von 0,2 % kaum mehr als stagniert hat. Dabei wird der Anstieg der Wirtschaftsleistung im laufenden und im kommenden Jahr durch die hohe Anzahl an Arbeitstagen um 0,2 bzw. 0,1 Prozentpunkte überzeichnet. Im Vergleich zum Herbstgutachten 2025 haben die Institute damit ihre Prognose für das laufende Jahr deutlich um 0,6 Prozentpunkte und für das kommende Jahr um 0,4 Prozentpunkte nach unten revidiert.

Die **Weltwirtschaft** wird im Frühjahr 2026 von einem kräftigen **Energiepreisschock** getroffen. Der militärische Konflikt im Persischen Golf hat mit der Straße von Hormus einen der zentralen Transportkorridore der globalen Energieversorgung weitgehend blockiert. Da in dieser Region jeweils rund ein Fünftel der weltweiten Rohölförderung und LNG-Produktion konzentriert ist, haben die eingeschränkten Transportkapazitäten zu einem deutlichen Anstieg der Energiepreise und zu erhöhter Volatilität an Rohstoff- und Finanzmärkten geführt. Der Preis von Erdöl der Sorte Brent übersprang die 100-US-Dollar-Marke; im Januar hatte er noch bei 65 US-Dollar gelegen. Gleichzeitig verdoppelte sich der Gaspreis in Europa (Dutch TTF) zwischenzeitlich auf 60 Euro je MWh. Die Institute gehen in ihrer Prognose davon aus, dass die Straße von Hormus im Lauf des zweiten Quartals wieder voll passierbar wird und dass im zweiten Halbjahr die Exporte von Öl und Flüssiggas aus der Region nach und nach wieder an das Vorkriegsniveau herankommen. Im Einklang mit den Terminmarktnotierungen wird unterstellt, dass die Energiepreise zwar ab dem Sommer wieder sinken, aber am Ende des Prognosezeitraums noch spürbar höher liegen als vor Ausbruch des Krieges.

Unter solchen Bedingungen sind die Auswirkungen des Konflikts auf die weltweite Teuerung zwar deutlich spürbar, aber nicht drastisch, und der **Dämpfer für die weltweite Produktion** ist begrenzt und vorübergehend. Ab dem zweiten Halbjahr 2026 dürfte das Expansionstempo wieder zunehmen, auch weil der Energiepreisschock auf eine Weltwirtschaft trifft, die sich in den vergangenen Jahren als bemerkenswert robust erwiesen hat. So expandierte trotz deutlich erhöhter US-Zölle die globale Produktion im Jahr 2025 mit nahezu unverändertem Tempo. Dazu trugen auch Impulse aus dem Technologiesektor bei, welcher sich zunehmend als zentraler Treiber der Weltkonjunktur erweist. Davon profitieren neben den USA die fortgeschrittenen asiatischen Volkswirtschaften, insbesondere Taiwan und Südkorea. Da zugleich die Finanzpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften überwiegend leicht expansiv ausgerichtet ist, sind die Voraussetzungen für eine Fortsetzung der robusten weltwirtschaftlichen Expansion weiterhin gegeben.

Alles in allem erwarten die Institute Zuwachsraten der **Weltproduktion** von jeweils 2,5% in den Jahren 2026 und 2027. Der Krieg im Nahen Osten wird die wirtschaftliche Aktivität dabei vor allem in der ersten Jahreshälfte 2026 belasten. Das Jahresergebnis dürfte dadurch um etwa 0,3 Prozentpunkte gedrückt werden. Damit revidieren die Institute ihre Prognose gegenüber dem Herbst 2025 trotz der neuen Belastungen durch den Energiepreisanstieg für das Jahr 2026 um 0,2 Prozentpunkte nach oben. Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die US-Zollpolitik die Weltwirtschaft weniger belastet als im Herbst erwartet, was sich auch in der höheren Zuwachsrate der Weltproduktion im Jahr 2025 äußert. Insbesondere in den USA fallen die dämpfenden Effekte offensichtlich geringer aus.

Nach einem mehrjährigen Abschwung hat in **Deutschland** im Verlauf des vergangenen Jahres eine Erholung eingesetzt. Die Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten ging allmählich zurück, und die Auftragslage im Produzierenden Gewerbe verbesserte sich. Die konjunkturelle Wende nahm einen für die deutsche Wirtschaft untypischen Verlauf. Während die exportorientierte Industrie angesichts weiter abnehmender Wettbewerbsfähigkeit, hoher geopolitischer Unsicherheit und fortbestehender handelspolitischer Belastungen kaum Tritt fasste, wurde die Erholung maßgeblich von der Binnenwirtschaft getragen. Schub entwickelte der private Konsum, gestützt von kräftigen Einkommenszuwächsen und rückläufiger Inflation. Im vierten Quartal setzten zudem die Investitions- und Konsumausgaben des Staates deutliche Impulse. Dementsprechend hat sich die Auftragslage bislang vor allem bei Unternehmen in Wirtschaftsbereichen verbessert, die unmittelbar von höheren Rüstungs- und Infrastrukturausgaben profitieren.

Der **Energiepreisschock**, der durch den Iran-Krieg ausgelöst wurde, wird die Inflationsrate im zweiten Quartal 2026 auf 2,9 % steigen lassen und den privaten Haushalten Kaufkraft entziehen. Zwar wird in dieser Prognose unterstellt, dass die Energiepreise allmählich wieder sinken. Da sie aber längere Zeit spürbar höher liegen werden als vor Ausbruch des Krieges, werden die Unternehmen die gestiegenen Energiekosten weitergeben. Im Jahresdurchschnitt wird die Inflationsrate voraussichtlich 2,8 % im Jahr 2026 und 2,9 % im Jahr 2027 betragen. Während im laufenden Jahr der Anstieg der Energiepreise die Inflation dominiert, macht sich im kommenden Jahr vor allem die verzögerte Weitergabe der höheren Energiekosten in der Kerninflation bemerkbar. Der Anstieg der Verbraucherpreise ohne Energie wird von durchschnittlich 2,4 % im Jahr 2026 auf 2,8 % im Jahr 2027 steigen.

Insgesamt wird der Energiepreisschock die Erholung in Deutschland dämpfen, dürfte sie aber nicht vollständig zum Erliegen bringen. Dafür sorgt der erheblich **expansive Kurs der Finanzpolitik**. Zwar werden in der vorliegenden Prognose keine Maßnahmen zur Kompensation des Kaufkraftentzugs, wie etwa ein Tankrabatt, unterstellt. Aber die kräftige Ausweitung der Neuverschuldung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz erhöht die Staatsausgaben und stützt vor allem Unternehmen der Verteidigungsindustrie und des Tiefbaus. Im Großteil des Verarbeitenden Gewerbes bleibt die Lage dennoch verhalten. Zwar mehren sich die Hinweise darauf, dass die Exporte ihre Talsohle durchschreiten und sich im Jahresverlauf etwas festigen. Gleichwohl gehen vom Auslandsgeschäft vorerst nur geringe Impulse aus. So lasten neben der US-Zollpolitik auch die gestiegenen Energiepreise und die damit verbundene Unsicherheit auf den deutschen Ausfuhren. Daher werden sich die inländischen Unternehmensinvestitionen wohl nur allmählich erholen. Zusätzlich werden sie, wie auch die Wohnbauinvestitionen, durch die strafferen Finanzierungsbedingungen gebremst.

Alles in allem dürfte das preisbereinigte **Bruttoinlandsprodukt** in Deutschland im Jahr 2026 um 0,6 % und im Jahr 2027 um 0,9 % zunehmen, nachdem die Wirtschaftsleistung im Vorjahr mit einem Anstieg von 0,2 % kaum mehr als stagniert hat. Dabei wird der Anstieg der Wirtschaftsleistung im laufenden und im kommenden Jahr durch die höhere Anzahl an Arbeitstagen um 0,2 bzw. 0,1 Prozentpunkte überzeichnet. Im Vergleich zum Herbstgutachten 2025 haben die Institute damit ihre Prognose für das laufende Jahr deutlich um 0,6 Prozentpunkte und für das kommende Jahr um 0,4 Prozentpunkte nach unten revidiert.

Dazu tragen einerseits die dämpfenden Effekte durch die höheren Energiepreise bei. Insgesamt dürfte der dieser Prognose zugrunde gelegte Energiepreisschock den Anstieg der Wirtschaftsleistung in diesem und im kommenden Jahr um jeweils etwa 0,3 Prozentpunkte senken. Andererseits kommt darin auch eine Neubewertung **struktureller Faktoren** zum Ausdruck, die zu einer als schwächer eingeschätzten industriellen Dynamik führt. Vor allem deshalb liegen in der vorliegenden Prognose die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes, die Warenexporte und die Unternehmensinvestitionen spürbar niedriger als noch im Herbst veranschlagt. Stärker als im Herbstgutachten wird hingegen der expansive Fiskalimpuls insbesondere im Jahr 2027 eingeschätzt, da von einem verstärkten Mittelabfluss aus den Sondervermögen und von geringeren Konsolidierungsbemühungen ausgegangen wird. Dies erhöht für sich genommen den Anstieg der Wirtschaftsleistung im kommenden Jahr. Unter dem Strich setzt sich zwar die gesamtwirtschaftliche Erholung nach einem Dämpfer im ersten Halbjahr fort. Im Vergleich zum Herbstgutachten ist das Tempo der Erholung allerdings spürbar gedrosselt.

Durch den expansiven Kurs der **Finanzpolitik** erhöht sich der Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte von 2,7 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2025 auf 3,7 % im Jahr 2026 und 4,2 % im Jahr 2027. Der Bruttoschuldenstand steigt im selben Zeitraum von 63,6 % auf 67,2 % der Wirtschaftsleistung.

Am **Arbeitsmarkt** überlagern sich weiterhin konjunkturelle und strukturelle Faktoren. Die gesamtwirtschaftliche Erholung dürfte erst mit Verzögerung im kommenden Jahr sichtbar werden. Die Institute erwarten daher einen erneuten Rückgang der Erwerbstätigkeit im laufenden Jahr um jahresdurchschnittlich 100 000 Personen, gefolgt von einem Anstieg im Jahr 2027 um 42 000 Personen. Umgekehrt nimmt die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2026 um 54 000 zu und sinkt im folgenden Jahr um 66 000 Personen. Die Arbeitslosenquote steigt der Prognose zufolge im laufenden Jahr auf 6,4 %, bevor sie im kommenden Jahr auf 6,2 % zurückgeht.

Das **Potenzialwachstum** kommt mittelfristig zum Erliegen. Durch die demografisch bedingte Verknappung des Arbeitskräfteangebots und den nur schwachen Anstieg des Trends der Arbeitsproduktivität wird die Potenzialrate von derzeit schätzungsweise 0,2 % bis zum Ende der Jahrzehnts auf 0,0 % sinken. Vor diesem Hintergrund dürften die Expansionsspielräume mit steigender Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten im Jahr 2027 bereits ausgeschöpft sein.

Das Schwerpunktthema befasst sich mit den Ursachen der **rückläufigen Arbeitszeit je Erwerbstätigen** und den Folgen für das Potenzialwachstum in den kommenden Jahren. Deutschland weist im internationalen Vergleich eine niedrige durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen auf. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die hohe Teilzeitquote. Diese geht mit einer hohen Arbeitsmarktpartizipation von Gruppen einher, die überdurchschnittlich häufig in Teilzeit arbeiten. Neben Frauen reduzieren zunehmend auch Männer ihre Arbeitszeit aus familiären Gründen. Hinzu kommen strukturelle Verschiebungen am Arbeitsmarkt, insbesondere ein Beschäftigungsaufbau in Bereichen mit unterdurchschnittlichen Arbeitszeiten, etwa im Gesundheits- und Sozialwesen, sowie ein Beschäftigungsrückgang in der Industrie, die durch überdurchschnittliche Arbeitszeiten gekennzeichnet ist. Schließlich machen sich auch die Folgen des demografischen Wandels bemerkbar. Nicht zuletzt in Folge von Rentenreformen ist die Lebensarbeitszeit in den vergangenen Jahrzehnten stärker gestiegen als in anderen Ländern. Eine zunehmende Arbeitsmarktbeteiligung der älteren Jahrgänge mit unterdurchschnittlichen Wochenarbeitszeiten lässt die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen sinken. Mit Blick auf die kommenden Jahre dürfte der demografische Wandel das Arbeitsvolumen weiter verringern und damit das Wachstum des Produktionspotenzials merklich dämpfen. Dabei werden sich die Triebkräfte verschieben. Während sich der in den vergangenen Jahrzehnten bedeutsame Effekt zunehmender Arbeitsmarktpartizipation von Frauen an Bedeutung verloren hat, schlägt das zunehmende Gewicht älterer Arbeitskräfte an der gesamten Arbeitsleistung stärker zu Buche.

Die größten **Risiken** für die vorliegende Prognose ergeben sich aus dem weiteren Verlauf des Iran-Krieges. In diesem Gutachten wird angenommen, dass sich die unmittelbaren konjunkturellen Auswirkungen des Krieges zunächst vor allem in Form höherer **Energiepreise** bemerkbar machen. Dabei werden die Markterwartungen vom 20. März 2026 für den Verlauf der Energiepreise zugrunde gelegt. Die vergangenen Wochen haben jedoch gezeigt, dass einzelne Kriegsereignisse sowohl die Kassa- als auch die Terminkurse stark beeinflussen. Entsprechend können die konjunkturellen Folgen des Energiepreisschocks abhängig vom Kriegsverlauf mehr oder weniger stark ausfal-

len. Einem in diesem Gutachten simulierten Alternativszenario zufolge könnten spürbar höhere Energiepreise den Anstieg der Wirtschaftsleistung in Deutschland in diesem und im kommenden Jahr zusätzlich um 0,2 bzw. 0,3 Prozentpunkte dämpfen. Dabei könnten die realwirtschaftlichen Folgen noch größer werden, wenn sich der Konflikt im Nahen Osten – anderes als in diesen Modellsimulationen unterstellt – auf weitere Länder ausweitet oder die Finanzmärkte stärker in Mitleidenschaft zieht. Neben höheren Energiepreisen besteht bei einer weiteren Zuspitzung des Konflikts und einer längeren Sperrung der Straße von Hormus das Risiko, dass auch Lieferkettenprobleme und damit verbundene Produktionsbehinderungen in Deutschland auftreten.

Zudem gibt es bei der vorliegenden Prognose weiterhin erhebliche Unsicherheiten über die **Auswirkungen des Strukturwandels**, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe. Die Bruttowertschöpfung, die Produktion, die Exporte, die Investitionen und die Beschäftigung des einstigen Konjunkturmotors waren in den vergangenen Jahren rückläufig. Dabei ist unklar, welchen Anteil daran vorübergehend-konjunkturelle und welchen dauerhaft-strukturelle Faktoren haben. In der vorliegenden Prognose wird zwar von einer Expansion der industriellen Aktivität spätestens ab der Jahresmitte 2026 ausgegangen. Einem kräftigen Anziehen, wie es in früheren gesamtwirtschaftlichen Erholungsphasen zu beobachten war, steht jedoch die spürbar gesunkene Wettbewerbsfähigkeit entgegen. Daher dürfte ein Teil der Produktionskapazitäten in den vergangenen Jahren obsolet geworden sein. Die Erholungsspielräume der Industrie könnten jedoch auch viel größer ausfallen, falls der Rückgang der Produktionskapazitäten überschätzt wurde. Entsprechend könnte eine Normalisierung des Auslastungsgrades mit einem kräftigeren Anziehen der industriellen Aktivität einhergehen.

Die **Wirtschaftspolitik** ist in der gegenwärtigen Lage doppelt gefordert: Während mit Blick auf die Wachstumsschwäche schon seit Jahren akuter Handlungsbedarf besteht, gilt es zugleich, der Versuchung zu widerstehen, auf die akuten Energiepreisspitzen mit interventionistischem Aktionismus zu reagieren. Ein Tankrabatt senkt zwar zunächst den inländischen Endpreis für Kraftstoffe, in dem Maße wie er an die Verbraucher weitergegeben wird. Dadurch wird jedoch das Preissignal verzerrt, sodass notwendige Nachfragereduktionen ausbleiben. In der Folge steigt die globale Nachfrage nach Erdöl, was die Weltmarktpreise zusätzlich erhöht. Insgesamt werden damit die Anreize zur Einsparung fossiler Energieträger reduziert und der staatliche finanzielle Aufwand käme im Ergebnis auch kurzfristig nicht den inländischen Verbrauchern zugute, sondern nicht zuletzt den auswärtigen Lieferanten zugute. Je größer der Anteil eines Landes an der Nachfrage auf den jeweiligen Weltmärkten ist, desto bedeutsamer

wird dieser Effekt. Daher sollten derartige Eingriffe möglichst EU-weit unterbleiben. Sozialpolitisch motivierte Hilfen zur Abfederung höherer Energiekosten erfolgen am besten in Form von nicht zweckgebundenen Transfers. Beispielsweise könnte von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, die Regelsätze der Grundsicherung unterjährig an höhere Lebenshaltungskosten anzupassen. In der **Wachstumspolitik** sollte es darum gehen, regulatorisch bedingte Bremsen für freiwillige ökonomische Aktivität konsequent zu lösen, um Potenzialreserven zu heben. Dies gilt für alle potenzialrelevanten Faktoren und damit neben den Investitions- und Innovationsbedingungen nicht zuletzt mit Blick auf die Arbeitsanreize.

1. Lage und Prognose der Weltwirtschaft

Überblick

Die Weltwirtschaft wird im Frühjahr 2026 von einem kräftigen Energiepreisschock getroffen. Der militärische Konflikt im Persischen Golf hat einen der zentralen Transportkorridore der globalen Energieversorgung, die Straße von Hormus, weitgehend blockiert. Da in dieser Region jeweils rund ein Fünftel der weltweiten Rohölförderung und LNG-Produktion konzentriert ist, haben die eingeschränkten Transportkapazitäten zu einem deutlichen Anstieg der Energiepreise und zu erhöhter Volatilität an Rohstoff- und Finanzmärkten geführt. Der Preis von Erdöl der Sorte Brent übersprang die 100-US-Dollar-Marke; im Januar hatte er noch bei 65 US-Dollar gelegen. Gleichzeitig verdoppelte sich der Gaspreis in Europa (Dutch TTF) zwischenzeitlich auf 60 Euro je MWh. Seit Beginn des Konflikts sind zudem die Bewertungen auf den Aktienmärkten deutlich zurückgegangen, insbesondere in den energieimportabhängigen fortgeschrittenen Volkswirtschaften Europas und Asiens. Auch die Währungen dieser Länder werteten im März gegenüber dem US-Dollar ab.

Die Institute unterstellen, dass sich die Versorgung der Weltwirtschaft mit Energieträgern aus dem Persischen Golf im Verlauf des zweiten Quartals wieder weitestgehend normalisiert (Kasten 1.1, Seite 20). Dementspre-

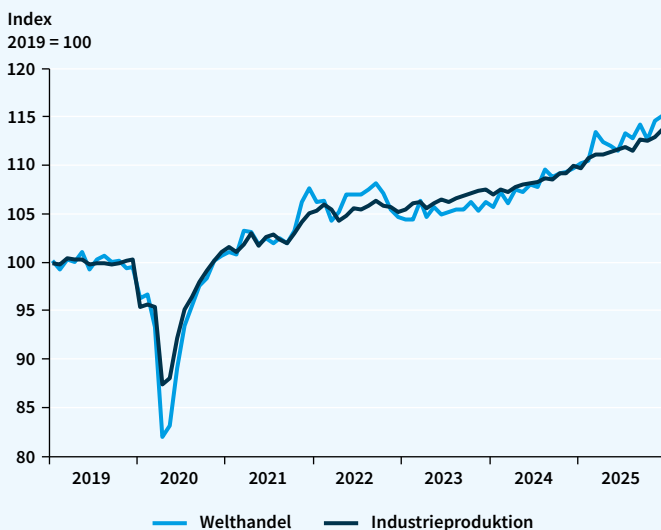
chend bremsen die Folgen des Iran-Krieges das weltwirtschaftliche Expansionstempo vorübergehend. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte es aber wieder zunehmen, auch weil der Energiepreisschock eine Weltwirtschaft trifft, die sich in den vergangenen Jahren als bemerkenswert robust erwiesen hat. So expandierte trotz deutlich erhöhter US-Zölle die globale Produktion im Jahr 2025 mit nahezu unverändertem Tempo. Auch der weltweite Warenhandel nahm mit 4,4 % sehr kräftig zu (Abbildung 1.1, Seite 14). Im vierten Quartal nahm die Weltproduktion zwar verlangsamt zu, dies resultierte aber im Wesentlichen aus dem temporären Ausfall staatlicher Aktivität in den USA infolge eines politischen Konflikts über das Budget.

Insgesamt nahm das Bruttoinlandsprodukt in den USA im Jahr 2025 mit 2,2 % etwas stärker zu als noch von vielen im Herbst erwartet. Gleichwohl war dies der schwächste Zuwachs seit dem Jahr 2020. Im vierten Quartal wurde die gesamtwirtschaftliche Produktion durch den deutlichen Rückgang des Staatskonsums gedrückt und legte nur um 0,2 % zu. Sowohl der Konsum der privaten Haushalte als auch die privaten Bruttoanlageinvestitionen expandierten dagegen spürbar. Trotzdem ist die in Umfragen ermittelte Konsumentenstimmung nur mäßig. Zum einen wird immer noch die Teuerung beklagt, welche im Kern gemäß dem Deflator für den privaten Konsum zuletzt bei gut 3 %, nach dem Verbraucherpreisindex allerdings nur bei 2 ½ % lag. Zum anderen legt die Beschäftigung seit vergangenem Sommer nicht mehr zu, im Februar ging sie gegenüber dem Vormonat sogar um 92 000 Personen zurück. Hier dürfte sich die Migrationspolitik der Regierung niederschlagen: Schätzungen der Brookings Institution zufolge gab es im Jahr 2025 keine Nettozuwanderung mehr, nachdem sie im Vorjahr noch 2 Millionen Personen betragen hatte.¹ Es wird aber auch diskutiert, ob die Implementierung von Künstlicher Intelligenz (KI) in die Produktionsprozesse schon negativ auf die Arbeitsnachfrage durchschlägt. Freilich ist die Arbeitslosenquote mit 4,3 % im langjährigen Vergleich weiterhin niedrig.

Im Euroraum setzte sich die Erholung fort. In den vergangenen Jahren war die Entwicklung stark von der schwachen deutschen Konjunktur und Sondereffekten in Irland geprägt. Ohne beide Länder ergibt sich das Bild einer stetigen Aufwärtsentwicklung seit zwei Jahren.

Abbildung 1.1

Welthandel und Weltindustrieproduktion



Quellen: CPB; Macrobond; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

¹ *Brookings Institution*, Macroeconomic implications of immigration flows in 2025 and 2026: January 2026 update, 2026.

In China haben insbesondere die Exporte im Jahr 2025 deutlich zugenommen, in US-Dollar gerechnet um 5½ %. Die Importe haben dagegen stagniert, nicht zuletzt wegen der weiter schwächelnden Binnenwirtschaft. In der Folge hat der Handelsbilanzüberschuss nach chinesischer Zollstatistik im Jahr 2025 auf etwa 6 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zugelegt. Absolut ist er damit mehr als fünfmal so hoch wie der Deutschlands. Gründe für den steigenden Überschuss sind nicht nur eine zunehmende technologische, sondern auch eine deutlich verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit.² Gemessen an den CPB-Exportpreisindizes erhöhte sie sich seit dem Jahr 2021 insgesamt um 12 % und gegenüber dem Euroraum sogar um 36 %. Dazu trägt maßgeblich die schwache Inlandsnachfrage in China bei, die das gesamtwirtschaftliche Preisniveau sinken lässt. Die Konsumnachfrage bleibt zaghaft, nicht zuletzt wegen der andauernden Immobilienkrise, mit seit Jahren sinkenden Bauleistungen und fallenden Immobilienpreisen. In letzter Zeit versucht die Politik, den vom intensiven innerchinesischen Wettbewerb verursachten Hang des Verarbeitenden Gewerbes zur Überinvestition (involution) zu unterbinden, was ebenfalls die Inlandsnachfrage reduziert. Dennoch hat im vierten Quartal, getragen von den Exporten, die gesamtwirtschaftliche Produktion mit 1,2 % sogar noch etwas stärker als zuvor expandiert, sodass nach offiziellen Zahlen das politische Ziel eines Wirtschaftswachstums von 5 % im Jahr 2025 wieder einmal genau getroffen wurde.

US-Zollpolitik kommt nicht zur Ruhe

Die deutlichen Exportzuwächse Chinas sind auch vor dem Hintergrund der erratischen US-Zollpolitik bemerkenswert. Diese kommt auch im Jahr 2026 nicht zur Ruhe. Der amerikanische Supreme Court erklärte am 20. Februar einen Großteil der Zollerhebungen der Trump-Administration als verfassungswidrig und damit nichtig, weil das Recht auf Erhebung von Zöllen als einer spezifischen Steuerart dem Kongress und nicht dem Präsidenten zustehe.³ Ein weiteres Gerichtsurteil bestätigte zudem den Anspruch der Unternehmen auf Rückerstattung der bislang zu Unrecht gezahlten Zölle.

Die Regierung reagierte umgehend mit der Einführung pauschaler Zölle in Höhe von 10 % auf Basis des Trade Act aus dem Jahr 1974. Eine Erhöhung auf 15 % wurde vom US-Präsidenten ins Gespräch gebracht. Allerdings ist auch die neue Rechtsgrundlage umstritten und erlaubt lediglich temporäre Zollerhebungen für die Dauer von maximal 150 Tagen, also bis zum 24. Juli 2026.⁴ Es ist daher zu er-

warten, dass die Administration in diesem Zeitraum versuchen wird, alternative juristische Begründungen für neue Zollmaßnahmen zu entwickeln, etwa unter Berufung auf Gutachten, die einzelnen Ländern unfaire Handelspraktiken attestieren.

Die Institute gehen davon aus, dass der derzeitige effektive US-Importzollsatz in etwa bestehen bleiben wird. Hoch bleibt jedenfalls die handelspolitische Unsicherheit. Derzeit liegt der effektive Zollsatz um 3 Prozentpunkte unter dem Niveau vor dem Gerichtsurteil. Damit profitieren vor allem Exportländer, die bislang besonders stark belastet waren, wie China und Brasilien, während etwa Großbritannien, das im Rahmen des bisherigen Regimes eine günstigere Vereinbarung abschließen konnte, verliert.

Die bislang starke Differenzierung der Zollsätze nach Produkttyp und Herkunftsland hat die negativen Effekte auf den Außenhandel der USA spürbar abgefedert. Sie eröffnete Unternehmen die Möglichkeit, höhere Abgaben durch Ausweichstrategien, etwa über Importe aus Drittländern mit geringerer Zollbelastung, zu umgehen, was die Handelsstatistiken vermutlich teilweise aufgebläht hat. Insgesamt liegt der effektive durchschnittliche Zollsatz, berechnet als Verhältnis der Zolleinnahmen zum Gesamtwert der US-Importe, im Schlussquartal 2025 mit etwa 11 % deutlich unter dem nominellen, aus den vormaligen Handelsmustern abgeleiteten Wert von knapp 16 %. Gleichwohl übertraf auch der effektive Zollsatz sein Vorjahresniveau noch um etwa 8½ Prozentpunkte. Der Großteil der im Jahr 2025 erzielten Mehreinnahmen in Höhe von rund 180 Mrd. US-Dollar (0,6 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) belastete Unternehmen und Haushalte in den USA, denn der Index für die Importpreise vor Zollaufschlag erreichte zum Jahresende erneut sein Vorjahresniveau.⁵

Die Warenimporte der USA sanken infolge der Zölle und lagen zuletzt rund 5 % unter ihrem Vorjahreswert.⁶ Dem internationalen Handel kommt allerdings zugute, dass außerhalb der USA kaum neue Handelsbarrieren errichtet wurden und viele Länder ihre Bemühungen zur Reduzierung bestehender Hemmnisse sogar intensiviert haben. So schloss die Europäische Union Anfang 2026 Handelsabkommen sowohl mit der südamerikanischen Freihandelszone Mercosur als auch mit Indien. Die Anregungen für Produktion und Handel, die davon auf die Wirtschaft der EU und insbesondere Deutschlands ausgehen, sind freilich angesichts des derzeit recht geringen Handelsvolumens mit Indien und Südamerika zunächst gering.⁷

² Zur zunehmenden technologischen Wettbewerbsfähigkeit Chinas auf den Weltmärkten siehe **Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose**: Expansive Finanzpolitik kaschiert Wachstumsschwäche, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2025, Berlin, S. 24–27, 2025.

³ Betroffen sind die „reziproken Zölle“, welche aufgrund des International Emergency Economic Powers Act (IEEPA) erlassen wurden.

⁴ Nach der in diesem Zusammenhang relevanten Rechtsvorschrift im Trade Act muss ein großes und ernsthaftes Zahlungsbilanzdefizit vorliegen. Aus ökonomischer Perspektive ist darunter ein Leistungsbilanzdefizit zu verstehen, das die Zentralbank nur durch den Verkauf von Währungsreserven finanzieren kann. Die USA befinden sich nicht in einer solchen Situation.

⁵ **Hinz, J., Lohmann, A., Mahlkow, H. und Vorwig, A.**: Amerikas Eigentümer: Wer zahlt die Zölle? Kiel Policy Brief 201, Januar 2026.

⁶ Zwischenzeitlich stiegen die Importe im Jahr 2025, weil man erwarteten Zollerhöhungen ausweichen wollte.

⁷ **Hinz, J., Langhammer, R., Mahlkow, H. und V. Thakur**: The EU–India Trade Deal: Strategic Diversification in an Era of Uncertainty. Kiel Policy Brief 202, Januar 2026; **Deutsche Bundesbank**: Zu den Handelsabkommen der EU mit den Mercosur-Staaten und Indien. Monatsbericht Februar 2026, S. 27–31.

Technologiesektor als Konjunkturstütze

Trotz der Belastungsfaktoren im Außenhandel entfalten sich parallel Impulse aus dem Technologiesektor, welcher sich zunehmend als zentraler Treiber der Weltkonjunktur erweist. In den USA hinterlässt der Boom um die KI klare Spuren bei den Investitionen: Im Jahr 2025 entfiel ein erheblicher Teil der höheren Investitionen auf Ausüstungsgüter der Informations- und Kommunikationstechnologie, Software sowie Forschung und Entwicklung. Auch im Wirtschaftsbau sind beträchtliche Investitionen zu verzeichnen, insbesondere in Rechenzentren und in die entsprechende Energieinfrastruktur. Möglicherweise geht auf den KI-Boom auch schon ein Stück des recht hohen Produktivitätszuwachses in den USA zurück. Außerhalb der USA spiegelt sich die hohe globale Nachfrage nach KI-Hardware auch in den stark steigenden Exporten der entwickelten asiatischen Volkswirtschaften wider. Die preisbereinigten Ausfuhren der Ländergruppe Südkorea, Taiwan, Hongkong und Singapur lagen im Dezember 2025 um 20 % über ihrem Vorjahresniveau.

An den Finanzmärkten, in den USA wie auch weltweit, werden allerdings vermehrt die Risiken gesehen, die mit den umfangreichen KI-Investitionen verbunden sind. Regelrecht eingebrochen sind die Bewertungen von Softwareunternehmen, denn es wird befürchtet, dass KI einen Großteil ihres bisherigen Geschäfts überflüssig machen könnte. An KI geknüpfte Erwartungen stehen wohl auch hinter starken Preisanstiegen für Industriemetalle. Nicht zuletzt aufgrund der Mehrnachfrage, die mit der Installation von Rechenzentren und dem Ausbau strombasierter Energieinfrastruktur einhergeht, zog der Preis für Kupfer im Verlauf des vergangenen Jahres kräftig an.

Geldpolitik reagiert auf höhere Energiepreise

Vor Ausbruch des Iran-Krieges herrschte an den Finanzmärkten die Einschätzung vor, dass sich die US-Notenbank dem Druck der Regierung auf Zinssenkungen im Jahr 2026 nicht entziehen könne. Entsprechend wurde damit gerechnet, dass der Leitzins von derzeit 3,75 % (Obergrenze) bis Ende 2026 auf 3,25 % sinken würde. Von der EZB wurde erwartet, dass sie den Leitzins (Einlegesatz) das ganze Jahr 2026 über auf seinem gegenwärtigen Niveau von 2 % belässt. Für Japan wurde mit einem weiteren langsamen Anstieg der Notenbankzinsen gerechnet. Mit dem sprunghaften Anstieg der Energiepreise hat sich diese Einschätzung jedoch merklich verschoben. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der zurückliegenden Hochinflationphase der Jahre 2021 bis 2023 dürften die Zentralbanken bemüht sein, einem Entankern von Inflationserwartungen frühzeitig entgegenzutreten, indem sie ihre geldpolitischen Kurse kurzfristig anpassen.

Demnach dürfte die US-Notenbank ihren Leitzins bis Ende 2026 zunächst nur auf 3,5 % senken. Die EZB dürfte ihre Leitzinsen, ausgehend von einem deutlich niedrige-

ren Ausgangsniveau, in drei Schritten anheben. In Japan wird die Notenbank ihren Kurs einer Normalisierung des immer noch ungewöhnlich niedrigen Zinsniveaus aufgrund des Energiepreisschocks wohl beschleunigt fortsetzen.

Vielfach leicht expansive Finanzpolitik

Die Finanzpolitik dürfte in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften im Jahr 2026 leicht expansiv ausgerichtet sein. Dies gilt auch dann, wenn, wie in dieser Prognose unterstellt, die Finanzpolitik nicht im großen Stil auf den Energiepreisschock reagiert.

In den USA wirkte der restriktive Impuls der erhöhten Zölle bereits im Vorjahr, sodass eine Rückerstattung dieser Einnahmen im laufenden Jahr stimulierend wirkt. Die zivilen öffentlichen Ausgaben werden zwar weiter zurückgefahren, dieser dämpfende Effekt dürfte aber von höheren Militärausgaben⁸ und umfangreichen Steuererleichterungen überkompensiert werden. Dazu trägt bei, dass Personal für die Prüfung von Steuererklärungen (im National Revenue Service) massiv reduziert wird.

Auch im Euroraum ist die Finanzpolitik leicht expansiv ausgerichtet. Die Europäische Kommission ermöglicht es den EU-Mitgliedstaaten, nationale Ausweichklauseln zur Stärkung ihrer Verteidigungsfähigkeit zu nutzen. In Deutschland bemüht sich die Politik, ihre umfangreichen Ausgabenprogramme für Militär und Infrastruktur tatsächlich umzusetzen. In Frankreich dagegen wird die von der Regierung angestrebte deutliche Konsolidierung angesichts der innenpolitischen Lage weiterhin kaum durchsetzbar sein. Auch in Japan ist die Finanzpolitik expansiv: Die Regierung hat im Februar Parlamentswahlen mit einem Steuersenkungsprogramm gewonnen, das wohl auch umgesetzt wird.

Schwerer zu beurteilen ist die Ausrichtung der chinesischen Wirtschaftspolitik. Die Regierung plant eine „proaktivere Finanzpolitik“, etwa über die Stützung des privaten Konsums durch subventionierte Konsumentenkredite. Der Internationale Währungsfonds bewertete im Rahmen der Artikel-4-Konsultation im Februar die fiskalische Ausrichtung für das Jahr 2026 jedoch als leicht restriktiv, vor allem aufgrund einer rückläufigen Verschuldung von öffentlichen Körperschaften, deren Bilanzen im offiziellen gesamtstaatlichen Haushalt nicht auftauchen.

An den Finanzmärkten sind in den vergangenen Monaten die Renditen auf Staatsanleihen gestiegen, recht deutlich in Großbritannien und in Japan. Dies könnte Ausdruck von Sorgen hinsichtlich der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sein.

⁸ Berichten zufolge hat das Pentagon wegen des Iran-Krieges einen Mehrbedarf in Höhe von 200 Mrd. US-Dollar (knapp 0,7 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt) errechnet. *New York Times*: Exclusive: Defense executives plan to meet at White House as strikes on Iran diminish stockpiles, 2026. <https://www.nytimes.com/2026/03/19/world/middleeast/pentagon-200-billion-iran-war-funding-hegseth.html>.

Ausblick

Wie es mit der internationalen Konjunktur weitergeht, hängt vor allem vom weiteren Verlauf des Krieges am Golf ab. Die Institute gehen in ihrer Prognose davon aus, dass die Straße von Hormus im Lauf des zweiten Quartals wieder voll passierbar wird und dass im zweiten Halbjahr die Exporte von Öl und Gas aus der Region nach und nach wieder an das Vorkriegsniveau herankommen. Im Einklang mit den Terminmarktnotierungen wird unterstellt, dass der Erdölpreis der Sorte Brent zunächst bei rund 110 US-Dollar je Barrel bleibt, bevor er ab Mai zu sinken beginnt und Ende 2027 bei etwa 78 US-Dollar liegt und damit um knapp 15 Dollar höher als vor Ausbruch des Krieges erwartet. Der Preis von Erdgas (Dutch TTF) dürfte vorübergehend knapp 60 Euro pro MWh betragen und bis zum

Ende des Prognosezeitraums auf 40 Euro – knapp 15 Euro über den Terminpreisen vor Ausbruch des Krieges – sinken. Unter solchen Bedingungen wären die Auswirkungen des Konflikts auf die weltweite Teuerung zwar deutlich spürbar, aber nicht drastisch, und der Dämpfer für die weltweite Produktion wäre begrenzt. Da zugleich die Finanzpolitik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften überwiegend leicht expansiv ausgerichtet ist, wären die Voraussetzungen für eine Fortsetzung der robusten weltwirtschaftlichen Expansion weiterhin gegeben.

Der KI-Boom dürfte stark bleiben. Davon profitieren die fortgeschrittenen asiatischen Volkswirtschaften, insbesondere Taiwan und Südkorea. Auch sind weiterhin Impulse auf die Investitionstätigkeit zu erwarten, besonders in den USA. Dort dürfte allerdings eine fortgesetzt

Tabelle 11

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ¹				Arbeitslosenquote ²			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
Europa	28,5	1,4	1,6	1,2	1,4	5,6	4,5	4,2	3,6				
EU-27	19,8	1,0	1,6	1,2	1,4	2,4	2,3	2,6	2,3	5,8	5,9	5,9	5,7
Großbritannien	3,7	1,1	1,3	0,7	1,2	2,5	3,4	3,0	2,3	4,3	4,8	5,3	5,1
Schweiz	1,0	1,4	1,3	0,8	1,4	1,1	0,2	0,8	0,7	4,3	4,9	4,8	4,7
Norwegen	0,5	1,4	1,1	1,5	1,7	3,2	3,0	3,1	2,4	4,0	4,5	4,3	4,1
Russland	2,2	4,3	1,0	1,1	0,9	8,4	8,7	6,2	5,3				
Türkei	1,4	3,3	3,6	3,1	3,3	60,0	35,2	30,5	25,4				
Amerika	37,9	2,6	2,1	2,2	2,0								
USA	29,8	2,8	2,2	2,3	1,9	3,0	2,7	3,0	2,3	4,0	4,3	4,5	4,5
Kanada	2,3	2,0	1,7	1,1	1,8	2,4	2,1	2,5	2,0	6,4	6,9	6,7	6,4
Lateinamerika ³	5,8	2,0	2,0	1,9	2,2								
Asien	33,6	4,4	4,5	4,1	4,0								
Japan	4,1	-0,2	1,2	0,4	0,7	2,7	3,2	2,6	2,0	2,5	2,5	2,5	2,4
China ohne Hongkong	19,0	5,0	5,0	4,5	4,4								
Südkorea	1,9	2,0	1,0	1,5	1,8	2,3	2,1	2,5	2,1	2,8	2,8	3,0	2,9
Indien	4,0	7,2	7,5	6,5	6,6								
Ostasien ohne China ⁴	4,6	4,6	4,8	4,4	3,9								
Insgesamt⁵	100,0	2,9	2,8	2,5	2,5								
Fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁶	64,7	1,9	1,9	1,7	1,6	2,7	2,5	2,8	2,2	4,5	4,7	4,7	4,6
Schwellenländer ⁷	35,3	4,6	4,4	4,0	4,1								
Nachrichtlich:													
Exportgewicht ⁸		1,8	2,0	1,7	1,8								
Kaufkraftgewicht ⁹		3,4	3,3	3,0	3,0								
Welthandel ¹⁰		2,5	4,4	1,2	2,0								

¹ Bruttoinlandsprodukt preisbereinigt. Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2024 in US-Dollar.

² Für Ländergruppen: Gewichteter Durchschnitt der Länder. Gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2024.

³ Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile.

⁴ Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas).

⁵ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2024 in US-Dollar.

⁶ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

⁷ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

⁸ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2024.

⁹ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2025.

¹⁰ Realer Güterhandel. Wert für 2024 und 2025 von CPB.

Quellen: IWF; Eurostat; OECD; CPB; Berechnungen der Institute; 2026 bis 2027: Prognose der Institute.

hohe Teuerung den privaten Konsum bremsen. Im Euro-raum wird die Dynamik im ersten Halbjahr 2026 von hohen Energiepreisen und großer Unsicherheit gedämpft. Ab dem Sommer dürften die Expansionskräfte wieder die Oberhand gewinnen. Dabei kommt dem übrigen Euro-raum zugute, dass nun wohl auch die Produktion in Deutschland wieder zaghaft expandiert. In China dürften sich allerdings Immobilienkrise und Konsumschwäche fortsetzen. Die Regierung hat im März ihr Wachstumsziel von 5 % auf 4,5 % bis 5 % für das laufende Jahr reduziert, und entsprechend wird wohl auch in den offiziellen Statistiken der chinesische Produktionszuwachs niedriger ausfallen. Aufgehellt haben sich hingegen die Aussichten der chinesischen Exporteure, weil für sie die Einführung eines Pauschalzollsatzes in den USA zunächst einmal eine beträchtliche Zollsatzsenkung bedeutet.

Alles in allem erwarten die Institute Zuwachsraten der Weltproduktion von jeweils 2,5% in den Jahren 2026 und 2027 (Tabelle 1.1, Seite 17). Der Krieg im Nahen Osten wird die wirtschaftliche Aktivität dabei vor allem in der ersten Jahreshälfte 2026 belasten (Abbildung 1.3, Seite 19). Das Jahresergebnis dürfte dadurch um etwa 0,3 Prozentpunkte gedrückt werden. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften nimmt die gesamtwirtschaftliche Produktion voraussichtlich um 1,7 % bzw. 1,6 % zu. Mit einer Rate von jeweils reichlich 4 % dürfte der Produktionsanstieg in den Schwellenländern im Prognosezeitraum weiterhin deutlich kräftiger ausfallen als in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Damit revidieren die

Institute ihre Prognose gegenüber dem Herbst 2025 trotz der neuen Belastungen durch den Energiepreisanstieg für das Jahr 2026 um 0,2 Prozentpunkte nach oben (Abbildung 1.2, Seite 18). Dies ist vor allem darauf zurückzuführen, dass die US-Zollpolitik die Weltwirtschaft weniger belastet als im Herbst erwartet, was sich auch in der höheren Zuwachsrate der Weltproduktion im Jahr 2025 äußert. Insbesondere in den USA fallen die dämpfenden Effekte offensichtlich geringer aus. Für den Welthandel gehen die Institute davon aus, dass er im Jahr 2026 um 1,2 % und im Jahr 2027 um 2,0 % expandiert. Dabei dürfte das Handelsvolumen in der ersten Hälfte des Jahres 2026 aufgrund des Krieges im Nahen Osten spürbar sinken. Dass sich im Vergleich zum Herbstgutachten 2025 eine um 0,7 Prozentpunkte höhere jahresdurchschnittliche Zuwachsrate ergibt, ist auf die unerwartet starke Entwicklung im Verlauf des Jahres 2025 zurückzuführen.

Risiken

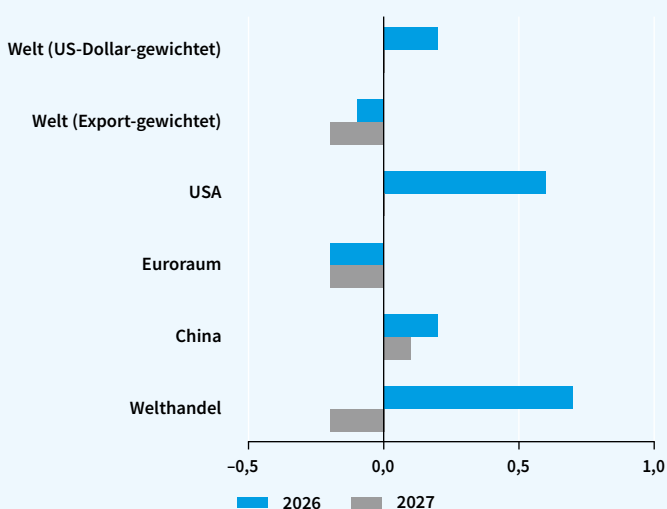
Wäre der Handelsverkehr durch die Straße von Hormus, anders als von den Instituten unterstellt, auch den Sommer über blockiert, fiel für diese Zeit weiterhin ein erheblicher Teil des weltweiten Angebots an Erdöl und LNG in einer Größenordnung von 7,5 % bzw. bis 20 % aus. In der Folge wäre über einen längeren Zeitraum mit noch weitaus höheren Erdöl- und Erdgaspreisen zu rechnen, als im Basisszenario unterstellt (Kasten 1.1, Seite 20). Ein solcher Verlauf würde weltweit zu einem deutlicheren Anstieg der Verbraucherpreise führen, die Zentralbanken wohl zu einer restriktiveren Geldpolitik veranlassen und die wirtschaftliche Aktivität spürbar dämpfen. Auch der Welthandel würde gebremst und erhebliche Probleme in den globalen Lieferketten wären zu erwarten, etwa wegen Engpässen in der Bereitstellung von Schwefel und Helium in der Chemieindustrie sowie bei der Halbleiterproduktion. Da durch die Straße von Hormus ein großer Teil des weltweiten Düngemittelhandels abgewickelt wird, könnten auch die Nahrungsmittelpreise einen weiteren Schub erhalten.

Chancen und Risiken ergeben sich aus dem Boom um die wirtschaftliche Nutzung von KI. So besteht das Risiko, dass die darin liegenden Geschäftsmöglichkeiten überschätzt werden und es zu einer drastischen Korrektur der Bewertung von Unternehmen der Tech-Branche kommt. Zwar werden an Aktienmärkten die Risiken recht transparent abgebildet, auch weil es zu täglichen Bewertungen kommt. In jüngerer Zeit erfolgt die Finanzierung aber zunehmend über Kreditvergabe innerhalb des Tech-Sektors und durch andere Nicht-Banken. Andererseits besteht auch die Möglichkeit, dass die Implementierung von KI im Wirtschaftsgeschehen schon in diesem und im nächsten Jahr vielerorts zu spürbaren Produktivitätsgewinnen führt.

Abbildung 1.2

Prognoserevision

Jahresdaten; Veränderung der Institutsprognosen gegenüber der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2025 in Prozentpunkten



Quelle: Berechnungen der Institute.

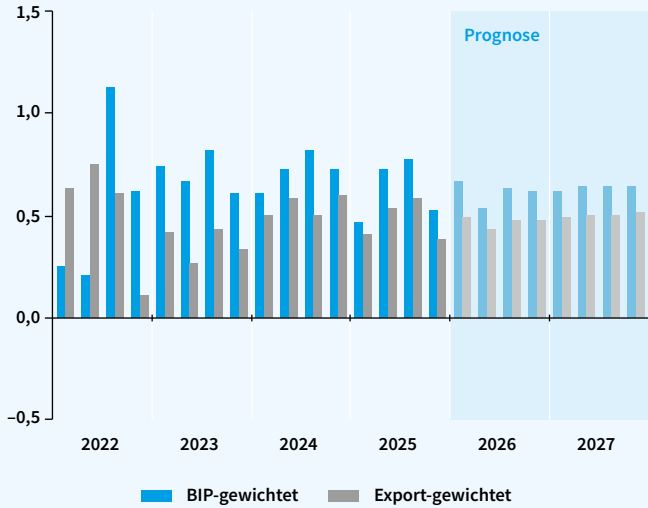
© GD Frühjahr 2026

Abbildung 1.3

Gesamtwirtschaftliche Produktion in der Welt

(a) Bruttoinlandsprodukt der Welt¹

Vierteljährliche Zuwachsraten in %

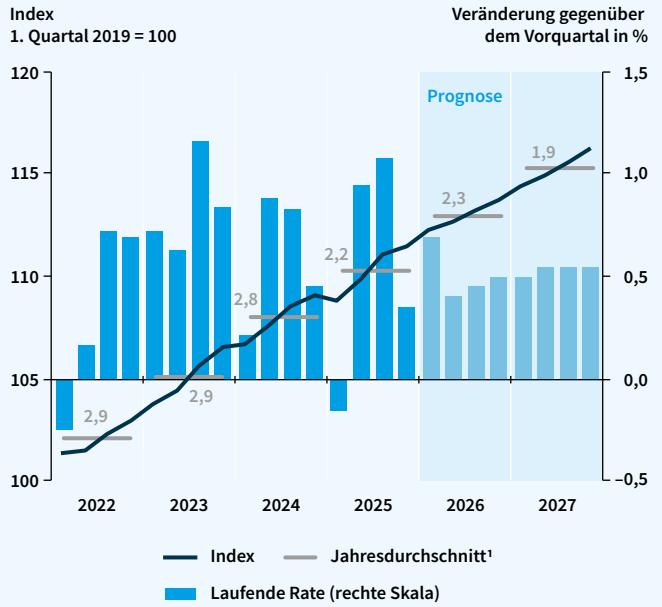


¹ Aggregat aus den in Tabelle 1.1 aufgeführten Ländern. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2024 in US-Dollar bzw. dem Anteil an deutschen Exporten.

Quellen: IWF; OECD; nationale Statistikämter; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2026: Prognose der Institute.

(b) Bruttoinlandsprodukt in den USA

Preis- und saisonbereinigt

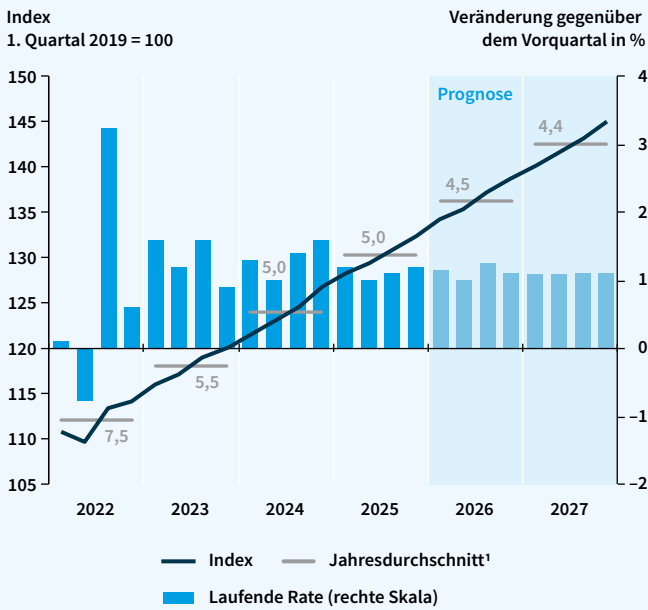


¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Bureau of Economic Analysis; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2026: Prognose der Institute.

(c) Bruttoinlandsprodukt in China

Preis- und saisonbereinigt

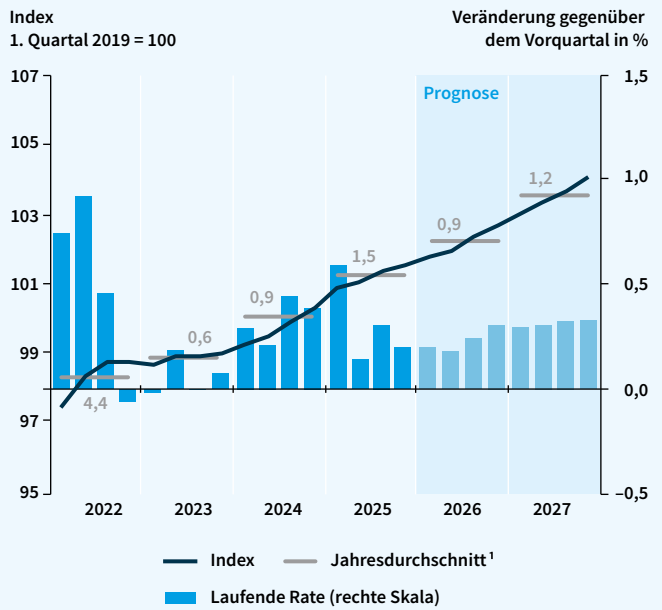


¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: China National Bureau of Statistics; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2026: Prognose der Institute.

(d) Bruttoinlandsprodukt im Euroraum

Preis-, saison- und kalenderbereinigt



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Eurostat; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2026: Prognose der Institute.

Kasten 11

Zu den Auswirkungen höherer Energiepreise infolge des Iran-Krieges

Der Iran-Krieg hat einen erheblichen Energieangebotsschock ausgelöst, da sich in der Golfregion sowohl zentrale Förderländer als auch eine der wichtigsten maritimen Transportrouten der Welt befinden. Zum Zeitpunkt der Prognoseerstellung ist die Straße von Hormus weitgehend blockiert. Die Meerenge verbindet den Persischen Golf mit dem Indischen Ozean und ist die zentrale Exportroute für Energierohstoffe aus der Golfregion nach Europa und Asien. In den ersten Wochen nach Kriegsausbruch kam es zu deutlichen Preisanstiegen: Der Preis für Rohöl der Sorte Brent stieg bis Mitte März um etwa 50 % auf über 100 US-Dollar je Fass, während der europäische Gaspreis TTF um etwa 65 % auf 50 Euro pro MWh zunahm.

Die starken Preisreaktionen spiegeln die zentrale Rolle der Golfregion im globalen Energiemarkt wider. Die Staaten der Region – Saudi-Arabien, Iran, Irak, Kuwait, die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain und Katar – gehören zu den wichtigsten Ölproduzenten weltweit und fördern zusammen rund ein Viertel der globalen Ölproduktion. Ein Großteil dieser Mengen wird durch die Straße von Hormus exportiert. Im Jahr 2025 passierten durchschnittlich etwa 20 Millionen Barrel Rohöl und Ölprodukte pro Tag die Meerenge, was rund ein Viertel des weltweiten Ölhandels entspricht. Allerdings verfügen Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate über Pipelines, mit denen ein großer Teil ihrer Ölexporte unter Umgehung der Straße von Hormus transportiert werden kann.¹ Doch selbst bei vollständiger Auslastung dieser Leitungen bleibt das aus der Region exportierbare Volumen spürbar hinter den üblichen Transportmengen durch die Meerenge zurück. Da die Exportmöglichkeiten eingeschränkt sind und sich die Lagerbestände erhöhen, haben der Irak, Kuwait, Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate begonnen, ihre Fördermengen zu reduzieren. Zudem wurden mehrere Öl- und Gasförder- und -Produktionsanlagen durch Kriegshandlungen beschädigt. Nach Schätzung der Internationalen Energie Agentur (IEA) dürfte sich das weltweite Angebot an Erdöl um 8 Millionen Barrel pro Tag oder 7,5 % der gesamten Weltproduktion verringern.²

Darin enthalten sind kurzfristig mögliche Erhöhungen der Produktion in nicht betroffenen Förderländern, deren Umfang sich im Zeitablauf erhöhen dürfte. Allerdings sind die Produktionsanlagen in den meisten Ländern derzeit hoch ausgelastet; der größte Teil der kurzfristig mobilisierbaren Förderkapazitäten befindet sich in den Ländern am Golf, insbesondere in Saudi-Arabien und den Vereinigten Arabischen Emiraten, so dass der Beitrag von dieser Seite begrenzt ist. Um den Angebotsengpass zu lindern, wurde zudem am 11. März beschlossen, in einer kon-

zertierten Aktion von 32 Mitgliedsländern der IEA strategische Ölreserven im Umfang von 411 Millionen Barrel freizugeben. Die staatlichen Reserven, die für den Fall von Versorgungsengpässen vorgehalten werden, decken derzeit nach Angaben der IEA rund 30 Tage des Verbrauchs ab, können aber aus technischen und logistischen Gründen nur nach und nach abgegeben werden.³ In den USA, die rund ein Drittel der von der IEA erfassten staatlichen Reserven halten, sind sie zudem bereits im Jahr 2022 nahezu zur Hälfte zur Dämpfung des Preisanstiegs nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine eingesetzt und seither nur in geringem Umfang wieder aufgefüllt worden.⁴ Die nun freigegebenen US-Reserven in Höhe von 172 Millionen Barrel entsprechen mehr als 40 % der aktuellen Bestände. Sie sollen in einem Zeitraum von 120 Tagen in den Markt gegeben werden.⁵

Auch der globale Gasmarkt ist stark betroffen. Über die Straße von Hormus werden jährlich mehr als 110 Mrd. Kubikmeter Flüssigerdgas (LNG) transportiert. Dies sind zwar lediglich knapp 3 % des weltweiten Gasverbrauchs, aber knapp 20 % des weltweiten LNG-Handels. Ein großer Teil dieser Lieferungen stammt aus Katar, einem der wichtigsten LNG-Exporteure der Welt. Ausweichmöglichkeiten sind begrenzt, da LNG über feste Exportterminals verflüssigt und anschließend per Tanker transportiert wird, die den Persischen Golf über die Straße von Hormus verlassen müssen.

Im Fall von Flüssiggas sind die globalen Lagerbestände erheblich geringer als beim Rohöl, auch weil die Lagerung aufwändiger ist. Insbesondere in den Ländern Asiens, die in hohem Ausmaß von Flüssiggas abhängen und dieses Großteils aus der Golfregion bezogen haben, können häufig nur wenige Wochen des Verbrauchs aus Lagerbeständen überbrückt werden.

Die makroökonomischen Auswirkungen des Energiepreisanstieges auf die Weltwirtschaft werden mit Hilfe des Global Economic Model (GEM) von Oxford Economics quantifiziert. Das GEM ist ein Weltmodell, in dem sowohl die internationalen Handelsverflechtungen als auch die makroökonomischen Zusammenhänge innerhalb der einzelnen Volkswirtschaften mittels struktureller Gleichungen abgebildet werden. Im GEM erhöht ein Anstieg der Energiepreise zunächst die inländischen Erzeuger- und Verbraucherpreise, mindert die realen Einkommen und dämpft den privaten Konsum. Dies schwächt die gesamtwirtschaftliche Aktivität und damit auch die Importe aus dem Ausland, was wiederum auf den Welthandel und die Wechselkurse zurückwirkt. Die Geldpolitik der Währungsräume reagiert im Modell endogen auf den Rückgang des Bruttoinlandsprodukts und den Anstieg der Inflation. Mittelfristige Anpassungsreaktionen, etwa Substitution von Energie, Effizienzsteigerungen oder der Ausbau alternativer Bezugsquellen, dürften die

1 Saudi-Arabien verfügt über eine Pipeline vom Persischen Golf zum Roten Meer, durch die üblicherweise 1,5 Millionen Barrel pro Tag fließen und deren Kapazität kurzfristig auf bis zu 7 Mio. Barrel pro Tag erhöht werden kann. Die Vereinigten Arabischen Emirate können mehr als 1,5 Millionen Barrel täglich durch eine Pipeline zum Golf von Oman pumpen und damit für knapp die Hälfte ihrer Produktion die Straße von Hormus umgehen.

2 *International Energy Agency*: Oil Market Report, March 2026.

3 Hinzu kommen Lagerbestände der Industrie, die sich nach Angaben der IEA in etwa auf etwa 60 Tage des Verbrauchs belaufen. Ein Teil dieser Vorräte wird aufgrund gesetzlicher Vorgaben gehalten und können – sofern die Vorgaben entsprechend gelockert werden – ebenfalls zur Deckung von Angebotsengpässen genutzt werden.

4 *Energy Information Agency*: Weekly U.S. Ending Stocks of Crude Oil in SPR. 18. März 2026. <https://www.eia.gov/dnav/pet/hist/LeafHandler.ashx?n=PET&s=WCSSTUS1&f=W>.

5 *Energy Gov*: United States to Release 172 Million Barrels of Oil From the Strategic Petroleum Reserve. 11. März 2026. <https://www.energy.gov/articles/united-states-release-172-million-barrels-oil-strategic-petroleum-r>.

Effekte des Schocks abmildern, werden im hier betrachteten kurzen Prognosehorizont jedoch nur begrenzt wirksam. Über den Energiehandel hinausgehende Lieferkettenstörungen und die mit dem Krieg verbundene Unsicherheit werden im GEM hingegen nicht explizit erfasst.

Zur Quantifizierung werden zwei Szenarien mit unterschiedlichen Energiepreisentwicklungen unterstellt (Abbildung 1.4, Seite 21). In einem ersten Schritt werden die in der Gemeinschaftsdiagnose angenommenen Energiepreise, die den Markterwartungen vom 20. März entsprechen, mit einem hypothetischen Vorkriegsszenario verglichen, in dem die Markterwartungen von Ende Februar, also vor Ausbruch des Krieges, zugrunde gelegt werden. Dadurch lässt sich abschätzen, welche Effekte allein aus den bereits erfolgten Preisreaktionen resultieren. Für die fortgeschrittenen Volkswirtschaften ergibt sich, dass der Anstieg der Öl- und Gaspreise den Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts im laufenden Jahr um etwa 0,3 Prozentpunkte verringert (Abbildung 1.5, Seite 22). Da im Basisszenario angenommen wird, dass die Energiepreise im weiteren Prognosezeitraum wieder nachgeben, fallen die dämpfenden Effekte im kommenden Jahr geringer aus. Die Inflationsrate steigt durch den Preisanstieg im laufenden Jahr um gut einen Prozentpunkt. Der vorübergehende Charakter des Energiepreisanstiegs verhindert jedoch eine dauerhafte Beschleunigung der Teuerung, sodass die Effekte im nächsten Jahr nur noch sehr gering sind. Entsprechend verläuft die Reaktion der Geldpolitik moderat, da die Zentralbanken neben der höheren Inflation auch die schwächere gesamtwirtschaftliche Entwicklung berücksichtigen.

In einem Alternativszenario werden deutlich größere und länger anhaltende Energiepreisanstiege unterstellt. In diesem Fall fällt der dämpfende Effekt auf das Bruttoinlandsprodukt im laufenden und insbesondere im kommenden Jahr mit fast 0,5 bzw. 0,2 Prozentpunkten deutlich höher aus. Gegenüber dem Basisszenario steigt die Inflation im laufenden Jahr nochmals um rund 0,5 Prozentpunkte; insgesamt liegt sie damit um etwa 1,5 Prozentpunkte über dem Vorkriegsszenario. Im Euroraum bleibt der Inflationsdruck auch im folgenden Jahr deutlich erhöht, weil dort die Abhängigkeit von Energieimporten besonders hoch ist.

Neben großen makroökonomischen Modellen wie dem GEM werden in der Literatur zeitreihenökonomische Modelle verwendet, um die makroökonomischen Auswirkungen von Energiepreisschocks abzuschätzen. In diesen Studien wird üblicherweise danach unterschieden, ob die Ölpreisänderung angebots- oder nachfragebedingt ist, also – wie derzeit – auf einen Rückgang der Ölproduktion oder – wie etwa in den Jahren vor der globalen Finanzkrise – auf einen starken Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zurückgeht.⁶ Ein temporärer angebotsseitiger Ölpreisschock im Umfang eines Preisanstieges von 40 US-Dollar führt demnach zu einem Rückgang des Niveaus der gesamtwirtschaftlichen Produktion in den USA um etwa 0,5 bis 0,8 %, wobei der maximale Effekt im Schnitt nach rund zwei Jahren erreicht wird.

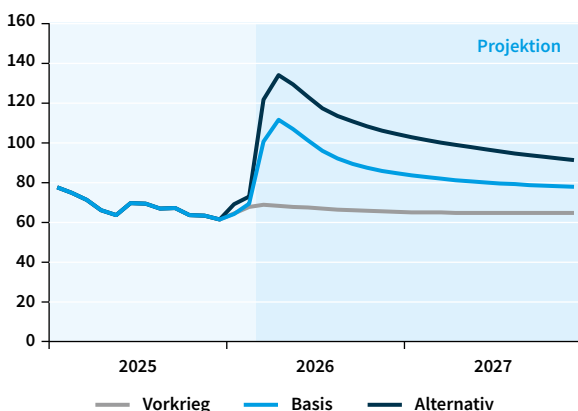
⁶ Kilian, L.: Not All Oil Price Shocks Are Alike: Disentangling Demand and Supply Shocks in the Crude Oil Market. *American Economic Review* 99(3): 1053–1069, 2009. Die Studie verwendet Daten von 1974 bis 2007. Eine aktuelle Replikationsstudie bestätigt im Wesentlichen die Ergebnisse (Ryan, R. und Michieka, N.: Not All Oil Price Shocks Are Alike. A Replication Study of Kilian (*American Economic Review*, 2009). *Journal of Comments and Replications in Economics*, 4(8), 2025).

Abbildung 1.4

Szenarien für die Energiepreisentwicklung

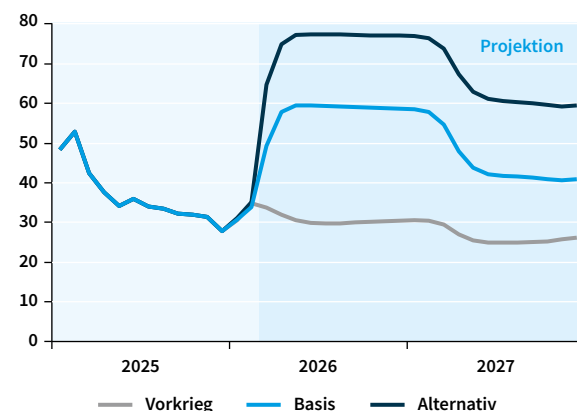
Rohölpreis (Brent)

US\$ pro Barrel



Erdgaspreis (Dutch TTF)

€ pro MWh



Quellen: Oxford Economics; Berechnungen und Projektionen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Mit einem panelökonometrischen Modell für 18 OECD-Länder kommen Huntington und Liddle zu dem Ergebnis, dass ein Anstieg der an einem Index gemessenen Energiepreise um 10 % zu einem Rückgang des Bruttoinlandsprodukts um 0,15 % führt.⁷ Eine mechanische Übertragung dieses Schätzwerts auf den im Basisszenario unterstellten Energiepreisanstieg würde auf einen Rückgang der gesamtwirtschaftlichen Aktivität in der Größenordnung von knapp 1 % hindeuten. Angesichts der geringeren Energieintensität der Produktion und der unterschiedlichen Rolle von Gas und Öl in den Volkswirtschaften dürfte der tatsächliche Effekt heute eher niedriger ausfallen.

Jüngere Untersuchungen des Gaspreisschocks der Jahre 2021 bis 2023 deuten darauf hin, dass Gaspreisanstiege in Europa einen stärkeren und länger dauernden Effekt auf die Verbraucherpreise haben als ein prozentual gleicher Anstieg des Ölpreises. In Gaspreisen, die deutlich stärker steigen als in dieser Prognose unterstellt, liegt deshalb ein besonderes Risiko.⁸

⁷ *Huntington, H. und Liddle, B.*: How energy prices shape OECD economic growth: Panel evidence from multiple decades, *Energy Economics*, Vol. 111, 106082, 2022. Der verwendete Energiepreisindex umfasst länderspezifisch auch andere Energieformen als Öl und Gas. Der Schätzzeitraum der Schätzung beginnt in den 1960er-Jahren und reicht bis 2016.

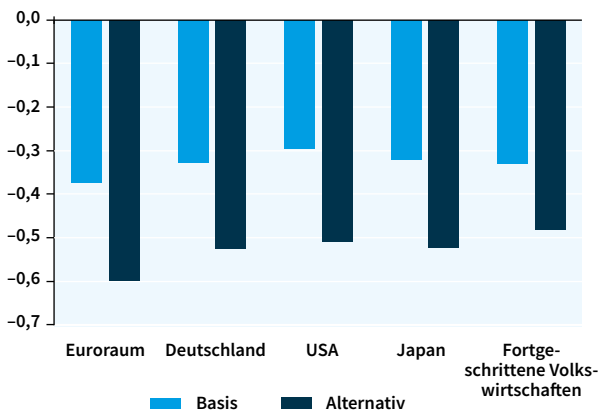
⁸ *Alessandri, P. und Gazzani, A.*: Natural gas and the macroeconomy: Not all energy shocks are alike, *Journal of Monetary Economics*, Vol. 151, 103749, 2025.

Abbildung 1.5

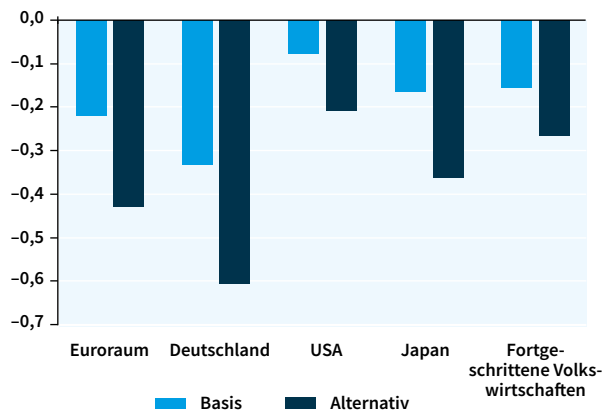
Effekte eines Energiepreisanstiegs

in Prozentpunkten

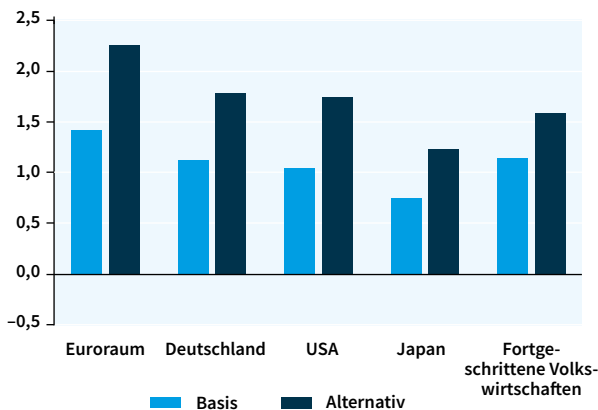
BIP-Wachstum, Abweichung vom Vorkriegsszenario, 2026



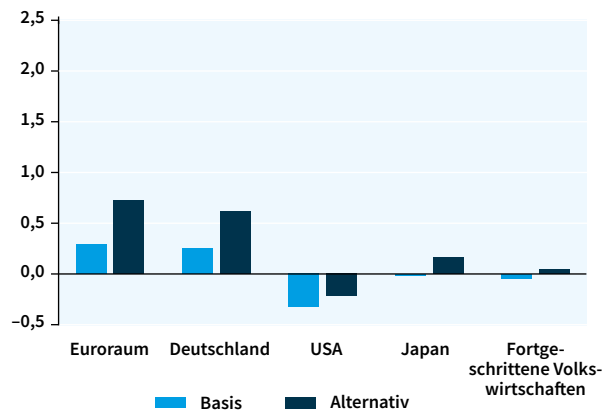
BIP-Wachstum, Abweichung vom Vorkriegsszenario, 2027



Inflation, Abweichung vom Vorkriegsszenario, 2026



Inflation, Abweichung vom Vorkriegsszenario, 2027



Quellen: Oxford Economics; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Konjunktur im Euroraum

Die Konjunktur im Euroraum setzte ihre Erholung im Jahr 2025 in moderatem Tempo fort. Nach einem kräftigen Jahresauftakt expandierte das reale Bruttoinlandsprodukt mit mäßigen Zuwachsraten bis zum Jahresende. In der Jahresbetrachtung nahm die Wirtschaftsleistung um 1,5 % zu und damit spürbar stärker als im Vorjahr (0,9 %). Ein Teil dieser Beschleunigung rührte von einem sehr kräftigen Anstieg der Produktion in Irland, der maßgeblich auf die Aktivität multinationaler Pharma- und Tech-Konzerne im Vorfeld befürchteter US-Zollerhöhungen zurückzuführen ist. Die schwache Entwicklung in Deutschland wirkte dagegen dämpfend. Ohne Deutschland und Irland expandierte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 recht stetig mit einer Rate von 1,4 % (Abbildung 1.6, Seite 23).

Neben den Marktdienstleistungen trug auch die Industrie wieder zur Expansion bei, nachdem sie im Vorjahr rückläufig gewesen war. Auch der Bausektor erholte sich im Zuge verbesserter Finanzierungsbedingungen und höherer öffentlicher Investitionen. Verwendungsseitig wurde die Expansion vor allem von den privaten Konsumausgaben sowie von einer spürbaren Belebung der Bauinvestitionen getragen. Die Exporte legten ebenfalls zu, wenn auch weniger stark als die Importe. Unter den höheren US-Zöllen litt besonders die deutsche Exportindustrie, deren Ausfuhren in die USA um rund 10 % nachgaben. Im übrigen Euroraum legten die Exporte hingegen weiter zu. Bereinigt um die irischen Sonderfaktoren fiel der Rückgang gering aus.

Die Verbraucherpreisinflation bewegte sich seit dem Sommer nahe der Zielmarke der EZB von 2 %, während die Kernrate leicht darüber lag. Auf Produktebene wurde die Teuerung weiterhin maßgeblich von Dienstleistungen getrieben. Der Preisauftrieb bei den Nahrungsmitteln ließ spürbar nach, die Energiepreise gingen sogar zurück. Die Beschäftigung nahm weiter zu, wenn auch in moderatem Tempo, und die Erwerbslosenquote verharrte auf dem Vorjahresniveau von 6,2 %.

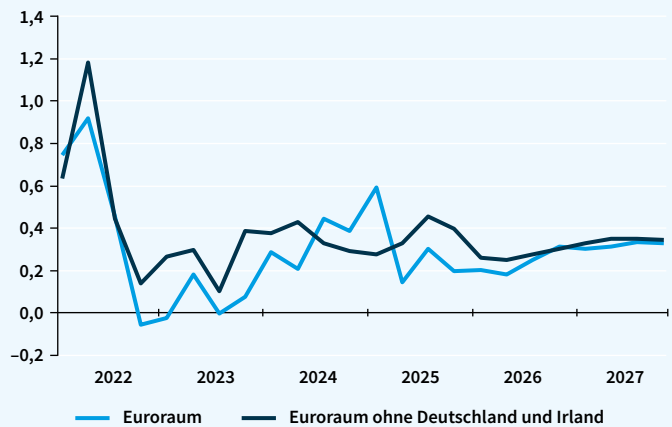
EZB vor höheren Leitzinsen

Der EZB-Rat beließ seine Leitzinsen seit Mitte des Jahres 2025 unverändert. Der Zinssatz für die Einlagefazilität liegt seit Juni 2025 bei 2,0 %, der Hauptrefinanzierungssatz beträgt 2,15 % und der Spitzenrefinanzierungssatz 2,4 % (Abbildung 1.7, Seite 24). Der Abbau der Wertpapierbestände aus den zurückliegenden Ankaufprogrammen wird unverändert fortgeführt. Die Geldmarktsätze blieben seit Mitte des vergangenen Jahres nahezu unverändert bei etwa 2 % und damit am unteren Ende des geldpolitischen Zinsbandes. Auch die Kreditzinsen veränderten sich bis zum aktuellen Datenrand (Januar 2026) kaum. Lediglich für Konsumentenkredite gab es im Januar einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr von 0,3 Prozentpunkten. An den Kapitalmärkten waren die Renditen festverzinslicher Wertpapiere in den vergangenen Monaten recht stabil.

Abbildung 1.6

Bruttoinlandsprodukt

Preis-, saison- und kalenderbereinigt, Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %



Quellen: Eurostat; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

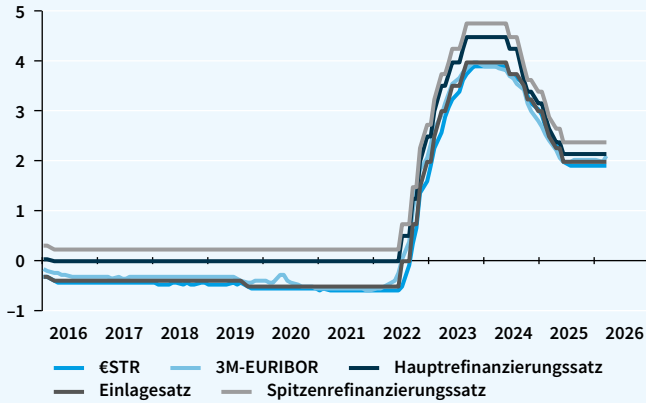
Im Zuge des Energiepreisschocks zogen die Futurespreise für die Euro Short-Term Rate (€STR) deutlich an, worin höhere Leitzinserwartungen zum Ausdruck kommen. Die Institute rechnen damit, dass die EZB die Leitzinsen im Prognosezeitraum in drei Schritten um insgesamt 0,75 Prozentpunkte erhöhen wird, sodass der Einlegesatz im Jahr 2027 bei 2,75 % liegen wird. Damit soll einem Rückgang der realen Zinsen entgegengewirkt werden. Entsprechend dürften sich die Zinssätze an den Geldmärkten anpassen (Kasten 1.2, Seite 26). Ein vorübergehender Rückgang der Renditen festverzinslicher Wertpapiere an den Kapitalmärkten zu Jahresbeginn 2026 wurde nach Ausbruch des Iran-Krieges vollständig ausgeglichen. Für den weiteren Prognoseverlauf rechnen die Institute damit, dass die Renditen zehnjähriger Staatsanleihen im Euroraum bei rund 3,5 % verharrten, da die erwarteten Leitzinsanhebungen bereits eingepreist wurden. Die Renditen für Unternehmensanleihen dürften diesem Verlauf weitgehend folgen. Während sich die Kreditzinsen vor Beginn des Krieges kaum verändert hatten, deuten aktuellere Daten von Kreditvermittlern für Baufinanzierungen (Interhyp) auf einen leichten Anstieg hin. Im Prognosezeitraum dürften die Kreditzinsen im Einklang mit den Kapitalmarktzinsen auf diesem erhöhten Niveau bleiben. Bereits zu Jahresbeginn hatten die Banken ihre Kreditvergabeleitlinien angesichts gestiegener Risiken leicht verschärft. Die jüngsten geopolitischen Entwicklungen und die damit höhere globale Unsicherheit werden wohl dazu führen, dass die Banken ihre Richtlinien auch zukünftig nicht lockern. Damit haben sich die Finanzierungsbedingungen zuletzt etwas verschlechtert, im Prognosezeitraum dürften sie im Wesentlichen unverändert bleiben.

Abbildung 1.7

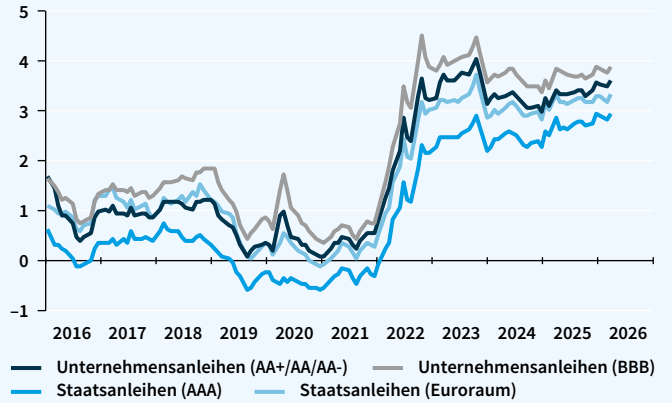
Zur monetären Lage im Euroraum

In %

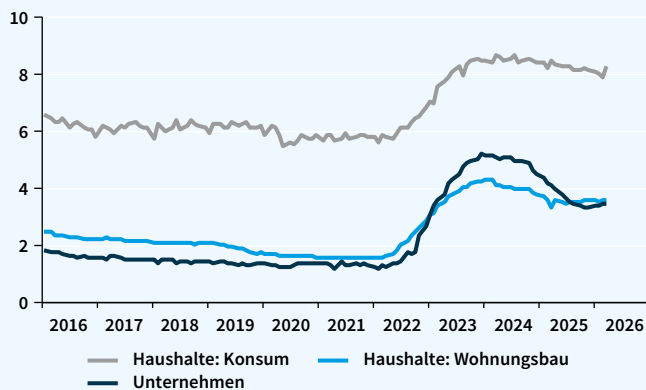
(a) Geldmarktzinsen¹



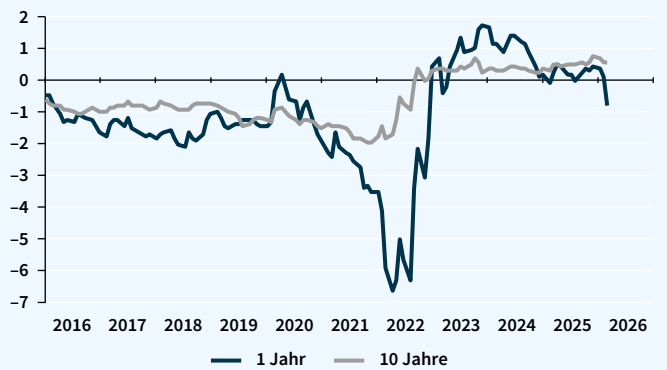
(b) Kapitalmarktzinsen²



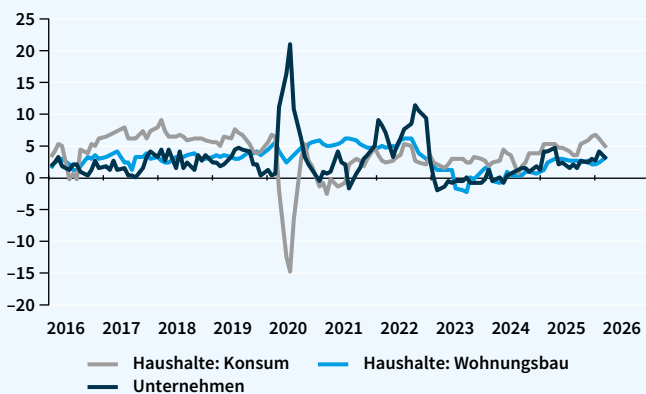
(c) Kreditzinsen³



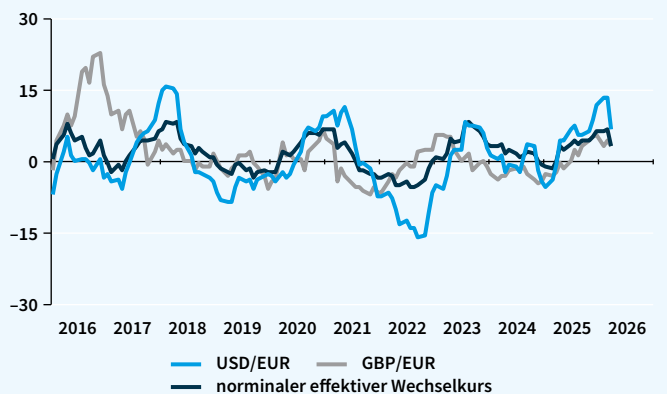
(d) Realzinsen⁴



(e) Veränderung der Kreditbestände⁵



(f) Veränderung der Euro-Wechselkurse⁶



¹ Die Euro Short-Term Rate €STR ersetzt den früheren Übernacht-Referenzzinssatz EONIA, der mit Ende des Jahres 2021 eingestellt wurde. Die Euro Short-Term Rate steht seit 2. Oktober 2019 zur Verfügung, für den Zeitraum davor wird der EONIA minus 8,5 Basispunkte gezeigt.

² Unternehmensanleihen = Renditen für Anleihen von Unternehmen mit sehr guter (AA, AA+, AA-) bzw. mittlerer (BBB) Bonität und einer Restlaufzeit von zehn Jahren. Staatsanleihen = Renditen für Anleihen vom gesamten Euroraum und von Ländern des Euroraums mit höchster Bonität (AAA) und einer Restlaufzeit von zehn Jahren.

³ Zinsen für Kredite an nichtfinanzielle Kapitalgesellschaften und für Kredite an Haushalte für Konsum bzw. für Wohnungsbau im Neugeschäft.

⁴ Differenz zwischen Overnight Index Swaps (OIS) und inflationsindexierten Swaps (Inflationserwartungen und Inflationsrisikoprämie) im Euroraum für die Laufzeit von einem Jahr bzw. zehn Jahren.

⁵ Kreditbestände nichtfinanzieller Kapitalgesellschaften und von Haushalten für Konsum bzw. für Wohnungsbau (gleitender Dreimonatsdurchschnitt der Veränderungen zum Vormonat, in %, annualisiert, saisonbereinigt).

⁶ Jahreswachstumsraten in %. Nominaler effektiver Wechselkurs für 40 Partnerländer des Euroraums.

Quellen: Europäische Zentralbank; Macrobond; LSEG Datastream; Bloomberg; Berechnungen der Institute.

Haushaltsdefizite bleiben hoch

Im Jahr 2025 blieb die Finanzpolitik in den Ländern des Euroraums insgesamt neutral ausgerichtet. Das konjunkturbereinigte Haushaltsdefizit war nach Schätzungen der Europäischen Kommission mit 3 % in Relation zum Produktionspotenzial gegenüber dem Jahr 2024 nahezu unverändert. Die Staatsverschuldung im Euroraum insgesamt dürfte knapp 90 % in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt betragen.

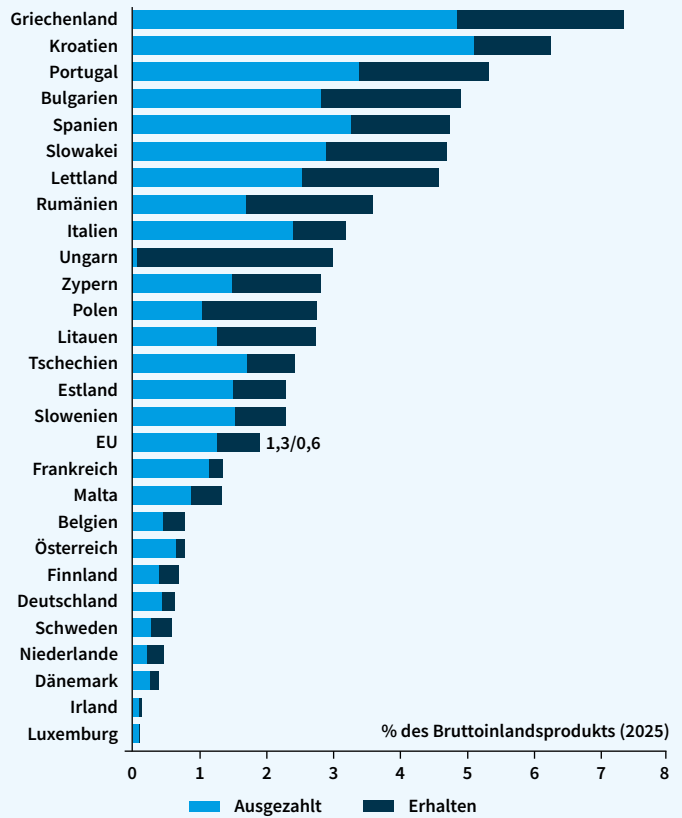
Für das Jahr 2026 ist aufgrund zusätzlicher Infrastruktur- und Verteidigungsausgaben der Mitgliedstaaten mit einer Ausweitung der Haushaltsdefizite zu rechnen. Im gesamten Euroraum stützen die Investitionen im Rahmen von "NextGenerationEU" (NGEU) weiter die Konjunktur. Die Aufbau- und Resilienzfazilität, das Kerninstrument von NGEU, läuft jedoch aus. Anfang des Jahres standen für die EU-Länder noch Finanzmittel von NGEU von rund 0,6 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zur Verfügung (Abbildung 1.8, Seite 25). Dabei müssen die Mitgliedstaaten bis zum 31. August 2026 bestimmte Zwischenschritte vollzogen haben, um bis zum Jahresende Anspruch auf die Abschlusszahlungen zu haben. Es gibt bereits Vorschläge, die Laufzeiten einiger Projekte bis 2027 zu verlängern bzw. deren Finanzierung auf andere EU-Fonds zu übertragen. Für 2027 ist daher mit einer insgesamt neutralen bis leicht strafferen finanzpolitischen Ausrichtung zu rechnen.

Derzeit befinden sich sieben Mitgliedstaaten in einem Defizitverfahren, darunter Italien und Frankreich. Dabei strebt lediglich Italien eine Reduktion des Defizits im Rahmen des Fiskalpakts bis Ende dieses Jahres an. Als Reaktion auf den Iran-Krieg werden in vielen Mitgliedstaaten Maßnahmen diskutiert, um Haushalte und Unternehmen in der Energiekrise zu entlasten. In Spanien, Portugal, Italien und Österreich sollen Steuern auf Kraftstoffe und Strom gesenkt werden. Dies wird die öffentlichen Haushalte zusätzlich belasten. Die fünf größten Volkswirtschaften des Euroraums zusammengenommen dürften in Relation zur Wirtschaftsleistung ein Haushaltsdefizit von 3,5 % im Jahr 2026 und 3,7 % im Jahr 2027 aufweisen (Tabelle 1.2, Seite 25).

Abbildung 1.8

NextGenerationEU

Aufbau- und Resilienzfazilität, Mittel in Form von Finanzhilfen



Quellen: Europäische Kommission; Eurostat; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Tabelle 1.2

Finanzierungssalden der öffentlichen Haushalte in ausgewählten Ländern des Euroraums

In % des nominalen Bruttoinlandsprodukts¹

	2023	2024	2025	2026	2027
Deutschland	-2,5	-2,7	-2,7	-3,7	-4,2
Frankreich	-5,4	-5,8	-5,4	-4,7	-5,2
Italien	-7,2	-3,4	-2,8	-2,9	-2,6
Spanien	-3,3	-3,2	-2,6	-2,3	-2,1
Niederlande	-0,4	-0,9	-1,8	-2,5	-2,1
Euroraum²	-3,9	-3,5	-3,3	-3,5	-3,7

¹ Gemäß der Abgrenzung nach dem Vertrag von Maastricht.
² Summe der Länder; gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; 2026 bis 2027: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Kasten 1.2

Energiepreise, Inflation und Zinsen: Geldpolitische Reaktionen auf Energiepreisschocks im historischen Vergleich

Die Effekte von Energiepreisschocks auf die Verbraucherpreis-inflation hängen maßgeblich von der Natur des Schocks und der geldpolitischen Reaktion darauf ab: Angebots- und nachfrageseitige Schocks stellen Zentralbanken vor unterschiedliche Herausforderungen, da sie sich unterschiedlich auf die gesamtwirtschaftliche Aktivität und die Verbraucherpreise auswirken. Zudem spielen verschiedene institutionelle Mandate eine Rolle. So ist etwa die EZB primär der Preisniveaustabilität verpflichtet, während die US-Notenbank (Fed) ein breiter definiertes Mandat verfolgt.

Die geldpolitischen Reaktionen auf den angebotsseitigen ersten Ölpreisschock 1973/74 waren in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften zunächst zögerlich bzw. akkommodierend. Viele Zentralbanken versuchten, die aus dem Kostenschock resultierenden Produktionsverluste durch expansive Geldpolitik abzufedern. Dies führte zu einem starken und persistenten Anstieg der Inflationsraten. In zahlreichen Industrieländern stieg die Verbraucherpreis-inflation auf zweistellige Werte und blieb über mehrere Jahre erhöht. Diese Episode verdeutlicht, dass eine unzureichend restriktive geldpolitische Reaktion auf Angebotschocks zur Entankerung von Inflationserwartungen und zur Verfestigung hoher Inflation beitragen kann.

Im Gegensatz dazu reagierten die Zentralbanken auf den zweiten, ebenfalls angebotsseitigen Ölpreisschock 1979/80 deutlich restriktiver. Insbesondere unter dem Einfluss des geldpolitischen Regimewechsels in den USA rückte die Bekämpfung der Inflation in den Vordergrund, auch um den Preis erheblicher kurzfristiger Produktionsverluste. Diese straffere Geldpolitik trug entscheidend dazu bei, die Inflationserwartungen wieder zu verankern. In der Folge gingen die Inflationsraten in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften in den frühen 1980er Jahren deutlich und dauerhaft zurück.

Die geldpolitische Reaktion in den USA auf den abermals angebotsseitigen Ölpreisanstieg im Zuge des Golfkrieges 1990 fiel wiederum moderater aus. Die US-Notenbank straffte die Geldpolitik nicht aggressiv, da sie den Ölpreisschock als vorübergehend einschätzte und zugleich die konjunkturelle Abschwächung berücksichtigte, zumal die Zinsen seinerzeit ohnehin hoch waren. Der Ölpreisanstieg führte zwar zunächst zu einem Anstieg der Inflationsrate, der aber zeitlich begrenzt blieb und nicht persistent wurde. Mit Abklingen des Schocks ging die Inflation wieder zurück, ohne dass es zu einer Entankerung der Inflationserwartungen kam. Die Geldpolitik in

Deutschland stand zu Beginn der 1990er Jahre im Zeichen der wirtschaftlichen Folgen der Wiedervereinigung; der Ölpreis dürfte für die geldpolitischen Entscheidungen in dieser Zeit eher von untergeordneter Bedeutung gewesen sein.

Die Ölpreissteigerungen der Jahre 2004 und 2005 resultierten vorwiegend aus einem globalen Nachfrageboom, angetrieben insbesondere durch das starke Wachstum Chinas. Die inflationären Effekte wurden durch Kapazitätssorgen sowie angebotsseitige Ausfälle in den USA infolge der Wirbelstürme Katrina und Rita zusätzlich verstärkt. Die geldpolitische Reaktion in den USA war graduell restriktiv. Die US-Notenbank setzte ihren bereits zuvor begonnenen Zinserhöhungszyklus fort und erhöhte die Leitzinsen in kleinen, vorhersehbaren Schritten. Zweitrundeneffekten konnte damit entgegen gewirkt werden. Entsprechend blieb der Einfluss auf die Inflation begrenzt, und die Inflationserwartungen blieben verankert. Die EZB nahm ebenfalls graduelle Zinserhöhungen vor.

Auf den angebotsseitigen Energiepreisschock des Jahres 2022 reagierte die US-Notenbank mit einem schnellen und starken Zinserhöhungszyklus, auch weil nachfrageseitig als Folge der vorangegangenen expansiven Finanzpolitik während der Pandemie eine höhere Inflationsdynamik bereits in Gang gekommen war. Im Euroraum wurde den nachfrageseitigen Faktoren zunächst eine geringere Bedeutung beigemessen, so dass die EZB erst verzögert mit einer geldpolitischen Straffung reagierte. In Folge der zögerlichen geldpolitischen Reaktion stieg die Inflation sowohl in den USA als auch im Euroraum sehr kräftig. In dieser Episode wird deutlich, dass die Möglichkeiten der Geldpolitik auch davon abhängen, in welchem Umfang die Finanzpolitik stimuliert. In einem Umfeld expansiver Finanzpolitik bei gleichzeitiger angebotsseitiger Verknappung vermögen auch deutliche Zinserhöhungen, zumal wenn sie erst zeitlich verzögert erfolgen, einen erheblichen Inflationsanstieg nicht zu verhindern.

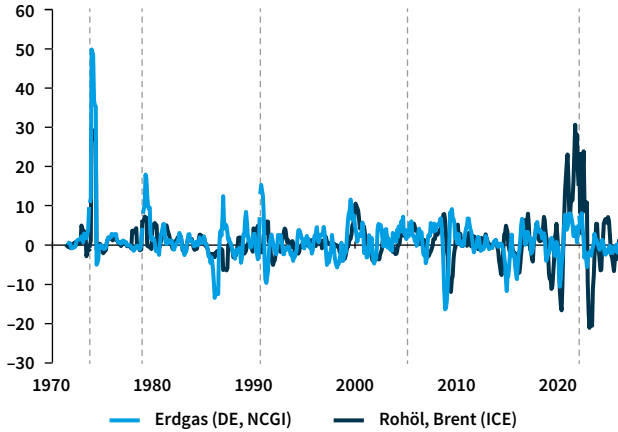
Insgesamt lässt sich festhalten, dass die geldpolitische Reaktion auf Energiepreisschocks – im Zusammenspiel mit der Finanzpolitik – entscheidend für die Übertragung des Kostenschocks auf die Verbraucherpreis-inflation ist. Auch wenn die Geldpolitik keinen direkten Einfluss auf die weltweiten Energiepreise hat, ist eine restriktive Reaktion auf Energiepreisschocks erforderlich, wenn ein Anstieg der Inflationserwartungen und ein Aufkommen von Zweitrundeneffekten unterbunden werden soll.

Abbildung 19

Energiepreisschocks und Geldpolitik

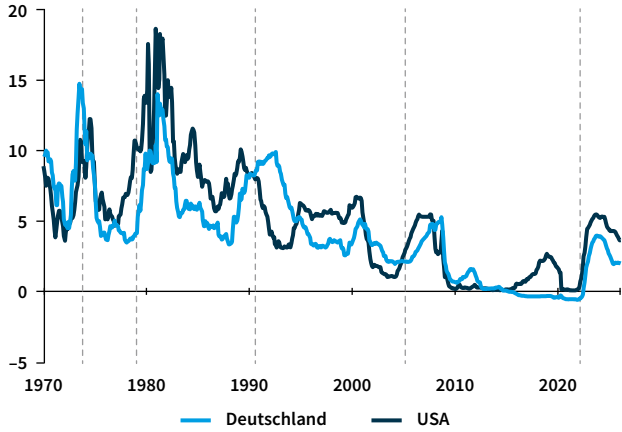
Rohöl- und Erdgaspreise

Preisveränderung in %



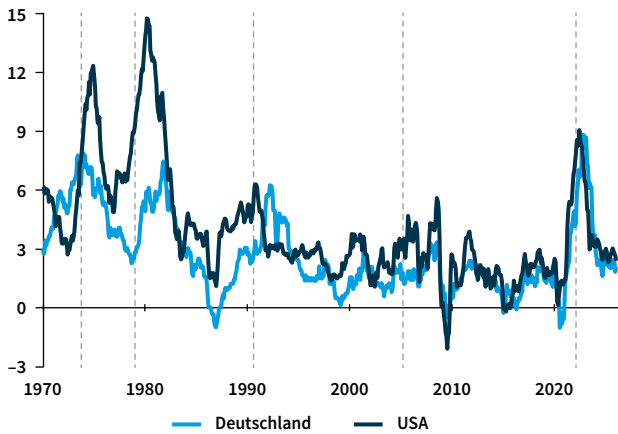
Geldmarktzinsen

Zinssatz in %



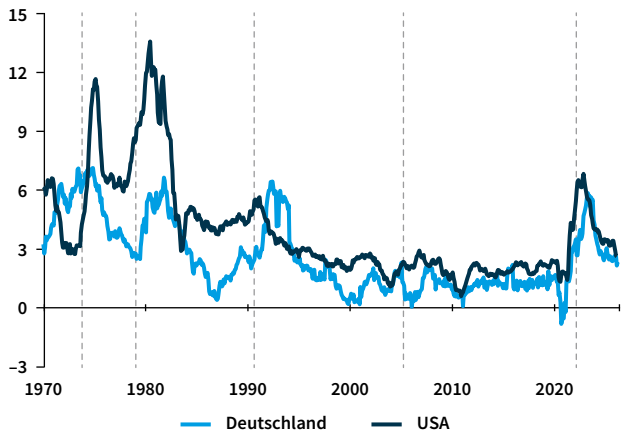
Verbraucherpreisinflation

Inflationsrate, in %



Kerninflationsrate

Inflationsrate, in %



Anmerkung: Die Abbildung zu den Rohöl- und Erdgaspreisen zeigt einen gleitenden 6-Monatsdurchschnitt, der die Veränderung der Rohöl bzw. Erdgaspreise abbildet. Der Zinssatz für Deutschland ist der 3-Monats EURIBOR (FIBOR vor 1998), für die USA der kurzfristige Interbanken-Geldmarktzins. Die schwarzen, gestrichelten Linien zeigen Perioden charakterisiert von starken Ölpreisanstiegen (OPEC Ölkrise 16.10.1973, Iran Revolution 16.01.1979, Invasion Irak in Kuwait 01.08.1990, Globale Nachfrage und begrenzte OPEC Förderkapazitäten 01.03.2005, Ukrainekrieg 24.02.2022). Die Kerninflation wird als Inflation ohne Nahrungsmittel- und Energiepreise gemessen.

Quellen: Intercontinental Exchange; World Bank; European Money Markets Institute (EMMI); OECD.

© GD Frühjahr 2026

Tabelle 1.3

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung im Euroraum

	2024	2025	2026	2027
Veränderung ggü. dem Vorjahr in %, preisbereinigt				
Bruttoinlandsprodukt	0,9	1,5	0,9	1,2
Inländische Verwendung	0,6	2,1	1,3	1,2
Privater Konsum	1,3	1,5	1,1	1,2
Staatskonsum	2,3	1,5	1,4	1,3
Bruttoanlageinvestitionen	-2,5	2,9	1,3	1,3
Vorratsveränderungen ¹	-0,1	0,3	0,0	0,0
Außenbeitrag ¹	0,3	-0,6	-0,2	-0,0
Exporte	0,5	2,0	2,7	1,3
Importe	-0,1	3,6	2,7	1,3
Verbraucherpreise ²	2,4	2,1	2,7	2,5
Kerninflation ³	2,9	2,5	2,3	2,4
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts				
Budgetsaldo ⁴	-3,5	-3,3	-3,5	-3,7
Leistungsbilanzsaldo	2,7	1,7	1,3	1,8
in % der Erwerbspersonen				
Arbeitslosenquote ⁵	6,2	6,2	6,2	6,1

¹ Expansionsbeitrag.

² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

³ Harmonisierter Verbraucherpreisindex ohne Energie und unverarbeitete Lebensmittel.

⁴ Gesamtstaatlich, berechnet für das Aggregat der fünf größten Euroraumländer.

⁵ Standardisiert.

Quellen: Eurostat; Europäische Kommission; Berechnungen der Institute; 2026 bis 2027: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Ausblick

Vor Ausbruch des Iran-Krieges deuteten die Indikatoren auf eine Fortsetzung der moderaten Expansion hin. So hatte sich der Economic Sentiment Indicator der Europäischen Kommission bis zuletzt in der Tendenz verbessert. Verwerfungen auf den Energiemärkten sind in diesen Indikatoren allerdings noch nicht erfasst. Finanzmarkt-basierte Unsicherheitsmaße wie VSTOXX und VDAX-NEW sind zuletzt deutlich gestiegen, wenngleich bisher weniger stark als im April vergangenen Jahres in Folge der US-amerikanischen Zollankündigungen. Der Iran-Krieg spiegelt sich auch im jüngsten Einkaufsmanagerindex (PMI) für die Eurozone wider, der allerdings nicht mehr in die Prognose einfließen konnte. Sowohl der Teilindikator für die Industrie als auch jener für Marktdienstleistungen sind gesunken. Der Gesamtindex liegt jedoch weiterhin über der 50-Punkte-Marke und damit immer noch im expansiven Bereich.

Auch wenn sich die geopolitische Lage - wie angenommen - bald wieder entspannt, dürfte die Konjunktur im Frühjahr spürbar gebremst werden, bevor sie im weiteren Jahresverlauf wieder an Dynamik gewinnt. Gestützt wird die Konjunktur im Euroraum durch eine etwas stärkere Expansion der Exporte, weil die negativen Zolleffekte vom vergangenen Jahr wegfallen. Der private Konsum dürfte weiter expandieren, wenngleich leicht verlangsamt. Die weitere Beschäftigungsexpansion wirkt stützend und die im langjährigen Vergleich noch erhöhte private Sparquote dürfte weiter zurückgehen. Eine leicht expansive Ausrichtung der Finanzpolitik im Euroraum wirkt ebenfalls stützend.

Alles in allem dürfte das Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2026 mit 0,9 % schwächer expandieren als im Vorjahr. Für 2027 wird eine leichte Beschleunigung auf 1,2 % erwartet (Tabelle 1.3, Seite 28). Die höhere Zuwachsrate im Jahr 2027 gegenüber der im Jahr 2026 ist auch auf die stärkere Expansion in Deutschland zurückzuführen. Die derzeit negative Produktionslücke wird sich bis zum Ende des Prognosezeitraums nicht geschlossen haben. Gleichwohl dürfte die Teuerung in diesem Jahr aufgrund der höheren Energiepreise deutlich über die Zwei-Prozent-Marke steigen. Im Jahr 2027 sollte sich die Inflation infolge rückläufiger Energiepreise wieder abschwächen. Die Institute prognostizieren eine Inflationsrate von 2,7 % für das Jahr 2026 und von 2,5 % für das Jahr 2027 (Tabelle 1.4, Seite 29). Damit liegt die Inflation in diesem Jahr um rund einen halben Prozentpunkt höher als ohne den Energiepreisschock zu erwarten gewesen wäre. Anders als zuvor erwartet wird die Kernrate nicht auf 2 % zurückgehen, sondern sich auf 2,3 % (2026) und 2,4 % (2027) belaufen. Die Arbeitslosenquote dürfte im Prognosezeitraum in etwa konstant bleiben.

Tabelle 14

Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Europäischen Union

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹				Verbraucherpreise ²				Arbeitslosenquote ³			
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %								in %			
		2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
Deutschland	24,1	-0,5	0,4	0,4	0,8	2,5	2,3	2,8	3,1	3,2	3,5	3,7	3,7
Frankreich	16,2	1,1	0,9	0,9	1,0	2,0	0,9	2,1	1,9	7,3	7,7	7,7	7,6
Italien	12,2	0,6	0,7	0,5	0,8	1,0	1,6	2,7	2,6	6,7	6,1	6,0	5,9
Spanien	8,9	3,5	2,8	2,4	1,8	2,8	2,7	2,9	2,2	10,6	10,5	10,2	10,0
Niederlande	6,2	1,1	1,9	1,5	1,2	3,4	3,0	2,8	2,5	3,5	3,9	3,9	3,9
Belgien	3,4	1,1	1,0	0,8	1,3	4,5	3,0	3,2	2,7	6,0	6,2	6,3	6,1
Irland	3,1	2,5	12,4	-0,7	1,3	1,0	2,1	2,6	2,2	4,3	4,7	4,8	4,8
Österreich	2,7	-0,8	0,6	0,8	1,3	2,8	3,6	2,6	2,3	5,4	5,7	5,7	5,5
Portugal	1,6	2,2	1,9	2,1	1,9	2,8	2,2	2,7	2,2	6,6	6,0	5,9	5,7
Finnland	1,5	0,4	0,2	0,9	1,3	0,9	1,8	2,5	2,3	8,1	9,7	10,0	9,8
Griechenland	1,3	2,1	2,2	2,0	1,8	3,0	2,9	3,2	2,2	9,5	8,9	8,2	7,7
Slowakei	0,7	1,9	0,8	1,1	1,8	2,8	4,2	3,3	2,8	5,2	5,4	5,7	5,5
Luxemburg	0,5	0,3	0,6	1,6	1,7	2,1	2,6	3,0	1,9	6,9	6,5	6,8	6,5
Bulgarien	0,6	3,2	3,2	2,9	2,7	2,4	3,5	3,5	2,7	3,9	3,5	3,6	3,5
Kroatien	0,5	3,8	3,2	2,9	2,4	4,0	4,4	3,5	3,1	5,4	4,8	4,4	4,4
Litauen	0,4	3,0	2,9	2,8	2,2	0,9	3,6	3,4	2,9	7,0	6,8	6,6	6,5
Slowenien	0,4	1,7	0,9	2,0	2,1	1,9	2,5	2,7	2,1	3,4	3,9	3,7	3,6
Lettland	0,2	-0,3	2,1	2,0	1,9	1,8	3,8	3,6	3,0	7,1	6,9	6,6	6,7
Estland	0,2	-0,1	0,5	1,5	2,8	3,5	4,8	3,9	2,7	7,8	7,4	6,9	6,9
Zypern	0,2	3,9	3,8	3,2	2,5	2,4	0,8	2,6	1,9	5,3	4,4	4,2	4,2
Malta	0,1	6,2	4,0	4,6	3,4	2,2	2,4	2,5	2,3	3,2	3,0	3,0	3,0
Euroraum insgesamt	85,1	0,9	1,5	0,9	1,2	2,3	2,1	2,7	2,5	6,2	6,2	6,2	6,1
ohne Deutschland	61,0	1,4	1,9	1,2	1,3	2,3	2,1	2,7	2,3	7,2	7,1	7,0	6,9
Polen	4,7	3,0	3,6	3,6	3,0	3,4	3,3	3,5	3,1	2,9	3,1	3,1	3,0
Schweden	3,1	1,0	1,8	2,3	1,9	1,6	2,6	2,3	2,0	8,0	8,9	8,3	7,9
Dänemark	2,2	3,5	2,9	2,5	1,9	1,4	1,8	2,5	2,3	6,9	6,4	6,1	6,0
Rumänien	2,0	0,9	0,7	0,3	2,5	5,6	6,8	5,9	4,2	6,1	6,1	6,0	5,8
Tschechien	1,8	1,1	2,6	2,4	2,4	2,6	2,3	2,4	2,2	2,8	2,9	3,1	3,0
Ungarn	1,1	0,6	0,3	1,7	2,4	3,7	4,5	4,3	3,5	4,3	4,4	4,4	4,2
EU-27⁴	100,0	1,0	1,6	1,2	1,4	2,4	2,3	2,8	2,6	5,8	5,9	5,9	5,7
MOE-Länder ⁵	12,6	2,0	2,3	2,4	2,6	3,5	4,0	3,8	3,1	4,1	4,2	4,1	4,0

¹ Die Zuwachsraten sind um Preis-, Saison- und Kalendereffekte bereinigt.² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.³ Standardisiert.⁴ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2024 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2024.⁵ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Bulgarien, Kroatien, Litauen, Slowenien, Lettland, Estland, Polen, Rumänien, Tschechien, Ungarn.

Quellen: Eurostat; IWF; Berechnungen der Institute; 2026 bis 2027: Prognose der Institute.

2. Lage und Prognose der deutschen Wirtschaft

Überblick

Nach einem mehrjährigen Abschwung hat im Verlauf des vergangenen Jahres eine Erholung eingesetzt. Die Unterauslastung der gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten ging allmählich zurück, und die Auftragslage im Produzierenden Gewerbe verbesserte sich (Abbildung 2.1, Seite 31). Die konjunkturelle Wende nahm einen für die deutsche Wirtschaft untypischen Verlauf. Während die exportorientierte Industrie angesichts weiter abnehmender Wettbewerbsfähigkeit, hoher geopolitischer Unsicherheit und fortbestehender handelspolitischer Belastungen kaum Tritt fasste, wurde die Erholung maßgeblich von der Binnenwirtschaft getragen. Schub entwickelte der private Konsum, gestützt von kräftigen Einkommenszuwächsen und rückläufiger Inflation. Im vierten Quartal setzten zudem die Investitions- und Konsumausgaben des Staates deutliche Impulse. Dementsprechend hat sich die Auftragslage bislang vor allem bei Unternehmen in Wirtschaftsbereichen verbessert, die unmittelbar von höheren Rüstungs- und Infrastrukturausgaben profitieren.

Mit dem Beginn des Iran-Krieges schnellten Ende Februar allerdings die Weltmarktpreise für Rohöl und die europäischen Handelspreise für Erdgas in die Höhe. Dieser Energiepreisschock wird die Inflationsrate im zweiten Quartal 2026 auf 2,9 % steigen lassen und den privaten Haushalten Kaufkraft entziehen. Zwar wird in dieser Prognose unterstellt, dass die Energiepreise allmählich wieder sinken. Da sie aber längere Zeit spürbar höher liegen werden als vor Ausbruch des Krieges, werden die Unternehmen die gestiegenen Energiekosten weitergeben. Im Jahresdurchschnitt wird die Inflationsrate voraussichtlich 2,8 % im Jahr 2026 und 2,9 % im Jahr 2027 betragen (Tabelle 2.1, Seite 30). Während im laufenden Jahr der Anstieg der Energiepreise die Inflation dominiert, macht sich im kommenden Jahr vor allem die verzögerte Weitergabe der höheren Energiekosten in der Kerninflationrate bemerkbar. Der Anstieg der Verbraucherpreise ohne Energie wird von durchschnittlich 2,4 % im Jahr 2026 auf 2,8 % im Jahr 2027 steigen.

Tabelle 2.1

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2022	2023	2024	2025	2026	2027
Bruttoinlandsprodukt ¹	1,8	-0,9	-0,5	0,2	0,6	0,9
Erwerbstätige ² (1 000 Personen)	45 629	45 935	45 987	45 982	45 882	45 924
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 418	2 609	2 787	2 948	3 002	2 937
Arbeitslosenquote BA ³ (in %)	5,3	5,7	6,0	6,3	6,4	6,2
Verbraucherpreise ⁴	6,9	5,9	2,2	2,2	2,8	2,9
Lohnstückkosten ^{4,5}	3,8	7,6	5,6	4,5	2,6	2,5
Finanzierungssaldo des Staates ⁶						
In Mrd. Euro	-76,1	-105,2	-115,3	-119,1	-169,9	-200,9
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukt	-1,9	-2,5	-2,7	-2,7	-3,7	-4,2
Leistungsbilanzsaldo						
In Mrd. Euro	162,5	232,4	255,1	202,7	157,2	165,2
In % des nominalen Bruttoinlandsprodukt	4,1	5,5	5,9	4,5	3,4	3,5

¹ Preisbereinigt. Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

² Inlandskonzept.

³ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit).

⁴ Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

⁵ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

⁶ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

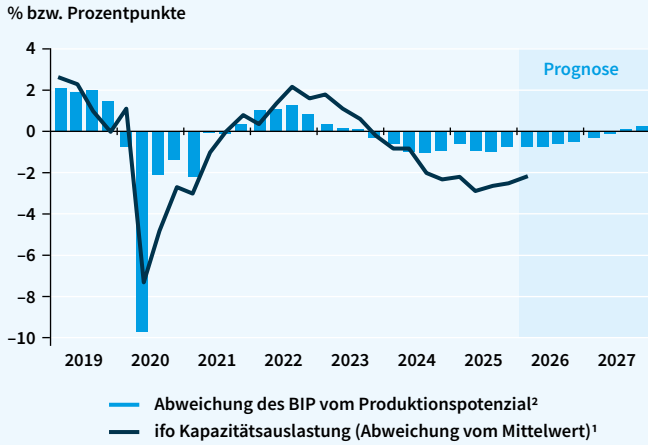
Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2026 bis 2027: Prognose der Institute.

Insgesamt wird der Energiepreisschock die Erholung in Deutschland dämpfen, dürfte sie aber nicht vollständig zum Erliegen bringen. Dafür sorgt der erheblich expansive Kurs der Finanzpolitik. Zwar werden in der vorliegenden Prognose keine Maßnahmen zur Kompensation des Kaufkraftentzugs, wie etwa ein Tankrabatt, unterstellt. Aber die kräftige Ausweitung der Neuverschuldung für Verteidigung, Infrastruktur und Klimaschutz erhöht die Staatsausgaben und stützt vor allem Unternehmen der Verteidigungsindustrie und des Tiefbaus. Im Großteil des Verarbeitenden Gewerbes bleibt die Lage dennoch erhalten. Zwar mehren sich die Hinweise darauf, dass die Exporte ihre Talsohle durchschreiten und sich im Jahresverlauf etwas festigen. Gleichwohl gehen vom Auslandsgeschäft vorerst nur geringe Impulse aus (Tabelle 2.2, Seite 32). So lasten neben der US-Zollpolitik auch die gestiegenen Energiepreise und die damit verbundene Unsicherheit auf den deutschen Ausfuhren. Daher werden sich die inländischen Unternehmensinvestitionen wohl nur allmählich erholen. Zusätzlich werden sie, wie auch die Wohnbauinvestitionen, durch die strafferen Finanzierungsbedingungen gebremst.

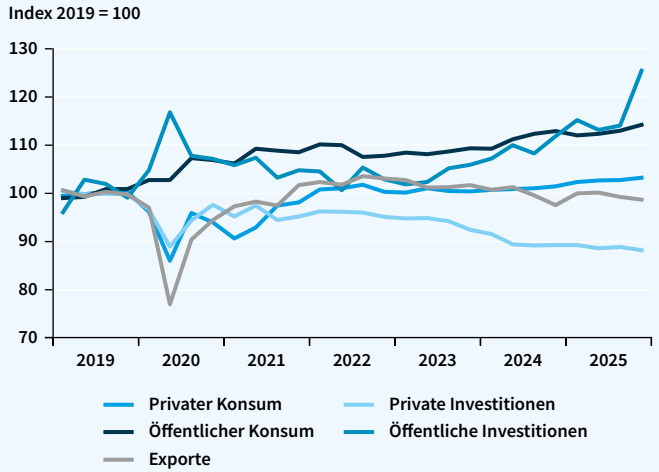
Abbildung 2.1

Wichtige Indikatoren für die deutsche Wirtschaft

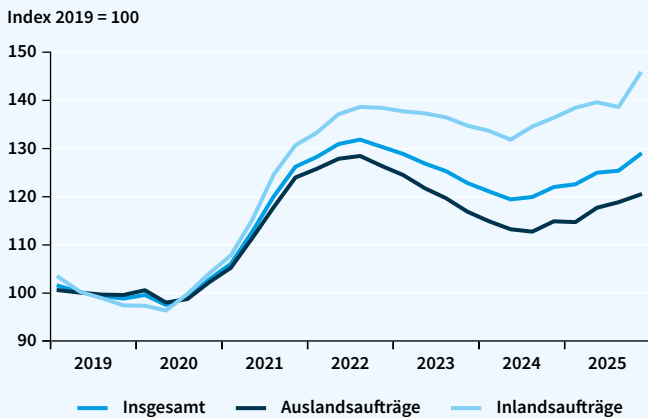
a) Gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung



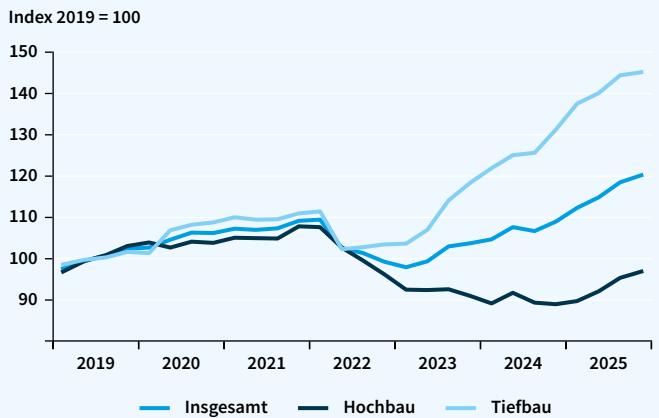
b) Verwendung des Bruttoinlandsprodukts²



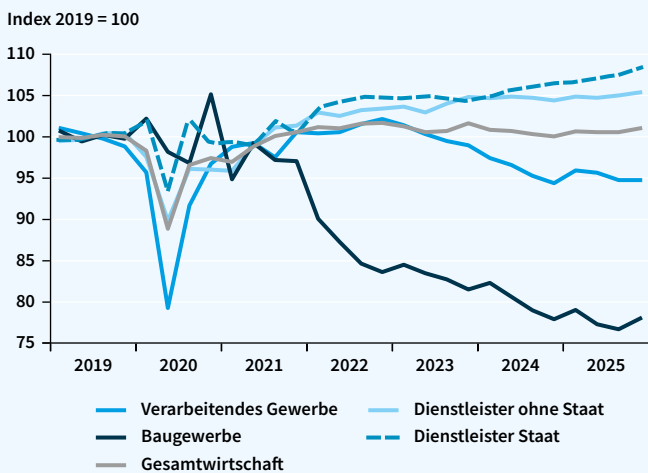
c) Auftragsbestand im Verarbeitenden Gewerbe²



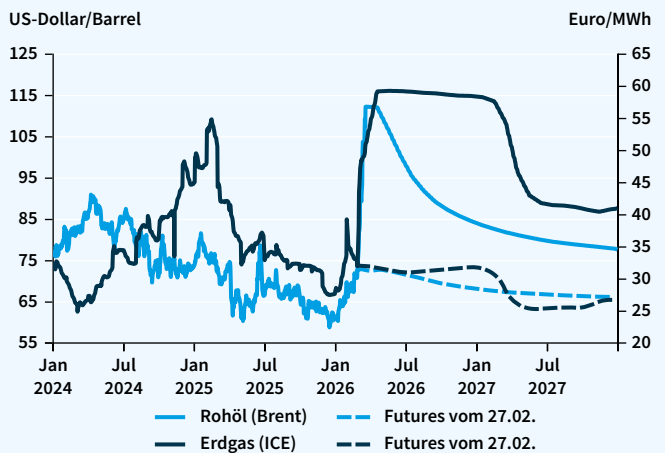
d) Auftragsbestand im Bauhauptgewerbe²



e) Bruttowertschöpfung²



f) Energiepreise



¹ Saisonbereinigt.

² Preis-, saison- und kalenderbereinigt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; ifo Institut; Intercontinental Exchange (ICE); Berechnungen der Institute.

Tabelle 2.2

Beiträge zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts

Preisbereinigt, in Prozentpunkten

	Wachstumsbeiträge				Importbereinigte Wachstumsbeiträge ¹			
	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
Konsumausgaben	0,8	1,1	0,8	0,7	0,7	0,5	0,5	0,5
Private Haushalte	0,3	0,8	0,2	0,2	0,2	0,3	0,1	0,1
Staat	0,6	0,3	0,5	0,5	0,5	0,2	0,4	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	-0,7	0,0	0,4	0,5	-0,5	-0,2	0,2	0,3
Bauten	-0,4	-0,1	0,2	0,2				
Ausrüstungen	-0,4	-0,1	0,0	0,2				
Sonstige Anlagen	0,0	0,2	0,2	0,1				
Vorratsveränderungen	0,1	0,7	0,1	-0,0	-0,0	0,4	0,0	-0,1
Inländische Verwendung	0,2	1,8	1,2	1,2	0,1	0,8	0,8	0,7
Außenbeitrag	-0,7	-1,5	-0,6	-0,3				
Exporte	-0,9	-0,2	-0,0	0,5	-0,6	-0,6	-0,1	0,2
Importe	0,2	-1,4	-0,5	-0,8				
Bruttoinlandsprodukt²	-0,5	0,2	0,6	0,9	-0,5	0,2	0,6	0,9

¹ Verwendungsaggregate abzüglich ihres Importgehalts.

² Veränderung gegenüber Vorjahr in %; Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2026 bis 2027: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Alles in allem dürfte das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2026 um 0,6 % und im Jahr 2027 um 0,9 % zunehmen, nachdem die Wirtschaftsleistung im Vorjahr mit einem Anstieg von 0,2 % kaum mehr als stagniert hat (Abbildung 2.2, Seite 32).¹ Dabei wird der Anstieg der Wirtschaftsleistung im laufenden und im kommenden Jahr durch die höhere Anzahl an Arbeitstagen um 0,2 bzw. 0,1 Prozentpunkte überzeichnet (Tabelle 2.4, Seite 33). Im Vergleich zum Herbstgutachten 2025 haben die Institute damit ihre Prognose für das laufende Jahr deutlich um 0,6 Prozentpunkte und für das kommende Jahr um 0,4 Prozentpunkte nach unten revidiert.

Dazu tragen einerseits die dämpfenden Effekte durch die höheren Energiepreise bei. Insgesamt dürfte der dieser Prognose zugrunde gelegte Energiepreisschock den Anstieg der Wirtschaftsleistung in diesem und im kommenden Jahr um jeweils etwa 0,3 Prozentpunkte senken (Kasten 1.1, Seite 20). Andererseits kommt darin auch eine Neubewertung struktureller Faktoren zum Ausdruck, die zu einer als schwächer eingeschätzten industriellen Dynamik führt. Vor allem deshalb liegen in der vorliegenden Prognose die Bruttowertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes, die Warenexporte und die Unternehmensinvestitionen spürbar niedriger als noch im Herbst veranschlagt. Stärker als im Herbstgutachten wird hingegen der expansive Fiskalimpuls insbesondere im Jahr 2027 eingeschätzt, da von einem verstärkten Mittelabfluss aus den Sondervermögen und von geringeren Konsolidierungsbemühungen ausgegangen wird. Dies erhöht für sich genommen den Anstieg der Wirtschaftsleistung im kommenden Jahr. Unter dem Strich setzt sich zwar die gesamtwirtschaftliche Erholung nach einem Dämpfer im ersten Halbjahr fort (Tabelle 2.3, Seite 33). Im Vergleich zum Herbstgutachten ist das Tempo der Erholung allerdings spürbar gedrosselt.

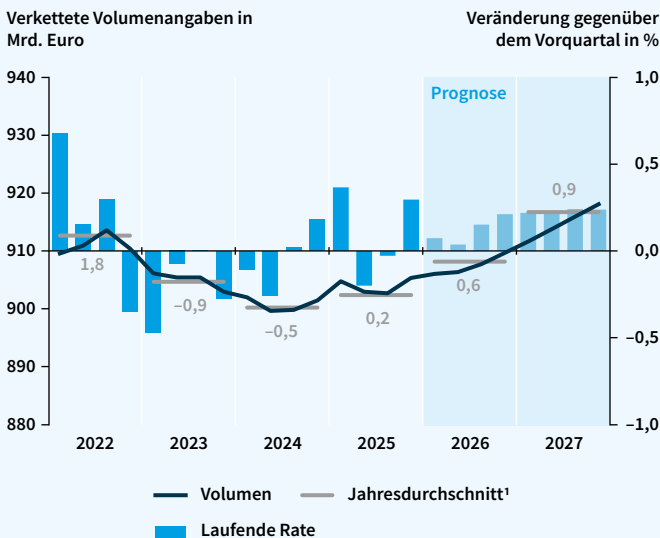
Durch den expansiven Kurs der Finanzpolitik erhöht sich der Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte von 2,7 % des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2025 auf 3,7 % im Jahr 2026 und 4,2 % im Jahr 2027. Der Bruttoschuldenstand steigt im selben Zeitraum von 63,6 % auf 67,2 % der Wirtschaftsleistung.

¹ Die 68 %-Prognoseintervalle auf Basis der historischen Prognosefehler der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose reichen von -0,1 % bis 1,3 % im Jahr 2026 und von -1,3 % bis 3,1 % im Jahr 2027.

Abbildung 2.2

Bruttoinlandsprodukt

Preis-, saison- und kalenderbereinigt



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2026: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Tabelle 2.3

Quartalsdaten zur Entwicklung der Verwendungskomponenten des Bruttoinlandsprodukts¹

Veränderung gegenüber dem Vorquartal in %

	2024				2025				2026				2027			
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV
Private Konsumausgaben	0,4	0,1	0,2	0,4	0,8	0,4	0,0	0,5	0,0	-0,2	-0,1	0,1	0,1	0,1	0,2	0,2
Öffentlicher Konsum	-0,0	1,8	1,0	0,5	-0,8	0,3	0,6	1,1	0,3	0,6	0,6	0,5	0,6	0,6	0,6	0,5
Bauten	0,5	-1,7	-0,7	0,7	0,5	-1,0	-0,7	1,6	-0,3	0,6	0,5	0,4	0,3	0,3	0,2	0,2
Ausrüstungen	-0,9	-3,1	-1,0	-0,0	0,3	-2,1	1,7	0,1	-1,4	0,2	0,5	1,1	0,8	0,8	0,7	0,8
Sonstige Anlagen	-3,1	1,2	0,9	1,1	0,6	1,2	0,9	1,0	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9	0,9
Vorratsinvestitionen ²	0,1	-0,1	0,8	0,6	-0,5	0,2	0,5	-0,3	0,0	-0,0	-0,0	-0,0	0,0	0,0	-0,0	0,0
Inländische Verwendung	0,2	0,0	1,0	1,1	-0,1	0,2	0,8	0,4	0,0	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Außenbeitrag ²	-0,3	-0,3	-1,0	-0,9	0,4	-0,4	-0,8	-0,1	0,0	-0,0	-0,0	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1	-0,1
Exporte	-1,0	0,6	-1,7	-2,1	2,5	0,2	-0,9	-0,6	0,2	-0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3
Importe	-0,4	1,3	0,7	0,1	1,5	1,4	1,0	-0,3	0,1	-0,1	0,3	0,5	0,6	0,6	0,6	0,6
Bruttoinlandsprodukt	-0,1	-0,3	0,0	0,2	0,4	-0,2	-0,0	0,3	0,1	0,0	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2

¹ Preis-, saison- und kalenderbereinigte Werte.

² Beitrag zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts in Prozentpunkten (Lundberg-Komponenten).

Quellen: Statistisches Bundesamt; ab dem ersten Quartal 2026: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Am Arbeitsmarkt überlagern sich weiterhin konjunkturelle und strukturelle Faktoren. Die gesamtwirtschaftliche Erholung dürfte erst mit Verzögerung im kommenden Jahr sichtbar werden. Die Institute erwarten daher einen erneuten Rückgang der Erwerbstätigkeit im laufenden Jahr um jahresdurchschnittlich 100 000 Personen, gefolgt von einem Anstieg im Jahr 2027 um 42 000 Personen. Umgekehrt nimmt die Zahl der Arbeitslosen im Jahr 2026 um 54 000 zu und sinkt im folgenden Jahr um 66 000 Personen. Die Arbeitslosenquote steigt der Prognose zufolge im laufenden Jahr auf 6,4 %, bevor sie im kommenden Jahr auf 6,2 % zurückgeht.

Das Potenzialwachstum kommt mittelfristig zum Erliegen. Durch die demografisch bedingte Verknappung des Arbeitskräfteangebots und den nur schwachen Anstieg des Trends der Arbeitsproduktivität wird die Potenzialrate von derzeit schätzungsweise 0,2 % bis zum Ende der Jahrzehnts auf 0,0 % sinken. Vor diesem Hintergrund dürften die Expansionsspielräume mit steigender Auslastung der gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten im Jahr 2027 bereits ausgeschöpft sein.

Tabelle 2.4

Statistische Komponenten der Veränderungsrate des Bruttoinlandsprodukts

Preisbereinigt, in %

	2024	2025	2026	2027
Statistischer Überhang ¹	-0,2	0,1	0,2	0,2
Jahresverlaufsrate ²	-0,2	0,4	0,5	0,9
Durchschnittliche Veränderung, kalenderbereinigt	-0,5	0,4	0,4	0,8
Kalendereffekt ³	-0,0	-0,1	0,2	0,1
Durchschnittliche Veränderung	-0,5	0,2	0,6	0,9

¹ Preis-, saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum Quartalsdurchschnitt des Vorjahres.

² Preis-, saison- und kalenderbereinigtes BIP im vierten Quartal in Relation zum entsprechenden Quartal des Vorjahres.

³ In % des preisbereinigten BIP.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 bis 2027: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Kasten 2.1

Prognoseevaluation für das Jahr 2025

Das Wirtschaftsgeschehen in Deutschland blieb im Jahr 2025 insgesamt schwach, wenngleich sich das Bruttoinlandsprodukt nach zwei rückläufigen Jahren leicht um 0,2 % erhöhte. Die wirtschaftliche Entwicklung wurde dabei vor allem von der inländischen Verwendung getragen, zu der insbesondere der private, aber auch der öffentliche Konsum positiv beitrugen. Trotz kräftig ausgeweiteter öffentlicher Investitionen (+33 %), blieb die Investitionstätigkeit insgesamt gedämpft, da die privaten Investitionen um knapp 6 % nachgaben. Die Exporte sanken das dritte Jahr in Folge, allerdings in deutlich geringerem Tempo als in den Vorjahren. Entsprechend blieb die Produktion im Verarbeitenden Gewerbe schwach. Insgesamt bestätigte sich damit das Bild einer nur zaghaften Erholung.

In ihrem Frühjahrgutachten 2025 gingen die Institute davon aus, dass die gesamtwirtschaftliche Dynamik angesichts anhaltender struktureller Belastungen und einer nur allmäh-

lich einsetzenden Erholung schwach bleiben würde.¹ Impulse wurden vom Konsum, insbesondere von höheren staatlichen Konsumausgaben, erwartet. Dagegen wurde mit deutlich rückläufigen Exporten sowie stagnierenden Bruttoanlageinvestitionen gerechnet. Insgesamt prognostizierten die Institute für das Jahr 2025 einen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 0,1 % und unterschätzten die tatsächliche Zuwachsrate damit geringfügig (Tabelle 2.5, Seite 34).

Der private Konsum sollte im Jahr 2025 nur moderat um 0,5 % expandieren. Tatsächlich wurde seine Dynamik deutlich unterschätzt (1,6 %). Zwar legten die real verfügbaren Einkommen mit 0,5 % nur etwas stärker zu als erwartet (0,2 %). Zugleich ging die Sparquote aber nach dem deutlichen Anstieg im Jahr 2024 wieder auf 10,3 % zurück, während die Institute

¹ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Geopolitischer Umbruch verschärft Krise – Strukturellen noch dringlicher, Frühjahr 2025, Essen, 2025.

Tabelle 2.5

Prognose für das Jahr 2025 und tatsächliche Entwicklung

Verwendung des Bruttoinlandsprodukts

	Frühjahrgutachten		Herbstgutachten		Statistisches Bundesamt		Prognosefehler für 2025	
	Prognosewerte für 2025		Prognosewerte für 2025		Istwerte für 2025		Differenz der Wachstumsbeiträge in Prozentpunkten	
	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten ¹	Veränderung gegenüber Vorjahr in %	Wachstumsbeitrag in Prozentpunkten ¹	zur Frühjahrsdiagnose	zur Herbstdiagnose
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(6) - (2)	(6) - (4)
Inländische Verwendung	1,8	1,7	1,7	1,6	1,8	1,8	0,1	0,2
Privater Konsum	0,5	0,3	1,0	0,6	1,6	0,8	0,5	0,2
Staatlicher Konsum	1,9	0,4	2,1	0,5	1,3	0,3	-0,1	-0,2
Bauten	-0,3	0,0	-1,7	-0,2	-0,6	-0,1	-0,1	0,1
Ausrüstungen	-1,3	-0,1	-2,1	-0,1	-1,9	-0,1	-0,0	0,0
Sonstige Anlageinvestitionen	2,2	0,1	3,6	0,1	3,8	0,2	0,1	0,1
Vorratsveränderungen	-	1,1	-	0,8	0,7	0,7	-0,4	-0,1
Außenbeitrag	-	-1,7	-	-1,4	-	-1,5	0,2	-0,1
Exporten	-2,7	-1,1	0,0	0,0	-0,4	-0,2	0,9	-0,2
Importen	1,4	-0,5	3,8	-1,4	3,6	-1,4	-0,9	0,0
Bruttoinlandsprodukt	0,1	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,0
Nachrichtlich:								
Bruttoinlandsprodukt USA	1,8	-	1,8	-	2,2	-	-	-
Bruttoinlandsprodukt Euroraum	1,0	-	1,3	-	1,5	-	-	-
Welthandel	2,1	-	2,8	-	4,4	-	-	-
Verbraucherpreise	2,2	-	2,1	-	2,2	-	-	-

¹ Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts (Lundberg-Komponenten). Der Wachstumsbeitrag einer Verwendungskomponente ergibt sich aus ihrer Veränderungsrate gewichtet mit dem nominalen Anteil des Aggregats am Bruttoinlandsprodukts aus dem Vorjahr. Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. Angaben für das Bruttoinlandsprodukt: Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; United States Bureau of Economic Analysis (U.S. BEA); Eurostat; The Netherlands - Centraal Planbureau (CPB); Berechnungen der Institute.

im Frühjahr 2025 mit 11,1 % noch ein ähnlich hohes Niveau wie im Vorjahr unterstellt hatten. Der staatliche Konsum expandierte im Jahr 2025 schwächer als erwartet.

Auch die Investitionstätigkeit sollte angesichts weiterhin schwacher Konjunktur und ungünstiger Finanzierungsbedingungen schwach bleiben. Während die Institute den Rückgang der Bruttoanlageinvestitionen um 0,2 % nahezu korrekt prognostizierten, ergaben sich bei den Komponenten größere Abweichungen. Die Investitionen in sonstige Anlagen stiegen mit 3,8 % stärker als erwartet (2,2 %), während die Bauinvestitionen mit -0,6 % und die Ausrüstungsinvestitionen mit -1,9 % deutlicher zurückgingen als prognostiziert (Bauten: -0,3 %, Ausrüstungen: -1,3 %).

Die Entwicklung des Außenhandels wurde in der Frühjahrsdiagnose in ihrer Tendenz zutreffend eingeschätzt. Die Handelsströme zeigten sich jedoch robuster als erwartet. Trotz der schwachen Industriekonjunktur und der US-amerikanischen Zölle gingen die Exporte mit -0,4 % weniger stark zurück, als dies von den Instituten im Frühjahr erwartet wurde. Die Importe weiteten sich hingegen – auch infolge der günstigeren Entwicklung bei den Ausfuhren und der Aufwertung des Euro – mit 3,6 % stärker aus als erwartet.

In ihrem Herbstgutachten gingen die Institute davon aus, dass die deutsche Wirtschaft im ersten Halbjahr 2025 ihre Talsohle erreicht hatte, und erwarteten für die zweite Jahreshälfte eine moderate Expansion, die aber weiterhin von strukturellen Problemen sowie Handelshemmnissen durch die Zollpolitik der USA gedämpft wird.² Insgesamt wurde die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts korrekt prognostiziert. Auch die Entwicklung im zweiten Halbjahr wurde gut getroffen, wenngleich die Expansion im dritten Quartal etwas schwächer und im vierten Quartal etwas stärker ausfiel als prognostiziert.

Die Verbraucherpreisinflation fiel mit 2,2 % um 0,1 Prozentpunkte höher aus als im Herbstgutachten prognostiziert. Zugleich stiegen die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte mit 3,1 % deutlich kräftiger als erwartet (2,5 %), da sowohl die Nettolöhne und -gehälter als auch die monetären Sozialleistungen stärker zulegten. Entsprechend nahmen die real verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte insgesamt deutlicher zu, und der private Konsum stieg in der zweiten Jahreshälfte etwas dynamischer als prognostiziert. Dass der private Konsum im Jahr 2025 insgesamt mit 1,6 % stärker zunahm als im Herbst prognostiziert (1,0 %), liegt aber vor allem an einer deutlichen Aufwärtsrevisionen der ersten Jahreshälfte (Tabelle 2.6, Seite 35).

Deutliche Revisionen gab es auch beim Staatskonsum – die ersten beiden Quartale weist die amtliche Statistik nun schwächer aus. Die Dynamik in der zweiten Jahreshälfte haben die Institute allerdings unterschätzt, insbesondere im vierten

Tabelle 2.6

Zerlegung des Prognosefehlers des Herbstgutachtens für das Jahr 2025

In Prozentpunkten

	Prognosefehler (insgesamt)	Revision ¹ der VGR	Prognosefehler ²	
			3. Quartal 2025	4. Quartal 2025
	Summe (I) bis (III)	(I)	(II)	(III)
Bruttoinlandsprodukt	0,0	0,1	-0,1	0,0
Inländische Verwendung	0,2	-0,1	0,2	0,0
Privater Konsum	0,5	0,5	-0,0	0,1
Staatlicher Konsum	-0,7	-0,9	-0,0	0,2
Bauten	1,1	1,2	-0,5	0,4
Ausrüstungen	0,2	-0,1	0,5	-0,2
Sonstige Anlageinvestitionen	0,2	-0,0	0,1	0,1
Exporte	-0,5	0,3	-0,5	-0,2
Importe	-0,2	-0,3	0,3	-0,2

¹ Beitrag der Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vom zweiten Quartal 2024 bis zum zweiten Quartal 2025 durch das Statistische Bundesamt.

² Beitrag der Differenz zwischen der Prognose für das dritte und vierte Quartal 2025 aus der Herbstdiagnose und den aktuellen Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Quartal. Insgesamt legte der staatliche Konsum im Jahr 2025 durch die schwächere erste Jahreshälfte mit 1,3 % weniger stark zu als prognostiziert (2,1 %).

Die Investitionskomponenten entwickelten sich im zweiten Halbjahr uneinheitlich. Die Ausrüstungsinvestitionen nahmen im dritten Quartal deutlich stärker zu als prognostiziert, stagnierten aber im vierten Quartal. Insgesamt trafen die Institute in ihrer Herbstprognose das zweite Halbjahr relativ gut, so dass der Jahreswert (-1,9 %) in etwa der Prognose (-2,1 %) entsprach. Allerdings wurde die Aufteilung in öffentliche und private Teilkomponenten nicht richtig eingeschätzt.

Die Bauinvestitionen stiegen am Jahresende unerwartet kräftig. Zudem wurde das erste Halbjahr deutlich nach oben revidiert. Im Ergebnis gingen die Bauinvestitionen im Gesamtjahr zwar weiter zurück, mit -0,6 % fiel der Rückgang insgesamt aber weniger stark aus als vorhergesagt (-1,7 %).

Die Exporte entwickelten sich in der zweiten Jahreshälfte deutlich schwächer als erwartet. Statt eines leichten Zuwachses kam es in beiden Quartalen zu kräftigen Rückgängen, vor allem die Warenexporte gingen deutlich zurück. Neben der verschlechterten internationalen Wettbewerbsposition der deutschen Industrie dürften sich auch die erhöhten US-Zölle sowie die deut-

² Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Expansive Finanzpolitik kaschiert Wachstumschwäche, Herbst 2025, Berlin, 2025.

liche Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar negativ ausgewirkt haben, wodurch die Ausfuhren in die USA weiter rückläufig waren. In Summe ergab sich dadurch für das Jahr 2025 ein leichter Rückgang um 0,4 % anstelle der erwarteten Stagnation.

Die Importe entwickelten sich im zweiten Halbjahr ebenfalls leicht schwächer als prognostiziert. Während die Zuwachsrate im dritten Quartal höher war als von den Instituten angenommen, gingen die Einfuhren im Schlussquartal mit -0,3 % sogar zurück. Da zudem auch die Werte in der ersten Jahreshälfte leicht nach unten revidiert wurden, nahmen die Importe im Ergebnis mit 3,6 % leicht schwächer zu als prognostiziert (3,8 %). Die Abweichungen bei den Expansionsbeiträgen von Ex- und Importen hielten sich in etwa die Waage.

Sowohl im Frühjahrs- als auch im Herbstgutachten hatten die Institute für 2026 eine spürbare Belebung der konjunkturellen Dynamik erwartet – getragen vor allem von den expansiven Effekten der Fiskalmaßnahmen durch das Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz sowie den Mehrausgaben für Verteidigung. Um den Jahreswechsel 2025/2026 zeichnete sich ab, dass sich eine moderate Expansion allmählich realisieren könnte. Allerdings dämpfen die strukturellen Probleme, ablesbar an der gesunkenen Wettbewerbsfähigkeit und der anhaltenden Schwäche im Verarbeitenden Gewerbe, die Erholung etwas stärker als erwartet. Zudem werden die kräftigen Rohstoffpreisanstiege infolge des Iran-Krieges die wirtschaftliche Aktivität belasten. Vor diesem Hintergrund haben die Institute in diesem Gutachten ihre Prognose für die Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts auf 0,6 % gesenkt, nachdem sie im Herbst noch mit 1,3 % gerechnet hatten.

Risiken

Die größten Risiken für die vorliegende Prognose ergeben sich aus dem weiteren Verlauf des Iran-Krieges. In diesem Gutachten wird angenommen, dass sich die unmittelbaren konjunkturellen Auswirkungen des Krieges zunächst vor allem in Form höherer Energiepreise bemerkbar machen. Dabei werden die Markterwartungen vom 20. März 2026 für den Verlauf der Energiepreise zugrunde gelegt. Die vergangenen Wochen haben jedoch gezeigt, dass einzelne Kriegseignisse sowohl die Kassa- als auch die Terminkurse stark beeinflussen. Entsprechend können die konjunkturellen Folgen des Energiepreisschocks abhängig vom Kriegsverlauf mehr oder weniger stark ausfallen. Einem in diesem Gutachten simulierten Alternativszenario zufolge könnten spürbar höhere Energiepreise den Anstieg der Wirtschaftsleistung in Deutschland in diesem und im kommenden Jahr zusätzlich um 0,2 bzw. 0,3 Prozentpunkte dämpfen (Kasten 1.1, Seite 20). Dabei könnten die realwirtschaftlichen Folgen noch größer werden, wenn sich der Konflikt im Nahen Osten – anders als in diesen Modellsimulationen unterstellt – auf weitere Länder ausweitet oder die Finanzmärkte stärker in Mitleidenschaft zieht. Neben höheren Energiepreisen besteht bei einer weiteren Zuspitzung des Konflikts und einer längeren Sperrung der Straße von Hormus das Risiko, dass auch Lieferkettenprobleme und damit verbundene Produktionsbehinderungen in Deutschland auftreten. Zum einen sind die für den Handel mit Asien wichtigen Luftverkehrswege im Nahen Osten gestört. So könnten sich Transportwege verlängern und Transportkosten steigen. Zum anderen droht einigen Ländern Asiens, die einen Großteil ihrer Erdgas- und Rohöllieferungen von den Anrainern am Persischen Golf beziehen, eine Mangellage. Dadurch könnte sich die Produktion wichtiger Vorprodukte verzögern oder gar ausfallen. Immerhin erwarten laut

einer Befragung des ifo Instituts im März 36 % der Industrieunternehmen Lieferverzögerungen bei Vorprodukten bzw. Rohstoffen.

Auch die wirtschaftspolitische Reaktion auf den Energiepreisschock ist unsicher. Während die Institute von drei Leitzinsanhebungen der Europäischen Zentralbank im Laufe dieses Jahres ausgehen, werden in der vorliegenden Prognose keine kaufkraftstützenden finanzpolitischen Maßnahmen, wie etwa befristete Subventionen oder Steuernachlässe auf Energie, unterstellt. Solche Maßnahmen könnten zwar kurzfristig die Auswirkungen der Energiepreisschocks mildern und die Konjunktur stimulieren. Würden sie aber von vielen großen Ländern gleichzeitig umgesetzt, stiegen bei unverändert knappem Angebot die Weltmarktpreise für Energie. Damit würden die Maßnahmen ihren entlastenden Effekt in Deutschland verfehlen und nur den internationalen Energielieferanten höhere Einnahmen bescheren. Bei ohnehin angespannter Haushaltslage des Staates würden zudem Steuererhöhungen oder Ausgabenkürzungen an anderer Stelle erforderlich werden, die die Konjunktur belasten.

Schließlich gibt es bei der vorliegenden Prognose weiterhin erhebliche Unsicherheiten über die Auswirkungen des Strukturwandels, insbesondere im Verarbeitenden Gewerbe. Die Bruttowertschöpfung, die Produktion, die Exporte, die Investitionen und die Beschäftigung des einstigen Konjunkturmotors waren in den vergangenen Jahren rückläufig. Dabei ist unklar, welchen Anteil daran vorübergehend-konjunkturelle und welchen dauerhaft-strukturelle Faktoren haben. In der vorliegenden Prognose wird zwar von einer Expansion der industriellen Aktivität spätestens ab der Jahresmitte 2026 ausgegangen.

Einem kräftigen Anziehen, wie es in früheren gesamtwirtschaftlichen Erholungsphasen zu beobachten war, steht jedoch die spürbar gesunkene Wettbewerbsfähigkeit entgegen. Daher dürfte ein Teil der Produktionskapazitäten in den vergangenen Jahren obsolet geworden sein. Die Erholungsspielräume der Industrie könnten jedoch auch viel größer ausfallen, falls der Rückgang der Produktionskapazitäten überschätzt wurde. Entsprechend könnte eine Normalisierung des Auslastungsgrades mit einem kräftigeren Anziehen der industriellen Aktivität einhergehen.

Finanzierungsbedingungen verschlechtern sich

Die Kapitalmarktzinsen waren seit Jahresbeginn zunächst leicht rückläufig. Im Zuge des Iran-Krieges kam es seit Anfang März jedoch zu einem deutlichen Anstieg, sodass zehnjährige Staatsanleihen Mitte März bei rund 2,9 % rentierten. Die Renditen von Unternehmensanleihen folgten entsprechend.

Die Zinsen für Unternehmenskredite lagen bis Januar weitgehend unverändert bei etwa 3,5 %. Auch die Zinsen für Wohnbaukredite stagnierten seit Mitte des vergangenen Jahres weitgehend und lagen im Januar bei 3,8 %. Seitdem dürften die Kreditzinsen, ähnlich den Kapitalmarktzinsen, allerdings leicht gestiegen sein.

Die Kreditvolumina für Wohnbauten waren im Jahresverlauf 2025 in etwa konstant. Die Nachfrage nach Wohnbaukrediten nahm bis Ende 2025 ausweislich des Bank Lending Surveys zu. Der jüngste Zinsanstieg dürfte sich jedoch dämpfend auf die weitere Nachfrage auswirken; das Kreditvolumen ging im Januar im Vergleich zum Durchschnitt des Vorquartals bereits etwas zurück.

Die Nachfrage nach Unternehmenskrediten stieg laut Bank Lending Survey leicht. Gleichzeitig deuten die Umfragen darauf hin, dass die Banken bei der Unternehmenskreditvergabe weiterhin zurückhaltend agieren und sowohl ihre Richtlinien als auch die tatsächlichen Kreditbedingungen spürbar verschärft haben. Begründet wurde dies mit der allgemeinen Wirtschaftslage, den Konjunkturaussichten und firmenspezifischen Faktoren.

Die von den Instituten erwarteten Leitzinserhöhungen, die sich auf Markterwartungen stützen, dürften am aktuellen Rand bereits weitgehend in den gestiegenen Kapitalmarkt- und Kreditzinsen eingepreist sein. Infolge der erhöhten Unsicherheit dürften sich auch die Kreditvergabebedingungen der Banken nicht wesentlich entspannen. Insgesamt verschlechtern sich somit die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte.

Finanzpolitik setzt kräftige Impulse

Im Jahr 2025 war die Finanzpolitik in Deutschland nahezu konjunkturneutral ausgerichtet. So wirkten steuerliche Entlastungen und Mehrausgaben für die Landesverteidigung dem spürbaren Anstieg des durchschnittlich erhobenen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung und des Beitragssatzes zur Pflegeversicherung sowie Effekten durch den Wegfall der Inflationsausgleichsprämie entgegen. Im Prognosezeitraum schwenkt die Finanzpolitik auf einen deutlich expansiven Kurs ein.

Von den einnahmeseitigen Maßnahmen gehen dabei geringe Impulse aus. Zwar ist der durchschnittlich erhobene Zusatzbeitrag zur gesetzlichen Krankenversicherung zu Beginn des Jahres 2026 trotz eines Sparpakets im Umfang von 2 Mrd. Euro erneut deutlich gestiegen, und der CO₂-Preis in den Bereichen Wärme und Verkehr wurde angehoben. Zudem gilt ab dem 1. Januar 2026 für Gewinne international tätiger Großunternehmen ein Mindeststeuersatz von 15 % (globale Mindestbesteuerung Säule 2). Außerdem plant der Bund eine Plastik-Abgabe zu erheben, um die seit dem Jahr 2021 geleisteten Zahlungen an die EU für in Verkehr gebrachte nicht recycelte Kunststoffverpackungen zu kompensieren. Dem stehen auf der Einnahmenseite im laufenden Jahr jedoch erneut erhebliche steuerliche Entlastungen gegenüber, etwa durch das Investitionssofortprogramm, das Steuerfortentwicklungsgesetz und das Steueränderungsgesetz 2025, womit unter anderem der Umsatzsteuersatz in der Gastronomie zum 1. Januar 2026 auf 7 % gesenkt und die Entfernungspauschale angehoben wurde. Schließlich werden seit Jahresbeginn über die Aktivrente Einkünfte aus sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung von Ruheständlern bis monatlich 2000 Euro steuerfrei gestellt.

Tabelle 2.7

Kategoriale Gliederung finanzpolitischer Maßnahmen¹

Belastungen (-) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2026	2027
Ausgabeseitig		
Staatskonsum	-5,8	-13,3
Investitionen	-9,5	-13,0
Investitionszuschüsse	-6,0	-2,5
Subventionen	-3,1	-1,5
Monetäre Sozialleistungen	-0,6	-0,2
Sonstiges	-3,0	-
Einnahmeseitig		
Steuern	-8,3	-13,9
Sozialbeiträge	5,0	5,5
Insgesamt	-31,3	-38,9
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %	-0,7	-0,8

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen. Kategorien der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

Quelle: Berechnungen und Schätzungen der Institute.

Tabelle 2.8

Finanzpolitische Maßnahmen¹

Belastungen (-) und Entlastungen (+) des gesamtstaatlichen Haushalts in Mrd. Euro gegenüber Vorjahr

	2026	2027
Einnahmen der Gebietskörperschaften²		
Inflationsausgleichsgesetz: Tarifverschiebung und Freibeträge 2023	-0,6	-0,5
Umsatzsteuersenkung in der Gastronomie	-3,0	-0,7
Degressive AfA (alt)	3,8	1,5
steuerliches Investitionssofortprogramm	-3,4	-5,2
Wachstumschancengesetz	-0,7	-0,3
Anhebung Rundfunkgebühren	-	0,1
Steuerfortentwicklungsgesetz	-5,5	-0,9
Luftverkehrsabgabe	-0,2	-0,2
Agrardiesel	-0,4	-
Jahressteuergesetz 2024	0,3	-0,1
Globale Mindestbesteuerung Säule 2	1,0	-0,2
Einnahmen Emissionshandel (BEHG)	3,0	-
Plastikabgabe	0,7	0,7
Anhebung Lkw-Maut	0,2	0,2
Steueränderungsgesetz 2025 (ohne Ust)	-0,1	-0,9
Aktivrente	-0,9	-
Stärkung Betriebsrenten	-0,1	-0,1
Abbau kalte Progression 2027	-	-4,5
Änderungen bei der Tabaksteuer	0,8	-
Sonstige steuerliche Maßnahmen ³	-3,2	-2,8
Einnahmen der Sozialversicherungen		
Anstieg des durchschnittlichen Zusatzbeitrags zur gesetzlichen Krankenversicherung	5,0	3,5
Erhöhung Beitragssatz zur Pflegeversicherung	-	2,0
Ausgaben der Gebietskörperschaften		
Verteidigungsausgaben	-9,0	-16,0
Startchancenprogramm Schulen	-0,5	-0,5
Digitalpakt Schule	0,6	-
BAföG-Änderungen	-	-0,3
Kindergeld-Erhöhung	-0,6	-
Netzentgelt-Subventionen	-6,5	-
Industriestrompreis	-	-1,5
Abschaffung Gasspeicherumlage	3,4	-
Sondervermögen KTF (ohne Netzentgelte)	-3,5	-
Mehrausgaben Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK)	-10,0	-10,0
zusätzliche Hilfen für die Ukraine	-3,0	-
Ausgaben der Sozialversicherungen		
Entbudgetierung Hausärzte/Hausarztversorgung	-0,4	-
Frühstart-Rente	-	-0,1
Verlängerung Bezugsdauer Kurzarbeitsgeld	-	0,2
Krankenhausreform	-0,3	-
Pflegeunterstützungs- und -entlastungsgesetz	-0,2	-0,3
Sparpaket zur Entlastung der gesetzlichen Krankenkassen 2026	2,0	-2,0
Insgesamt	-31,3	-38,9
In Relation zum Bruttoinlandsprodukt in %	-0,7	-0,8

¹ Ohne makroökonomische Rückwirkungen.

² Die Wirkungen der Steuerrechtsänderungen beziehen sich auf das Kassenjahr.

³ unter anderem Zweites Familienentlastungsgesetz, Drittes Corona-Steuerhilfegesetz, Jahressteuergesetz 2020, Gesundheitsversorgungsweiterentwicklungsgesetz, Forschungszulagengesetz, Fondsstandortgesetz, Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuerrecht.

Quellen: Bundesregierung; Berechnungen und Schätzungen der Institute.

Die finanzpolitische Ausrichtung wird im Prognosezeitraum maßgeblich durch Maßnahmen auf der Ausgabe­seite bestimmt. Die Verteidigungsausgaben werden unter Nutzung der Bereichsausnahme Verteidigung und des Sondervermögens Bundeswehr merklich ausgeweitet. Auch dürften größere Beträge aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) abfließen sowie Programmausgaben aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) nochmals erhöht werden, die sich in höheren Investitionszuschüssen an Unternehmen und private Haushalte niederschlagen (Tabelle 2.7, Seite 37) Ab dem Jahr 2026 subventioniert der Bund die Stromnetzentgelte, um die Stromkosten für Verbraucher zu senken. Schließlich dürften Hilfszahlungen an die Ukraine erhöht werden. Demgegenüber wird der Zuwachs der Staatsausgaben dadurch gedämpft, dass Zahlungen aus dem Jahre 2025 im Zuge der Abschaffung der Gasspeicherumlage entfallen.

Im Jahr 2027 bleibt die Finanzpolitik expansiv ausgerichtet. Auf der Einnahmenseite entfaltet das Investitions­sofortprogramm, welches primär bei den gewinnabhängigen Steuern ansetzt, zunehmend seine Wirkung. Doch auch die Entlastungen im Rahmen des Steuerfortentwicklungsgesetzes und des Steueränderungsgesetzes 2025 wirken noch nach. Zudem gehen die Institute davon aus, dass die Eckwerte des Einkommensteuertarifs im Jahr 2027 wie üblich verschoben werden, um die bis dahin aufgelaufene kalte Progression abzubauen. Der Start des europäischen CO₂-Emissionshandelssystems für die Bereiche Gebäude und Verkehr (EU-ETS 2) wurde auf das Jahr 2028 verschoben, so dass im Jahr 2027 zunächst das nationale Brennstoffemissionshandelssystem (BEHG) bestehen bleibt und kein spürbarer Anstieg der CO₂-Bepreisung in den genannten Bereichen zu erwarten ist. Dämpfend wirken jedoch die voraussichtlich erheblich steigenden Beitragssätze zur Kranken- und zur Pflegeversicherung. Der gesetzlichen Pflegeversicherung hat der Bund im laufenden Jahr ein Darlehen in Höhe von 3,2 Mrd. Euro gewährt. Nach jetziger Rechtslage läuft diese Maßnahme zum Jahresende 2026 aus, so dass für das kommende Jahr von höheren Beitragssätzen auszugehen ist. Die Verteidigungsausgaben dürften beschleunigt steigen und die zusätzlich aus dem SVIK finanzierten Ausgaben weiterhin anschwellen.

Die expansiven Impulse betragen im Jahr 2026 0,7 % des nominalen Bruttoinlandsprodukts und im Jahr 2027 0,8 % (Tabelle 2.8, Seite 38). Damit schätzen die Institute nach dem überraschend hohen Mittelabfluss Ende des Jahres 2025 die Budgetwirkung der finanzpolitischen Maßnahmen für das Jahr 2026 geringfügig schwächer, aber für das Jahr 2027 deutlich stärker ein als noch im Herbst 2025. Die Haushaltsergebnisse des Jahres 2025 legen nahe, dass Mittel im Verteidigungsbereich insgesamt schneller abfließen dürften als im Herbst 2025 von den Instituten erwartet und dass parallel zu schnelleren Abflüssen aus den Sondervermögen geringere Konsolidierungsmaßnahmen in den Kernhaushalten ergriffen werden dürften.

Die Entwicklung im Einzelnen

Energiepreisanstieg lastet auf Erholung der Produktion

Nach zwei Rezessionsjahren hat sich das Bruttoinlandsprodukt im vergangenen Jahr stabilisiert. Die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe ging im Umfeld einer schwachen Auslandsnachfrage und verhaltener Investitionstätigkeit im Inland im Jahresdurchschnitt zwar nochmals zurück, jedoch in deutlich geringerem Tempo als im Jahr 2024. Die Bauproduktion verzeichnete abermals einen kräftigen Rückgang. Die Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungsbranchen wurde dagegen insgesamt merklich ausgeweitet. Vor allem die öffentlichen Dienstleistungsbereiche legten im Rahmen der erhöhten Ausgaben für Gesundheit und Erziehung kräftig zu. Auch die Wertschöpfung der konsumnahen Dienstleister hat im Jahr 2025 zugenommen (Tabelle 2.9, Seite 40).

Im Schlussquartal 2025 wurde die Wirtschaftsleistung insgesamt mit 0,3 % recht deutlich ausgeweitet. Über nahezu alle Wirtschaftsbereiche legte die Bruttowertschöpfung – teilweise spürbar – zu. Allen voran verzeichnete das Baugewerbe ein kräftiges Plus. Dazu dürfte neben der im Jahresverlauf deutlich verbesserten Auftragslage das milde Wetter zu Winterbeginn beigetragen haben. Auch aus dem Dienstleistungsbereich kamen im Kontext steigender privater und öffentlicher Konsumausgaben positive Impulse. Dagegen nahm die Wertschöpfung im Handels- und Verkehrsbereich ab, und im Verarbeitenden Gewerbe stagnierte sie lediglich.

Zu Jahresbeginn deutete sich zunächst eine moderate Expansion der gesamtwirtschaftlichen Produktion an. Stimmungsindikatoren wie das ifo Geschäftsklima und der Einkaufsmanagerindex hatten sich bis zum Februar aufgehellt. Auch die Auftragslage im Produzierenden Gewerbe hat sich zusehends gebessert, wenngleich dies im Verarbeitenden Gewerbe vor allem auf Großaufträge zurückzuführen ist, die erst nach und nach produktionswirksam werden. Jedoch waren auch bis zum Ausbruch des Iran-Krieges kaum Anzeichen für eine selbsttragende, kräftige Erholung zu erkennen, da die strukturellen Probleme, ablesbar an der sinkenden Wettbewerbsfähigkeit und rückläufigen Weltmarktanteilen der deutschen Industrie, weiter belasten. Expansive Impulse gehen vor allem von der Finanzpolitik aus.

Diese ohnehin zaghafte Erholung wird durch den Kriegsausbruch im Nahen Osten und die in der Folge kräftig gestiegenen Energiepreise belastet. Im ersten Quartal dürften die Effekte allerdings noch gering ausfallen. Dafür sprechen sowohl der Einkaufsmanagerindex, der im März trotz eines Rückgangs weiterhin über der Expansionsschwelle lag, als auch der Geschäftsklimaindex, demzufolge die Lageeinschätzung der Unternehmen zuletzt unverändert blieb. Vor diesem Hintergrund rechnen die

Tabelle 2.9

Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung nach Wirtschaftsbereichen

Preisbereinigt, in %

	2025				2026				2027				2025	2026	2027	
	I	II	III	IV	I	II	III	IV	I	II	III	IV				
	Veränderung ggü. dem Vorquartal ¹															Veränderung ggü. dem Vorjahr ²
Bruttoinlandsprodukt	0,4	-0,2	-0,0	0,3	0,1	0,0	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,6	0,9
darunter:																
Bruttowertschöpfung der Wirtschaftsbereiche	0,6	-0,1	0,0	0,4	0,1	0,0	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,1	0,8	0,9
darunter:																
Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1,3	-0,2	-0,7	0,3	0,0	-0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	-0,8	0,4	0,8
darunter:																
Verarbeitendes Gewerbe	1,6	-0,3	-0,9	-0,0	0,0	-0,2	0,1	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	-1,0	0,1	0,8
Energieversorgung, Wasserversorgung u.ä.	-0,3	0,3	0,7	1,5	0,2	0,0	0,2	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,6	2,0	0,8
Baugewerbe	1,4	-2,2	-0,8	1,7	-0,3	0,5	0,5	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	-2,9	1,5	1,7
Handel, Verkehr, Gastgewerbe	1,4	-0,4	0,4	0,0	0,0	-0,2	-0,0	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	1,3	0,3	0,8
Information und Kommunikation	0,5	0,2	1,6	0,4	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6	1,4	2,7	2,5
Finanz- und Versicherungsdienstleister	-0,6	-1,8	-0,6	0,4	0,1	-0,1	-0,1	-0,1	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0	-3,6	-0,4	-0,0
Grundstücks- und Wohnungswesen	0,5	0,2	0,1	0,7	0,1	0,3	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2	0,5	1,1	0,9
Unternehmensdienstleister	-0,3	0,4	0,0	0,2	0,1	0,0	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	-0,6	0,5	0,9
Öffentliche Dienstleister	0,1	0,5	0,3	0,8	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3	0,3	0,3	1,5	1,4	1,1
Sonstige Dienstleister	-0,7	-0,0	0,0	0,8	0,0	-0,2	-0,1	0,1	0,1	0,2	0,3	0,3	0,3	-0,3	0,5	0,4

¹ Saison- und kalenderbereinigt.

² Ursprungswerte; Jahresdurchschnitte.

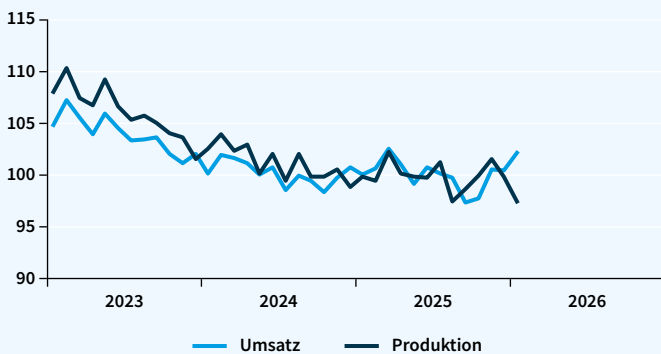
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab dem ersten Quartal 2026: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Abbildung 2.3

Produktion und Umsätze im Verarbeitenden Gewerbe

Index, 2025 = 100, saison- und kalenderbereinigt



Quelle: Statistisches Bundesamt.

© GD Frühjahr 2026

Institute für das erste Quartal mit einer leichten Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Produktion um 0,1 %. Seitens des Verarbeitenden Gewerbes sind keine Impulse zu erwarten. So hat sich die Einschätzung der Geschäftslage zu Jahresbeginn zwar etwas verbessert und der Umsatzindex der Industrieunternehmen lag im Januar 2,6 % über dem Niveau des Vorquartals (Abbildung 2.3, Seite 40). Allerdings blieb die Industrieproduktion, in der im Gegensatz zum Umsatzindex die Herstellung von Rüstungsgütern untererfasst wird, spürbar darunter (-3,0 %). Der Lkw-Maut-Fahrleistungsindex deutet zwar für den Februar eine leichte Besserung an, die sich in den jüngsten Befragungsergebnissen zur Produktionstätigkeit jedoch nicht widerspiegelt. Insgesamt rechnen die Institute für das erste Quartal mit einer Stagnation im Verarbeitenden Gewerbe.

Die Bruttowertschöpfung im Baugewerbe ist im ersten Quartal wohl zurückgegangen: Eisige Temperaturen führten im Januar und Februar in einigen Teilen des Landes zu gravierenden Einschränkungen. Vor allem im Tiefbau, der in den vergangenen Quartalen die Bauproduktion maßgeblich stabilisiert hat, ging die Produktion recht deutlich zurück. Zwar legte die Bauproduktion im Januar dank eines kräftigen Zuwachses im Ausbaugewerbe im Vergleich zum Durchschnitt des vierten Quartals zu. Dennoch dürfte die Bauproduktion insgesamt im ersten Quartal leicht unter dem Vorquartalsniveau geblieben sein.

Die Bruttowertschöpfung in den Dienstleistungsbereichen dürfte im ersten Quartal nur leicht gestiegen sein. Die Geschäftslage bewegte sich bis zum März in etwa auf dem Niveau des vierten Quartals. Die staatlich geprägten Bereiche werden ihre Aktivität voraussichtlich weiter ausweiten. Von den konsumnahen Dienstleistern sind keine Impulse zu erwarten. So deuten die Umsätze im Einzelhandel im Januar auf eine etwas schwächere Aktivität hin. Die höheren Energiepreise belasteten bereits im März die reale Kaufkraft der privaten Haushalte, wovon insbesondere die Verkehrs- sowie die konsumnahen Dienstleistungsbereiche betroffen gewesen sein dürften.

Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums dürften die Auswirkungen des Iran-Krieges deutlich sichtbarer werden, da energiepreisbedingte Angebotsschocks erst nach und nach ihre Wirkung entfalten. Im zweiten Quartal dürfte die Wertschöpfung entsprechend stärker belastet werden. Im Inland führen die Energiepreisanstiege zu Kaufkraftverlusten der privaten Haushalte, was Einbußen bei den konsumnahen Dienstleistern zur Folge haben wird. Im Verarbeitenden Gewerbe führen die gestiegenen Rohstoffpreise zu höheren Produktionskosten – auch weil sich neben der Energie andere energieintensive Vorleistungsgüter unmittelbar verteuern – und die Nachfrage nach Industriegütern in wichtigen rohstoffimportierenden Absatzmärkten gedämpft wird. Daher dürfte die Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe leicht sinken. Eine positive Entwicklung ist für die Dienstleistungsbranchen zu erwarten, die von dem Energiepreisanstieg kaum betroffen sind. So dürften die öffentlichen Dienstleistungen weiterhin zulegen. Im Baugewerbe werden die gestiegenen Auftragseingänge und Baugenehmigungen wohl zunehmend in reale Bautätigkeit umgesetzt.

Für den weiteren Verlauf rechnen die Institute mit einer moderaten Ausweitung der Wertschöpfung in allen Wirtschaftsbereichen. Zwar werden verschlechterte Finanzierungsbedingungen wohl einen dämpfenden Einfluss vor allem auf die Wertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe und im Baugewerbe haben. Jedoch dürften mit den wieder sinkenden Rohstoffpreisen, die in der vorliegenden Prognose für den Zeitraum ab der Jahresmitte 2026 unterstellt werden, die dämpfenden Effekte auf die Expansion der Bruttowertschöpfung in Folge des Iran-Krieges allmählich nachlassen. Das Verarbeitende Gewerbe wird nach der langen Schwächephase wohl etwas an Fahrt gewinnen, wenn die Großaufträge im Zusammenhang mit den steigenden Verteidigungsausgaben zunehmend produktionswirksam werden. Darauf deutet auch die gute Auftragslage im sonstigen Fahrzeugbau hin. Auch die Zulieferbereiche, etwa die Metallindustrie, dürften profitieren. In anderen Industriebranchen wird die Aktivität wohl weiterhin gedämpft bleiben. So haben sich die Auftragseingänge abgesehen von Großaufträgen zwar stabilisiert, eine hohe Dynamik signalisieren sie jedoch noch nicht.

Die Dienstleistungsbereiche werden ihren Expansionskurs wohl fortsetzen und weiterhin den bedeutendsten Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung leisten. Stützend wirken dabei vor allem binnenwirtschaftliche Faktoren. So dürften die trotz des Energiepreisschubs steigenden real verfügbaren Einkommen sowie zusätzliche staatliche Ausgaben die Entwicklung, insbesondere im Bereich der öffentlichen Dienstleister, begünstigen. Auch die unternehmensnahen Dienstleister werden im Zuge einer allmählichen Stabilisierung der Industrie und steigender öffentlicher Investitionen wohl zusätzliche Impulse erhalten.

Alles in allem rechnen die Institute mit einem Anstieg der Bruttowertschöpfung um 0,8 % im Jahr 2026 und um 0,9 % im Folgejahr. Die Diskrepanz zur Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2026 (0,6 %) ist auf einen größeren statistischen Überhang zurückzuführen.

Energiepreisschock verschlechtert Terms of Trade

Im Jahr 2025 gingen die deutschen Exporte das dritte Mal in Folge zurück. Ausschlaggebend hierfür waren in erster Linie höhere Zölle in den USA, eine real effektive Aufwertung des Euro und ein weiterer Verlust an Wettbewerbsfähigkeit. Lediglich Konsumgüter wurden vermehrt ausgeführt. In der regionalen Betrachtung verringerten sich die Warenausfuhren in wichtige außereuropäische Absatzmärkte wie die USA und China spürbar. Die Exporte in EU-Länder verzeichneten hingegen einen Anstieg (Abbildung 2.4, Seite 42). Auch die Dienstleistungsexporte leisteten einen positiven Beitrag, in der zweiten Jahreshälfte gingen sie allerdings zurück, vor allem im IT-Bereich.

Die Importe stiegen im Jahr 2025 deutlich, insbesondere die von Waren, und hier vor allem von Vorleistungs- und Konsumgütern. Stark expandierten im zweiten Halbjahr die Importe aus China. Möglicherweise haben die für chinesische Güter besonders hohen US-Zölle bewirkt, dass ursprünglich für den amerikanischen Markt bestimmte Waren ihren Weg nach Deutschland gefunden haben. Rückläufig waren im zweiten Halbjahr die Dienstleistungsimporte, welche im Schlussquartal auch die Veränderung der Gesamtimporte ins Negative zogen.

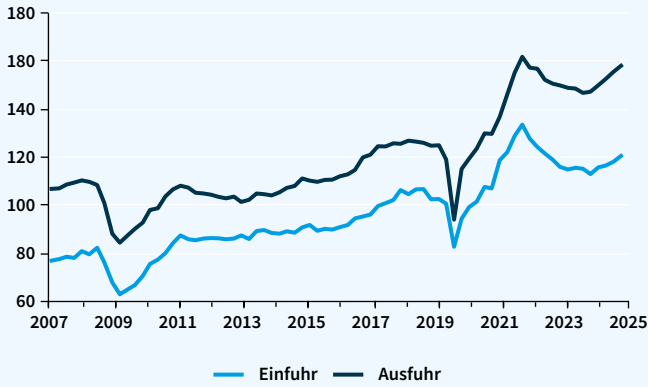
Im ersten Quartal 2026 dürften die Exporte leicht gestiegen sein (0,2 %). Zwar fiel der Spezialhandel im Januar schwach aus, die Stimmungsindikatoren deuten aber auf eine Belebung hin: Die ifo Exporterwartungen haben sich bis Februar spürbar aufgehellt, und auch die Auftragseingänge aus dem Ausland sind in der Tendenz aufwärtsgerichtet. Im zweiten Quartal dürften die Exporte wegen des Iran-Krieges leicht zurückgehen (–0,1 %); darauf deutet auch der Rückgang der ifo Exporterwartungen im März hin. Ausschlaggebend ist hierfür vor allem der Anstieg der Energiepreise. Er belastet neben der Weltindustriekonjunktur über höhere Kosten auch die Nachfrage nach industrienahen Dienstleistungen.

Abbildung 2.4

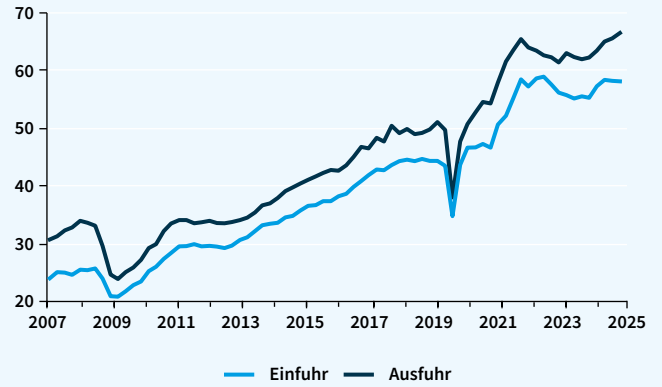
Außenhandel Deutschlands nach Ländern und Regionen

Spezialhandel; saisonbereinigte Quartalswerte in Mrd. Euro

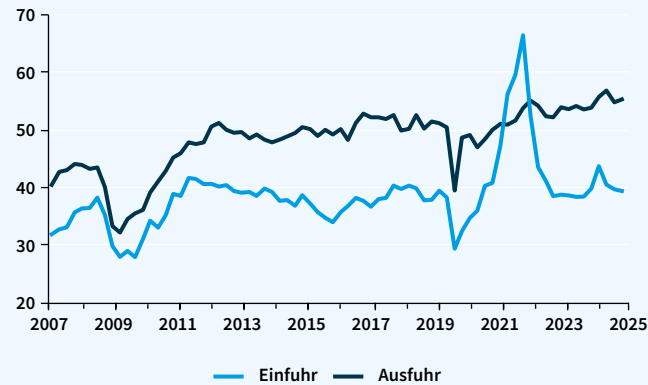
a) Euroraum



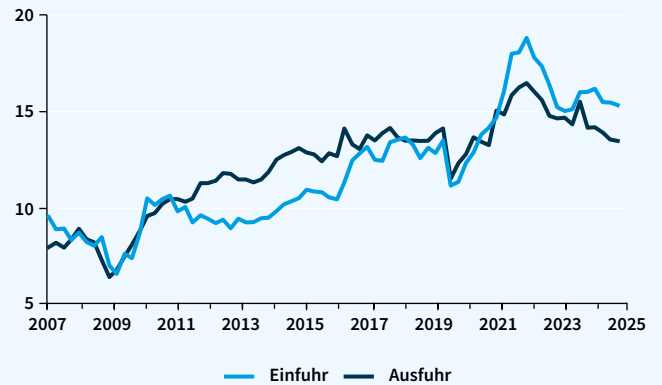
b) Andere EU-Länder¹



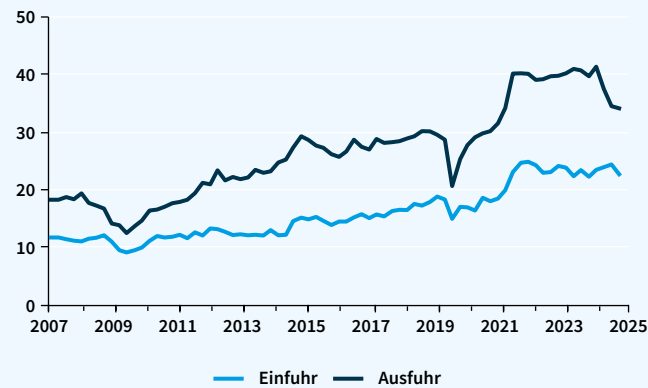
c) Andere europäische Länder²



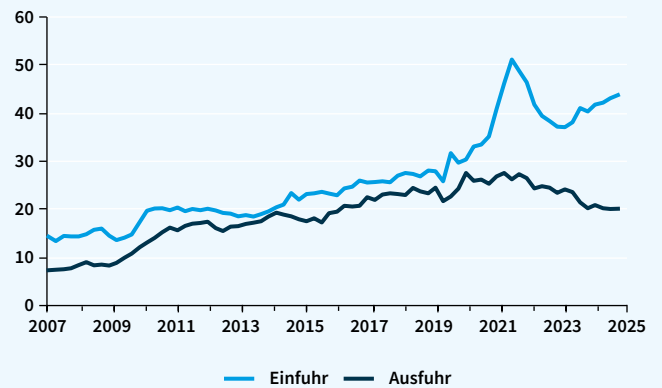
d) Südasiatische Schwellenländer³



e) USA



f) China



¹ Polen, Ungarn, Tschechien, Bulgarien, Dänemark, Rumänien, Schweden.

² Alle europäischen Länder außerhalb der EU.

³ Brunei Darussalam, Hongkong, Indonesien, Malaysia, Philippinen, Singapur, Republik Korea, Taiwan, Thailand.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Darstellung der Institute.

Für den weiteren Prognosezeitraum rechnen die Institute mit einer moderaten Erholung der Exporte. Dabei hilft eine allmähliche konjunkturelle Belebung in der übrigen Welt – insbesondere im für die deutsche Exportwirtschaft bedeutsamen Euroraum. Zudem dürfte die Zollbelastung der Ausfuhren in die USA nach Einschätzung der Institute nicht weiter steigen. Dämpfend wirkt hingegen der nach wie vor recht hohe reale effektive Wechselkurs des Euro. Vor diesem Hintergrund erwarten die Institute eine moderate Belebung der Exporte im weiteren Verlauf des Jahres 2026 sowie für das Jahr 2027. Im laufenden Jahr dürften die Exporte insgesamt mit -0,1 % in etwa stagnieren, bevor sie im kommenden Jahr um 1,3 % zulegen (Abbildung 2.5, Seite 43).

Die Importe dürften im ersten Quartal 2026 leicht zugelegt haben (0,1 %). Darauf deuten die zuletzt verbesserten Stimmungsindikatoren hin, wenngleich hier der volatile Spezialhandel im Januar deutlich rückläufig war. Im zweiten Quartal werden die im Zuge des Iran-Krieges stark gestiegenen Energiepreise die Binnenkonjunktur und in der Folge auch die Importe belasten. Für den weiteren Prognosezeitraum ist aufgrund der binnenwirtschaftlichen Belebung mit moderaten Zuwächsen bei den Einfuhren zu rechnen. Gestützt werden die Importe zudem durch eine steigende Nachfrage nach Rüstungs- und Vorleistungsgütern sowie durch den starken Euro. Insgesamt rechnen die Institute damit, dass die Einfuhren im laufenden Jahr um 1,4 % und im kommenden Jahr um 2,1 % zunehmen (Abbildung 2.6, Seite 43).

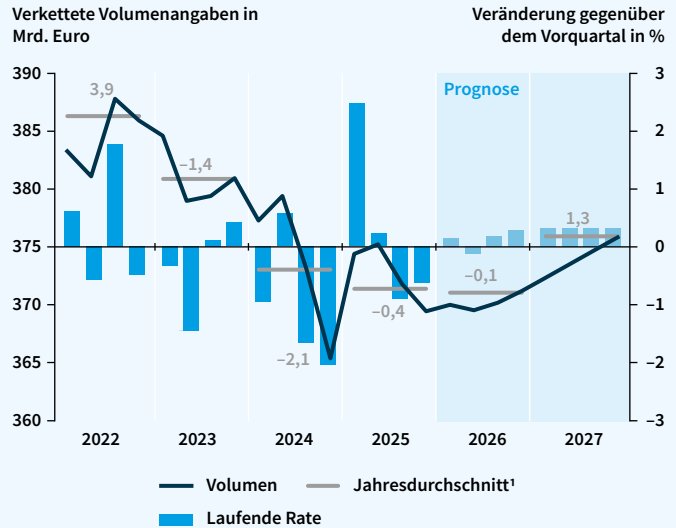
Die Warenexportpreise waren in der zweiten Jahreshälfte 2025 rückläufig. Maßgeblich hierfür waren insbesondere sinkende Preise für Rohöl und Erdgas sowie für die damit verbundenen Energiedienstleistungen. Noch stärker wurden dadurch die Importe von Waren verbilligt.

Im Prognosezeitraum werden die Preise für Warenimporte und -exporte zunächst deutlich anziehen. Ursächlich hierfür sind die kräftigen Anstiege der Rohöl- und Erdgaspreise im Zuge des Iran-Krieges. Erdöl, Mineralölzeugnisse und Erdgas machen etwa 5 % des Gesamtwerts aller deutschen Importe aus. Nach den auf den aktuellen Terminmarkt-Preisen beruhenden Annahmen der Institute wird Erdöl im Jahr 2026 um ein Drittel teurer sein als 2025, Erdgas um 46 %, und der Deflator für die gesamten Importe dürfte im Jahr 2026 um 4,3 % höher liegen als im Jahr zuvor. Weil die deutschen Exporteure bestrebt sein werden, die gestiegenen Kosten zu überwälzen, dürften auch die Exportpreise im Jahr 2026 deutlich steigen. Aufgrund des intensiven internationalen Wettbewerbs gelingt dies jedoch nur unvollständig. Vor diesem Hintergrund verschlechtern sich die Terms of Trade im laufenden Jahr mit einem Rückgang um 1,5 % deutlich. Aufgrund des angenommenen Rückgangs der Energiepreise und einer allmählichen Weitergabe der Kostensteigerungen durch die Exporteure dürften sich die Terms of Trade im weiteren

Abbildung 2.5

Exporte

Preis-, saison- und kalenderbereinigt



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

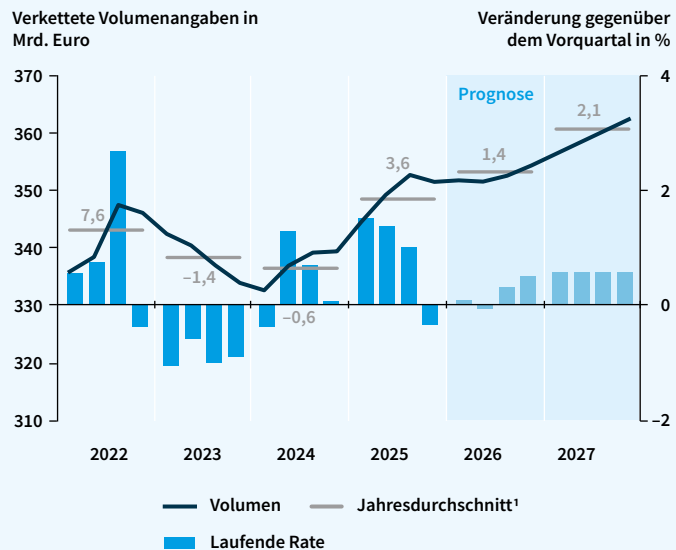
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2026: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Abbildung 2.6

Importe

Preis-, saison- und kalenderbereinigt



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2026: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Verlauf des Prognosezeitraums wieder leicht verbessern. Für das Jahr 2027 wird ein Anstieg um 0,5 % erwartet (Tabelle 2.10, Seite 44).

Der Leistungsbilanzsaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt wird im laufenden Jahr wohl auf 3,4 % zurückgehen, nach 4,5 % im Jahr 2025. Im Jahr 2027 dürfte der Leistungsbilanzsaldo seinen langjährigen Abwärtstrend vorübergehend verlassen und auf 3,5 % steigen, da die Verbesserung der Terms of Trade einem weiteren Rückgang entgegenwirkt.

Tabelle 2.10

Indikatoren zur Außenwirtschaft¹

	2024	2025	2026	2027
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %			
Exporte, preisbereinigt	-2,1	-0,4	-0,1	1,3
Waren	-2,9	-1,0	0,0	1,1
Dienstleistungen	0,8	1,2	-0,4	2,0
Importe, preisbereinigt	-0,6	3,6	1,4	2,1
Waren	-2,3	4,8	1,9	2,1
Dienstleistungen	3,7	0,9	0,2	2,2
Terms-of-trade	1,4	0,4	-1,5	0,5
Indikator der preislichen Wettbewerbsfähigkeit ²	0,3	1,1	0,7	-0,2
	In Mrd. Euro			
Außenbeitrag, nominal	163,5	105,3	55,9	52,7
Leistungsbilanzsaldo ³	255,1	202,7	157,2	165,2

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

² Gegenüber 37 Handelspartnern, auf Basis der Verbraucherpreisindizes. Anstieg bedeutet eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit.

³ In der Abgrenzung der Zahlungsbilanzstatistik.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Deutsche Bundesbank; Berechnung der Institute; 2026 bis 2027: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Ausrüstungsinvestitionen vor mühsamer Erholung

Die Anschaffungen von Maschinen, Geräten und Fahrzeugen gingen im Jahr 2025 das dritte Mal in Folge zurück (-1,9 %). Maßgeblich hierfür waren erneut die deutlich rückläufigen Investitionen der privaten Unternehmen (-5,8 %). Strukturelle Belastungen, vor allem die nachlassende internationale Wettbewerbsfähigkeit und hohe wirtschaftspolitische Unsicherheit, dämpften die private Investitionstätigkeit weiterhin. Dagegen wurden die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen kräftig ausgeweitet (33 %), vor allem durch umfangreiche Käufe im Rahmen des Sondervermögens für die Bundeswehr. Die gegenläufige Entwicklung zeigte sich im Schlussquartal 2025 besonders deutlich. Während die privaten Ausrüstungsinvestitionen um 5,2 % zum Vorquartal einbrachen, nahmen die staatlichen Anschaffungen sprunghaft um 38,4 % zu. In der Summe stagnierten die Ausrüstungsinvestitionen im Schlussquartal nahezu (0,1 %).

Im ersten Quartal des laufenden Jahres dürften sich private und öffentliche Ausrüstungsinvestitionen erneut gegenläufig entwickelt haben: Während der massive Anstieg der staatlichen Anschaffungen zu Jahresende 2025 einen Rückgang zu Beginn des laufenden Jahres erwarten lässt, ist bei den privaten Investitionen mit einer positiven Gegenbewegung zu rechnen. Insgesamt dürfte der dämpfende Effekt der öffentlichen Investitionen überwiegen haben und die Ausrüstungsinvestitionen erneut zurückgegangen sein. Darauf deuten auch Frühindikatoren vom Jahresbeginn hin: So lag die Produktion im Investitionsgüterbereich im Januar um 2,3 % unter dem Durchschnitt des Vorquartals. Auch ist die Kapazitätsauslastung der Investitionsgüterhersteller im ersten Quartal um 2,3 Prozentpunkte gesunken.

Vor Ausbruch des Iran-Krieges deuteten die Indikatoren für den weiteren Jahresverlauf auf eine Belebung hin. So haben sich die Auftragseingänge der Investitionsgüterhersteller aus dem Inland im Verlauf des vergangenen Jahres stabilisiert und zuletzt spürbar erhöht, auch wenn die Entwicklung von Großaufträgen überzeichnet ist. Allerdings wäre die Erholung auch ohne die Folgen des Iran-Krieges wohl nur schleppend verlaufen. So zeigt beispielsweise die DIHK-Umfrage eine anhaltende Investitionszurückhaltung an. Rund ein Drittel der Unternehmen plant im laufenden Jahr Kürzungen von Investitionen, während nur 23 % eine Ausweitung vorsehen. Die Unsicherheit, gemessen etwa an der Streuung der Produktionserwartungen, hatte zwar bis Februar abgenommen, mit Ausbruch des Iran-Krieges hat sie aber wieder zugenommen (Abbildung 2.7, Seite 44). Daneben belasten die gestiegenen Energiekosten sowie die zu erwartenden Zinsanhebungen der Europäischen Zentralbank die Investitionen.

Im kommenden Jahr dürfte sich die Industriekonjunktur mit dem besser laufenden Auslandsgeschäft wieder etwas

Abbildung 2.7

Unternehmensunsicherheit¹



¹ Streuung der Produktionserwartungen (gleitender Dreimonatsdurchschnitt).

Quellen: ifo Konjunkturumfragen; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

beleben. Von den öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen sind mit steigenden Verteidigungsausgaben im Prognosezeitraum weiter spürbare Impulse zu erwarten. Die anhaltende Standortchwäche wird einer deutlichen Ausweitung der privaten Ausrüstungsinvestitionen, so wie sie in früheren gesamtwirtschaftlichen Erholungsphasen zu beobachten war, jedoch im Wege stehen.

Alles in allem rechnen die Institute für das laufende Jahr mit einem Anstieg der Ausrüstungsinvestitionen um 0,5 %. Dabei gleicht ein deutlicher Zuwachs der öffentlichen Anschaffungen einen erneuten Rückgang im privaten Bereich aus. Für das Jahr 2027 wird – wiederum gestützt durch kräftig expandierende staatliche Ausrüstungsinvestitionen – ein Anstieg um 3,4 % erwartet (Abbildung 2.8, Seite 45).

Die Investitionen der Unternehmen in sonstige Anlagen sind im zweiten Halbjahr des vergangenen Jahres deutlich ausgeweitet worden. Im Prognosezeitraum dürfte sich diese Entwicklung fortsetzen, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der zunehmenden Nutzung von Künstlicher Intelligenz (KI). Sowohl die privaten als auch die öffentlichen Investitionen in diesem Bereich dürften weiter zulegen, was geringere Investitionen in Software außerhalb des KI-Bereichs mehr als ausgleicht. Für das Jahr 2026 wird alles in allem ein Anstieg der Investitionen in sonstige Anlagen um 3,8 % erwartet, für das Jahr 2027 um 3,6 %.

Die Unternehmensinvestitionen als Summe der privaten Investitionen in Ausrüstungen, sonstige Anlagen und den Wirtschaftsbau werden in diesem Jahr wohl um 1,1 % ausgeweitet werden. Im kommenden Jahr dürften sie um 2,5 % zulegen.

Bau lässt Talsohle hinter sich

Nach kräftigen Rückgängen in den Jahren 2023 (-5,9 %) und 2024 (-3,4 %) waren die Bauinvestitionen auch im Jahresdurchschnitt 2025 rückläufig. Dabei schwächte sich der Abwärtstrend deutlich ab (-0,6 %). Geprägt war der Rückgang von einem erneuten Minus der Wohnbauinvestitionen, die bereits das fünfte Jahr in Folge schrumpften. Die öffentlichen Bauinvestitionen stagnierten; lediglich der Wirtschaftsbau wurde ausgeweitet. Im Schlussquartal 2025 legten die Investitionen in Bauten kräftig zu (1,6 %), was wohl nicht zuletzt dem milden Winter geschuldet war. Zu diesem Anstieg trugen der Wohn- und der Nichtwohnbau gleichermaßen bei.

Zu Jahresbeginn 2026 deuten Stimmungsindikatoren auf einen Dämpfer für die Bauinvestitionen hin. Zwar lag die Bauproduktion im Januar um 3,9 % über dem Durchschnitt des Vorquartals, dies war jedoch ausschließlich auf einen kräftigen Zuwachs im Ausbaugewerbe zurückzuführen (8,7 %), während die Produktion im Bauhauptgewerbe aufgrund ungünstiger Witterungsbedingungen deutlich rückläufig war (-6,2 %). Diese dürften die Bautätigkeit auch im Februar spürbar beeinträchtigt haben.

In der ifo Konjunkturumfrage berichteten deutlich mehr Bauunternehmen als üblich über witterungsbedingte Einschränkungen. In der Folge ging auch die Kapazitätsauslastung im Bauhauptgewerbe zurück. So dürfte für das erste Quartal ein Minus der Bauinvestitionen zu Buche schlagen. Ab dem zweiten Quartal dürfte sich die Bautätigkeit jedoch wieder beleben.

Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums wird der öffentliche Bau voraussichtlich deutliche Impulse liefern. Darauf weisen die zum Jahresende kräftig gestiegenen Auftragseingänge im Straßenbau hin. Die Geschäftserwartungen der im öffentlichen Bereich tätigen Bauunternehmen haben sich im vergangenen Jahr zeitweise deutlich verbessert, seit Jahresbeginn aber wieder leicht verschlechtert. Ungeachtet dieser verhaltenen Stimmung dürften die beschlossenen staatlichen Mehrinvestitionen insgesamt zu einer deutlichen Ausweitung der Bautätigkeit führen: Für das laufende Jahr ist mit einem Anstieg um 3,1 %, für das kommende Jahr um 4,0 % zu rechnen (Tabelle 2.11, Seite 46). Gleichwohl dürfte ein beträchtlicher Teil der Mittel aus dem Sondervermögen für Infrastruktur und Klimaneutralität (SVIK) nicht in zusätzliche Investitionen fließen, sondern lediglich geringere Ausgaben im Kernhaushalt des Bundes sowie auf kommunaler Ebene ausgleichen, zumal die Kommunen mit deutlichen Finanzierungsengpässen zu kämpfen haben.²

² Höslinger, E. A. und Lay, M.: Monitoring der Investitionen des Bundes: Werden zusätzliche Schulden auch für zusätzliche Investitionen verwendet?, ifo Schnelldienst digital, 7, Nr. 4, München, 2026.

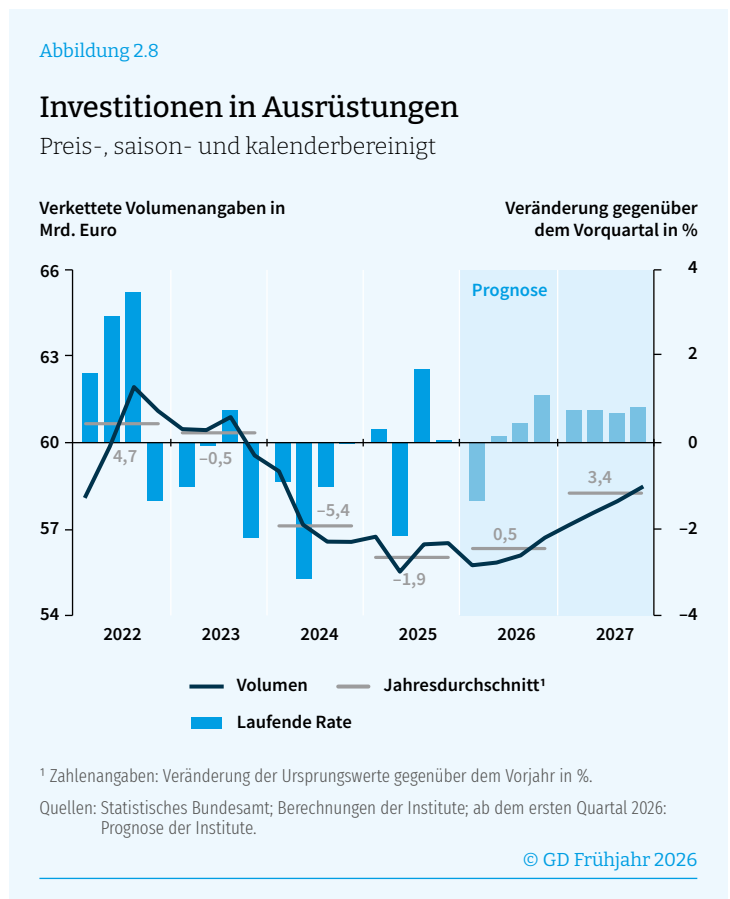


Tabelle 2.11

Bauinvestitionen

	2025	2023	2024	2025	2026	2027
	Anteile in %	Veränderung ggü. dem Vorjahr in %, preisbereinigt				
Wohnbauten	59,2	-7,3	-5,4	-2,0	1,7	1,2
Nichtwohnbauten	40,8	-3,6	-0,1	1,4	1,6	2,5
Gewerblicher Bau	24,0	-6,4	-5,0	2,5	0,6	1,4
Öffentlicher Bau	16,8	1,1	7,4	-0,0	3,1	4,0
Bauinvestitionen	100,0	-5,9	-3,4	-0,6	1,7	1,7

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 bis 2027: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Der Wirtschaftsbau dürfte im Prognosezeitraum moderat expandieren. Nach dem witterungsbedingten Rückgang zu Jahresbeginn bleiben die Geschäftserwartungen im gewerblichen Hochbau jedoch verhalten; im März haben sie sich deutlich eingetrübt. Der Strukturwandel in der Industrie führt dazu, dass der Bau von Fabrik- und Lagergebäuden wohl gedämpft bleibt und Impulse vor allem von Investitionen in Rechenzentren und vom Ausbau der Energienetze ausgehen.

Auch der Wohnbau dürfte im Prognosezeitraum langsam ausgeweitet werden. Sowohl die Auftragseingänge als auch die Baugenehmigungen im Wohnbau sind seit Anfang des vergangenen Jahres im Trend aufwärtsgerichtet und dürften im laufenden Jahr zunehmend in reale Bautätigkeit umgesetzt werden. Das Neugeschäftsvolumen bei Wohnungsbaukrediten ist bis Mitte vergangenen Jahres gestiegen. Darin spiegelt sich wohl die vorübergehend verbesserte Erschwinglichkeit von Wohneigentum infolge höherer Einkommen und günstigerer Finanzierungsbe-

dingungen wider. Dennoch dürfte die Erholung begrenzt bleiben und die starken Rückgänge der vergangenen Jahre nicht wettmachen. So berichteten im Februar immer noch 46 % der Wohnbauunternehmen von Auftragsmangel. Zudem stiegen die Zinsen für Immobilienkredite im März erneut (Abbildung 2.9, Seite 46), und das Neugeschäftsvolumen sank wieder.

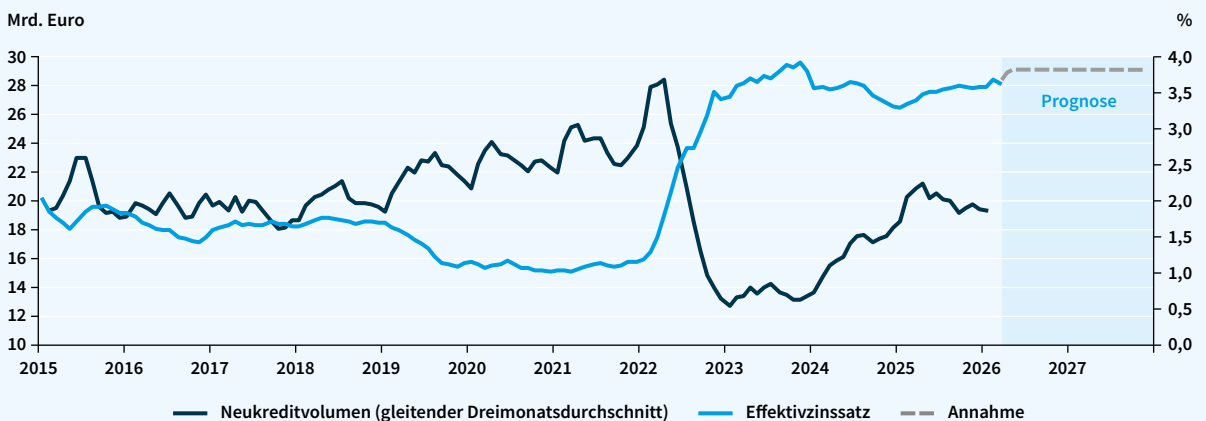
Dennoch dürfte die Baurezession alles in allem im Prognosezeitraum allmählich überwunden werden. Die Institute erwarten für die Jahre 2026 und 2027 einen Anstieg der Bauinvestitionen um jeweils 1,7 % (Abbildung 2.10, Seite 47). Die Baupreise werden nach der zwischenzeitlichen Abschwächung der Preisdynamik im Zuge der schwachen Nachfrage im Prognosezeitraum wohl leicht anziehen. Vor allem im Tiefbau, wo die Kapazitäten abgesehen von Witterungseffekten bereits stark ausgelastet sind, dürften im Zuge von öffentlichen Infrastrukturprojekten Engpässe entstehen und einen Preisauftrieb begünstigen. Von den Steigerungen der Energie- und Materialpreise dürfte zusätzlicher Preisdruck ausgehen. Die Institute gehen davon aus, dass der Iran-Krieg nicht zu Materialengpässen führt.

Kaufkraftverluste kosten privaten Konsum

Der private Konsum expandierte im Jahr 2025 mit einer Rate von 1,6 % deutlich stärker als erwartet und war damit maßgeblich für die wirtschaftliche Erholung. Dieser kräftige Anstieg ging mit einem deutlichen Zuwachs der realen Einzelhandelsumsätze von 3,2 % gegenüber dem Vorjahr einher. Die Sparquote sank auf 10,3 %, was ungefähr dem langfristigen Mittelwert entspricht. Die real verfügbaren Einkommen legten lediglich um 0,5 % zu, nachdem sie im Vorjahr noch deutlich stärker expandiert hatten. Diese Entwicklung spiegelt sowohl die moderaten nominalen Einkommenszuwächse (3,1 %) als auch den anhaltenden

Abbildung 2.9

Wohnungsbau: Neukreditvolumen und Effektivzinssatz



Quellen: Deutsche Bundesbank, Interhyp; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Preisdruck (um 2,6 % gemessen am Deflator des privaten Konsums) wider. Im Schlussquartal des Jahres 2025 legte der private Verbrauch besonders stark zu (+0,5 %). Dabei sind die Ausgaben in fast allen Sparten spürbar gestiegen.

Zu Beginn des Jahres 2026 zeichnen die Frühindikatoren ein eher trübes Bild. Das Konsumklima bleibt verhalten. Der Einzelhandelsumsatz sowie der Umsatz im Gastgewerbe lagen im Januar 0,2 % beziehungsweise 3,4 % unterhalb des Niveaus des Vorquartals und auch der Durchschnitt der monatlichen Pkw-Neuzulassungen privater Halter im Januar und Februar fiel 12,4 % niedriger aus als im Schlussquartal 2025. Das Geschäftsklima im Einzelhandel war bereits vor dem Ausbruch des Iran-Krieges insgesamt durchwachsen, während konsumnahe Dienstleister zuletzt etwas optimistischer auf ihre aktuelle Lage blickten. Insgesamt dürfte der private Konsum somit nur verhalten ins neue Jahr gestartet sein. Für das erste Quartal 2026 ist lediglich mit einer Stagnation der privaten Konsumausgaben zu rechnen.

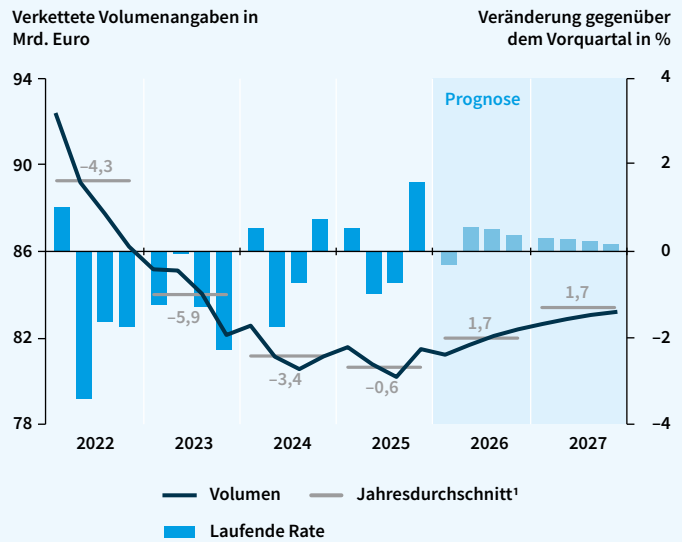
Durch den Ausbruch des Iran-Krieges und den damit einhergehenden Energiepreisschock haben sich die Aussichten deutlich verschlechtert. Im März sind die Geschäftserwartungen der Einzelhändler und der konsumnahen Dienstleister kräftig zurückgegangen. Die Institute rechnen mit einer verhaltenen Expansion der nominalen verfügbaren Einkommen (2026: 3,1 %, 2027: 3,5 %), da sich die Zuwächse bei den Nettolöhnen und -gehältern und den monetären Sozialleistungen abschwächen dürften. Die Anstiege der Rohstoffpreise dürften zudem über den gesamten Prognosehorizont zu erhöhten Verbraucherpreisen führen und damit die Kaufkraft der Haushalte belasten. Insbesondere für das zweite Quartal 2026 ist mit einem spürbaren Anstieg des Deflators des privaten Konsums gegenüber dem Vorquartal zu rechnen, der das real verfügbare Einkommen dämpft. Im weiteren Prognoseverlauf dürften die Preise zwar langsamer steigen, jedoch weiterhin belastend wirken. Vor diesem Hintergrund erwarten die Institute reale Einkommenszuwächse für das laufende und das kommende Jahr von lediglich 0,3 % bzw. 0,6 %. Entsprechend dürfte der private Konsum in diesen Jahren nur verhalten um jeweils 0,4 % zulegen (Abbildung 2.11, Seite 47).

Das Sparverhalten der Haushalte dürfte im Prognosezeitraum durch gegenläufige Faktoren beeinflusst werden: Während die steigenden Energiepreise bei einigen Haushalten wohl dazu führen werden, dass sie ihre Ersparnisbildung senken, um ihren Konsum aufrecht zu erhalten, dürfte die gestiegene Unsicherheit einen Teil der Haushalte zu einem verstärkten Vorsorgespahren veranlassen. Für die Prognose wird unterstellt, dass der erste Effekt etwas überwiegt und die Sparquote vorübergehend leicht sinkt.

Abbildung 2.10

Bauinvestitionen

Preis-, saison- und kalenderbereinigt



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

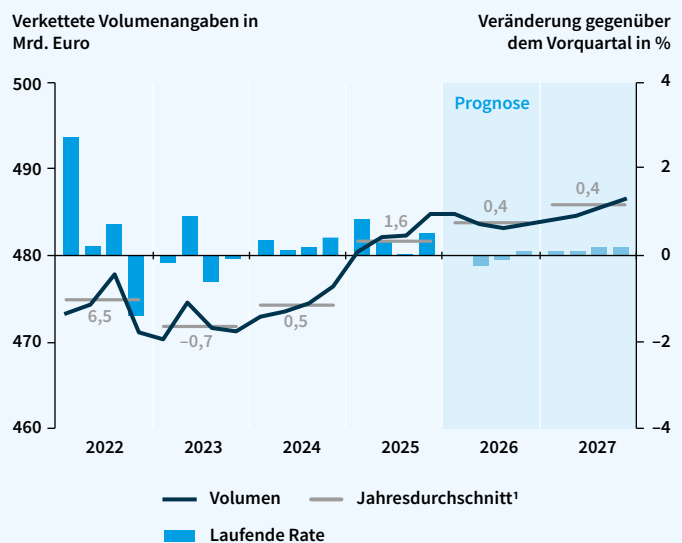
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2026: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Abbildung 2.11

Konsumausgaben der privaten Haushalte¹

Preis-, saison- und kalenderbereinigt



¹ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

² Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2026: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Mehr Kredit, mehr Staatskonsum

Da die vorläufige Haushaltsführung des Bundes die Konsumausgaben des Staates in den ersten drei Quartalen des Jahres 2025 gedämpft hat, legten sie im Gesamtjahr nur mit 1,3 % zu. Im Zuge der Abflüsse der Sondervermögen und der Bereichsausnahme Verteidigung steigt der Staatskonsum im Jahr 2026 mit 2,4 % und im Jahr 2027 mit 2,2 % wieder deutlich kräftiger. Die Institute nehmen an, dass die Ausgaben für staatliche Investitionsprojekte nicht nur die Bruttoinvestitionen, sondern über erhöhte Vorleistungskäufe auch den Staatskonsum ausweiten werden. Zudem dürfte sich im Prognosezeitraum der Personalaufbau im Verteidigungsbereich in den Konsumausgaben niederschlagen. Die Dynamik bei den sozialen Sachleistungen bleibt aufgrund von Mehrausgaben in den Bereichen der Kranken- und Pflegeversicherung ebenfalls hoch. Ein erstes Sparpaket für die Ausgaben der Krankenversicherung im Jahr 2026 dürfte ihrem aufwärtsgerichteten Trend, der dem medizinisch-technischen Fortschritt und dem demografischen Wandel geschuldet ist, nur wenig entgegenwirken.

Aufhellung am Arbeitsmarkt verzögert sich

Die schwache Konjunktur und der verschärfte Strukturwandel hinterlassen weiterhin deutliche Spuren am Arbeitsmarkt. Zwischen dem bisherigen Höchststand im April 2025 und Januar 2026 ist die Zahl der Erwerbstätigen saisonbereinigt um insgesamt 110 000 Personen zurückgegangen, nachdem sie in den beiden Jahren zuvor noch leicht zugenommen hatte. Die Zahlen der Selbstständigen und der ausschließlich geringfügig entlohnten Beschäf-

tigten sinken tendenziell bereits seit mindestens zehn Jahren. Hingegen ging die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung erst im Verlauf des vergangenen Jahres zurück. Zuvor war sie – mit Ausnahme der Finanzkrise und der COVID-19-Pandemie – über rund 20 Jahre deutlich gestiegen.

Beschäftigungszuwächse wurden weiterhin vor allem im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit verzeichnet, während im Verarbeitenden Gewerbe bis zuletzt in unverändertem Tempo Arbeitsplätze abgebaut wurden. Dort belief sich der Rückgang der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten seit dem letzten Hochpunkt im April 2023 auf 309 000 Personen (-4,5 %). Dieser Beschäftigungsabbau ist nahezu vollständig auf weniger Einstellungen und kaum auf mehr beendete Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen (Abbildung 2.12, Seite 48).

Die seit Mitte des Jahres 2022 deutlich gestiegene Zahl der registrierten Arbeitslosen nahm in der zweiten Jahreshälfte 2025 nur noch leicht zu. Im Februar lag sie bei knapp 3 Millionen Personen. Die Arbeitslosenquote verharrt seit einem Jahr bei 6,3 %. Während die Arbeitslosigkeit im konjunkturreagiblen Rechtskreis SGB III (Arbeitslosenversicherung) zuletzt weiter zulegte, wenngleich langsamer als zuvor, sank sie im Rechtskreis SGB II (Bürgergeld/Grundsicherung) in den vergangenen Monaten. Indes nahm die Zahl der Personen in Kurzarbeit im Verlauf des vergangenen Jahres erstmals seit zwei Jahren ab.

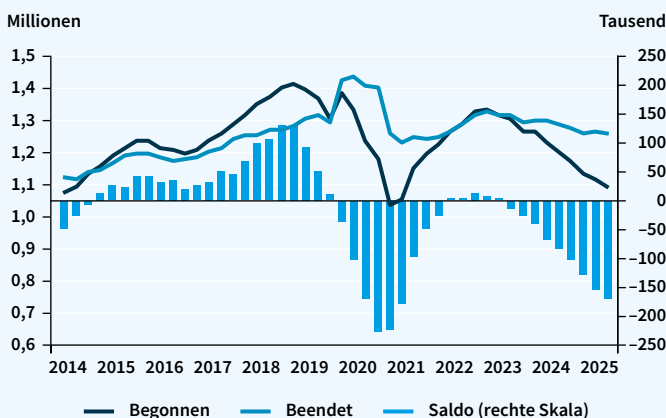
Die allesamt vor Ausbruch des Iran-Krieges erhobenen Frühindikatoren deuten nicht auf eine Wende am Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten hin. Die Beschäftigungskomponente des IAB-Arbeitsmarktbarometers und das ifo Beschäftigungsbarometer verharrten auf niedrigem Niveau. Zwar stieg die Zahl gemeldeter offener Stellen in den vergangenen Monaten, jedoch ist dies auf Großaufträge einzelner Arbeitgeber und nicht auf eine allgemein gestiegene Einstellungsbereitschaft der Unternehmen zurückzuführen.³ Vor diesem Hintergrund sprach schon vor dem Ausbruch des Iran-Krieges wenig dafür, dass sich die Lage am Arbeitsmarkt in den kommenden Monaten aufhellen würde. Die nun stark gestiegenen Energiepreise dürften die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen zunächst verringern.

Folglich ist für den weiteren Jahresverlauf keine Aufhellung am Arbeitsmarkt in Sicht. Erst im kommenden Jahr dürfte es zu einer zaghaften Erholung der Beschäftigung kommen, wenn bei besserer Konjunktur die Einstellungsbereitschaft der Unternehmen steigt (Abbildung 2.13, Seite 49). Vor diesem Hintergrund erwarten die Institute im Jahresdurchschnitt 2026 einen Rückgang der Erwerbstätigkeit um 100 000 Personen, gefolgt von einer Erholung im Jahr 2027 um 42 000 Personen. Einer stärkeren Ausweitung der Beschäftigung setzt auch der demografische

Abbildung 2.12

Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse im Verarbeitenden Gewerbe

Gleitende Jahressummen



Quellen: Bundesagentur für Arbeit; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

³ Bundesagentur für Arbeit: Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Nürnberg, Februar 2026.

Wandel Grenzen. So dürfte das Erwerbspersonenpotenzial im Jahr 2025 seinen Höchststand überschritten haben. Die Zahl der Arbeitslosen wird im Jahr 2026 voraussichtlich um 54 000 Personen zunehmen und im folgenden Jahr um 66 000 sinken (Abbildung 2.14, Seite 49). Die Arbeitslosenquote steigt der Prognose zufolge von 6,3 % im vergangenen Jahr auf 6,4 % im laufenden Jahr, bevor sie im kommenden Jahr auf 6,2 % sinkt (Tabelle 2.12, Seite 50).

Bei der geleisteten Arbeitszeit (Arbeitsvolumen je Erwerbstätigen) gab es eine starke Abwärtsrevision des zweiten Quartals 2025 und einen außergewöhnlich hohen Anstieg im vierten Quartal, welcher die Jahresrate für das Jahr 2026 für sich genommen anhebt. Im Verlauf dieses Jahres dürfte die Arbeitszeit zunächst rückläufig sein. Im kommenden Jahr dürften im Zuge der darauffolgenden wirtschaftlichen Belebung die Kurzarbeit abnehmen und Arbeitszeitkonten aufgebaut werden. Für das laufende und kommende Jahr erwarten die Institute einen Anstieg der durchschnittlichen Arbeitszeit um 0,4 % bzw. 0,3 %. Von diesen Zuwächsen entfallen 0,3 bzw. 0,1 Prozentpunkte auf mehr Arbeitstage.

Verlangsamte Verdienstzuwächse

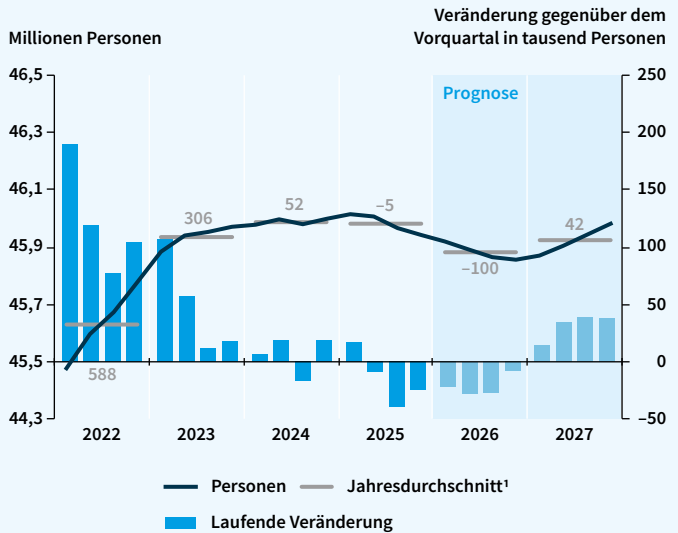
Die Tarifverdienste waren in den vergangenen Jahren stark von Einmalzahlungen – insbesondere den Inflationsausgleichsprämien – beeinflusst. Waren die Tarifverdienste im Jahr 2024 noch um 4,7 % gegenüber dem Vorjahr gestiegen, legten sie mit dem Wegfall der Inflationsausgleichsprämien, deren Abgabefreiheit Ende 2024 auslief, im vergangenen Jahr nur noch um 2,7 % zu (Tabelle 2.13, Seite 50). Für das laufende Jahr stehen die Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst (Länder sowie Bund und Gemeinden) und im Bauhauptgewerbe fest, in der chemischen Industrie und im Handel wird im Frühjahr verhandelt. In der Metall- und Elektroindustrie laufen die Tarifverträge im Herbst aus. Für das Gesamtjahr 2026 erwarten die Institute einen Zuwachs der Tarifverdienste um 2,8 %. Für das Jahr 2027 rechnen die Institute mit einem ähnlichen Zuwachs, da sich der Energiepreisanstieg nicht und die moderate konjunkturelle Belebung noch nicht in höheren Tarifabschlüssen niederschlagen dürften.

Die Effektivverdienste stiegen im vergangenen Jahr deutlich stärker als die Tarifverdienste. Die Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer stiegen im Jahr 2025 um 4,5 % und damit um 1,8 Prozentpunkte stärker als die Tarifverdienste. Eine solch hohe Lohndrift ist im langjährigen Vergleich außergewöhnlich. Ähnlich hohe Werte wurden bislang nur beobachtet, wenn die Kurzarbeit nach einem starken Anstieg wieder abgebaut wurde (nach der Großen Rezession und nach der COVID-19-Pandemie), und im Zuge des Aufholprozesses der Verdienste nach dem Inflationsschub. Letzteres könnte im vergangenen Jahr noch eine gewisse Rolle gespielt haben. Dennoch bleibt der Befund einer außergewöhnlich hohen Lohndrift im Jahr 2025 bestehen. Ein Grund für die Diskrepanz könnten hohe Abfindungen sein, die viele Unternehmen – insbesondere

Abbildung 2.13

Erwerbstätige

Inlandskonzept, saisonbereinigt



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

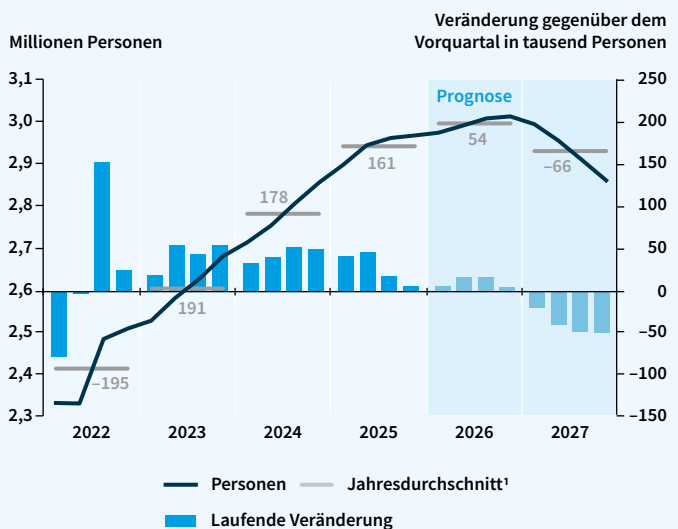
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2026: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Abbildung 2.14

Arbeitslose

Saisonbereinigt



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in tausend Personen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2026: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Tabelle 2.12

Arbeitsmarktbilanz

Jahresdurchschnitte in tausend Personen

	2023	2024	2025	2026	2027
Arbeitsvolumen (Mio. Stunden)	61 496	61 364	61 259	61 398	61 619
Erwerbstätige Inland	45 935	45 987	45 982	45 882	45 924
Arbeitnehmer	42 148	42 283	42 316	42 251	42 319
darunter:					
SV Beschäftigte	34 790	34 934	34 963	34 954	35 070
Geringfügig Beschäftigte	4 198	4 180	4 120	4 028	3 985
Selbstständige	3 787	3 704	3 666	3 631	3 605
Pendlersaldo	-153	-157	-152	-151	-151
Erwerbstätige Inländer	45 782	45 830	45 830	45 731	45 773
Arbeitslose	2 609	2 787	2 948	3 002	2 937
Arbeitslosenquote ¹	5,7	6,0	6,3	6,4	6,2
Erwerbslose ²	1 342	1 490	1 652	1 745	1 741
Erwerbslosenquote ³	2,8	3,1	3,5	3,7	3,7

¹ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß Bundesagentur für Arbeit).

² Definition der ILO.

³ Erwerbslose in % der inländischen Erwerbspersonen (Erwerbstätige Inländer plus Erwerbslose).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; 2026 bis 2027: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

im Verarbeitenden Gewerbe – im Zuge tiefgreifender Restrukturierungsprozesse mit teils umfangreichen Stellenabbauplänen zahlen. Auch wenn hierzu repräsentative Daten fehlen, deuten Unternehmensmeldungen daraufhin, dass die angebotenen Abfindungen teils sehr hoch ausfallen. Laut Berechnungen des Handelsblatts auf Basis von Unternehmensbilanzen haben in den ersten drei Quartalen des vergangenen Jahres allein die Dax-Unternehmen rund 6 Mrd. Euro für Restrukturierungen (vorwiegend Abfindungen und Vorruhestandsregelungen) aufgewendet,⁴ was 0,4 % der gesamtwirtschaftlichen Brutto-lohnsumme ausmacht.

Aufgrund der hohen Reallohnzuwächse sowie der schwachen Produktivitätsentwicklung haben die realen Lohnstückkosten im vergangenen Jahr wieder das Niveau aus der Zeit vor dem Inflationsschub erreicht. Somit dürfte der Aufholprozess der Reallöhne nunmehr abgeschlossen sein. Vor diesem Hintergrund wird die Reallohnentwicklung im weiteren Prognoseverlauf wohl wieder stärker mit der Arbeitsproduktivität in Einklang stehen. Die Institute rechnen mit Anstiegen der Effektivverdienste je Arbeitnehmer von 3,5 % (2026) und 3,4 % (2027); die Erhöhungen des gesetzlichen Mindestlohns werden etwa 0,4 bzw. 0,2 Prozentpunkte dazu beitragen.⁵

Energiepreisschock entfacht vorübergehend Inflation

Im vergangenen Jahr betrug die Inflationsrate 2,2 % und blieb damit gegenüber dem Jahr 2024 unverändert. Nach dem Tiefstand von 1,8 % im Dezember lag sie im Februar 2026 bei 1,9 %. Die Energiekomponente wirkte bis Ende Februar inflationsdämpfend, sie war im Vorjahresvergleich seit Anfang 2024 rückläufig. Zu Jahresbeginn waren die einzelnen Energiepreise stark durch regulatorische Eingriffe geprägt. Während die Gasspeicherumlage abgeschafft und die Stromnetzentgelte gesenkt wurden, wurden der CO₂-Preis⁶ und die Treibhausgasminderungsquote (THG-Quote)⁷ angehoben. Im Ergebnis sanken die Strom- und Gaspreise zum Jahreswechsel um 2,8 % bzw. 2,3 % gegenüber dem Vormonat und die Kraftstoffpreise stiegen um 5,5 %.

Auch die Kerninflation (ohne Energie) wies seit dem Herbst 2025 einen Rückgang auf. Sie war im Dezember mit 2,2 % auf dem niedrigsten Stand seit Mai 2021, bevor sie im Februar wieder leicht auf 2,3 % stieg. Dennoch lag sie damit weiterhin deutlich über dem historischen Mittel (1999–2019: 1,2 %). Überdurchschnittlich hoch war immer

⁴ **Handelsblatt:** In welche Branchen Dax-Konzerne Mitarbeiter entlassen. Erstpublikation: 26. November 2025.

⁵ **Gürtzen, N.; Popp, M.; Commentz, A.:** Mindestloohnerhöhungen zum 1. Januar 2026 und 2027: Rund jeder zehnte Job ist von der stufenweisen Anpassung des Mindestlohns betroffen. IAB-Kurzbericht 15/2025, Nürnberg 2025.

⁶ Der CO₂-Preis im nationalen Emissionshandelssystem (nEHS) in Deutschland ist zum 01.01.2026 auf einen Korridor von 55 bis 65 Euro pro Tonne CO₂ gestiegen. Dieser Korridor wird voraussichtlich auch im Jahr 2027 gelten, da die Einführung des europäischen Emissionshandelssystem ein Jahr auf 2028 verschoben wurde.

⁷ Die THG-Quote, die den prozentualen Minderungsbedarf der Emissionen für Kraftstoffanbieter festlegt, ist im Januar auf 12 % gestiegen. Dies bedeutet, dass Anbieter entweder ihre Emissionen reduzieren oder zusätzliche Zertifikate erwerben müssen, was Preistreibend wirkt.

Tabelle 2.13

Zur Entwicklung der Löhne

Inlandskonzept, Veränderung gegenüber Vorjahr in %

	2023	2024	2025	2026	2027
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,1	-0,2	0,0	0,6	0,3
Verdienst je Arbeitnehmer	6,5	5,2	4,5	3,5	3,4
Verdienst je Stunde	6,6	5,3	4,5	2,9	3,0
Lohndrift (Arbeitnehmer)	2,9	0,5	1,8	0,7	0,5
Tariflohn (Monat)	3,6	4,7	2,7	2,8	2,9

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 bis 2027: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Tabelle 2.14

Annahmen der Prognose

Jahresdurchschnitte

	2023	2024	2026	2027
Strompreis Euro/MWh (Phelix)	79,6	89,4	108,1	102,3
Gaspreis Euro/MWh (TTF)	34,5	36,7	53,6	45,9
Ölpreis US-Dollar/Barrel (Brent)	79,7	68,0	91,0	80,3
Wechselkurs US-Dollar/Euro	1,08	1,13	1,15	1,15
Hauptrefinanzierungssatz der EZB (Jahresende)	3,20	2,15	2,90	2,90
Einlegesatz der EZB (Jahresende)	3,00	2,00	2,80	2,80

Quellen: LSEG Datastream; Eurostat; Europäische Zentralbank; CPB; 2026 bis 2027: Prognosen und Annahmen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

noch die Inflation bei Dienstleistungen (ohne Wohnungsmieten). Diese setzte allerdings trotz der Verteuerung des Deutschlandtickets und der Anhebung des Mindestlohns zu Jahresbeginn ihren Abwärtstrend fort und lag im Februar bei 3,7 %. Die Inflationsraten für Nahrungsmittel und sonstigen Waren betragen im Zeitraum von September 2025 bis Februar 2026 durchschnittlich jeweils 1,4 %.

Das Kriegsgeschehen am Persischen Golf ließ seit Anfang März die Marktpreise für Rohöl (Sorte Brent), Erdgas (TTF) und Strom kräftig steigen. Die Institute stützen ihre Annahmen auf Terminmarktnotierungen dieser Komponenten vom 20. März. Dementsprechend dürfte der durchschnittliche Rohölpreis (Erdgaspreis) in diesem und im kommenden Jahr bei 91,0 (53,6) bzw. 80,3 Dollar pro Barrel (45,9 Euro pro MWh) liegen. Auch die Strompreise dürften im Jahr 2026 erhöht bei 108,1 und im Jahr 2027 bei 102,3 Euro pro MWh liegen (Tabelle 2.14, Seite 50).

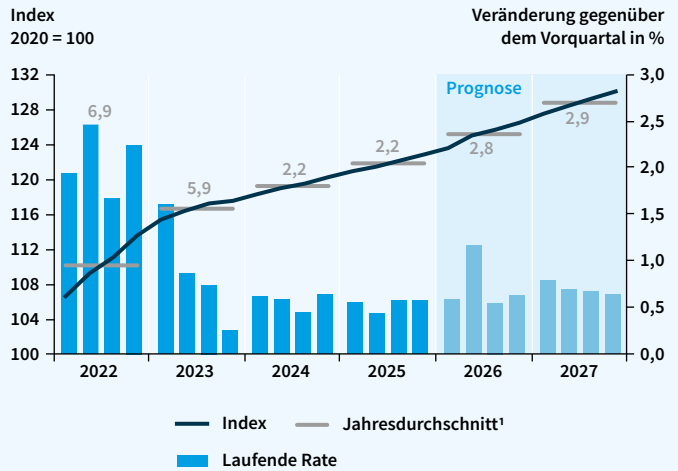
Die unterstellten Beschaffungspreise werden sich deutlich in der Energiekomponente des Verbraucherpreisindex (VPI) niederschlagen. Öl-, Gas- und Stromkomponenten haben Anteile von jeweils 3,4 %, 1,1 % und 2,5 % am Warenkorb. Die Ölkomponente, unter die auch die Kraftstoffpreise fallen, dürfte kurzfristig stark steigen und erst ab Herbst wieder allmählich sinken. Insgesamt wird sie in diesem Jahr voraussichtlich um 16,0 % im Vergleich zum Vorjahr steigen und im nächsten Jahr um 1,1 % sinken. Dagegen werden die Preise für Erdgas und Strom erst allmählich anziehen, da die Haushalte Lieferverträge mit ihren Energieversorgern haben, in denen die Tarife über längere Zeiträume festgelegt sind. So dürften die Gas- und Strompreise ab dem Winter 2026 kräftig steigen, bevor sie gegen Ende des Prognosehorizonts langsam abklingen. Alles in allem werden die Verbraucherpreise für Energie wohl im Jahr 2026 um rund 6,8 % und im Jahr 2027 um 3,3 % im Vergleich zum Vorjahr steigen.

Zudem erwarten die Institute, dass die höheren Energiepreise – wegen der verzögerten Weitergabe vor allem im kommenden Jahr - über indirekte Effekte die Kerninflation antreiben werden. Der Anstieg des Preises für Erdgas verteuert nicht zuletzt auch Düngemittel, was auf die Nahrungsmittelpreise ausstrahlt. Auch dürften höhere Produktions- und Transportkosten auf die Preise für Waren (ohne Energie) und Dienstleistungen durchschlagen. Insgesamt werden die indirekten Effekte die Kernrate (ohne Energie) in den Jahren 2026 und 2027 wohl um 0,1 und 0,4 Prozentpunkte erhöhen. Die Wohnungsmieten dürften nur zögerlich auf den Energiepreisschock reagieren, da institutionelle Rahmenbedingungen und träge Bestandsmieten dämpfend wirken. Sie werden angesichts angespannter Wohnungsmärkte zwar weiterhin steigen, Raten deutlich über 2 % sind jedoch nicht zu erwarten.

Abbildung 2.15

Verbraucherpreise

Saison- und kalenderbereinigt



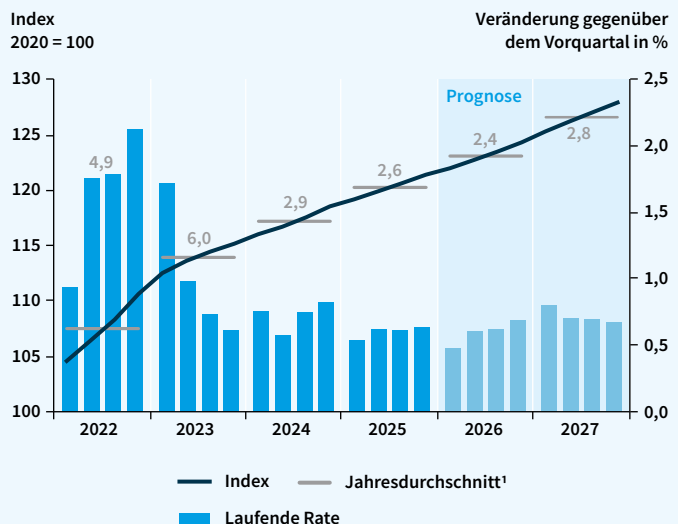
¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2026: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Abbildung 2.16

Verbraucherpreise ohne Energie

Saison- und kalenderbereinigt



¹ Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.
 Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; ab dem ersten Quartal 2026: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Alles in allem erwarten die Institute für das Jahr 2026 einen Anstieg der Verbraucherpreise um 2,8 % und für das Jahr 2027 einen Anstieg um 2,9 % (Abbildung 2.15, Seite 51). Die Kerninflationsrate dürfte im Jahr 2026 mit 2,4 % und im Jahr 2027 mit 2,8 % unterhalb der Gesamtinflation liegen (Abbildung 2.16, Seite 51).

Sondervermögen und Verteidigungsausgaben sorgen für steigende Budgetdefizite

Die Steuereinnahmen des Staates werden im Prognosezeitraum robust zulegen. Bei der Lohnsteuer lässt die Dynamik im Vergleich zum Vorjahr nach, welches maßgeblich durch das Auslaufen der Inflationsausgleichsprämie geprägt war. Wegen der robusten Lohnzuwächse sind die Einnahmen dieser Steuer aber weiter deutlich aufwärtsgerichtet, auch wenn Maßnahmen zum Ausgleich der kalten Progression das Plus mindern. Die gewinnabhängigen Steuern entwickeln sich aufgrund der zunächst noch stockenden Konjunktur schleppend. Im weiteren Verlauf des Prognosezeitraums legen sie etwas mehr zu, werden aber durch die Maßnahmen des Investitionsfortprogramms gedämpft.

Die Umsatzsteuereinnahmen dürften im laufenden Jahr etwas an Tempo verlieren, da der private Konsum weniger stark zulegt und die Steuersätze in der Gastronomie gesenkt wurden. Jedoch stützen die zunehmenden Käufe des Staates und die anziehende Wohnbaukonjunktur. Die sonstigen indirekten Steuern dürften über den gesamten Prognosezeitraum moderat steigen.

Die Sozialbeitragseinnahmen werden wieder mit höheren Raten expandieren als die allgemeine Lohnentwicklung, da in beiden Prognosejahren weitere Anstiege der Beitragssätze unterstellt sind (Tabelle 2.8, Seite 38).

Die Verkäufe hatten in den vergangenen Jahren nicht zuletzt aufgrund des Deutschlandtickets kräftig zugelegt. Im Prognosezeitraum dürfte die Tendenz aufwärtsgerichtet bleiben. So ist zu Beginn des Jahres 2026 der Preis für das Deutschlandticket um 5 Euro gestiegen. Im Jahr 2027 dürften die Verkäufe abermals robust zulegen, auch weil auf kommunaler Ebene aufgrund der vielfach prekären Kasernenlage mit steigenden Gebühren zu rechnen ist.

Wegen sinkender Rücklagen der Sozialkassen steht das Finanzvermögen des Staates unter Druck und zugleich unterschritten die Zinsen auf Bankeinlagen 2025 die Höchstwerte des Vorjahres 2024, so dass insgesamt ein deutliches Minus bei den Vermögenseinkommen für das Jahr 2025 gebucht worden war. Wegen wieder steigender Zinsen rechnen die Institute für das laufende und kommende Jahr wieder mit einem moderaten Anstieg der Vermögenseinkommen.

Die Erbschaftsteuereinnahmen, die in die empfangenen Vermögenstransfers eingehen, waren durch einen Sonderfall im vergangenen Jahr deutlich erhöht. Für das laufende Jahr rechnen die Institute daher mit einem Rückgang.

Insgesamt steigen die Einnahmen in den Jahren 2026 und 2027 um 3,7 % beziehungsweise 4,0 %. Damit erhöht sich die Staatseinnahmenquote leicht ausgehend von 47,9 % im Jahr 2025 auf 48,3 % im Jahr 2027 (Tabelle 2.15, Seite 52).

Tabelle 2.15

Ausgewählte finanzwirtschaftliche Indikatoren¹

In Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %

	Staatseinnahmen			Staatsausgaben			Finanzierungs-saldo	Bruttoschulden-stand	nachrichtlich: Zinssteuerquote ²
	insgesamt	darunter:		insgesamt	darunter:				
		Steuern	Nettosozialbeiträge		Zinsausgaben	Bruttoinvestitionen			
2017	45,9	23,8	16,5	44,5	1,0	2,4	1,3	64,0	4,3
2018	46,5	24,1	16,7	44,7	0,9	2,6	1,9	60,8	3,8
2019	46,9	24,1	16,9	45,5	0,8	2,7	1,3	58,7	3,3
2020	46,7	23,2	17,6	51,1	0,6	3,1	-4,4	68,0	2,8
2021	47,5	24,4	17,2	50,7	0,6	2,9	-3,2	67,9	2,4
2022	46,7	24,2	16,7	48,6	0,7	2,9	-1,9	64,4	2,9
2023	45,7	22,8	16,8	48,1	0,9	2,8	-2,5	62,3	3,8
2024	46,8	23,0	17,5	49,4	1,1	3,0	-2,7	62,2	4,6
2025	47,9	23,1	18,4	50,5	1,1	3,2	-2,7	63,6	4,8
2026	48,3	23,1	18,7	52,0	1,2	3,4	-3,7	65,5	5,0
2027	48,3	23,0	18,9	52,5	1,2	3,5	-4,2	67,2	5,4

¹ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

² Zinsausgaben des Staates in Relation zum Steueraufkommen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2026 bis 2027: Prognose der Institute.

Die Dynamik der Staatsausgaben bleibt im Prognosezeitraum hoch. Wichtige Impulse gehen von den Sondervermögen und der Bereichsausnahme Verteidigung aus, die die Bruttoinvestitionen, die Vorleistungskäufe und die Vermögenstransfers antreiben. Nach dem starken vierten Quartal des Jahres 2025 ist bei den Investitionen des Staates allerdings zunächst mit einer Abschwächung zu rechnen, auch aufgrund witterungsbedingter Einschränkungen, die den für staatliche Aufträge besonders empfänglichen Tiefbau in den Monaten Januar und Februar merklich beeinträchtigt haben dürften. Im weiteren Verlauf führen die Impulse aus dem Sondervermögen Bundeswehr und dem SVIK sowie der Bereichsausnahme Verteidigung jedoch wieder auf einen robusten Aufwärtstrend (Tabelle 2.8, Seite 38). Insgesamt legen die nominalen Bruttoinvestitionen deutlich zu; besonders kräftig expandieren die Ausrüstungsinvestitionen, insbesondere für Verteidigungszwecke, mit Raten von 12,2 % im laufenden und 14,7 % im kommenden Jahr, während die Bauinvestitionen durch die schlechte Haushaltssituation insbesondere der Kommunen zugleich dämpfenden Effekten ausgesetzt sind. Die Expansionsraten betragen 5,9 % und 7,7 %.

Auch die Vorleistungskäufe werden durch die zusätzlichen Mittel aus dem SVIK und der Bereichsausnahme Verteidigung gestützt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass Ausrüstungs- oder Bauinvestitionen, z.B. durch Planungskosten, Vorleistungskäufe erfordern. Die Arbeitnehmerentgelte steigen ebenfalls weiter spürbar. Zwar fällt das Plus wegen der geringeren Tariflohndynamik geringer aus als im Jahr 2025, doch führen die Folgen eines Gerichtsurteils zur Beamtenbesoldung sowie zusätzliche Planstellen im Bereich Verteidigung im Prognosezeitraum zu einer deutlichen Zunahme.

Die monetären Sozialleistungen verlieren angesichts der sich bessernden Arbeitsmarktlage etwas an Dynamik. Gleichwohl bleiben sie aufwärtsgerichtet, nicht zuletzt wegen der Rentenanpassung zur Mitte des Jahres und der steigenden Zahl an Renteneintritten. Auch in den Folgejahren dürften die Rentenausgaben spürbar ausgeweitet werden. Die Nachfrage nach sozialen Sachleistungen in den Bereichen Gesundheit und Pflege dürfte weiter in starkem Tempo expandieren. Dämpfend dürfte hingegen wirken, dass sich im Zuge moderaterer Lohnsteigerungen, die auch Pflegeberufe erfassen dürfte, die Preisdynamik etwas verringert.

Trotz des Wegfalls der Zahlung im Zuge der Abschaffung der Gasspeicherumlage sorgen Zuschüsse zu Netzentgelten und für den Erwerb von E-Autos für ein merkliches Plus bei den Subventionen im Jahr 2026 und werden das Niveau im Jahr 2027 stützen. Die Vermögenstransfers werden durch Mehrausgaben aus den Sondervermögen, hier insbesondere dem KTF, und der Bereichsausnahme, hier insbesondere Zahlungen im Rahmen der Ukraine-Hilfe, merklich gestützt. Die spürbar höheren Abführungen

an die EU induzieren zudem eine deutliche Ausweitung der laufenden Transfers mit zeitweise zweistelligen Raten. Ferner steigen die Zinsausgaben im Zuge wachsender Schuldenstände und der Refinanzierung niedrig verzinsten Anleihen weiter an.

Insgesamt expandieren die Staatsausgaben kräftig. Nach einem Anstieg um rund 5,8 % im Jahr 2026 dürfte die Dynamik im Jahr 2027 mit etwa 5 % nur etwas nachlassen. Relativ zum Bruttoinlandsprodukt erhöhen sich die Staatsausgaben damit deutlich und belaufen sich schließlich auf rund 52,5 %.

Seit dem Jahr 2024 gelten für die Mitgliedstaaten der EU reformierte Fiskalregeln. Die wesentliche Größe für die fiskalische Überwachung im Euroraum sind seitdem die um Zinsausgaben, zyklische Arbeitsmarktausgaben, von der EU finanzierte Ausgaben und den Effekt diskretionärer Einnahmeveränderungen bereinigten Staatsausgaben, die als Nettoprimärausgaben bezeichnet werden (Tabelle 2.16, Seite 53). Diese steigen in den beiden Jahren des Prognosezeitraums deutlich schneller als im zwischen

Tabelle 2.16

Nettoprimärausgaben

Mrd. Euro

	2024	2025	2026	2027
(1) Staatsausgaben	2 139,7	2 259,4	2 389,7	2 508,7
(2) -Zinsausgaben	45,8	49,5	53,3	59,4
(3) -zyklische Arbeitsmarktausgaben (COFOG) ¹	4,8	9,0	12,9	11,1
(4) -Ausgaben für Programme der EU ²	8,5	12,5	13,2	12,0
(5) -nationale Ausgaben Ko-Finanzierung EU ²	1,7	1,7	2,5	1,9
(6) -ausgabeseitige Einmaleffekte	0,0	0,0	0,0	0,0
(7) =Nettoprimärausgaben (NPA) vor disk. Maß.	2 078,9	2 186,6	2 307,8	2 424,3
(8) absolute Veränderung NPA		107,7	121,2	116,5
(9) -diskretionäre einahmeseitige Maßnahmen	17,2	29,2	1,2	-3,9
(10) =bereinigte abs. Veränderung NPA		78,5	120,0	120,4
(11) Zuwachsrate NPA: (10) relativ zu (7) aus T-1 in %		3,8	5,5	5,2
(12) Ausgabenpfad mit nationaler Ausnahmeregelung laut FSP in %		4,4	4,5	2,3
(13) Differenz Gemeinschaftsdiagnose und FSP in Prozentpunkten (11)-(12)		-0,6	1,0	2,9
(14) Differenz in Mrd. Euro		-12,9	21,6	67,4
(15) Differenz in % des BIP		-0,3	0,5	1,4
(16) kumulierte Differenz in Mrd. Euro		-12,9	8,6	76,0
(17) kumuliert in % des BIP		-0,3	0,2	1,6
(18) Verteidigungsflexibilität in % relativ zum BIP ³		0,5	0,8	1,5
(19) Kontrollgröße in % relativ zum BIP (15)-Δ(18)		-0,8	0,2	0,7
(20) kumulierte Kontrollgröße in % relativ zum BIP (17)-(18)		-0,8	-0,6	0,1

¹ ab 2026 Prognose der Institute, bereinigt durch NAWRU.

² ab 2026 Prognose der EU-KOM.

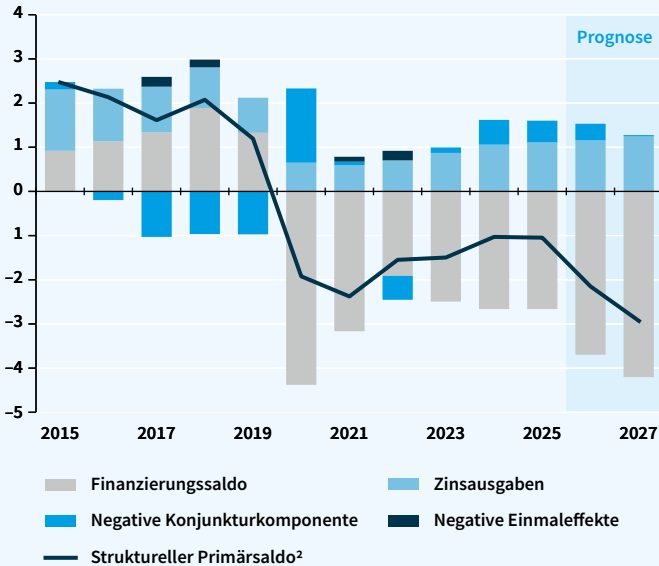
³ 2025 und 2026 Angaben der EU-KOM; 2027 auf Maximum (1,5%) gesetzt.

Quellen: AMECO; Statistisches Bundesamt; FSP; 2026 bis 2027: Prognose der Institute.

Abbildung 2.17

Struktureller Primärsaldo

In % in Relation zum nominalen Produktionspotenzial¹



¹ Potenzialschätzung nach der MODEM-Methode.
² Der strukturelle Primärsaldo ergibt sich als Summe der Balken.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2026 bis 2027: Prognose der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Bundesregierung und Europäischer Kommission vereinbarten mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plan (FSP). Auch unter Berücksichtigung der nationalen Ausnahme Klausel, die einen zusätzlichen Ausgabenanstieg für Verteidigungszwecke ab dem Jahr 2025 von kumuliert 1,5 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zulässt, dürfte insbesondere im Jahr 2027 das Plus so kräftig ausfallen, dass die Europäische Kommission ermächtigt wäre, ein Defizitverfahren auszulösen. Die Institute gehen allerdings davon aus, dass die deutsche Finanzpolitik daraus im Prognosezeitraum keinen unmittelbaren Konsolidierungsbedarf ableitet. Zum einen gibt es keinen Automatismus und zum anderen liegen die kumulierten Abweichungen des Ausgabenwachses noch im Normbereich,⁸ da im Jahr 2025 die Ausgaben unter Berücksichtigung der Verteidigungsausgaben deutlich hinter dem erlaubten Wert zurückblieben. Alles in allem steigt der Fehlbetrag der öffentlichen Haushalte von 2,7 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2025 auf 3,7 % im Jahr 2026 und 4,2 % im Jahr 2027 (Tabelle 2.17, Seite 54). Der Bruttoschuldenstand beträgt am Ende des Prognosezeitraums 67,2 %. Der strukturelle Primärsaldo verschlechtert sich 2026 rasant und im Jahr 2027 merklich (Abbildung 2.17, Seite 54).

⁸ Sofern die Kontrollgröße (Differenz zwischen den im FSP vorgesehenen und den tatsächlichen bzw. prognostizierten Nettoprimärausgaben) bei jährlicher Betrachtung einen Fehlbetrag von 0,3 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt aufweist oder ein kumulierter Fehlbetrag in Höhe von 0,6 % vorliegt, kann die EU-Kommission dem Rat die Eröffnung eines Defizitverfahrens vorschlagen.

Tabelle 2.17

Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates

In Relation zum Bruttoinlandsprodukt bzw. zum Produktionspotenzial in %

	EU-Methode ¹				Modifizierte EU-Methode (MODEM) ¹			
	2024	2025	2026	2027	2024	2025	2026	2027
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	-2,7	-2,7	-3,7	-4,2	-2,7	-2,7	-3,7	-4,2
- Konjunkturkomponente ²	-0,9	-0,9	-0,9	-0,7	-0,6	-0,5	-0,4	-0,0
= konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	-1,8	-1,8	-2,8	-3,5	-2,1	-2,2	-3,3	-4,2
- Einmaleffekte ³	-	-	-	-	-	-	-	-
= struktureller Finanzierungssaldo	-1,8	-1,8	-2,8	-3,5	-2,1	-2,2	-3,3	-4,2
+ Zinsausgaben	1,0	1,1	1,1	1,2	1,0	1,1	1,2	1,2
= struktureller Primärsaldo	-0,7	-0,7	-1,7	-2,3	-1,1	-1,1	-2,2	-2,9
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	0,5	0,1	-1,0	-0,6	0,4	-0,0	-1,1	-0,8
Nachrichtlich: struktureller Finanzierungssaldo in Mrd. Euro	-78,8	-81,0	-132,9	-171,6	-92,3	-98,1	-154,0	-199,7

¹ Für eine Erläuterung der EU-Methode und der modifizierten EU-Methode vergleiche Kapitel 3.

² Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504.

³ Auswirkungen von Gerichtsurteilen.

Anmerkung: Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt. Einmaleffekte, Zinsausgaben, Konjunkturkomponente, konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo in Relation zum Produktionspotenzial.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

3. Potenzialschätzung und mittelfristige Projektion

Schätzung des Produktionspotenzials

Die Institute schätzen das Produktionspotenzial mit einem Verfahren, das sich an dem der Europäischen Kommission orientiert (EU-Methode). Grundlage ist eine Cobb-Douglas-Produktionsfunktion, in die das potenzielle Arbeitsvolumen, der gesamtwirtschaftliche Kapitalstock und der Trend der totalen Faktorproduktivität (TFP) eingehen.¹ Das in Stunden gemessene Arbeitsvolumen ergibt sich aus der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der trendmäßigen Partizipationsquote, der strukturellen Erwerbslosenquote und dem Trend der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen. Zusätzlich berechnen die Institute das Produktionspotenzial auch mit einer modifizierten Methode (modifizierte EU-Methode, MODEM), bei der Fortschreibungsmodelle an empirische Gegebenheiten in Deutschland angepasst werden, zum Beispiel für die Arbeitszeit, die Erwerbsbeteiligung und die TFP. Alle Modelle werden regelmäßig überprüft und aktualisiert. Die Institute stützen ihre Konjunktüreinschätzung auf die Ergebnisse der modifizierten EU-Methode. Die mittelfristige Projektion und die Konjunkturbereinigung öffentlicher Finanzkennziffern fußen auf der EU-Methode, um die Vergleichbarkeit mit der Finanzplanung des Bundes zu gewährleisten.

Für die Bevölkerungsentwicklung orientieren sich die Institute an den Varianten G2-L2-W1 und G2-L2-W2 der vom Statistischen Bundesamt im Dezember 2025 veröffentlichten 16. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, die jeweils eine moderate Entwicklung der Geburtenhäufigkeit und der Lebenserwartung unterstellen und sich nur in den Annahmen zum Wanderungssaldo unterscheiden (W1: „niedrig“, W2: „moderat“). Der Wanderungssaldo lag im Jahr 2025 zwischen 220 000 und 260 000 Personen,² nachdem er im Jahr zuvor noch gut 430 000 Personen betragen hatte. Ohne Berücksichtigung der kriegsbedingten Nettozuwanderung aus der Ukraine, die in der vorliegenden Projektion weiterhin als Sondereffekt berücksichtigt wird, entsprach der Wanderungssaldo in etwa 150 000 Personen, dem konstanten Wert der Variante W1 der 16. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Im laufenden Jahr schwächt sich dieser Sondereffekt weiter ab, so dass die Nettozuwanderung auf 193 000 Personen zurückgehen dürfte. Vor dem Hintergrund, dass der Wan-

derungssaldo ohne den – im Jahr 2027 annahmegemäß entfallenden – Sondereffekt dem Niveau der Variante W1 entspricht, wird die Nettozuwanderung im weiteren Verlauf auf 150 000 Personen taxiert.³

Unter diesen Annahmen begann die gesamte Erwerbsbevölkerung in Deutschland bereits 2025 im Zuge der demografischen Alterung zu sinken. Damit verändert sich der Zenit der Erwerbsbevölkerung gegenüber den vorherigen Schätzungen nicht. Allerdings ist der Rückgang im Projektionszeitraum nun etwas stärker ausgeprägt als unter den Annahmen der vormaligen Bevölkerungsvorberechnung.

Die Partizipationsquoten werden seit der vermehrten Zuwanderung im Jahr 2015 für Geflüchtete und für die übrige Erwerbsbevölkerung separat betrachtet. Auf Grundlage von Daten zur Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit des IAB-Zuwanderungsmonitors leiten die Institute für ukrainische Geflüchtete eine Partizipationsquote ab, die seit dem Jahr 2022 von 47 % auf inzwischen 64 % (2025) zugenommen hat.⁴ Diese Quote steigt annahmegemäß bis zum Jahr 2027 auf 75 % und bleibt dann auf diesem Niveau.⁵ Dies impliziert für das laufende Jahr eine Partizipationsquote aller Geflüchteten von etwa 70 %. Die Partizipationsquote der übrigen Erwerbsbevölkerung wird in der mittleren Frist nach MODEM anhand eines Alterskohortenmodells fortgeschrieben, um dem Umstand Rechnung zu tragen, dass das Gewicht von Alterskohorten mit hoher Erwerbsbeteiligung demografisch bedingt abnimmt und das von Kohorten mit deutlich niedrigerer Erwerbsbeteiligung zunimmt. Die gesamtwirtschaftliche Partizipationsquote ergibt sich als gewichteter Durchschnitt

³ Unter Berücksichtigung des Sondereffekts entspricht dieses Vorgehen implizit dem des BMWF, bei welchem der Abstand zwischen dem tatsächlichen Wanderungssaldo und den Annahmen der Varianten W1 und W2 über den Projektionszeitraum hinweg konstant gehalten wird. **Bundesministerium für Wirtschaft und Energie:** Der wissenschaftliche Beteiligungsprozess zur Potenzialschätzung in der 20. Legislaturperiode: Ergebnisse der Evaluierung und Ausblick, Kasten 4, 2025, Schlaglichter der Wirtschaftspolitik: 03.2025.

⁴ Diese ergibt sich aus einem Anstieg der Erwerbstätigkeit unter allen ukrainischen Staatsbürgern und einem Anstieg der Arbeitslosigkeit im Verhältnis zur Nettozuwanderung im erwerbsfähigen Alter (IAB-Zuwanderungsmonitor, verschiedene Ausgaben).

⁵ Ein solcher Anstieg erscheint auch vor dem Hintergrund realistisch, dass die in den Jahren 2015/2016 zugewanderten Geflüchteten bis zum Jahr 2022 ihre Partizipation bereits deutlich erhöht hatten. Anhand von Befragungsdaten dokumentieren Brücker et al. (2023) große Fortschritte bei der Arbeitsmarktintegration dieser Gruppe. So waren demnach 54 % der Geflüchteten mit einer Aufenthaltsdauer von sechs Jahren erwerbstätig. Zwischen dieser Gruppe und den Geflüchteten aus der Ukraine bestehen allerdings Unterschiede etwa in Hinblick auf die demografische Struktur und die rechtlichen Bedingungen für den Arbeitsmarktzugang. **Brücker, H.; Jaschke P.; Kosyakova Y.; Vallizadeh E.:** Entwicklung der Arbeitsmarktintegration seit Ankunft in Deutschland: Erwerbstätigkeit und Löhne von Geflüchteten steigen deutlich, in: IAB-Kurzbericht 13/2023, Nürnberg, 2023.

¹ **Havik, K.; McMorrow, K.; Orlandi, F.; Planas, C.; Raciborski, R.; Roeger, W.; Rossi, A.; Thum-Thyssen, A.; Vandermeulen, V.:** The Production Function Methodology for Calculating Potential Growth Rates & Output Gaps, European Economy, Economic Papers 535, Brüssel, 2014. doi:10.2765/71437.

² **Statistisches Bundesamt:** Bevölkerung Deutschlands nimmt im Jahr 2025 um rund 100 000 Personen ab: Pressemitteilung Nr. 032 vom 29. Januar 2026, Wiesbaden.

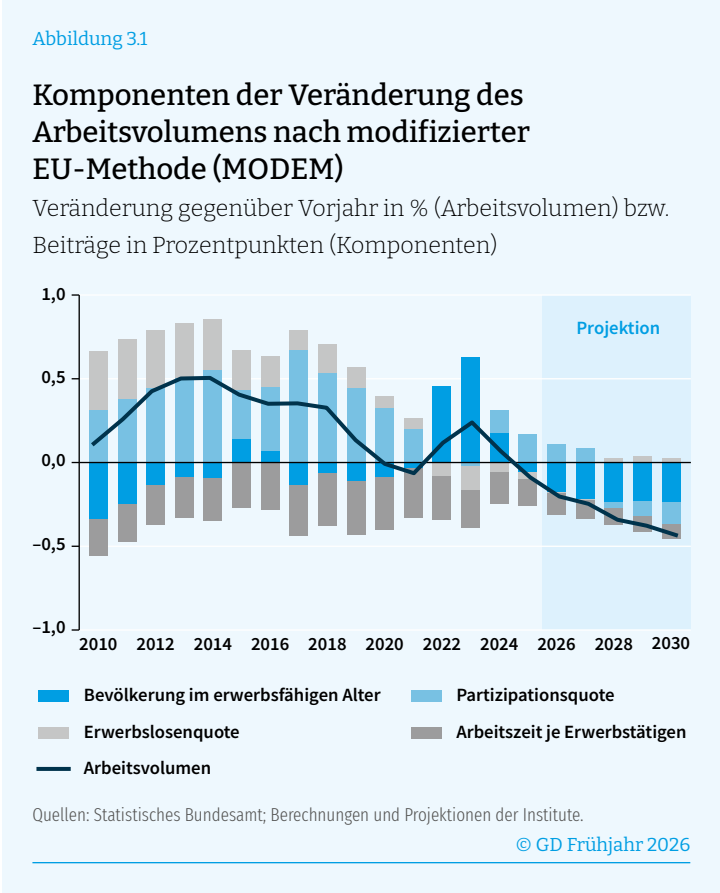
der als strukturell interpretierten Partizipationsquote der Geflüchteten und des Trends der Erwerbsbeteiligung der übrigen Bevölkerung. Gemäß diesem Ansatz erreicht sie im Jahr 2027 ihren Zenit und wird danach rückläufig sein.

Die Schätzung der strukturellen Erwerbslosenquote berücksichtigt die besondere Arbeitsmarktsituation von Geflüchteten, ergibt sich jedoch im Wesentlichen aus der strukturellen Erwerbslosenquote der übrigen Erwerbspersonen, die mit einem Hodrick-Prescott-Filter ermittelt wird. Die gesamtwirtschaftliche strukturelle Erwerbslosenquote dürfte demnach im Jahr 2026 bei etwa 3,4 % liegen. Bis zum Jahr 2030 sinkt sie infolge einer fallenden Erwerbslosenquote der Geflüchteten auf 3,3 %.

Die Arbeitszeit je Erwerbstätigen weist seit langem einen fallenden Trend auf, der sich in den vergangenen Jahren jedoch abgeflacht hat. Ein wesentlicher Grund für die niedrige durchschnittliche Arbeitszeit ist die hohe Teilzeitquote von Frauen. Zuletzt prägte jedoch die steigende Teilzeitbeschäftigung von Männern die rückläufige Entwicklung der Arbeitszeit (Schwerpunktthema, Seite 68). Daneben spielen auch demografische Verschiebungen innerhalb der Bevölkerung eine Rolle. Diese haben die Institute mit einem Kohortenmodell für die Arbeitszeit abgebildet. Dieses Modell hätte in der Zeit des kräftigen trendmäßigen Rückgangs der Arbeitszeit bessere Dienste zur Fortschreibung geleistet als das Standardvorgehen der Institute. Der Einsatz des Kohortenmodells in der laufenden Prognosepraxis stößt aber auf Schwierigkeiten, da es auf Daten aufsetzt, die nur mit größerer Verzögerung vorliegen. Zudem erfolgt die Kurzfristprognose der Arbeitszeit je Erwerbstätigen nur in aggregierter Form. Dabei kann es zu Abweichungen zwischen dem Kohortenmodell und den Kurzfristprognosen kommen, auf denen dann die Fortschreibung in der mittleren Frist aufsetzt. Daher wird zunächst an der Methode der Institute aus dem Herbst 2025 festgehalten, das Kohortenmodell für die Arbeitszeit aber von Zeit zu Zeit für Kontrollzwecke herangezogen.

In der Vorgehensweise der Institute vom Herbst 2025 wird die durchschnittliche Arbeitszeit in der mittleren Frist mit einem einfachen Zeitreihenmodell fortgeschrieben. Der merkliche Einbruch der Arbeitszeit im Pandemiejahr 2020 wird dabei weiterhin als Sondereffekt berücksichtigt. Für den gesamten Zeitraum wird schließlich der Trend mit Hilfe eines HP-Filters bestimmt. In früheren Gutachten endete der Schätzzeitraum mit dem Vorpandemiejahr 2019.⁶ Hierdurch sollte verhindert werden, dass pandemiebedingte Sondereffekte, wie erhöhter Krankenstand und Kurzarbeit, auf den Trend durchschlagen. Allerdings hat sich mittlerweile herausgestellt, dass ein Teil des seit dem Jahr 2022 erhöhten Krankenstandes auf die Einfüh-

⁶ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Deutsche Wirtschaft kränkelt – Reform der Schuldenbremse kein Allheilmittel, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2024, Kiel 2024, S. 61.



rung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) im selben Jahr und somit auf einen bloßen Meldeeffekt zurückzuführen ist.⁷

Um einen durch die Einführung der eAU verursachten Strukturbruch in der Trendschätzung der Arbeitszeit zu korrigieren, wurden abermals verschiedene Ansätze geprüft. Keiner der getesteten Ansätze konnte das bisherige Trendschätzverfahren entscheidend verbessern. Zwar könnte sich durch eine etwaige Korrektur der Arbeitszeit aufgrund von Meldeeffekten das Niveau der Arbeitszeit korrigieren lassen. Jedoch bleibt der Einfluss auf die trendmäßige Entwicklung begrenzt, solange keine amtlich rückwirkend korrigierten Zahlen vorliegen. Daher halten die Institute bis auf Weiteres an der bisher genutzten Methodik zur Trendschätzung der Arbeitszeit fest. Im Projektionszeitraum sinkt die Arbeitszeit je Erwerbstätigen weiter, wenngleich sich der Trend deutlich abflacht.

Insgesamt ergibt sich für das potenzielle Arbeitsvolumen in der mittleren Frist ein jahresdurchschnittlicher Rückgang um 0,5 %. Ab dem Jahr 2025 schrumpft es im Zuge

⁷ Groll, D.: Zum Einfluss der eAU auf Krankenstand, Arbeitszeit und Arbeitsproduktivität in den VGR, Kiel Insight 2025.04, Kiel 2025.

Tabelle 3.1

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode und modifizierter EU-Methode (MODEM)

Jahresdurchschnittliche Veränderung in %¹

	1996-2025 ²	EU-Methode		Modifizierte EU-Methode (MODEM)	
		1996-2025	2025-2030	1996-2025	2025-2030
Produktionspotenzial	1,2	1,2	0,4	1,2	0,1
Kapitalstock	1,4 (0,5)	1,4 (0,5)	0,8 (0,3)	1,4 (0,5)	0,7 (0,2)
TFP	0,5 (0,5)	0,6 (0,6)	0,2 (0,2)	0,5 (0,5)	0,1 (0,1)
Arbeitsvolumen	0,2 (0,1)	0,2 (0,1)	-0,1 (-0,1)	0,2 (0,1)	-0,5 (-0,3)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	-0,0	-0,0	-0,3	-0,0	-0,3
Partizipationsquote	0,5	0,5	0,4	0,5	-0,0
Erwerbslosenquote	0,2	0,2	-0,1	0,2	0,0
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,4	-0,4	-0,1	-0,4	-0,2
<i>Nachrichtlich:</i>					
Arbeitsproduktivität	0,9	1,0	0,6	1,0	0,6

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge.
² Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

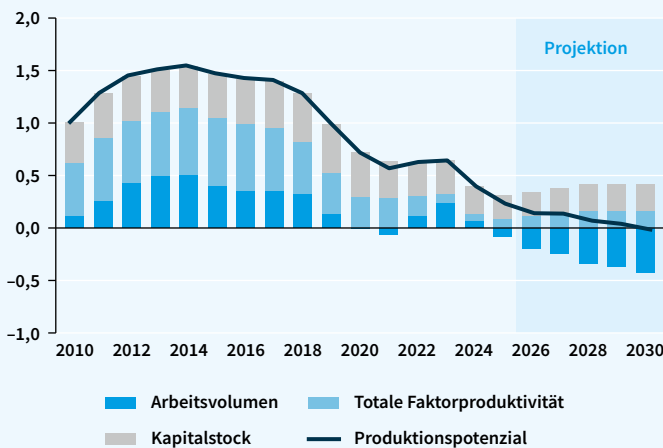
Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Abbildung 3.2

Komponenten der Veränderung des Produktionspotenzials nach modifizierter EU-Methode (MODEM)

Veränderung gegenüber Vorjahr in % (Produktionspotenzial) bzw. Beiträge in Prozentpunkten (Komponenten)



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

des demografischen Wandels (Abbildung 3.1, Seite 57) und dämpft dementsprechend fortan das Wachstum des Produktionspotenzials.

Der Kapitalstock wird auf Basis der Prognose der Bruttoanlageinvestitionen und der Abgangsquote bestimmt. Die Abgangsquote wird mit dem zuletzt verfügbaren Wert aus dem Jahr 2025 fortgeschrieben. Die Anlageinvestitionen in den Jahren 2028 bis 2030 werden mit einer langfristigen Investitionsquote in einem Zeitreihenmodell fortgeschrieben. Bis zum Ende der mittleren Frist nimmt der Kapitalstock demnach um jahresdurchschnittlich 0,7 % zu.

Die TFP ergibt sich residual als jener Teil der Wirtschaftsleistung, der nicht allein durch den mengenmäßigen Einsatz der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit erklärt werden kann. Bei der Schätzung des TFP-Trends haben die Institute ihr Vorgehen im Rahmen des Herbstgutachtens 2024 an neue Gegebenheiten angepasst. Im Kern handelt es sich, wie bei der EU-Methode, um ein Unobserved-Components-Modell, welches die TFP in eine zyklische und eine Trendkomponente zerlegt. Diese beiden unbeobachtbaren Komponenten werden anhand von Zustandsgleichungen modelliert. Dabei wird angenommen, dass die zyklische Komponente einem stationären stochastischen Prozess folgt. Das Niveau der Trendkomponente wird als Random-Walk mit variablem Driftterm modelliert.⁸ Die von den Instituten modifizierte Form des Modells bewirkt, dass der TFP-Trend im Projektionszeit-

⁸ Die Parameter dieses Unobserved-Components-Modells werden mit dem Maximum-Likelihood-Ansatz geschätzt. Alle Gleichungen unterliegen Zufallseinflüssen (Fehlerterme). Das Verhältnis der Varianzen der Fehlerterme wird dabei so spezifiziert, dass die ex post Abweichung der Wachstumsrate des TFP-Trends im Vergleich zur Schätzung mit dem EU-Verfahren möglichst gering ist.

raum nicht zur durchschnittlichen Wachstumsrate des Schätzzeitraums (1980 bis 2024: 0,9 %) zurückkehrt, sondern mit der zuletzt geschätzten Rate zunehmen wird. Im Zeitraum von 2025 bis 2030 sind dies 0,1 %.

Alles in allem wächst das Produktionspotenzial nach MODEM bis zum Ende des Projektionszeitraums um jahresdurchschnittlich 0,1 % (Tabelle 3.1, Seite 58). Die Wachstumsrate liegt damit gut 1,1 Prozentpunkte unter dem Mittel der Jahre 1996 bis 2025. Während das Arbeitsvolumen im Durchschnitt das Wachstum des Produktionspotenzials dämpft, belaufen sich die Wachstumsbeiträge des Kapitalstocks und der TFP auf 0,2 bzw. 0,1 Prozentpunkte (Abbildung 3.2, Seite 58).

Die Methode der Europäischen Kommission unterscheidet sich vom MODEM-Verfahren auch hinsichtlich der Berechnung der strukturellen Erwerbslosenquote, der Fortschreibung der Partizipationsquote in der mittleren Frist, der geschätzten Trendrate der TFP sowie der Spezifikation der Zeitreihenmodelle.⁹ Die strukturelle Erwerbslosenquote wird von der Europäischen Kommission anhand eines Phillips-Kurven-Modells berechnet, jedoch ohne explizite Berücksichtigung der Fluchtmigration. Die Partizipationsquote wird in der mittleren Frist nicht auf Ba-

sis eines Alterskohortenmodells, sondern anhand eines einfachen Zeitreihenmodells prognostiziert. Außerdem werden in dem EU-Verfahren im Unterschied zum MODEM-Verfahren Ursprungswerte anstelle kalenderbereinigter Werte verwendet.

Gemäß der EU-Methode ergibt sich mit 0,4 % im Vergleich zum MODEM-Verfahren eine nahezu viermal so große jahresdurchschnittliche Wachstumsrate des Produktionspotenzials im Zeitraum von 2025 bis 2030. Am Ende des Projektionszeitraums beträgt das Potenzialwachstum 0,5 %, während es nach MODEM zum Erliegen kommt. Dieser Unterschied ergibt sich neben der abweichenden Fortschreibung des TFP-Trends vor allem infolge einer höheren trendmäßigen Partizipationsquote bei der EU-Methode, die im Gegensatz zum MODEM-Verfahren keinen demografisch bedingten Rückgang der Erwerbsbeteiligung berücksichtigt. Mit Blick auf die Produktionslücke in der kurzen Frist zeigen sich merkbare Unterschiede im Niveau zwischen den Methoden, die Verläufe sind jedoch recht ähnlich (Abbildung 3.3, Seite 59). Im laufenden Jahr ergibt sich für die Produktionslücke nach MODEM ein Wert von -0,7 %, nach EU-Methode sind es -1,7 %. Am Ende des Projektionszeitraums zeigen sich jedoch auch qualitative Unterschiede: Während die Produktionslücke gemäß MODEM am Ende der kurzen Frist im Jahr 2027 nahezu geschlossen ist (-0,1 %), bleibt sie nach der EU-Methode weiterhin recht deutlich geöffnet (-1,1 %).

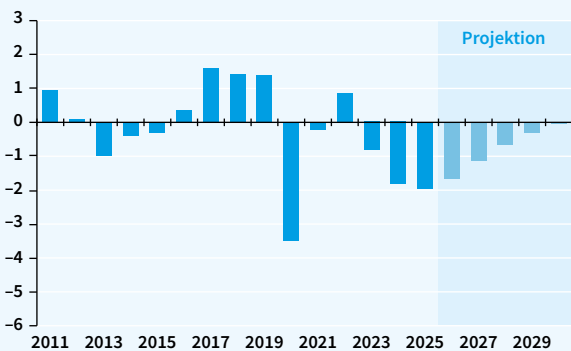
⁹ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung weiter kräftig – Anspannungen nehmen zu, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2017, Kapitel 3, Tabelle 3.2., Kiel, und Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Industrie in der Rezession – Wachstumskräfte schwinden, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2019, Kapitel 3, Kasten 31, Berlin.

Abbildung 3.3

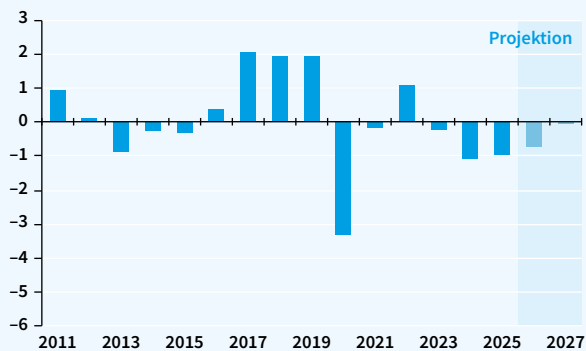
Produktionslücke nach EU- und nach modifizierter EU-Methode (MODEM)

In Relation zum Produktionspotenzial in %

Nach EU-Methode
auf Basis von Ursprungswerten



Nach MODEM
auf Basis von kalenderbereinigten Werten



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Internationale Rahmenbedingungen für die mittelfristige Projektion

In den Jahren 2028 bis 2030 dürfte die Weltwirtschaft um knapp 2,5 % expandieren. In den USA wird der mittelfristige Wachstumspfad niedriger sein als in den vergangenen Jahren, da das Wachstum des Arbeitskräfteangebots infolge der restriktiven Migrationspolitik geringer ausfällt. Die chinesische Wirtschaft dürfte mittelfristig ebenfalls weniger stark wachsen, weil der Aufholprozess dort mit kleiner werdendem Abstand zu den fortgeschrittenen Volkswirtschaften langsamer wird. Zudem wirken die demografische Entwicklung mit einer abnehmenden Erwerbsbevölkerung zunehmend bremsend. Das nachlassende Expansionstempo in China wird nur zum Teil durch ein kräftigeres Wachstum in den Schwellen- und Entwicklungsländern mit stärker wachsenden oder jüngeren Bevölkerungen kompensiert. In Europa dürfte das Produktionspotenzial in den Jahren 2028 bis 2030 mit wenig veränderten Raten wachsen. Der Welthandel wird sich allmählich auf die neuen handelspolitischen Rahmenbedingungen einstellen und ab 2028 voraussichtlich mit Raten von etwas über 2,0 % zunehmen.

Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung bis 2030

Auftragsgemäß orientieren die Institute ihre Mittelfristprojektion an dem nach der EU-Methode abgeleiteten Produktionspotenzial, das auch der mittelfristigen Finanzplanung der Bundesregierung zugrunde liegt. Dabei wird angenommen, dass sich die Produktionslücke bis zum Jahr 2030 graduell schließt und sich die Zuwachsraten der Wirtschaftsleistung den Potenzialraten annähern (Abbildung 3.3, Seite 59).

Die Beschäftigung wird nach dem pandemiebedingten Rückgang, der im Zuge der Energiekrise gedämpften Erholung und durch den neuerlichen Dämpfer im Zuge des Iran-Krieges im Projektionszeitraum bei steigender Erwerbsbeteiligung wieder ausgeweitet (Tabelle 3.2, Seite 60). Aufgrund der schwachen demografischen Entwicklung bleibt dieser Beschäftigungsaufbau jedoch spürbar hinter dem der vergangenen Jahre zurück.

In der Projektion kommt es zu graduellen Verschiebungen bei den Verwendungskomponenten. Die Exporte werden

Tabelle 3.2

Erwerbstätige, Produktivität und Wirtschaftswachstum

Jahr	Erwerbstätige (Inland)	Beschäftigte Arbeitnehmer (Inland)	Arbeitszeit je Erwerbstätigen	Bruttoinlandsprodukt				
				Preisbereinigt, verkettete Volumenwerte			in jeweiligen Preisen	Deflator
				Insgesamt	Je Erwerbstätigen	Je Erwerbstätigenstunde		
Tausend Personen	Stunden	Mrd. Euro	Euro		Mrd. Euro	2020 = 100		
2020	44 966	40 927	1 314	3 451	76 741	58	3 451	100
2025	45 982	42 316	1 332	3 609	78 497	59	4 470	124
2030	46 112	42 584	1 331	3 761	81 555	61	5 249	140
Veränderung insgesamt in %								
2025/2020	2,3	3,4	1,4	4,6	2,3	0,9	29,5	23,8
2030/2025	0,3	0,6	-0,1	4,2	3,9	4,0	17,4	12,7
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %								
2025/2020	0,4	0,7	0,3	0,9	0,5	0,2	5,3	4,4
2030/2025	0,1	0,1	-0,0	0,8	0,8	0,8	3,3	2,4

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; Zeitraum 2030/2025: Projektionen der Institute.

bei einem lediglich moderat zunehmenden Welthandel und der veränderten Rolle Deutschlands auf den Weltmärkten insgesamt wohl eine verhaltene Dynamik entfalten, und der Außenbeitrag dürfte in Relation zum Bruttoinlandsprodukt weiter deutlich zurückgehen. Der Anteil der Investitionen am nominalen Bruttoinlandsprodukt steigt moderat, was wohl vornehmlich durch die öffentlichen Ausrüstungsinvestitionen bedingt sein dürfte. Infolge der demografischen Entwicklung dürfte der Anteil des privaten Konsums wieder sinken. Die Alterung der Bevölkerung lässt zusammen mit den Fiskalpaketen den Anteil des staatlichen Konsums steigen (Tabelle 3.3, Seite 61). Der Deflator des Bruttoinlandsprodukts nimmt im Projektionszeitraum mit einer jahresdurchschnittlichen Rate von 2,4 % zu. Das nominale Bruttoinlandsprodukt steigt dementsprechend um durchschnittlich 3,3 %.

Neben den außenwirtschaftlichen bestehen auch inländische Risiken für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Aufgrund des demografischen Wandels dürfte die Partizipationsquote weniger stark steigen als auf Basis der EU-Methode projiziert. Berechnungen der Institute anhand eines Alterskohortenmodells zeigen, dass die Partizipationsquote im Projektionszeitraums leicht sinken dürfte, da ältere Kohorten mit einer zwar steigenden, aber unter-

durchschnittlichen Erwerbsbeteiligung einen immer größeren Anteil an der Bevölkerung ausmachen. In diesem Fall würde sich das Arbeitskräfteangebot spürbar schwächer entwickeln. Zudem könnte die zunehmende Alterung einen dämpfenden Effekt auf die Investitionsquote und damit auf das Wachstum des Kapitalstocks ausüben.¹⁰ Auch die sich aus der EU-Methode ergebende Entwicklung der TFP ist mit hoher Unsicherheit behaftet. Da sich die EU-Methode auf den Zeitraum ab 1980 stützt, dürfte in Anbetracht der seit Jahren schwachen TFP-Entwicklung das Wachstum überschätzt werden, worauf die Institute in ihrer Methodik reagieren. Zudem ergeben sich Risiken durch die Umstrukturierung des Kapitalstocks im Hinblick auf Digitalisierung und Dekarbonisierung.¹¹ Falls die weitreichende Änderung der Finanzverfassung Deutschlands eine Lockerung der europäischen Fiskalregeln nach sich zieht und die Mitgliedsstaaten des Euroraums ihre Verschuldung deutlich erhöhen sollten, könnten die damit einhergehenden Zinslasten dazu führen, dass die Geldpolitik das Ziel der Preisstabilität nicht mehr effektiv verfolgen kann. Es wäre dann mittel- bis langfristig mit höherer Inflation zu rechnen.

¹⁰ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Pandemie verzögert Aufschwung – Demografie bremst Wachstum, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2021, Essen 2021, Kapitel 5.

¹¹ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Kaufkraft kehrt zurück – Politische Unsicherheit hoch, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2023, Halle (Saale) 2023, Kapitel 5.

Tabelle 3.3

Verwendung des nominalen Bruttoinlandsprodukts

Jahr	Bruttoinlandsprodukt	Konsumausgaben		Bruttoinvestitionen			Außenbeitrag
		Private Haushalte	Staat	Insgesamt	Bruttoanlageinvestitionen	Vorratsveränderung	
In Mrd. Euro							
2020	3 450,7	1 748,8	769,0	749,8	736,5	13,3	183,1
2025	4 469,9	2 377,9	1 006,4	980,3	908,0	72,4	105,3
2030	5 248,7	2 769,6	1 221,7	1 197,9	1 116,1	81,8	59,5
Anteile am Bruttoinlandsprodukt %¹							
2020	100,0	50,7	22,3	21,7	21,3	0,4	5,3
2025	100,0	53,2	22,5	21,9	20,3	1,6	2,4
2030	100,0	52,8	23,3	22,8	21,3	1,6	1,1
Veränderung insgesamt in %							
2025/2020	29,5	36,0	30,9	30,7	23,3	-	-
2030/2025	17,4	16,5	21,4	22,2	22,9	-	-
Jahresdurchschnittliche Veränderung in %							
2025/2020	5,3	6,3	5,5	5,5	4,3	-	-
2030/2025	3,3	3,1	4,0	4,1	4,2	-	-

¹ Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; Zeitraum 2030/2025: Projektionen der Institute.

4. Zur Wirtschaftspolitik

Die Wirtschaftsleistung in Deutschland kommt seit sechs Jahren kaum voran, je Einwohner lag das Bruttoinlandsprodukt zuletzt sogar 1,3 % unter dem Niveau des Jahres 2019. Die im Prognosezeitraum wieder etwas stärkere Dynamik ist vorwiegend den Impulsen der sehr expansiven Finanzpolitik geschuldet; von einem selbsttragenden Aufschwung kann weiterhin keine Rede sein. Die angelegte moderate Belebung der ökonomischen Aktivität dürfte sich durch die derzeit absehbaren Folgen des Iran-Krieges weiter verzögern. Trotz der dadurch insgesamt gedämpften Gangart sind am Ende des kommenden Jahres die sich aus der derzeitigen Unterauslastung ergebenden Expansionspielräume bereits ausgeschöpft, denn das Produktionspotenzial wächst kaum noch.

Nach Einschätzung der Institute haben sich seit dem Jahr 2019 die Wachstumskräfte hierzulande – nicht zuletzt infolge des demografischen Wandels – auf eine Rate von zuletzt nur noch 0,3 % mehr als halbiert. Bis zum Ende des Jahrzehnts dürften sie unter den derzeit bestehenden Rahmenbedingungen vollends versiegen (Kapitel 3). Die deutsche Wirtschaft geht demzufolge bereits mittelfristig einer Stagnationsphase entgegen, die mit Beginn der 2030er Jahre sogar in einen Sinkflug übergeht. Damit ist eine Entwicklung vorgezeichnet, in der sich ohne standortstärkende Reformen die Verteilungskonflikte spürbar verschärfen werden.

Die ausgeprägte Wachstumsschwäche geht mit einem massiven Strukturwandel einher. So nimmt der Anteil der Erwerbstätigen im Verarbeitenden Gewerbe seit dem Jahr 2019 beschleunigt ab. Dem steht ein kräftiger Aufwuchs im öffentlich geprägten Bereich gegenüber. Diese gegenläufige Dynamik dauerte bis zuletzt ungebremst an. Damit verschiebt sich nicht nur die Beschäftigung von den Produktivitätskernen zu den weniger produktiven Dienstleistungsbereichen,¹ sondern ein zunehmender Teil der Beschäftigung hängt direkt oder indirekt von staatlichen Ausgaben ab. Da der Staat die notwendigen Einnahmen in der Regel überwiegend durch verzerrende Abgaben erzielt, kommt dem Heben von Potenzialreserven und einer nachhaltigen Finanzpolitik auch von dieser Seite erhebliche Bedeutung zu.

Die Wirtschaftspolitik ist in der gegenwärtigen Lage doppelt gefordert: Während mit Blick auf die Wachstumsschwäche schon seit Jahren akuter Handlungsbedarf besteht, gilt es zugleich, der Versuchung zu widerstehen, auf die akuten Energiepreisspitzen mit interventionistischem Aktionismus zu reagieren.

Preissignale auch in Energiekrisen wirken lassen

Die Blockade der Straße von Hormus reduziert bis auf Weiteres die am Weltmarkt verfügbaren Mengen an Rohöl und Flüssigerdgas (LNG) in erheblichem Umfang. Weil kurzfristig kein hinreichender Ersatz verfügbar ist, muss die Weltwirtschaft insgesamt den Verbrauch dieser Energierohstoffe erheblich drosseln. Die in Reaktion auf den Angebotschock kräftig angezogenen Spot- und Terminmarktpreise bewirken eine weltweit adäquate Reaktion auf eine akute Verknappung, durch die der Verbrauch (Nachfrage) an die Produktion (Angebot) angepasst wird. Der Verknappung muss sich auch die deutsche Wirtschaft stellen. Eine Anpassung des Verbrauchs über den Preismechanismus stellt sicher, dass die Einschränkungen effizient erfolgen, also dort, wo der Einsatz von Rohöl und Gas am ehesten verzichtbar ist. Hohe Energiepreise sind nicht selbst das Problem, sie sind nur dessen Boten.

Die Wirtschaftspolitik kann an der verschärften Knappheit kurzfristig wenig ändern, und sie sollte dem Reflex widerstehen, dem akuten Energiepreisanstieg durch Subventionen oder Steuernachlässe (fiskalische Preisdämpfung) entgegenwirken zu wollen.²

Ein „Tankrabbat“, also eine temporäre Absenkung des Energiesteuersatzes auf Benzin und Diesel, wie sie in Deutschland während der Energiekrise nach dem russischen Angriff auf die Ukraine gewährt wurde, senkt zwar zunächst den inländischen Endpreis für Kraftstoffe in dem Maße, wie der Steuernachlass an die Verbraucher weitergegeben wird. Dadurch wird jedoch das Preissignal verzerrt, sodass notwendige Nachfragereduktionen ausbleiben. In der Folge steigt die globale Nachfrage nach Erdöl, was die Weltmarktpreise zusätzlich erhöht. Insgesamt werden damit die Anreize zur Einsparung fossiler Energieträger reduziert und der staatliche Einnahmeverzicht käme im Ergebnis auch kurzfristig nicht den inländischen Verbrauchern, sondern nicht zuletzt den auswärtigen Lieferanten zugute. Je größer der Anteil eines Landes an der Nachfrage auf den jeweiligen Weltmärkten ist, desto bedeutsamer wird dieser Effekt. Daher sollte die EU-Kommission alle nationalen Eingriffe zur fiskalischen Preisdämpfung im Rahmen der Subventionskontrolle unterbinden. Andernfalls drohen die Mitgliedsländer in einen Subventionswettbewerb abzugleiten, der gesamtwirtschaftlich nur Verlierer hervorbringt. In der Energiekrise 2022/2023 ist die EU-Kommission dieser Aufgabe nicht

¹ Eine Arbeitsstunde im Bereich „Öffentliche Dienstleister, Erziehung, Gesundheit“ erzielt gegenüber der Industrie eine um ein Drittel geringere Wertschöpfung.

² Kooths, S.: „Strategie statt Subventionen“, in: ifo Schnelldienst, 75(11), 24–27, 2022.

gerecht geworden.³ Umso mehr sollte sie aus den damaligen Erfahrungen lernen und denselben Fehler nicht ein zweites Mal begehen.

Die Verknappung von wichtigen Energierohstoffen schränkt weltweit die Produktionsmöglichkeiten in dem Maße ein, wie die notwendige Drosselung der Energienachfrage nicht nur von den privaten Haushalten erbracht wird, sondern auch weniger Energierohstoffe für die Unternehmen verfügbar sind. Dies geht insgesamt mit einer geschwächerten Güterproduktion einher, was sich in einer schwächeren Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts äußert. Umfangreiche staatliche Nachfragepolitik würde in einer solchen Lage tendenziell inflationär wirken, was wiederum eine geldpolitische Reaktion erforderte. Dies spricht auch gegen breit angelegte Programme zur Kompensation des Kaufkraftentzugs infolge gestiegener Energiepreise. Die in diesem Gutachten unterstellten Energiepreise entziehen der deutschen Wirtschaft in beiden Prognosejahren über eine höher ausfallende Energieimportrechnung Einkommen in Höhe von rund 50 Mrd. Euro. Diesen gesamtwirtschaftlichen Kaufkraftentzug kann der Staat nicht verhindern. Sozialpolitisch motivierte Hilfen zur Abfederung höherer Energiekosten sollten in Form von nicht zweckgebundenen Transfers gewährt werden. Beispielsweise könnte von der Möglichkeit Gebrauch gemacht werden, die Regelsätze der Grundsicherung unterjährig an höhere Lebenshaltungskosten anzupassen.

Vorgaben zum Energieverbrauch aufheben

Während sich als Reaktion auf die angespannten Weltenergiemärkte eine Politik der ruhigen Hand anbietet, besteht unabhängig davon energiepolitischer Handlungsbedarf mit Blick auf das im Jahr 2023 in Kraft getretene „Gesetz zur Steigerung der Energieeffizienz“ (EnEFG). Dort sind u.a. Obergrenzen zum gesamtwirtschaftlichen Endenergieverbrauch geregelt (§4). Dieser soll ausgehend vom Referenzjahr 2008 bis zum Jahr 2030 stetig um 26,5 % auf dann maximal 1867 TWh sinken.⁴ Daten zum Endenergieverbrauch liegen derzeit bis zum Jahr 2024 vor. In diesem Jahr übertraf der Verbrauch den sich aus dem EnEFG ergebenden mittelfristigen Zielpfad um 10,4 % (Abbildung 4.1, Seite 63). Ein Erreichen des Zielwertes im Jahr 2030 ist unrealistisch. So beläuft sich der jährliche Anstieg der Energieproduktivität seit dem Referenzjahr 2008 im Schnitt auf 1,5 %.⁵ Legt man diesen eher optimistischen Trend für die Energieproduktivität sowie die von den Instituten mittelfristig erwartete Wirtschaftsentwicklung zugrunde, weitet sich die Zielabweichung für den Endenergieverbrauch bis zum Jahr 2030 auf 12,7 % aus. Für das Erreichen des Zielwertes müsste sich bei der unterstellten Wirtschaftsentwicklung der jährliche Anstieg der Energieproduktivität auf 3,5 % mehr als verdoppeln. Rein

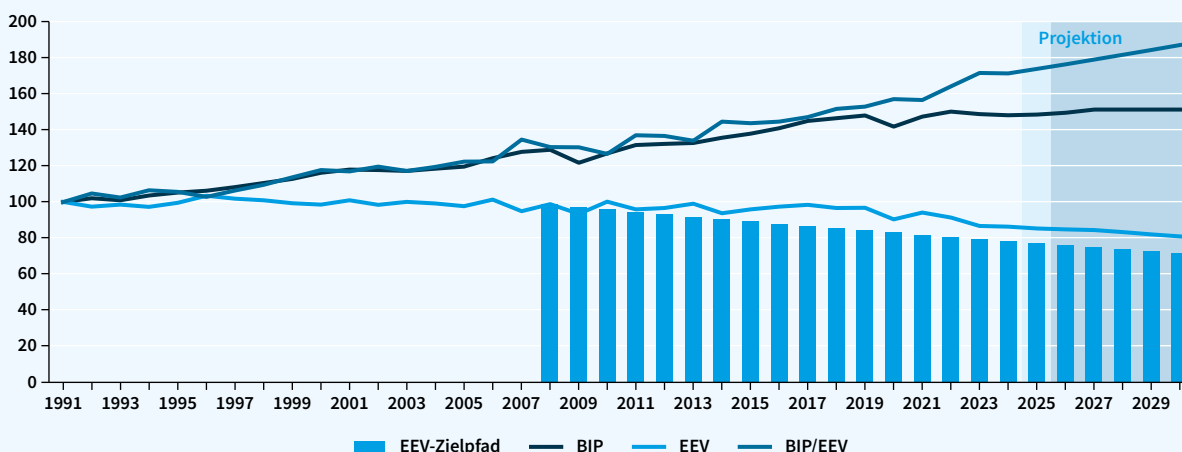
3 Die Internationale Energieagentur veranschlagt die in der EU im Jahr 2022 gewährten Hilfen für Verbraucher auf 350 Mrd. US-Dollar, **International Energy Agency (IEA): Fossil Fuels Consumption Subsidies 2022**, Paris 2023, <https://www.iea.org/reports/fossil-fuels-consumption-subsidies-2022>. Für den Zeitraum September 2021 bis Januar 2023 kommt eine Auswertung von Bruegel auf eine ähnliche Größenordnung, **Sgaravatti, G.; Tagliapietra, S.; Trasi, C.; Zachmann, G.: National policies to shield consumers from rising energy prices**, Bruegel Dataset (2021), version of 26 June 2023, <https://doi.org/10.64153/LQHK8283>.

4 Bis zum Jahr 2045 ist insgesamt ein Rückgang um 45 % vorgesehen. Das Gesetz bestimmt für den Zeitraum bis 2030 zudem eine Obergrenze für den Primärenergieverbrauch. Dieser enthält auch den Energieeinsatz als Vorleistung innerhalb der Energieerzeugung. Zwar sind die Vorgaben für die Reduktion des Primärverbrauchs noch schärfer (Rückgang um 39,3 %), diese können aber insbesondere durch bereichsspezifische Einsparungen in der Energieerzeugung adressiert werden. Daher sind die Endverbrauchsziele für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung bedeutsamer.
5 Dieser Wert ist durch den Einbruch der energieintensiven Produktion im Zuge der Energiekrise 2022/2023 überzeichnet. Ohne diese beiden Jahre beläuft sich der durchschnittliche jährliche Energieproduktivitätsfortschritt auf 1 %.

Abbildung 4.1

Energieeffizienz

Index (1991=100)



Bruttoinlandsprodukt (BIP): preisbereinigt; Endenergieverbrauch (EEV): Zielpfad gemäß EnEFG § 4 (1).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Arbeitsgemeinschaft Energiebilanzen; Berechnungen und Projektionen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

rechnerisch wäre dies dadurch erreichbar, dass die energieintensiven Industrien ihre Produktion fortan jedes Jahr fast so stark drosseln wie im Zeitraum 2022/2023. Beim unveränderten Trend der Energieproduktivität müsste die Wirtschaftsleistung jährlich um 2 % schrumpfen, um den Zielwert im Jahr 2030 noch zu erreichen.⁶

Die Vorgaben des Energieeffizienzgesetzes sind unrealistisch und auch nicht nötig. Energie ist ein produzierbarer Produktionsfaktor. Wieviel davon hergestellt wird, ergibt sich endogen aus Preisen und Produktionsbedingungen. Die Verfügbarkeit von Energie ist zudem ein wichtiger Faktor im weltweiten Standortwettbewerb. Eine Restriktion für den Energieverbrauch zahlt auf kein wirtschaftspolitisches Ziel ein, das nicht durch andere Instrumente besser erreichbar wäre. Dies gilt auch für das im Gesetz genannte Ziel der Eindämmung des weltweiten Klimawandels. Zur Reduktion von Treibhausgasemissionen sollte die Klimapolitik konsequent auf den CO₂-Preis als Instrument setzen. Ein einheitlicher, glaubwürdiger CO₂-Preis würde Emissionen kosteneffizient senken sowie Anreize zur Effizienzsteigerung beim Energieverbrauch und zur CO₂-armen Energieproduktion setzen. Der derzeitige Instrumentenmix aus Regulierungen, Subventionen und sektoralen Eingriffen ist demgegenüber teurer. Das Energieeffizienzgesetz sieht für das kommende Jahr eine Überprüfung der Einsparziele vor, aus denen gegebenenfalls Anpassungen bei der Fortschreibung der Effizienzziele folgen sollen. Hierauf sollte verzichtet und die Vorgaben zum Energieverbrauch insgesamt aufgehoben werden.

⁶ Boysen-Hogrefe, J.; Gern, K.-J.; Groll, D.; Hoffmann, T.; Janssen, J.; Kooths, S.; Krohn, J.; Liu, W.-H.; Reents, J.; Schröder, C.: Gesamtwirtschaftliche Implikationen des Energieeffizienzgesetzes, in: Wachstum verliert Substanz, Kieler Konjunkturberichte, Nr. 130, Kiel 2025, 30–31.

Finanzpolitik neu justieren

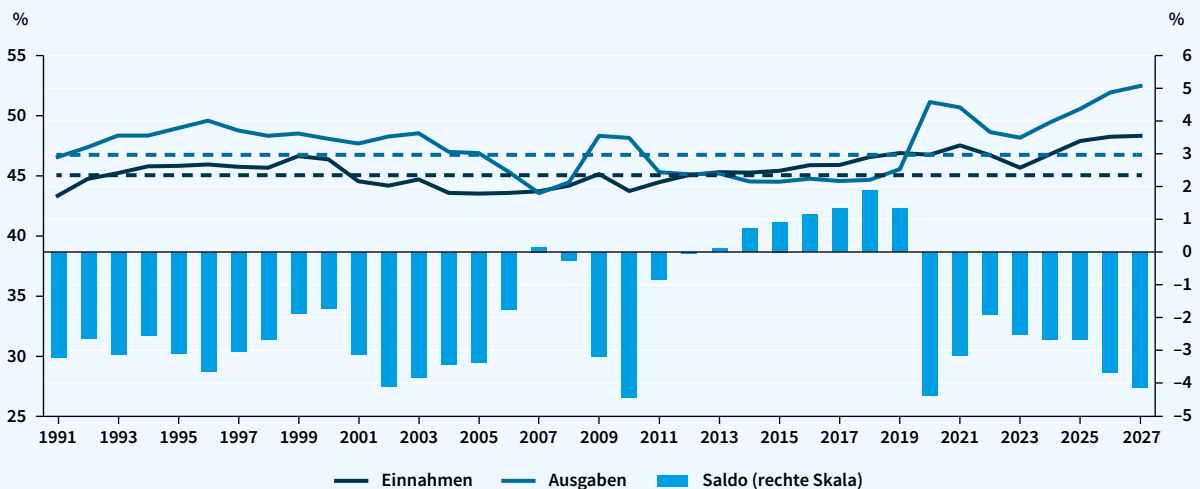
Im Zuge der expansiven Finanzpolitik weitet sich der Einfluss des Staates auf das Wirtschaftsgeschehen erheblich aus. Die Staatsausgabenquote ist nach der Krisenphase 2020 bis 2023 nicht wieder auf das vormalige Niveau zurückgekehrt, sondern steuert in beiden Prognosejahren jeweils auf gesamtdeutsche Rekordwerte zu (Abbildung 4.2, Seite 64). Im kommenden Jahr liegt sie fast sechs Prozentpunkte über dem Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2019.⁷ Betrachtet man nur die staatliche Absorption (Konsum und Investitionen), so beträgt der Anstieg 4,8 Prozentpunkte, wobei die Quote der Konsumausgaben mit 3,9 Prozentpunkten deutlich stärker steigt als die der Investitionen (plus 1 Prozentpunkt). Dieses Muster zeigt sich auch im Vergleich zum letzten vollen Jahr der vergangenen Legislaturperiode. Gegenüber 2024 liegt der staatliche Konsumanteil an der Wirtschaftsleistung im kommenden Jahr um 1,2 Prozentpunkte höher, während die Investitionsquote nur um 0,5 Prozentpunkte zulegt. Weiterhin hoch bleiben die Subventionen i.w.S. (laufende Subventionen und Vermögensübertragungen), die im Prognosezeitraum mit 3,2 % in Relation zur Wirtschaftsleistung das Niveau der beiden Vorjahre halten.⁸ Die mo-

⁷ Die in den VGR ausgewiesenen Ausgaben und Einnahmen des Staates enthalten nur die für den sektoralen Finanzierungssaldo relevanten Ströme und lassen daher die Abschreibungen auf den öffentlichen Kapitalstock, die im Staatskonsum enthalten sind, außen vor. Im Prognosezeitraum belaufen sie sich auf 2,8 % in Relation zum Bruttoinlandsprodukt und liegen damit 0,6 Prozentpunkte über dem Durchschnitt der Jahre 1991 bis 2019. Boysen-Hogrefe, J.; Groll, D.; Hoffmann, T.; Janssen, J.; Kooths, S.; Krohn, J.; Schröder, C.: Zur Messung der Staatsquote, in: Energiepreisschub nagt an mühsamer Erholung, Kieler Konjunkturberichte, Nr. 132, Kiel 2026, 43.

⁸ Die erweiterte Subventionsquote war in den 1990er Jahren infolge der Wiedervereinigung für längerfristige Vergleiche überzeichnet. In den Jahren 2000 bis 2019 belief sie sich auf 2,5 % und war damit 0,7 Prozentpunkte niedriger als derzeit. Die staatlichen Mittel für den ÖPNV tauchen seit der VGR-Generalrevision 2024 nicht mehr in der Subventionsquote auf, da der ÖPNV nunmehr rückwirkend bis zum Jahr 1991 dem Staatssektor zugerechnet wird und somit im Staatskonsum enthalten ist. Im Jahr 2025 beliefen sie sich in Relation zum Bruttoinlandsprodukt auf 0,3 %.

Abbildung 4.2

Staatsquoten



Jahresdaten, in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %; 1995: Ausgaben, Saldo interpoliert; gestrichelt: Durchschnitt 1991 bis 2019.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Prognosen (2026-2027) der Institute.

netären Sozialleistungen steigen im Prognosezeitraum stärker als die Wirtschaftsleistung und weiten ihren Anteil gegenüber dem Jahr 2024 um 0,6 Prozentpunkte auf insgesamt 17 % aus.

Die Staatseinnahmen halten mit der Ausgabendynamik nicht Schritt. In der Folge weitet sich das gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit relativ zum Bruttoinlandsprodukt von 2,7 % in den beiden Vorjahren auf 3,7 % (2026) und 4,2 % (2027) kräftig aus. Bereinigt um konjunkturelle Effekte fällt der Defizitanstieg gegenüber dem Jahr 2025, in dem sich der strukturelle Fehlbetrag auf 2,2 % belief, mit 3,3 % bzw. 4,2 % noch größer aus. Damit steigt die staatliche Nettokreditaufnahme im Prognosezeitraum insgesamt deutlich stärker als die öffentlichen Investitionen.

Bereits im Vorjahr wurde im Vollzug des Bundeshaushalts die Bedingung für den Zugriff auf die Finanzierungsmitel aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaschutz (SVIK) faktisch nicht erfüllt. Diese sind an eine Investitionsquote von mindestens 10 % im Kernhaushalt des Bundes gebunden, um zu verhindern, dass die erweiterten Kreditfinanzierungsspielräume zweckentfremdet werden. Dem wurde jedoch nur in den Planzahlen Genüge getan, im Haushaltsvollzug sank die relevante Investitionsquote auf 8,7 %. Faktisch wurden größtenteils nicht-investive Ausgaben finanziert, wodurch ein entsprechender Konsolidierungsdruck im Kernhaushalt umgangen wurde.⁹ Um den Folgen von ausgeprägten Diskrepanzen zwischen Plan- und Ist-Zahlen im Haushaltsprozess künftig entgegenzuwirken, schlagen die Institute etwa ein Kontrollkonto vor, über den eine im Haushaltsvollzug zu geringe Investitionsquote im Kernhaushalt des Bundes in den Folgejahren wieder ausgeglichen werden muss.

Die im vergangenen Jahr geänderte gesamtstaatliche Finanzverfassung ermöglicht fortan erhebliche Fehlbeträge in den öffentlichen Haushalten. Würden diese Defizitspielräume ausgeschöpft, nähmen die Staatsschulden in Relation zur Wirtschaftsleistung nicht nur bis zum Ende der 2020er Jahre, sondern auch im kommenden Jahrzehnt kontinuierlich zu (Abbildung 4.3, Seite 66). Dies widerspricht dem fiskalischen Regelwerk auf EU-Ebene, wonach das staatliche Finanzgebaren auf langfristige sinkende Staatsschuldenrelationen ausgerichtet sein soll, solange die Bruttoschuldenrelation oberhalb der 60-Prozentmarke liegt. Hierzu vereinbaren die Mitgliedsstaaten mit der EU-Kommission im Rahmen eines mittelfristigen finanzpolitisch-strukturellen Plans (FSP) einen Nettoprümausgabenpfad zu Beginn einer Legislaturperiode. Dieser wird – bei Aktivierung der nationalen Ausweichklausel Verteidigung – im Prognosezeitraum zwar im Großen und Ganzen eingehalten, aber der verbleibende Ausgabenspielraum in den Jahren 2028 und 2029 ist so gering,

dass ihm nur mit erheblichen Konsolidierungsmaßnahmen entsprochen werden kann.¹⁰ Die Überlegungen zur Reform der nationalen Schuldenbremse müssen das europäische Regelwerk berücksichtigen. Eine nationale Regel, die größere Defizitspielräume zulässt als das europäische Recht, wäre als finanzpolitische Flankierung faktisch bedeutungslos. Um die nationale Schuldenbremse wieder zu schärfen, wiederholen die Institute ihren Vorschlag, die Schwelle der Bereichsausnahme für den Verteidigungsbereich jährlich um 0,5 Prozentpunkte anzuheben.¹¹

Konzentration auf staatliche Kernaufgaben

Unabhängig davon, wie eine Fiskalregel im Einzelnen ausgestaltet ist, um die Stabilität der Staatsfinanzen zu wahren, zieht eine höhere Staatsausgabenquote, die vor allem konsumtiven Zwecken dient, früher oder später eine höhere Staatseinnahmenquote nach sich, was typischerweise höhere Steuersätze erfordert. Sofern diese – was der Regelfall ist – an ökonomischer Aktivität ansetzen, dämpfen sie die über Märkte abgewickelte Wirtschaftsleistung, weil dadurch der Keil zwischen Brutto- und Nettopreisen auf den betroffenen Märkten größer wird. Denn Käufer (Bruttopreis) und Verkäufer (Nettopreis) erhalten mit steigendem Steuerkeil immer weiter auseinanderliegende Preissignale. In der Folge unterbleiben vermehrt grundsätzlich vorteilhafte Transaktionen, bei denen die von Käufern und Verkäufern insgesamt realisierbare Tauschprämie aber nicht mehr ausreicht, um die höhere Steuerlast zu tragen („Excess burden“). Dieser Effekt lässt sich mit einfachen Grundsätzen für den Zuschnitt der allokativen und der distributiven Staatsausgaben eindämmen:

Öffentliche Güter erfordern eine staatliche Bereitstellung. Hierzu zählen nur solche, bei denen ohne Zwangsfinanzierung ein Trittbrettfahrerproblem bestünde, weil nichtzahlende Nutzer mit privatrechtlichen Mitteln nicht oder nur zu sehr hohen Kosten von der Nutzung ausgeschlossen werden können. Wo dies hingegen möglich ist – etwa bei Straßen, Schienenwegen oder Hochschulbildung – könnte die Finanzierung in höherem Maße über Nutzerentgelte erfolgen. Indem die Bereitstellung solcher Güter in kapitalmarktfähige Investitionsgesellschaften ausgegliedert – und damit dem staatlichen Haushaltsprozess entzogen – wird, ist zugleich gewährleistet, dass sowohl die Nutzerentgelte als auch die am Kapitalmarkt aufgenommenen Kredite dem jeweiligen Nutzungszweck zugeführt werden. Durch Nutzerfinanzierung und kapitalmarktfähige Investitionsgesellschaften würde insbesondere dem Risiko vorgebeugt, dass notwendige Konsolidierungsmaßnahmen zu Lasten der Investitionen in wichtige Infrastrukturen gehen. Die Ausgestaltung von

⁹ **Höslinger, E.; Lay, M.:** Monitoring der Investitionen des Bundes – Werden zusätzliche Schulden auch für zusätzliche Investitionen verwendet?, ifo Schnelldienst digital 4, 2026. **Beznoska, M.; Burstedde, A.; Hentze, T.:** Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität: Bund investiert nur wenig zusätzlich, IW-Kurzbericht 81, Berlin/Köln, 2025. **Deutsche Bundesbank:** Zusatzschulden nicht auf Verteidigung und Infrastruktur fokussiert, in: Monatsbericht August 2025, 160–164.

¹⁰ Der Konsolidierungsbedarf dürfte dabei noch deutlich größer ausfallen als im FSP dargelegt, da die Wirtschaftsleistung unter dem im FSP zugrundeliegten Pfad zurückbleiben dürfte: **Drygalla, A.; Heinisch, K.; Holtemöller, O.; Lindner, A.; Schult, C.; Zeddies, G.:** Einhaltung der EU-Fiskalregeln erfordert umfangreiche Konsolidierung – Mittelfristige Projektion der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und der öffentlichen Finanzen in Deutschland, IWH Policy Notes 1/2026, Halle (Saale).

¹¹ **Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose:** Expansive Finanzpolitik kaschiert Wachstumsschwäche, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2025, Berlin, 72.

Fiskalregeln könnte dadurch erheblich vereinfacht werden, da umgehungsanfällige Zusätzlichkeits- und Investitionsklauseln an Bedeutung verlieren.

Verteilungspolitisch folgt aus dem "Excess burden"-Problem, dass die politisch beabsichtigte Umverteilungswirkung mit den geringstmöglichen Grenzbelastungen erzielt werden sollte. Hohe Abgaben im Zusammenspiel mit hohen Transfers können zwar für den jeweiligen Privathaushalt rein rechnerisch zum selben Nettoeinkommen führen, jedoch erfordern sie insgesamt höhere Abgabensätze und verstärken so den Wegfall ökonomischer Aktivität. Die staatliche Einkommensumverteilung sollte stärker konzentriert sein, sodass die ökonomische Leistungsfähigkeit der Bürger nach einheitlichen Kriterien festgestellt werden kann, woraus dann eine Nettosteuerpflicht bzw. ein Nettotransferbezug folgt. Damit könnten zugleich die versicherungsfremden Umverteilungselemente aus den gesetzlichen Sozialversicherungen herausgenommen werden, deren Fortbestand mit regulatorischen Erfordernissen aus zu diagnostizierenden Marktversagenstatbeständen begründet werden müsste.

Potenzialreserven heben

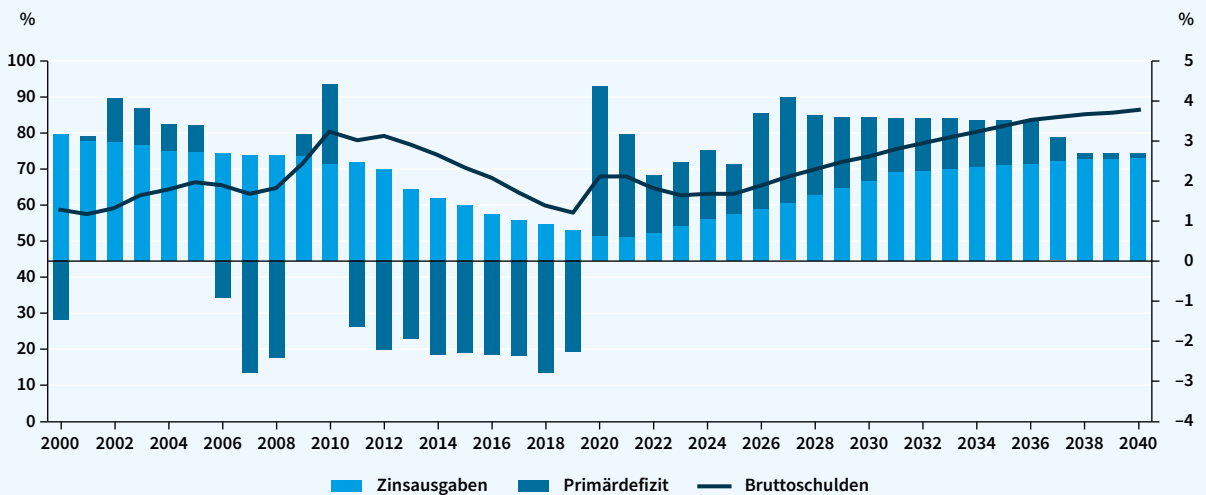
Die Wirtschaftspolitik ist nicht dazu da, die Wirtschaftsleistung zu maximieren. Vielmehr sollte es in der Standort- und Wachstumspolitik darum gehen, regulatorisch bedingte Bremsen für freiwillige ökonomische Aktivität zu lösen, um Potenzialreserven zu heben. Dies gilt für alle potenzialrelevanten Faktoren und damit neben den Investitions- und Innovationsbedingungen nicht zuletzt mit Blick auf die Arbeitsanreize.¹²

Im internationalen Vergleich ist die Abgabenbelastung des Produktionsfaktors Arbeit in Deutschland besonders hoch. Das Steuer-Transfer-System trägt insgesamt dazu bei, Arbeitsanreize zu dämpfen. So bestehen ausgehend von den Einstiegseinkommen am Arbeitsmarkt für alle Haushaltskonstellationen weiterhin über 1000 Euro breite Schneisen, bei denen sich höhere monatliche Bruttoeinkommen nicht in spürbar höhere Nettoeinkommen über-

¹² Eine Abschätzung gegenwärtig möglicher Potenzialreserven bieten: **Boysen-Hogrefe, J.; Groll, D.; Kooths, S.**: Wachstumseffekte und Wachstumshebel. Gutachten im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, Kiel 2026.

Abbildung 4.3

Bruttoschulden und Finanzierungsdefizit des Staates



Szenario: Wirtschaftswachstum ab 2030 gemäß MODEM, jährlicher Anstieg des BIP-Deflators = 2 %, Kapitalmarktzins = 3 %. Jahreswerte, in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt in %; Zinsausgaben, Primärdefizit: rechte Achse.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

setzen.¹³ Daran ändert die ab Mitte 2026 in Kraft tretende Ablösung des vormaligen Bürgergeldes durch das neue Grundsicherungsgeld nichts. Diese Neuregelung kehrt im Wesentlichen zu den vor dem Bürgergeld bestehenden Sanktionen bei fehlender Mitwirkung nebst Vermittlungsvorrang zurück. Auch die von der Sozialstaatskommission angeregte administrative Zusammenlegung von Grundsicherungsgeld und Wohngeld vereinfacht zwar die bürokratischen Abläufe und ist insofern zu begrüßen; der nivellierende Effekt im Zusammenspiel beider Sozialleistungen mit Blick auf das Nettoeinkommen bei steigenden Bruttoeinkommen ist damit jedoch noch nicht adressiert.

Arbeitsanreizmindernde Effekte gehen weiterhin von der Altersrente für besonders langjährig Versicherte („Rente mit 63“) aus, die das faktische Renteneintrittsalter senkt und damit den Druck auf die gesetzliche Rentenversicherung in den kommenden Jahren besonders erhöht. Dem soll zwar die „Aktivrente“ entgegenwirken; deren Wirksamkeit ist allerdings ebenso fraglich wie ihre systematische Verträglichkeit, da mit diesem Instrument das Prinzip der Einkommensbesteuerung nach ökonomischer Leistungsfähigkeit durchbrochen wird. Gleiches gilt für steuerfreie Überstunden- und Nachtzuschläge. Besser wäre es, die Steuerbelastung insgesamt zu senken. Dies würde insbesondere neue Sonderregeln ersparen, die das ohnehin schon sehr komplexe deutsche Steuersystem noch unübersichtlicher machen und den Staat mehr und mehr in Belange eingreifen lassen (z. B. Definition von Überstunden), die in die Zuständigkeit der Tarifparteien fallen. Weitere Fehlanreize gehen von der unentgeltlichen Mitversicherung von Ehe- und Lebenspartnern in der gesetzlichen Krankenversicherung aus. Generell würde ein Entkoppeln der Krankenversicherungsbeiträge von den Arbeitseinkommen und der Umstieg auf ein Prämienmodell zur Finanzierung des Gesundheitssystems die Arbeitsanreize erhöhen. Der soziale Ausgleich müsste dann über das Einkommensteuersystem erfolgen; dies hätte den Vorteil, nicht nur Arbeitseinkommen zur Umverteilung heranzuziehen. Gerade im Bereich der Gesundheitsversorgung sind zudem ausgabenseitige Maßnahmen dringend erforderlich, um die bestehende Schieflage zu beheben, dass in Deutschland trotz im internationalen Vergleich hoher Ausgaben keine dem entsprechenden besseren Ergebnisse erzielt werden.¹⁴ Eigenbeteiligungen und Karenztage können hierzu ebenso beitragen wie kostendämpfende Reformen auf Seiten der Leistungserbringer.

Reformblockaden überwinden

Eine dysfunktionale Regulierungsdichte entsteht nicht über Nacht, sondern sie ist das Ergebnis eines über viele Jahre andauernden Prozesses. Sowohl national wie auf EU-Ebene waren die vergangenen Jahre durch verstärkte regulatorische Eingriffe in das Wirtschaftsgeschehen geprägt. Die Regulierungstendenz wird dadurch verstärkt, dass die grundsätzliche Bereitschaft zu kleinteiligen Interventionen es den gut organisierbaren Lobbygruppen erleichtert, ihre Interessen in Form einer auf ihre Belange zugeschnittenen Regulierung durchzusetzen. Weil dabei die Vorteile auf wenige Begünstigte konzentriert und dort erheblich sind, während die Belastung für die Allgemeinheit diffus bleibt, regt sich typischerweise kaum Widerstand. Damit gilt umgekehrt, dass eine Rückabwicklung von gemeinwohlunverträglichen Regulierungen jeweils erhebliche Widerstände von denjenigen provoziert, deren Privilegien dabei beschnitten würden und die sich deshalb als Verlierer einer entsprechenden Reform betrachten. Daher hat ein sequenzielles Vorgehen bei standortstärkenden Reformen politökonomisch geringere Erfolgsaussichten. Zielführender wäre demgegenüber eine klare Kommunikation der Grundsätze und Kriterien, nach denen sämtliche Regulierungen auf einen ordnungspolitischen Prüfstand gestellt werden, um dann die daraus folgenden Reformen aus einem Guss umzusetzen.¹⁵ Hierbei stünden für die ökonomischen Akteure nicht nur isoliert ihre jeweils individuellen Besitzstände zur Disposition, sondern sie wüssten zugleich, dass sie von der Summe derjenigen Kosten entlastet würden, die sie bislang für die von anderen durchgesetzten Sonderregelungen tragen müssen. Weil sich durch eine entsprechende Deregulierung gesamtwirtschaftliche Potenzialreserven heben lassen, sind damit prinzipiell Nettogewinne aus einem Positivsummenspiel für alle möglich, was die Reformbereitschaft insgesamt erhöhen sollte.

¹⁵ Zu den ordnungspolitischen Grundprinzipien der Sozialen Marktwirtschaft siehe **Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose**: Expansive Finanzpolitik kaschiert Wachstumsschwäche, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2025, Berlin 2025, 64–67. Aus diesen Grundprinzipien folgen wirtschaftspolitische Leitlinien, an denen sich entsprechende Reformen orientieren sollten. **Koohs, S.**: Marktwirtschaft – Wohlstand, Wachstum, Wettbewerb; Stuttgart 2025, 194–210.

¹³ **Peichl, A.; Bonin, H.; Stichnoth, H.; Bierbrauer, F.; Blömer, M.; Dolls, M.; Hansen, E.; Hebsaker, M.; Necker, S.; Pannier, M.; Petkov, B.; Windsteiger, L.**: Zur Reform der Transferentzugsraten und Verbesserung der Erwerbsanreize. Forschungsbericht 629, Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Berlin, 2023.

¹⁴ **OECD**: Understanding international measures of health spending: Age-adjusting expenditure on health. OECD Publishing, Paris 2023. **OECD**: Health at a Glance 2025: OECD Indicators, OECD Publishing, Paris 2025.

5. Sinkende Arbeitszeit in Deutschland: Bestandsaufnahme und Ursachenanalyse

Das schrumpfende Wachstum des Produktionspotenzials zählt zu den zentralen Herausforderungen Deutschlands. Ursachen für die Wachstumsschwäche sind sowohl ein abnehmender Fortschritt der Arbeitsproduktivität¹ als auch ein sinkendes Arbeitsvolumen. Das Arbeitsvolumen hängt zum einen von der Erwerbstätigenzahl ab, die nun demografiebedingt sinkt. Zum anderen weist die Arbeitszeit je Erwerbstätigen seit Jahren einen rückläufigen Trend auf. Die Bestimmungsfaktoren dieses negativen Trends sind vielschichtig und werden im Folgenden untersucht.

Hierzu wird zunächst die längerfristige Entwicklung der Arbeitszeit in Deutschland nachgezeichnet und mit Blick auf wichtige Bestimmungsgründe international verglichen. Dem schließt sich eine Auswertung der einschlägigen Literatur zu den Ursachen der hierzulande rückläufigen Arbeitszeit an. Abschließend wird geprüft, inwieweit das Fortschreibungsmodell für die Arbeitszeit im Rahmen der Potenzialschätzung der Institute angepasst werden kann, um den Einfluss des demografischen Wandels auf den Arbeitszeittrend besser zu erfassen.

Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitszeit

Geringe Arbeitszeit infolge hoher Teilzeitquoten in Deutschland

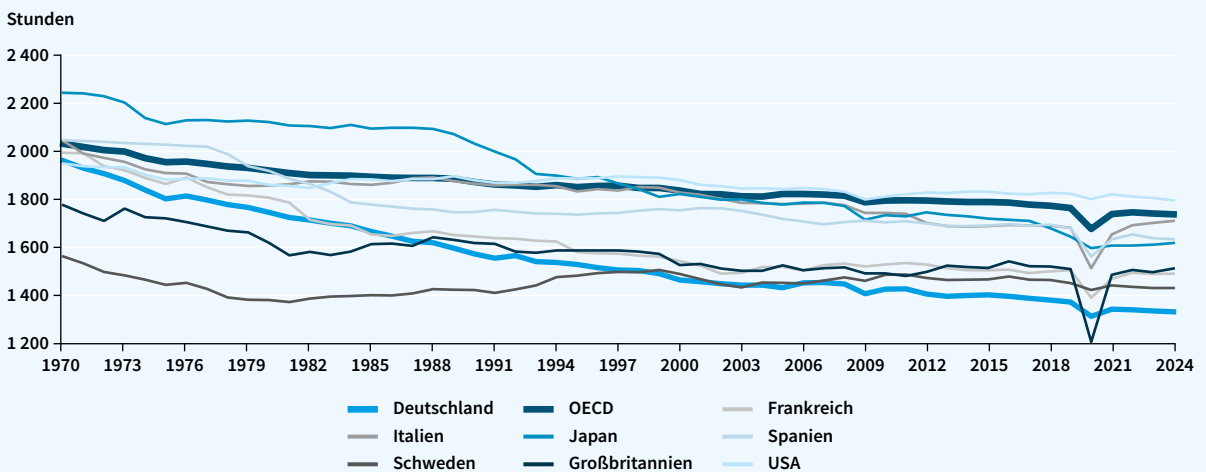
Im internationalen Vergleich ist die durchschnittliche Arbeitszeit in Deutschland derzeit sehr niedrig. Unter allen OECD-Ländern belegt Deutschland derzeit den letzten Platz (Abbildung 5.1, Seite 68), während es in den 1970er Jahren noch im Mittelfeld lag. Damit ist die Arbeitszeit hierzulande in den vergangenen Jahrzehnten deutlich stärker gesunken als im OECD-Durchschnitt. Auch die durchschnittlich geleistete Wochenarbeitszeit in Deutschland ist gering und weist den viertniedrigsten Wert unter den EU-Ländern auf (Abbildung 5.2, Seite 69). Dabei zeigt sich, dass sie in den vergangenen zehn Jahren weiter gesunken ist – und zwar merklich schneller als im EU-Durchschnitt. Die Stundenzahl der Männer liegt dabei deutlich über der der Frauen, wobei sich die beiden Werte im Zeitverlauf kontinuierlich angenähert haben.

¹ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Geopolitischer Umbruch verschärft Krise – Strukturreformen noch dringlicher, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2025, Essen.

Abbildung 5.1

Durchschnittliche Arbeitszeit in OECD-Ländern

Anzahl der Stunden je Erwerbstätigen



Quelle: OECD.

© GD Frühjahr 2026

Gleichzeitig hat Deutschland mit fast 30 % eine der höchsten Teilzeitquoten unter allen EU-Staaten (Abbildung 5.3, Seite 69). Während die Teilzeitquote bei Frauen in den vergangenen zehn Jahren nur geringfügig gestiegen ist, legte vor allem die der Männer stark zu. Im EU-Durchschnitt hingegen blieb die Teilzeitquote der Männer weitestgehend unverändert.

Auch bei den Gründen für Arbeit in Teilzeit gibt es deutliche Unterschiede zwischen Deutschland und anderen EU-Ländern: So kommt es in Deutschland selten vor, dass Menschen in Teilzeit arbeiten, weil keine passende Vollzeitstelle verfügbar ist (Abbildung 5.4, Seite 70). Dies geben hierzulande nur rund 5 % der in Teilzeit arbeitenden Personen als Grund an – im EU-Durchschnitt sind es gut 18 %. Viel häufiger wird in Deutschland freiwillig in Teilzeit gearbeitet. Dabei ist der häufigste ausgewiesene Einzelgrund für die reduzierte Arbeitszeit, dass Kinder oder pflegebedürftige Familienangehörige betreut werden. Besonders die Kindererziehung wird zunehmend zwischen beiden Partnern aufgeteilt, sodass einerseits Männer die Stunden reduzieren und andererseits Frauen öfter eine (Teilzeit-)Beschäftigung aufnehmen, statt keiner bezahlten Arbeit nachzugehen.

Mit der höheren Teilzeitquote in Deutschland geht einher, dass die Partizipationsquote – insbesondere bei Frauen – deutlich höher ist als im Durchschnitt der EU-Staaten (Abbildung 5.5, Seite 70). Im Ergebnis führt die höhere Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen zu einem insgesamt größeren Arbeitsvolumen, senkt aber rein rechnerisch die ausgewiesene Arbeitszeit je Erwerbstätigen.

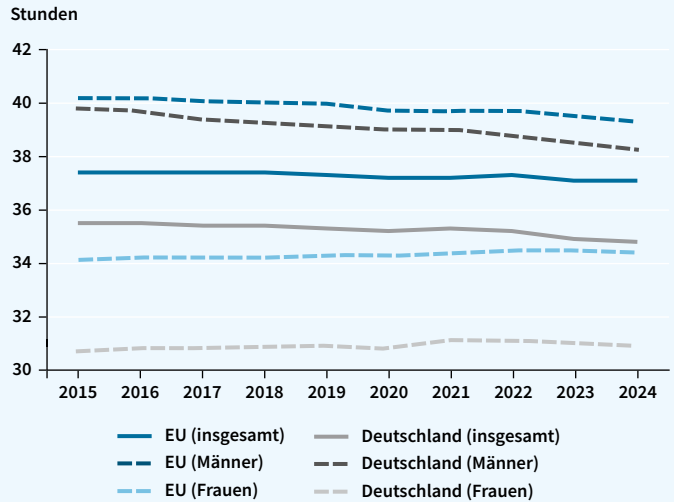
Die Arbeitsmarktpartizipation in Teilzeit ist wesentlich beeinflusst durch die Altersstruktur, die Wirtschaftsstruktur, die Arbeitszeitregulierung und die Besteuerung von Arbeitseinkommen.² Durch lange Verweildauern im Ausbildungs- und Rentensystem ist die Erwerbsbiografie in Ländern mit hohem Einkommen oft kürzer, wodurch die geleistete Arbeitszeit je Einwohner geringer ausfällt.

Deutschland mit markantem Rückgang der Arbeit in Vollzeit

Die Grundlage für die Analyse der Jahresarbeitszeit in Deutschland bildet die Arbeitszeitrechnung des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und dessen Komponenten (Kasten 5.1, Seite 71). Seit den frühen 1990er Jahren ist die tatsächlich geleistete Jahresarbeitszeit je Erwerbstätigen im Trend rückläufig. Dies gilt sowohl für die Arbeitnehmer als auch für die Selbstständigen. Dabei führten insbesondere bis zur Finanzkrise im Jahr 2009 Kompositionseffekte zwischen Vollzeitbeschäftigung und Teilzeitbeschäftigung zu einem Rückgang der Arbeitszeit. Seitdem dominieren andere Effekte den weiteren Rückgang (Abbildung 5.6, Seite 71).

Abbildung 5.2

Durchschnittliche Wochenarbeitszeit in Deutschland und der EU



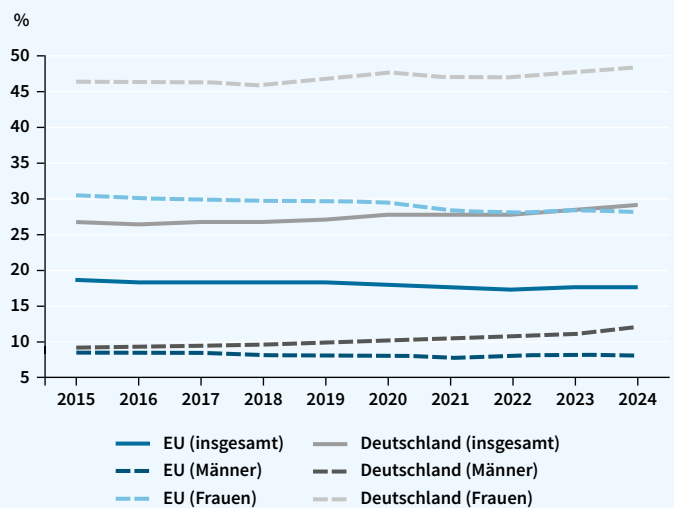
Anmerkung: Durchschnittliche übliche Wochenarbeitszeit je Arbeitnehmer (15-64 Jahre).

Quelle: EU Labour Force Survey.

© GD Frühjahr 2026

Abbildung 5.3

Teilzeitquoten in Deutschland und der EU



Anmerkung: Personen in Teilzeitarbeit in % der Erwerbstätigen (15-64 Jahre).

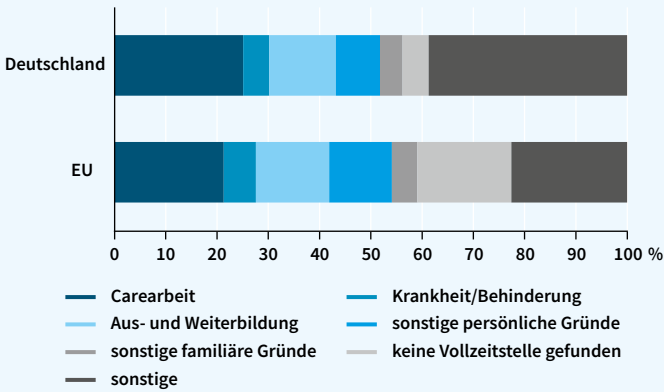
Quelle: EU Labour Force Survey.

© GD Frühjahr 2026

² Gethin, A.; Saez, E.: Global Working Hours, in: NBER Working Paper No. 34217, 2025.

Abbildung 5.4

Gründe für Teilzeitarbeit in Deutschland und der EU



Anmerkung: Hauptgrund für die Teilzeitarbeit.

Quelle: EU Labour Force Survey.

© GD Frühjahr 2026

Zu diesen gehören in konjunkturellen Schwächephasen Kurzarbeit oder andere Arbeitsausfälle, die die Arbeitszeit sinken lassen. Besonders ausgeprägt fällt dieses Muster in der Finanzkrise und während der COVID-19-Pandemie aus (Abbildung 5.7, Seite 72). Auch Arbeitszeitkonten und Überstunden zeigen ein zyklisches Muster: In Aufschwüngen steigt bezahlte und unbezahlte Mehrarbeit und die Arbeitszeitkonten füllen sich, in Abschwüngen kehrt sich dieser Effekt um. Steigende Krankenstände sowie Urlaub und sonstige Freistellungen mindern die Arbeitszeit zusätzlich und gewannen zuletzt auch aufgrund einer genaueren Erfassung an Gewicht.

Durchschnittliche Arbeitszeit variiert nach Wirtschaftsbereich

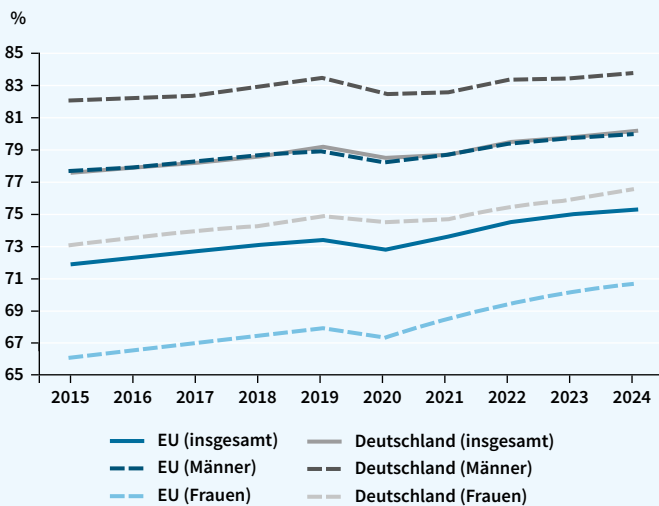
Die durchschnittliche tatsächlich geleistete Jahresarbeitszeit von Arbeitnehmern in den Jahren 2020 bis 2025 liegt bei 1 265 Stunden pro Jahr (Abbildung 5.8, Seite 73). Zwischen den Wirtschaftsbereichen gibt es deutliche Unterschiede, die sowohl strukturelle Besonderheiten der Tätigkeiten als auch unterschiedliche Beschäftigungsformen und Arbeitszeitmodelle widerspiegeln. Überdurchschnittlich viel wird vor allem in der Energie- und Wasserversorgung, dem Baugewerbe und dem Bergbau gearbeitet. Das Verarbeitende Gewerbe ist hierbei ein Sonderfall: die tariflich bzw. betrieblich vereinbarte Arbeitszeit der Vollzeitbeschäftigten ist mit 36,5 Wochenstunden im Durchschnitt der Jahre 2020 bis 2025 besonders gering (Wirtschaft insgesamt 38,2 Wochenstunden). Gleichzeitig ist auch die Teilzeitquote ausgesprochen niedrig, so dass eine sehr homogene Arbeitszeitstruktur in den Belegschaften der Betriebe besteht und die tatsächliche geleistete Jahresarbeitszeit letztlich überdurchschnittlich ist, ebenso wie in der Informations- und Kommunikationsbranche sowie der Öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung.

Im Mittelfeld bewegen sich die vorwiegend sozialen Dienstleistungen wie Erziehung und Unterricht sowie das Gesundheits- und Sozialwesen, aber auch der Handel. Ein hoher Anteil von weiblichen Teilzeitbeschäftigten senkt hier die durchschnittliche Arbeitszeit. Besonders geringe Arbeitszeiten zeigen sich im Gastgewerbe sowie in privaten Haushalten mit Hauspersonal, wo geringfügige Beschäftigungsformen mit kürzeren Arbeitszeiten hauptsächlich zu finden sind.

Für die gesamtwirtschaftliche Arbeitszeit je Arbeitnehmer spielt auch der Strukturwandel eine Rolle. So nimmt die Beschäftigung im Verarbeitenden Gewerbe mit seinen eher überdurchschnittlichen Arbeitszeiten ab. Das dürfte zwar durch Beschäftigungszuwächse in den Dienstleistungsbereichen Information und Kommunikation sowie in der Öffentlichen Verwaltung, Verteidigung und Sozialversicherung mit ebenfalls überdurchschnittlichen Arbeitszeiten gemildert werden. Aber der kräftige Beschäftigungsaufbau im Gesundheits- und Sozialwesen mit seinem stark überdurchschnittlichen Teilzeitanteil drückt die Arbeitszeit im Aggregat.

Abbildung 5.5

Partizipationsquote in Deutschland und der EU

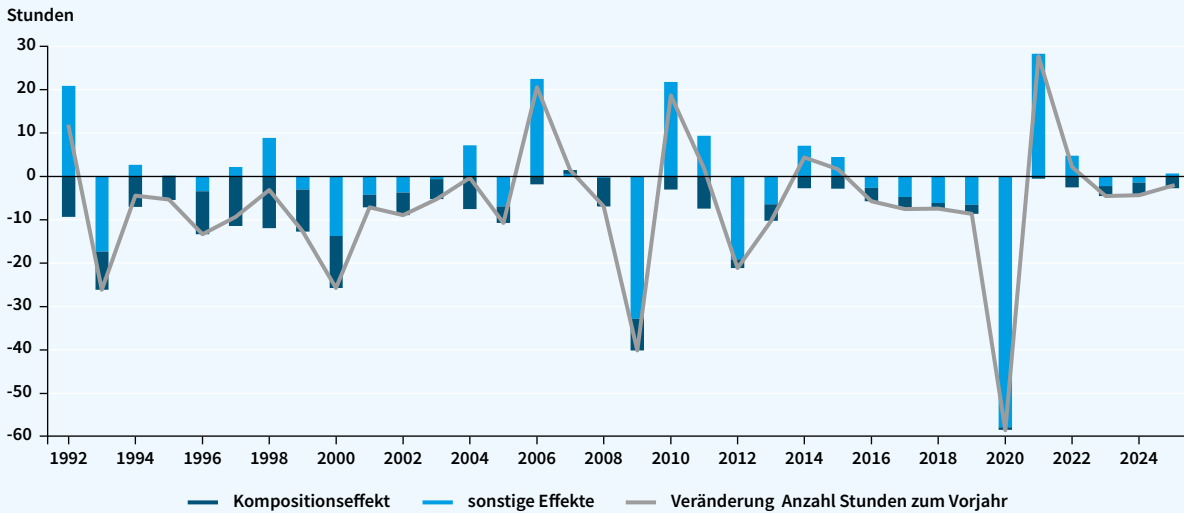


Anmerkung: Erwerbspersonen in % der erwerbsfähigen Bevölkerung (15-64 Jahre).

Quelle: EU Labour Force Survey.

© GD Frühjahr 2026

Abbildung 5.6

Kompositionseffekte bei der Arbeitszeit je Erwerbstätigen¹

¹ Veränderung der Arbeitszeit aufgrund von Verschiebungen der Anteile von Selbstständigen, vollzeitbeschäftigten Arbeitnehmern, teilzeitbeschäftigten Arbeitnehmern und Mehrfachbeschäftigten.

Quellen: Arbeitszeitrechnung des IAB; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Altern der Bevölkerung lässt durchschnittliche Arbeitszeit sinken

Der demografische Wandel senkt die Jahresarbeitszeit in Deutschland. Neben den teilweise in Ausbildung befindlichen jüngsten Kohorten weisen vor allem die ältesten Personengruppen, deren Anteil an der Bevölkerung wächst, aufgrund von Altersrente eine geringe Erwerbsbeteiligung und damit die niedrigsten durchschnittlichen Jahresarbeitszeiten auf.

Mit Blick auf die insgesamt geleisteten Arbeitsstunden verschieben sich im Zuge des demografischen Wandels

die Gewichte zwischen den Alterskohorten: Der prozentuale Beitrag der jüngeren Kohorten zum Arbeitsvolumen wird immer geringer, während der Beitrag der älteren deutlich steigt (Abbildung 5.9, Seite 73). Der Anteil der unter-35-Jährigen schrumpfte von über 40 % im Jahr 1995 auf etwa 30 % im Jahr 2024. Die Älteren, die einen wachsenden Bevölkerungsanteil ausmachen, arbeiten deutlich weniger als der Durchschnitt, da sie öfter in Teilzeit beschäftigt oder in Rente und somit nicht weiter erwerbstätig sind. Trotz der geringen durchschnittlichen Stunden tragen die Menschen ab 60 Jahren einen stark wachsenden Anteil am Arbeitsvolumen bei. Dieser Anteil stieg zwischen den Jahren 1995 und 2024 von 3,5 % auf 12,6 %.

Kasten 5.1

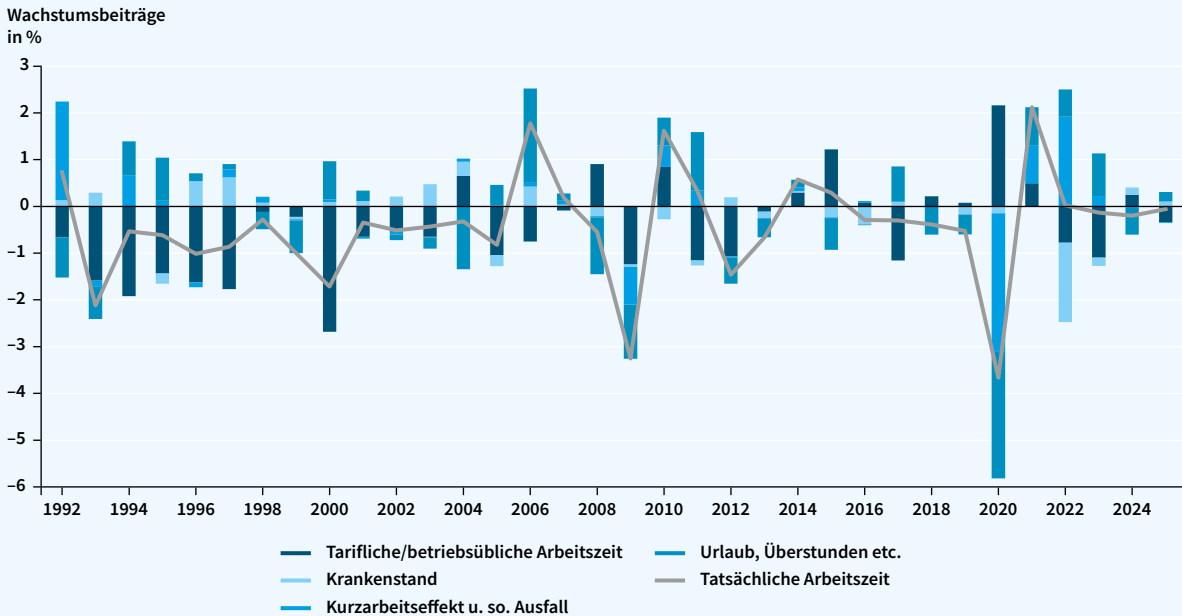
Datengrundlagen der Arbeitszeit in Deutschland

Die geleistete Arbeitszeit je Erwerbstätigen in Deutschland wird in der Arbeitszeitrechnung des IAB ermittelt und in den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ausgewiesen. Dazu werden zahlreiche Informationen aus amtlichen Statistiken und Mikrodatensätzen zusammengeführt. Ausgehend von den Werktagen im Jahr (Kalendertage abzüglich Wochenenden und Feiertage) und Informationen zur Wochenarbeitszeit (bspw. aus Tarifverträgen) ergibt sich die tarifliche bzw. betriebsübliche Arbeitszeit der Arbeitnehmer. Davon werden Urlaubstage und sonstige Freistellungen abgezogen. Daten der

gesetzlichen Krankenversicherung liefern Informationen zu Fehlzeiten, etwa durch Krankheit oder Mutterschutz. Daraus ergeben sich die effektiven Arbeitstage. Ergänzend zeigen Befragungen wie das Sozio-ökonomische Panel, wie viele bezahlte und unbezahlte Überstunden geleistet werden. Die Veränderung auf Arbeitszeitkonten wird hinzugeschätzt, und von der Bundesagentur für Arbeit fließen Informationen zum Arbeitsausfall durch Kurzarbeit ein. Damit entsteht ein Gesamtbild der tatsächlich geleisteten Arbeitszeit je Arbeitnehmer. Für Selbstständige wird die Arbeitszeit gesondert geschätzt, da für sie weniger Informationen vorliegen. Aus der Zusammenführung der Arbeitszeiten von Arbeitnehmern und Selbstständigen ergibt sich schließlich die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen. Zusammen mit der Zahl der Erwerbstätigen errechnet sich das gesamtwirtschaftliche Arbeitsvolumen.

Abbildung 5.7

Komponentenzerlegung der durchschnittlichen Arbeitszeit je Arbeitnehmer



Quellen: Arbeitszeitrechnung des IAB; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Das Altern der Bevölkerung wird sich in den kommenden Jahren fortsetzen. Zusammen mit einer weiter steigenden Lebensarbeitszeit (Lebensarbeitszeit und Lebenserwartung, Seite 77) wird in den nächsten Jahren allein infolge dieser demografischen Trends die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen wohl weiter sinken.

Studien zu den Ursachen der sinkenden durchschnittlichen Arbeitszeit

Hohe Teilzeitquote

Die **Teilzeitquote** von Frauen, insbesondere von Müttern betreuungspflichtiger Kinder, liegt weiterhin deutlich über derjenigen von Männern, allerdings ist das Absinken der durchschnittlichen Jahresarbeitszeit auf den kräftigen Aufwärtstrend der Teilzeitquote von Männern zurückzuführen. Auswertungen des Mikrozensus zeigen, dass für rund zwei Drittel der Mütter familiäre Verpflichtungen – vor allem Kinderbetreuung – das zentrale Motiv für reduzierte Arbeitszeiten darstellen (Tabelle 5.1, Seite 74).³ Für (verheiratete) Frauen ohne zu betreuende Kinder verweist die Literatur dagegen auf die hohe Grenzbesteuerung als Grund für die Teilzeitarbeit.⁴ Steigende Teilzeitquoten bei Männern (mit zu betreuenden

Kindern) werden in der Literatur sowohl mit veränderten Präferenzen hinsichtlich familiärer Aufgabenteilung als auch mit der stärkeren Nutzung institutioneller Möglichkeiten zur Arbeitszeitreduktion erklärt.⁵ Diese umfassen arbeitsrechtliche Regelungen zu Teil- und Elternzeit, Kinderbetreuungsmöglichkeiten sowie die Ausgestaltung des Steuer- und Transfersystems.

Institutionelle Rahmenbedingungen

Steuer- und Transfersysteme beeinflussen insbesondere die Erwerbsbeteiligung. So spielen Grenzsteuersätze und Transferentzugsraten vor allem eine Rolle dafür, ob überhaupt eine Beschäftigung aufgenommen wird – insbesondere von Frauen und Geringverdienern –, während die Effekte auf die Arbeitszeit geringer ausfallen.⁶ Dabei begrenzen oftmals fehlende Kinderbetreuung und Restriktionen bei der Wahl der Arbeitsstunden die Wirksamkeit steuerlicher Anreize auf die Arbeitszeit.⁷

Die im internationalen Vergleich hohe Grenzbesteuerung zusätzlicher Arbeitsstunden verheirateter Frauen dämpft die Arbeitsanreize.⁸ Dies betrifft sowohl die Entscheidung

³ Boockmann, B.; Reiner, M.; Schafstädt, C.; u.a.: Arbeitskräftepotenziale in Deutschland besser ausschöpfen: 60 Handlungsempfehlungen für Verwaltung, Politik und Praxis, in: München: Stiftung Familienunternehmen, 2024.

⁴ Bick, A.; Fuchs-Schündeln, N.: Taxation and Labour Supply of Married Couples across Countries: A Macroeconomic Analysis, in: The Review of Economic Studies, 85(3), 1543–1576, 2018.

⁵ Wanger, S.; Weber, E.: Arbeitszeit: Trends, Wunsch und Wirklichkeit, in: IAB-Forschungsbericht, Nr. 16/2023, 2023.

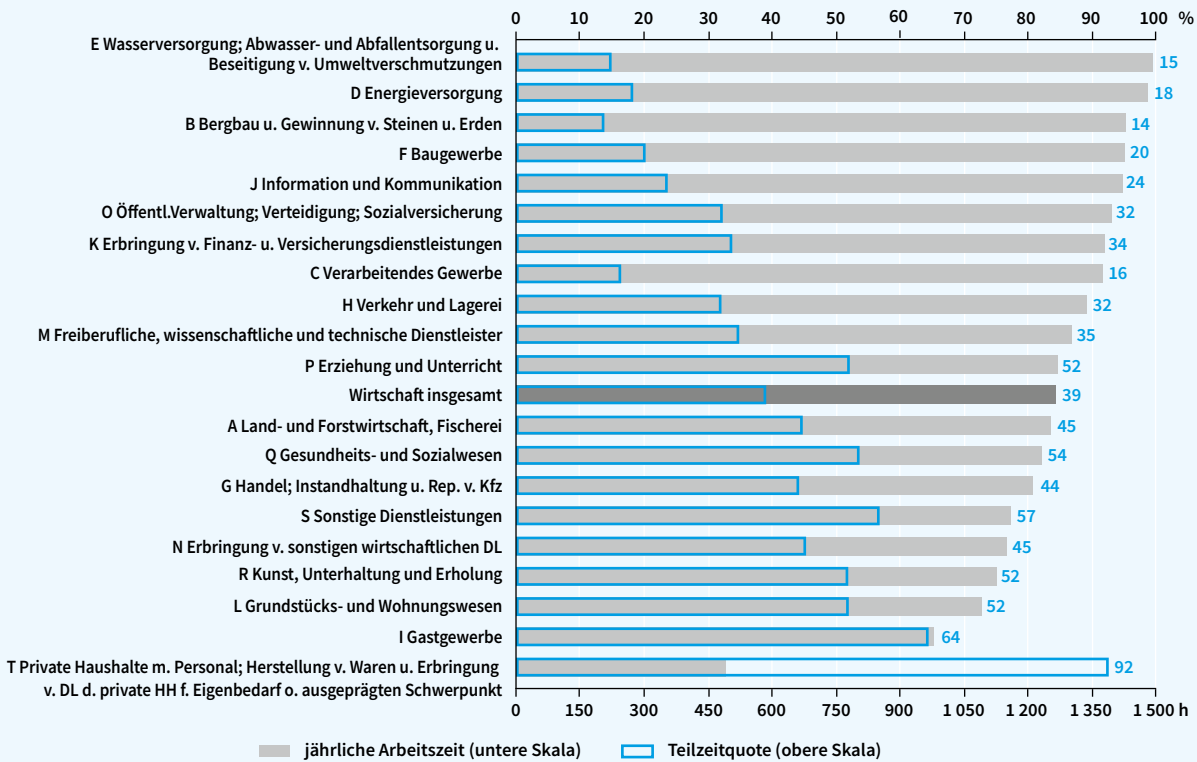
⁶ Bargain, O.; Orsini, K.; Peichl, A.: Comparing labor supply elasticities in Europe and the United States: New results, in: Journal of Human Resources, 49(3), 723–838, 2014.

⁷ Müller, K.-U.; Neumann, M.; Wrohlich, K.: Labor Supply under Participation and Hours Constraints: An Extended Structural Model for Policy Evaluations, in: IZA Discussion Papers, 2018.

⁸ Fehr, H.; Kallweit, M.; Kindermann, F.: Reforming Family Taxation in Germany – Labor Supply Versus Insurance Effects, in: FinanzArchiv/Public Finance Analysis, 53–81, 2015.

Abbildung 5.8

Durchschnittliche Arbeitszeit nach Wirtschaftsbereichen



Anmerkung: Tatsächliche Jahresarbeitszeit je Arbeitnehmer (Voll- und Teilzeit) im Durchschnitt der Jahre 2020 bis 2025.

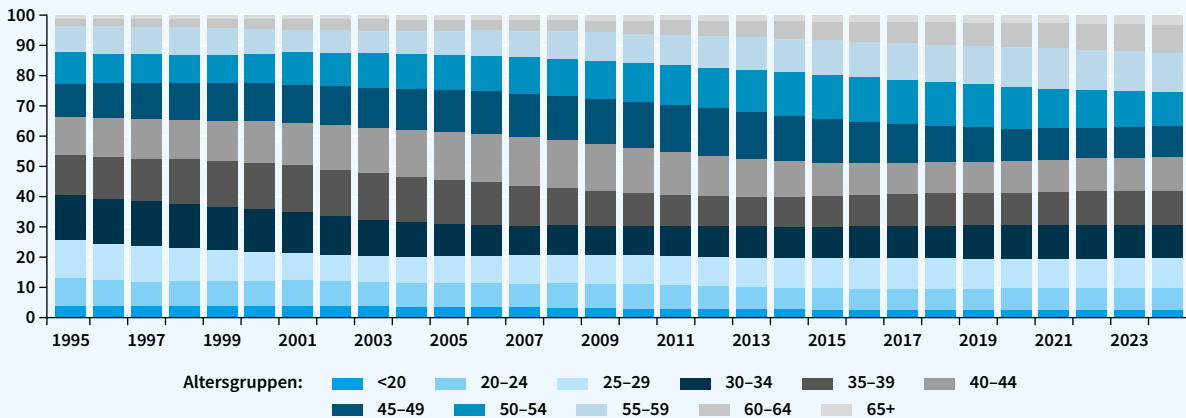
Quellen: Arbeitszeitrechnung des IAB; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Abbildung 5.9

Beiträge der Alterskohorten zum Arbeitsvolumen

Anteil am Arbeitsvolumen in %



Quellen: Arbeitszeitrechnung des IAB; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Tabelle 5.1

Studien zu den Ursachen sinkender durchschnittlicher Arbeitszeiten je Erwerbstätigen

Studie	Ursache	Länder	Zielvariable	Ergebnisse
Internationale Einordnung				
Gethin und Saez (2025)	Alter, Geschlecht, Steuer- und Transfersystem, Arbeitszeitregulierung	160 Länder	Arbeitszeit	- Altersstruktur, Geschlecht, Steuersystem, Arbeitszeitregulierung relevant, kaum Einfluss des Entwicklungsstandes - Arbeitszeit stabil im Zeitverlauf, zunehmende Erwerbstätigkeit bei Frauen kompensiert Stundenrückgang bei Männern
Hohe Teilzeitquote				
Boockmann et al. (2024)	Teilzeitquote	DE	Arbeitskräftepotenzial	- Größte Arbeitskräftepotenziale durch Erhöhung der Arbeitszeit von teilzeitbeschäftigten Frauen ohne betreuungspflichtige Kinder (Zunahme des Arbeitsvolumens um 2,3 Millionen Arbeitsstunden, wenn Lücke zwischen der Wochenarbeitszeit von Frauen ohne Kinder bis 14 Jahre und Männern zu 50 % geschlossen würde)
Institutionelle Rahmenbedingungen				
Bargain et al. (2014)	Steuer- und Transfersystem	Europa + USA	Erwerbsbeteiligung, Arbeitszeit	- Änderungen im Steuer- und Transfersystem beeinflussen Arbeitsangebot - Effekte stärker auf Erwerbsbeteiligung (v.a. bei Frauen und Geringverdienern) als auf Arbeitszeit
Müller et al. (2018)	Steuer- und Transfersystem	DE	Erwerbsbeteiligung, Arbeitszeit	- In-Work-Benefit für Eltern (steuerlicher Zuschuss ab 25 Wochenstunden): +0,3 PP Erwerbsbeteiligung, +2 % Arbeitszeit bei Müttern (+3 % bei Müttern mit niedriger Bildung); kein Effekt auf Väter
Fehr et al. (2015)	Ehegattensplitting	DE	Arbeitszeit	- Umstellung auf Individualbesteuerung: +10 % Arbeitszeit bei Zweitverdiener, -1,4 % bei Erstverdiener, positiver Effekt im Aggregat
Bick und Fuchs-Schündeln (2017)	Ehegattensplitting	17 europ. Länder + USA	Erwerbsbeteiligung, Arbeitszeit	- Umstellung auf Individualbesteuerung würde Erwerbsbeteiligung und Arbeitsstunden signifikant erhöhen (+280 Arbeitsstunden pro Jahr pro verheiratete Frau in DE)
Bick und Fuchs-Schündeln (2018)	Einkommensteuer, Ehegattensplitting	17 europ. Länder + USA	Arbeitszeit	- Internationale Unterschiede bei Arbeitsstunden maßgeblich durch verschiedene Steuersysteme (Steuerprogression + gemeinsame vs. individuelle Besteuerung) erklärbar
Paule-Paludkiewicz (2024)	Teilzeit- und Befristungsgesetz (2001)	DE	Erwerbsbeteiligung, Arbeitszeit von Müttern	- +2,4 PP höhere Wahrscheinlichkeit für Mütter (18 Monate nach Geburt ihres Kindes), in Teilzeit zu arbeiten (haupts. getrieben von Müttern, die sonst in Vollzeit gearbeitet hätten) - Langfristig höhere Erwerbsbeteiligung und höhere Anzahl an Arbeitstagen bei Müttern nach Geburt ihres Kindes
Schank et al. (2009)	Teilzeit- und Befristungsgesetz (2001)	DE	Teilzeitquote	- Teilzeitquote in Betrieben angestiegen, die bereits vor 2001 Teilzeitarbeit angeboten haben; kein Effekt in Betrieben ohne vorherige Teilzeitangebote
Gürtzgen (2024)	Brückenteilzeit (2019)	DE	Teilzeitquote	- Teilzeitquote bei +0,49 PP gegenüber nicht betroffenen Betrieben (Effekte aber zu klein, um sichtbaren Effekt auf durchschnittl. Arbeitszeit zu erzeugen)
Spieß und Wrohlich (2008)	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (2007)	DE	Erwerbsbeteiligung, Arbeitszeit von Müttern	- kein Effekt im ersten Jahr nach Geburt, aber im zweiten Jahr +3 PP höhere Erwerbsbeteiligung und 12 % höhere Arbeitsstunden bei Müttern; kaum Effekte bei Vätern
Frodermann et al. (2023)	Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (2007)	DE	Erwerbsbeteiligung, Arbeitszeit von Müttern	- 3 Monate längere Erwerbsunterbrechung für Mütter mit hohem Einkommen (kein Effekt bei Müttern mit niedrigem Einkommen); keine signifikanten Effekte auf Arbeitszeit nach Rückkehr
Bauernschuster und Schlotter (2015)	Kinderbetreuung	DE	Erwerbsbeteiligung von Müttern	- Erhöhung der Betreuungsquote um 10 PP: +3,7 PP höhere Erwerbsbeteiligung bei Müttern von 3- bis 4-Jährigen
Müller und Wrohlich (2020)	Kinderbetreuung	DE	Erwerbsbeteiligung, Arbeitszeit von Müttern	- Anstieg der Betreuungsplätze um 1 PP: +0,2 PP höhere Erwerbsbeteiligung bei Müttern von 1- bis 3-Jährigen - Mehr Beschäftigung v.a. bei Teilzeit mit 20 bis 35 Wochenstunden (kein signifikanter Effekt auf Vollzeitbeschäftigung und Teilzeit mit <20 Wochenstunden)
Zimmert (2023)	Kinderbetreuung	DE	Erwerbsbeteiligung, Arbeitszeit von Müttern	- Reform von 2013 (Recht auf Betreuungsplatz für Kind ab 1 Jahr): +5,7 PP höhere Erwerbsbeteiligung, +5 Wochenstunden bei Müttern von bis 3-Jährigen
Steigender Krankenstand				
Groll (2023)	Krankenstand	DE	Arbeitszeit	- Wäre Krankenstand 2022 auf Niveau von 2021 verblieben, wäre Arbeitszeit je Erwerbstätigen 2022 um 1,7 PP stärker gestiegen (unter Annahme, dass Krankenstand nicht anderweitig kompensiert wurde)
Ziebarth und Karlsson (2010)	Lohnfortzahlung bei Krankheit	DE	Fehltage	- Reduktion der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von 100 auf 80 %: Arbeitnehmer mit bis zu 5,5 Fehltagen reduzierten krankheitsbedingte Abwesenheit um 12 %
Ziebarth und Karlsson (2014)	Lohnfortzahlung bei Krankheit	DE	Fehltage	- Anhebung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von 80 auf 100 %: Fehltage je Arbeitnehmer um durchschnittlich 1 Tag pro Jahr gestiegen
Hirsch et al. (2017)	Präsentismus	DE	Arbeitszeit	- Präsentismus ist höher, wenn Arbeitsbedingungen als stressiger empfunden werden und wenn der Krankheitszustand der Person schlechter ist
Preisendörfer (2010)	Präsentismus	DE	Arbeitszeit	- Präsentismus ist stärker bei Arbeitnehmer/innen mit geringerer beruflicher Qualifikation und mit mehr Arbeitsplatzunsicherheit
Leigh (1985)	Prozyklische Fehlzeiten	US	Arbeitszeit	- Personen mit schlechter Gesundheit finden in Aufschwungphasen eher Beschäftigung und erhöhen mit ihrer Krankheitsanfälligkeit die Fehlzeiten
Pichler (2015)	Prozyklische Fehlzeiten	DE	Fehltage	- Fehlzeiten infektiöser Krankheiten sind prozyklisch: In Boomphasen steigt Arbeitsbelastung, damit Präsentismus und damit die Ansteckungen bei Arbeitskolleg/innen

Sonstige Einflussfaktoren

Kroeger (2025)	Strukturelle Veränderungen	DE	Arbeitszeit	- Verlagerung vom Verarbeitenden Gewerbe zum Dienstleistungssektor, Tertiärisierung und höherer Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften fördern Flexibilisierung der Arbeitszeit
Schaz und Spitznagel (2010)	Krisenbedingte Veränderungen	DE, USA	BIP, Arbeitsvolumen, Beschäftigung, Arbeitszeit	- Interne Flexibilitätsmechanismen (Anpassungen der Arbeitszeit durch Kurzarbeit) und Horten von Arbeitskräften in DE vorherrschend in Krisen - Anpassung über Arbeitszeit statt über Entlassungen führt zu vorübergehendem Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit (anders als in USA)
Fitzenberger und Walwei (2023)	Krisenbedingte Veränderungen	DE	Arbeitszeit	- Nutzung von Kurzarbeit während COVID-19-Pandemie führte zu vorübergehendem Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit; Rückgang der Kurzarbeit langsamer als in anderen OECD-Staaten
Ohlert (2025)	Mindestlohn	DE	Löhne, bezahlte Arbeitszeit	- Einführung des Mindestlohns 2015: -3,1 % durchschnittliche bezahlte Arbeitszeit bei Vollzeitbeschäftigten (ggüber Vollzeitbeschäftigten in Betrieben ohne hohe Mindestlohn Betroffenheit) - Effekte sind stärker für Vollzeit- als für Teilzeitbeschäftigte und in Betrieben mit hoher Mindestlohn Betroffenheit
Caliendo et al. (2023)	Mindestlohn	DE	Löhne, Arbeitszeit	- Einführung des Mindestlohns 2015: persistente Reduktion der Arbeitszeit bei Betroffenen - Zentraler Anpassungskanal der Arbeitgeber, um höhere Stundenlöhne zu kompensieren
Weber und Zimmert (2021)	Arbeitszeitpräferenzen	DE	Gewünschte und tatsächliche Arbeitszeit	- Diskrepanzen zwischen gewünschten und tatsächlichen Arbeitszeiten bleiben häufig über längere Zeit bestehen und lösen sich nur langsam auf - Familiäre Verpflichtungen (v.a. bei Frauen) und Jobmerkmale (v.a. Autonomie und Qualifikation) als zentrale Faktoren: Überbeschäftigung bei Männern in Vollzeit mit geringer Jobautonomie, Unterbeschäftigung bei Müttern durch Familienphasen

Quellen: **Gethin, A.; Saez, E.**: Global working hours, in: NBER Working Paper (34217), 2025, **Boockmann, B.; Reiner, M.; Schafstädt, C.; u.a.**: Arbeitskräftepotenziale in Deutschland besser ausschöpfen: 60 Handlungsempfehlungen für Verwaltung, Politik und Praxis, in: München: Stiftung Familienunternehmen, 2024, **Bargain, O.; Orsini, K.; Peichl, A.**: Comparing labor supply elasticities in Europe and the United States: New results, in: Journal of Human Resources, 49(3), 723–838, 2014, **Müller, K.-U.; Neumann, M.; Wrohlich, K.**: Labor Supply under Participation and Hours Constraints: An Extended Structural Model for Policy Evaluations, in: IZA Discussion Papers, 2018, **Fehr, H.; Kallweit, M.; Kindermann, F.**: Reforming Family Taxation in Germany – Labor Supply Versus Insurance Effects, in: FinanzArchiv/Public Finance Analysis, 53–81, 2015, **Bick, A.; Fuchs-Schündeln, N.**: Quantifying the Disincentive Effects of Joint Taxation on Married Women’s Labor Supply, in: American Economic Review, 107(5), 100–104, 2017, **Bick, A.; Fuchs-Schündeln, N.**: Taxation and Labour Supply of Married Couples across Countries: A Macroeconomic Analysis, in: The Review of Economic Studies, 85(3), 1543–1576, 2018, **Paule-Paludkiewicz, H.**: Does the right to work part-time affect mothers’ labor market outcomes?, in: Deutsche Bundesbank Discussion Paper, No. 12/2024, 2024, **Schank, T.; Schnabel, C.; Gerner, H.-D.**: Stimulating part-time work by legal entitlements? Evidence from a German policy experiment, in: Applied Economics Letters, 16(4), 391–394, 2009, **Gürtzgen, N.**: Einführung der Brückenteilzeit: bislang keine spürbaren Folgen für Teilzeitarbeit, in: IAB-Forschungsbericht, No. 2/2024, 2024, **Spieß, C. K.; Wrohlich, K.**: The parental leave benefit reform in Germany: Costs and labour market outcomes of moving towards the Nordic model, in: Population Research and Policy Review, 27(5), 575–591, 2008, **Frodermann, C.; Wrohlich, K.; Zucco, A.**: Parental Leave Policy and Long-run Earnings of Mothers, in: Labour Economics, 80, 102296, 2023, **Bauernschuster, S.; Schlotter, M.**: Public child care and mothers’ labor supply – Evidence from two quasi-experiments, in: Journal of Public Economics, 123, 1–16, 2015, **Müller, K. U.; Wrohlich, K.**: Does subsidized care for toddlers increase maternal labor supply? Evidence from a large-scale expansion of early childcare, in: Labour Economics, 62, 101776, 2020, **Zimmert, F.**: Early child care and the employment potential of mothers: evidence from semi-parametric difference-in-differences estimation, in: Journal for Labour Market Research, 57(1), 19, 2023, **Groll, D.**: Zu den gesamtwirtschaftlichen Folgen des hohen Krankenstands, in: Kiel Insight, No. 2023.01, 2023, **Ziebarth, N. R.; Karlsson, M.**: A natural experiment on sick pay cuts, sickness absence, and labor costs, in: Journal of Public Economics, 94(11–12), 1108–1122, 2010, **Ziebarth, N. R.; Karlsson, M.**: The effects of expanding the generosity of the statutory sickness insurance system, in: Journal of Applied Econometrics, 29(2), 208–230, 2014, **Hirsch, B.; Lechmann, D. S.; Schnabel, C.**: Coming to Work While Sick: An Economic Theory of Presenteeism With an Application to German Data, in: Review of Economic Dynamics, 2017, **Preisendörfer, P.**: Präsentismus: Prävalenz und Bestimmungsfaktoren unterlassener Krankmeldungen bei der Arbeit, in: German Journal of Human Resource Management, 24(4), 401–408, 2010, **Leigh, J. P.**: The effects of unemployment and the business cycle on absenteeism, in: Journal of Economics and Business, 37(2), 159–170, 1985, **Pichler, S.**: Sickness absence, moral hazard, and the business cycle, in: Health economics, 24(6), 692–710, 2015, **Kroeger, T.**: Deutschlands Arbeitsmarkt: Zunehmend dienstleistungsorientiert und hochqualifiziert, in: DIW Wochenbericht, 92(43), 679–687, 2025, **Schaz, P.; Spitznagel, E.**: Makroökonomische Dynamik von Arbeitsmärkten. Ein Vergleich interner und externer Flexibilitäten in den USA und in Deutschland, in: WSI-Mitteilungen, 63(12), 626–635, 2010, **Fitzenberger, B.; Walwei, U.**: Short-time work during the COVID-19 crisis: Lessons learned, in: IAB-Forschungsbericht, No. 5/2023, 2023, **Ohlert, C.**: Effects of the German Minimum Wage on Earnings and Working Time Using Establishment Data. Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 245(1–2), 185–213, 2025, **Caliendo, M.; Fedorets, A.; Preuss, M.; Schröder, C.; u.a.**: The short-and medium-term distributional effects of the German minimum wage reform, in: Empirical Economics, 64(3), 1149–1175, 2023, **Weber, E.; Zimmert, F.**: The creation and resolution of discrepancies between preferred and actual working hours over the life course, in: Applied Economics, 53(42), 4899–4916, 2021.

zur Erwerbsbeteiligung als auch die Höhe der Arbeitszeit. In Systemen mit Individualbesteuerung, wie beispielsweise in Großbritannien oder in Schweden, arbeiten verheiratete Frauen mehr Stunden.⁹

Neben dem Steuersystem beeinflussen auch arbeitsrechtliche **Regelungen zur Teilzeit** die durchschnittliche Arbeitszeit. Das Teilzeit- und Befristungsgesetz von 2001 stärkte den Rechtsanspruch auf Arbeitszeitreduktion und trug nachweislich zur Ausweitung von Teilzeitbeschäftigung bei.¹⁰ Empirische Studien zeigen, dass insbesondere Mütter, die ansonsten in Vollzeit gearbeitet hätten, häufiger in Teilzeit wechselten.¹¹ Langfristig stieg zwar die Erwerbsbeteiligung, gleichzeitig sank jedoch die durchschnittliche Arbeitszeit. Die Einführung der Brücken-

teilzeit im Jahr 2019 zielte zudem darauf ab, Rückkehrmöglichkeiten in Vollzeit zu verbessern. Die bisherige empirische Evidenz deutet jedoch darauf hin, dass diese Regelung nur von einer sehr kleinen Minderheit der Beschäftigten genutzt wird und gesamtwirtschaftlich kaum messbare Effekte auf die durchschnittliche Arbeitszeit entfaltet.¹²

Auch Änderungen bei **Regelungen zur Elternzeit** haben das Arbeitsangebot in Deutschland nachhaltig beeinflusst. Das Bundeselterngeld- und Elternzeitgesetz (BEEG) von 2007 zielte auf eine schnellere Rückkehr ins Berufsleben ab, indem es einen höheren Einkommensersatz bei kürzerer Bezugsdauer – maximal 14 statt der zuvor gültigen 24 Monate – sowie sogenannte „Vätermonate“ einführte.

9 **Bick, A.; Fuchs-Schündeln, N.**: Quantifying the Disincentive Effects of Joint Taxation on Married Women’s Labor Supply, in: American Economic Review, 107(5), 100–104, 2017, **Bick, A.; Fuchs-Schündeln, N.**: 2018, a.a.O.
10 **Paule-Paludkiewicz, H.**: Does the right to work part-time affect mothers’ labor market outcomes?, in: Deutsche Bundesbank Discussion Paper, No. 12/2024, 2024.
11 **Paule-Paludkiewicz, H.**: 2024, a.a.O.

12 **Hohendanner, C.; Wanger, S.**: Gesetzliche Brückenteilzeit wird eher zurückhaltend genutzt, in: IAB-Forum, Nürnberg: IAB, 2023. **Gürtzgen, N.**: Einführung der Brückenteilzeit: bislang keine spürbaren Folgen für Teilzeitarbeit, in: IAB-Forschungsbericht, Nr. 2/2024, 2024.

Während die Regelung keine signifikanten Veränderungen bei der Erwerbstätigkeit und der Arbeitszeit von Eltern im ersten Jahr nach Geburt ihres Kindes nach sich zog, begünstigte sie jedoch eine frühere Rückkehr in den Arbeitsmarkt von Müttern im zweiten Jahr nach Geburt des Kindes. Dabei stieg durch die Reform sowohl die Partizipationsquote als auch die Arbeitszeit von Müttern signifikant.¹³

Ein ähnlicher Effekt ergibt sich durch die Ausweitung der **institutionellen Kinderbetreuung**. So zeigt sich, dass der Ausbau von Betreuungsplätzen – insbesondere für Kinder unter drei Jahren – die Erwerbsbeteiligung von Müttern signifikant erhöht.¹⁴ Dieser Effekt lässt sich anhand von unterschiedlichen Identifikationsstrategien zeigen. Die Effekte auf die Arbeitszeit fallen jedoch differenziert aus. So resultiert der Beschäftigungszuwachs überwiegend aus Teilzeitstellen mit mittleren Stundenzahlen.¹⁵ Darüber hinaus weist die Literatur auf ausgeprägte Heterogenitäten hin: positive Effekte auf Arbeitszeit und Erwerbsumfang zeigen sich demnach vor allem bei Müttern mit hoher Qualifikation sowie bei Paarhaushalten, jedoch nur begrenzt bei Alleinerziehenden sowie Müttern mit geringer Bildung.¹⁶

Steigender Krankenstand

Der in den vergangenen Jahren deutlich **gestiegene Krankenstand** dämpft ebenfalls die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen. Seit Mitte der 2000er Jahre ist ein langfristiger Aufwärtstrend krankheitsbedingter Fehlzeiten zu beobachten, der sich seit der COVID-19-Pandemie weiter verstärkt hat. Ein Großteil der Ausfalltage entfällt auf Atemwegserkrankungen, Muskel-Skelett-Erkrankungen sowie psychische Erkrankungen, wobei letztere seit den 2010er Jahren besonders stark zugenommen haben.¹⁷

Mehrere strukturelle Faktoren tragen zu dieser Entwicklung bei. Erstens erhöht die demografische Alterung der Erwerbsbevölkerung den Anteil älterer Beschäftigter, die im Durchschnitt häufiger unter gesundheitlichen Einschränkungen leiden und schwerere Krankheitsverläufe aufweisen, sodass durchschnittliche Fehlzeiten pro Er-

werbstätigen steigen.¹⁸ Zweitens haben institutionelle Veränderungen, wie die Einführung der elektronischen Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) im Januar 2022, dazu geführt, dass mehr Krankmeldungen erfasst wurden.¹⁹ Drittens geht eine höhere Arbeitsplatzsicherheit oft mit höheren Fehlzeiten einher.²⁰ Viertens können finanzielle Anreize krankheitsbedingte Ausfälle ebenfalls erhöhen, wenngleich die empirische Evidenz ein gemischtes Bild zeichnet. So reduzierte einerseits die Reform zur Lohnfortzahlung im Krankheitsfall von 100 % auf 80 % im Jahr 1996 insbesondere kurze Fehlzeiten signifikant und erhöhte den Anteil der Beschäftigten ohne Krankheits-tage.²¹ Gleichzeitig führte die Rückkehr zur vollständigen Lohnfortzahlung 1999 zu einem Anstieg der Krankheitszeit pro Arbeitnehmer um durchschnittlich einen Tag pro Jahr.²² Neuere Studien weisen andererseits darauf hin, dass pflichtwidriges Fernbleiben und weitere verhaltensbedingte Anpassungen kaum relevant sind.²³

Ferner führen Überbeschäftigung und Präsentismus, d.h. das Erscheinen am Arbeitsplatz trotz Krankheit, zum Anstieg krankheitsbedingter Fehlzeiten. Präsentismus tritt insbesondere bei Arbeitnehmern mit geringer Qualifikation und höherer Arbeitsplatzunsicherheit auf.²⁴ Er korreliert stark mit stressigen Arbeitsbedingungen und schlechter Gesundheit und kann langfristig zu höheren Fehlzeiten führen.²⁵

Schließlich wird der Krankenstand auch von der Konjunktur beeinflusst. Frühere Arbeiten zeigen prozyklische Fehlzeitenmuster: In wirtschaftlichen Aufschwungphasen steigen Fehlzeiten, da die Angst vor Arbeitsplatzverlust sinkt.²⁶ Gleichzeitig weisen neuere Studien darauf hin, dass Präsentismus durch eine höhere Arbeitslast auch in Boomphasen zunehmen kann, was zu einer stärkeren Verbreitung infektiöser Krankheiten führt, wodurch die Fehlzeiten zusätzlich steigen.²⁷

13 Je nachdem, ob im Aggregat der positive Effekt durch die Ausweitung der Arbeitszeit von Müttern oder der negative Effekt durch die höhere Partizipationsquote bei (zwar höherer, aber immer noch) niedriger Stundenzahl überwiegt, ergeben sich zunehmende oder dämpfende Effekte auf die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen. **Spieß, C. K.; Wrohlich, K.:** The parental leave benefit reform in Germany: Costs and labour market outcomes of moving towards the Nordic model, in: Population Research and Policy Review, 27(5), 575–591, 2008.

14 **Bauernschuster, S.; Schlotter, M.:** Public child care and mothers' labor supply – Evidence from two quasi-experiments, in: Journal of Public Economics, 123, 1–16, 2015. **Müller, K. U.; Wrohlich, K.:** Does subsidized care for toddlers increase maternal labor supply? Evidence from a large-scale expansion of early childcare, in: Labour Economics, 62, 101776, 2020. **Zimmert, F.:** Early child care and the employment potential of mothers: evidence from semi-parametric difference-in-differences estimation, in: Journal for Labour Market Research, 57(1), 19, 2023.

15 In Müller, K. U.; Wrohlich, K.: 2020, a.a.O. wird gezeigt, dass zusätzliche Betreuungsangebote insbesondere Arbeitszeiten im Bereich von 20 bis 35 Wochenstunden fördern, während sehr kurze und sehr lange Arbeitszeiten weitgehend unbeeinflusst bleiben.

16 **Zimmert, F.:** 2023, a.a.O.

17 Nach Auswertungen des AOK-Fehlzeiten-Reports stiegen Krankheitstage aufgrund psychischer Erkrankungen zwischen 2014 und 2024 um 47 % an. **Schenkel, A.; Meyer, M.; Düring, A.; u.a.:** Krankheitsbedingte Fehlzeiten in der deutschen Wirtschaft im Jahr 2024, in: Fehlzeiten-Report 2025: KI und Gesundheit-Möglichkeiten nutzen, Risiken bewältigen, Orientierung geben, 345–421, Springer Berlin Heidelberg.

18 **Shao, Y.; Goštautaitė, B.; Wang, M.; u.a.:** Age and sickness absence: Testing physical health issues and work engagement as countervailing mechanisms in a cross-national context, in: Personnel Psychology, 75(4), 895–927, 2022.

19 So wäre die durchschnittliche Arbeitszeit im Jahr 2022 um 1,7 Prozentpunkte stärker gestiegen, wenn der Krankenstand auf dem Niveau des Vorjahres verblieben wäre, sofern der erhöhte Krankenstand nicht an anderer Stelle kompensiert wurde. **Groll, D.:** Zu den gesamtwirtschaftlichen Folgen des hohen Krankenstands, Kiel Insight, No. 2023.01, 2023.

20 **Ichino, A.; Riphahn, R. T.:** The effect of employment protection on worker effort: Absenteeism during and after probation, in: Journal of the European Economic Association, 3(1), 120–143, 2005. **Bratberg, E.; Monstad, K.:** Worried sick? Worker responses to a financial shock, in: Labour Economics, 33, 111–120, 2015.

21 **Ziebarth, N. R.; Karlsson, M.:** A natural experiment on sick pay cuts, sickness absence, and labor costs, in: Journal of Public Economics, 94(11–12), 1108–1122, 2010.

22 **Ziebarth, N. R.; Karlsson, M.:** The effects of expanding the generosity of the statutory sickness insurance system, in: Journal of Applied Econometrics, 29(2), 208–230, 2014.

23 **Hildebrandt, S.; Dehl, T.; Nolting, H.:** Gesundheitsreport 2025. Analyse der Arbeitsunfähigkeiten. Mythos Rekordkrankenstand. Generation Z in der Arbeitswelt, in: DAK-Gesundheit, Beiträge zur Gesundheitsökonomie und Versorgungsforschung (Band 55), 2025.

24 **Preisendörfer, P.:** Präsentismus: Prävalenz und Bestimmungsfaktoren unterlassener Krankmeldungen bei der Arbeit, in: German Journal of Human Resource Management, 24(4), 401–408, 2010.

25 **Hirsch, B.; Lechmann, D. S.; Schnabel, C.:** Coming to Work While Sick: An Economic Theory of Presenteeism With an Application to German Data, in: Review of Economic Dynamics, 2017.

26 **Leigh, J. P.:** The effects of unemployment and the business cycle on absenteeism, in: Journal of Economics and Business, 37(2), 159–170, 1985.

27 **Pichler, S.:** Sickness absence, moral hazard, and the business cycle, in: Health Economics, 24(6), 692–710, 2015.

Sonstige Einflussfaktoren

Ein weiterer Erklärungsansatz für den Rückgang der Jahresarbeitszeit nimmt **strukturelle Veränderungen am Arbeitsmarkt** in den Blick. Beschäftigungsrückgänge im Verarbeitenden Gewerbe, wo ein hoher Vollzeitanteil vorherrscht, und -zuwächse in (Dienstleistungs-)Branchen mit hohem Teilzeitanteil haben die durchschnittliche Arbeitszeit über Kompositionseffekte gesenkt. Darüber hinaus zeigen Studien, dass innerbetriebliche Veränderungen – wie etwa Tertiärisierung, Automatisierung und steigende Qualifikationsanforderungen – effizientere Arbeitsprozesse ermöglichen und kürzere Stundenstrukturen begünstigen.²⁸ Hinzu kommt ein Rückgang der Anzahl sowie der Arbeitszeit von Selbstständigen.

Konjunkturelle und krisenbedingte Faktoren wirken vor allem über interne Flexibilitätsinstrumente auf die Arbeitszeit. Deutsche Unternehmen nutzten während der COVID-19-Pandemie Kurzarbeit in großem Umfang, um Entlassungen zu vermeiden, was die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen deutlich reduzierte.²⁹ Empirische Befunde zeigen, dass nach Krisen – trotz stabiler Beschäftigungszahlen aufgrund des Hortens von Arbeitskräften – häufig keine vollständige Rückkehr zum vorherigen Arbeitszeitebene erfolgt, was den langfristigen Rückgang der durchschnittlichen Arbeitszeit verstärkt.³⁰

Auch **höhere Löhne** wirken über gegenläufige Substitutions- und Einkommenseffekte auf die durchschnittliche Arbeitszeit.³¹ Für Deutschland findet die Literatur überwiegend eine Dominanz des Einkommenseffekts, insbesondere bei höheren Einkommen.³² Empirische Studien zur Einführung des Mindestlohns zeigen zudem, dass auch Arbeitnehmer mit niedrigen Einkommen einen Anreiz hatten, ihre Arbeitszeit zu reduzieren, um die Verdienstgrenze geringfügiger Beschäftigung nicht zu überschreiten und damit in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung zu wechseln.³³ Hinzu kommt nachfrage-seitig, dass Arbeitgeber höhere Lohnkosten häufig durch Arbeitszeitreduktionen kompensieren können. Dies betrifft sowohl Vollzeit- als auch Teilzeitbeschäftigte, wobei die Effekte im unteren Lohnsegment besonders ausgeprägt sind.³⁴ Damit trägt die Lohnentwicklung ebenfalls zu sinkenden durchschnittlichen Arbeitszeiten bei.

Schließlich verweist die Literatur auf den **Wandel von Arbeitszeitpräferenzen** und die wachsende Bedeutung der Work-Life-Balance. Dabei zeigt sich eine zunehmende Diskrepanz zwischen gewünschter und tatsächlicher Arbeitszeit. Während viele Vollzeitbeschäftigte eine Reduktion ihrer Arbeitszeit anstreben, wünschen sich Teilzeitbeschäftigte mit sehr niedrigen Stunden häufig eine Ausweitung.³⁵ Zudem nimmt der Wunsch nach zeitlicher und räumlicher Flexibilität zu – etwa durch Home-Office, Gleitzeit, hybride Arbeitsmodelle oder Vier-Tage-Woche. Dabei gelten sowohl der familiäre Kontext als auch spezifische Stellen- und Unternehmensmerkmale als zentrale Determinanten von Arbeitszeitwünschen.³⁶ Gleichzeitig deutet die empirische Evidenz darauf hin, dass die Diskrepanzen zwischen gewünschter und tatsächlicher Arbeitszeit häufig über lange Zeiträume fortbestehen.³⁷ Strukturelle Hemmnisse wie tarifliche und vertragliche Arbeitszeitbindungen, betriebliche Anforderungen und soziale Sicherungssysteme begrenzen die Möglichkeiten von Arbeitszeitanpassungen, sodass oftmals mit einer Flexibilisierung der Arbeitszeit statt einer Reduktion oder Ausweitung reagiert wird und veränderte Präferenzen die durchschnittliche Arbeitszeit bislang nur in geringem Maße beeinflusst haben.³⁸

Lebensarbeitszeit und Lebenserwartung

Im Unterschied zur Arbeitszeit pro Jahr ist die Lebensarbeitszeit – definiert als die Anzahl aller Jahre im Erwerbsleben – hierzulande in den vergangenen Jahrzehnten deutlich gestiegen (Abbildung 5.10, Seite 78). So erhöhte sich die erwartete Lebensarbeitszeit im Alter von 15 Jahren zwischen 2003 und 2023 um rund 4,7 Jahre. Gleichzeitig stieg die Lebenserwartung im Alter von 15 Jahren im gleichen Zeitraum um lediglich 2,3 Jahre. Es zeigt sich damit, dass ein wachsender Teil des längeren Lebens im Erwerbsleben verbracht wird. Die damit verbundene höhere Erwerbsbeteiligung Älterer verändert die Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung. Aufgrund altersspezifischer Unterschiede im Arbeitszeitumfang – insbesondere der höheren Teilzeitquote Älterer – hat dies direkte Implikationen für die durchschnittliche Arbeitszeit und damit für das gesamtwirtschaftliche Arbeitskräftepotenzial; dieser Trend dürfte sich in den kommenden Jahren weiter verstärken und vermehrt Druck auf das Arbeitsvolumen ausüben. Im Durchschnitt der EU-27 Länder ist der Anstieg des Anteils der Lebensarbeitszeit an der Lebenserwartung schwächer. Das liegt daran, dass die Erwerbsquote vor allem älterer Personen in Deutschland deutlich über dem EU-27-Durchschnitt liegt. So betrug die Erwerbsquote der 55- bis 64-Jährigen laut Labour Force Survey (LFS) der EU im Jahr 2024 in Deutschland 75,2 %, während sie im Durchschnitt der EU-27-Länder bei 65,2 % lag.

28 **Kroeger, T.:** Deutschlands Arbeitsmarkt: Zunehmend dienstleistungsorientiert und hochqualifiziert, in: DIW Wochenbericht, 92(43), 679–687, 2025.

29 **Fitzenberger, B.; Walwei, U.:** Short-time work during the COVID-19 crisis: Lessons learned, in: IAB-Forschungsbericht, Nr. 5/2023, 2023.

30 **Spitznagel, E.; Schaz, P.:** Makroökonomische Dynamik von Arbeitsmärkten. Ein Vergleich interner und externer Flexibilitäten in den USA und in Deutschland, in: WSI-Mitteilungen, 63(12), 626–635, 2010.

31 Steigende Löhne können über den Substitutionseffekt zu höheren Arbeitszeiten führen, da Freizeit relativ teurer wird. Gleichzeitig führt der Einkommenseffekt dazu, dass das Ausgabenniveau durch weniger Arbeitsstunden gehalten werden kann, sodass Arbeitszeit zugunsten von Freizeit reduziert wird.

32 **Steiner, V.; Wrohlich, K.:** Household taxation, income splitting and labor supply incentives – a microsimulation study for Germany, in: CESifo Economic Studies, 50(3), 541–568, 2004. **Müller, K.-U.; Neumann, M.;** **Wrohlich, K.:** 2018, a.a.O.

33 Seit dem 01. Oktober 2022 steigt die Verdienstgrenze automatisch mit Anhebungen des Mindestlohns an, sodass dieser Anreiz entfällt.

34 **Caliendo, M.; Fedorets, A.; Preuss, M.; Schröder, C.; u.a.:** The short- and medium-term distributional effects of the German minimum wage reform, in: Empirical Economics, 64(3), 1149–1175, 2023.

35 **Kötter, J.; Backhaus, N.:** Arbeitszeitwünsche in Deutschland: Verbreitung, gesundheitliche Implikationen und Veränderungsdynamiken, in: baua: Bericht kompakt, Dortmund: Bundesanstalt für Arbeitsschutz und Arbeitsmedizin, 2025.

36 **Wanger, S.; Weber, E.:** 2023, a.a.O.

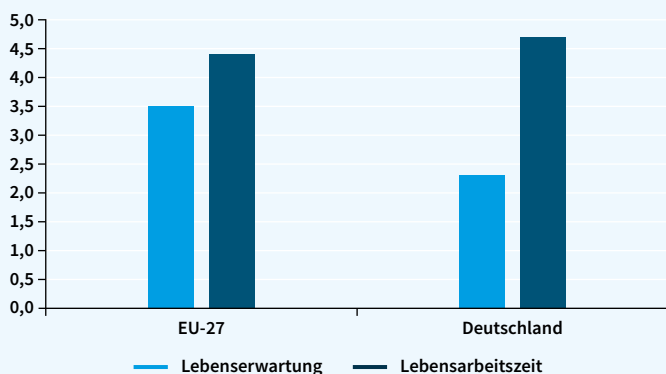
37 **Weber, E.; Zimmer, E.:** The creation and resolution of discrepancies between preferred and actual working hours over the life course, in: Applied Economics, 53(42), 4899–4916, 2021.

38 **Wanger, S.; Weber, E.:** 2023, a.a.O.

Abbildung 5.10

Lebenserwartung und Lebensarbeitszeit

Anstieg der erwarteten Lebensarbeitszeit und der Lebenserwartung (jeweils im Alter von 15 Jahren) in Jahren zwischen 2003 und 2023



Quelle: EU Labour Force Survey.

© GD Frühjahr 2026

Die empirische Literatur bestätigt den dargestellten **Trend einer steigenden Lebensarbeitszeit** in Deutschland und in Europa. Für Deutschland dokumentieren Analysen auf Basis von Befragungsdaten einen klaren Anstieg der erwarteten Lebensarbeitszeit sowohl im jungen Erwachsenenalter als auch im höheren Erwerbsalter, wobei die Zuwächse insbesondere bei Frauen ausgeprägt sind und auf eine zunehmende und länger anhaltende Erwerbsbeteiligung hinweisen.³⁹ Diese Befunde werden durch Krankenkassendaten bestätigt, wonach die erwartete Lebensarbeitszeit zwischen 2006 und 2018 in allen Altersgruppen und für beide Geschlechter gestiegen ist, ebenfalls mit besonders starken Zuwächsen bei Frauen.⁴⁰ Kohortenanalysen für die späte Erwerbsphase zwischen 55 und 64 Jahren verdeutlichen zudem, dass sich die Zahl der in Erwerbstätigkeit verbrachten Jahre über die Geburtsjahrgänge 1941 bis 1955 hinweg deutlich erhöht hat.⁴¹ Wird die erwartete Lebensarbeitszeit um Arbeitszeitunterschiede bereinigt, fallen die so bestimmten Vollzeitäquivalente bei Frauen deutlich geringer aus, weil sie häufiger in Teilzeit arbeiten. Dadurch vergrößert sich auch der Abstand zur Lebensarbeitszeit von Männern.⁴² Auf europäischer Ebene bestätigen vergleichende Studien für 26 Länder, dass die Lebensarbeitszeit sowohl im Alter von 50 bis 59 Jahren als auch von 60 bis 69 Jahren seit Mitte der 2000er Jahre zugenommen hat, insbesondere in Ländern, in denen das Anfangsniveau niedriger war, bei Frau-

en im unteren der beiden Altersintervalle und bei beiden Geschlechtern im höheren Erwerbsalter.⁴³

Ein zentrales Ergebnis dieser Studien ist die ausgeprägte **Heterogenität** in der Lebensarbeitszeit, die sich entlang von Bildung, beruflicher Qualifikation und Geschlecht zeigt. So verbleiben Personen mit hoher Bildung im Durchschnitt mehrere Jahre länger im Erwerbsleben als Personen mit niedriger Bildung, wobei diese Differenzen über den Zeitraum 2006 bis 2018 eher zu- als abgenommen haben. Hochgebildete Frauen verzeichnen dabei besonders starke Zuwächse der Lebensarbeitszeit, während gering qualifizierte Frauen deutlich kürzere Erwerbsphasen aufweisen.⁴⁴ Eine Kohortenbetrachtung zeigt, dass die arbeitszeitbereinigte Lebensarbeitszeit ab 55 Jahren für Personen der Geburtskohorten 1941 bis 1955 mit höherer Bildung oder beruflicher Qualifikation um mehrere Vollzeitjahre über derjenigen mit niedriger Bildung oder Qualifikation liegt, sowohl bei Männern als auch bei Frauen. Bei Männern können diese Unterschiede in der erwarteten Lebensarbeitszeit vor allem durch unterschiedliche Beschäftigungsquoten erklärt werden, während bei Frauen sowohl geringere Erwerbsbeteiligung als auch kürzere Arbeitszeiten eine zentrale Rolle spielen. Insbesondere die hohe Teilzeitquote reduziert bei geringer qualifizierten Frauen die in Vollzeitäquivalenten gemessene Lebensarbeitszeit deutlich.⁴⁵

Einen wesentlichen Einfluss auf die Entwicklung der Lebensarbeitszeit haben **Reformen des Rentensystems**. Die deutsche Rentenreform von 1999, mit der die gesonderte „Altersrente für Frauen“ abgeschafft und das frühestmögliche Renteneintrittsalter für die betroffenen Kohorten schrittweise von 60 auf 63 Jahre angehoben wurde, führte zu einer signifikanten Erhöhung der Beschäftigungsquoten von Frauen im Alter zwischen 60 und 62 Jahren.⁴⁶

Wichtige Rentenreformen in Deutschland waren zudem die Einführung der „Rente mit 67“, wodurch das reguläre Rentenalter schrittweise zwischen den Jahren 2012 und 2031 von 65 auf 67 Jahre angehoben wurde. Dem entgegenwirkte die Einführung der „Rente mit 63“ im Jahr 2014, die das abschlagsfreie Renteneintrittsalter für langjährig Versicherte mit mindestens 45 Beitragsjahren um bis zu zwei Jahre senkte. Analysen dieser Reformen zeigen, dass eine Absenkung des abschlagsfreien Rentenalters um ein Jahr das tatsächliche Rentenzugangsalter um rund 0,3 bis 0,4 Jahre reduziert.⁴⁷ Umgekehrt erhöht der Anstieg des abschlagsfreien Renteneintrittsalters von 65 auf 67 Jahre die Lebensarbeitszeit um 8 bis 12 Monate.⁴⁸ Die begrenzte Wirkung

39 Heller, C.; Sperlich, S.; Tetzlaff, F.; Geyer, S.; Epping, J.; Beller, J.; & Tetzlaff, J.: Living longer, working longer: analysing time trends in working life expectancy in Germany from a health perspective between 2002 and 2018, in: *European Journal of Ageing*, 19(4), 1263–1276, 2022.

40 Tetzlaff, J.; Luy, M.; Epping, J.; Geyer, S.; Beller, J.; Stahmeyer, J.T.; Sperlich, S.; Tetzlaff, F.: Estimating trends in working life expectancy based on health insurance data from Germany—challenges and advantages, in: *SSM-Population Health*, 19, 101215, 2022.

41 Dudel, C.; Loichinger, E.; Klüsener, S.; Sulak, H.; Myrskylä, M.: The extension of late working life in Germany: Trends, inequalities, and the east–west divide, in: *Demography*, 60(4), 1115–1137, 2023.

42 Dudel, C.; Loichinger, E.; Klüsener, S.; Sulak, H.; Myrskylä, M.: 2023, a.a.O.

43 Weber, D.; Loichinger, E.: Live longer, retire later? Developments of healthy life expectancies and working life expectancies between age 50–59 and age 60–69 in Europe, in: *European Journal of Ageing*, 19(1), 75–93, 2022.

44 Tetzlaff, J.; Luy, M.; Epping, J.; Geyer, S.; Beller, J.; Stahmeyer, J.T.; Sperlich, S.; Tetzlaff, F.: 2022, a.a.O.

45 Dudel, C.; Loichinger, E.; Klüsener, S.; Sulak, H.; Myrskylä, M.: 2023, a.a.O.

46 Geyer, J.; Welteke, C.: Closing routes to retirement for women: How do they respond?, in: *Journal of Human Resources*, 56(1), 311–341, 2021.

47 Dolls, M.; Krolage, C.: ‘Earned, not given?’ The effect of lowering the full retirement age on retirement decisions, in: *Journal of Public Economics*, 223, 104909, 2023.

48 Egeton, S.: The effect of pension reforms on old-age income inequality, in: *Labour Economics*, 53, 146–161, 2018. Fehr, H.; Kallweit, M.; Kindermann, F.: Pension reform with variable retirement age: a simulation analysis for Germany, in: *Journal of Pension Economics & Finance*, 11(3), 389–417, 2012.

wird unter anderem auf unfreiwillige Arbeitsplatzverluste und die weiterhin bestehende Möglichkeit der Frühverrentung mit Abschlägen zurückgeführt.

Kohortenspezifische Arbeitszeittrends in der Potenzialschätzung

Der Trend der aggregierten Arbeitszeit beeinflusst im Zusammenspiel mit der Partizipation unmittelbar das Produktionspotenzial. Dessen Schätzung basiert auf einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion, in die das potenzielle Arbeitsvolumen, der Kapitalstock und der Trend der Totalen Faktorproduktivität (TFP) eingehen. Das in Stunden gemessene Arbeitsvolumen ergibt sich aus der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter, der trendmäßigen Partizipationsquote, der strukturellen Erwerbslosenquote und dem Trend der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen.

Im Rahmen dieses Ansatzes wird der Rückgang der Jahresarbeitszeit bislang unzureichend erfasst. In dem aktuellen Ansatz zur Ermittlung des Arbeitszeittrends wird die durchschnittliche Arbeitszeit aller Erwerbstätigen mit einem autoregressiven Modell erster Ordnung im mittleren Projektionszeitraum fortgeschrieben und darauf aufbauend ein Hodrick- Prescott-Filter angewendet. Da das autoregressive Modell bisher in Niveaus geschätzt wird, kann es den fortschreitenden Rückgang der Arbeitszeit nicht adäquat extrapolieren.

Ein in Veränderungsraten geschätztes Modell hätte diesen Rückgang zwar grundsätzlich erfassen können (Abbildung 5.11, Seite 79), wichtige Informationen über die alters- und geschlechtsspezifischen Unterschiede in der Arbeitszeitentwicklung wären damit allerdings ebenso unberücksichtigt geblieben wie Verschiebungen in der Komposition der Erwerbsbevölkerung im Projektionszeitraum. Diese Verschiebungen, die in den kommenden Jahren noch stärker zum Tragen kommen werden, können jedoch erheblichen Einfluss auf die aggregierte Arbeitszeit nehmen. Unsicher bleibt dabei indes, wie sich die Arbeitszeittrends innerhalb der jeweiligen Kohorten in Zukunft entwickeln werden.

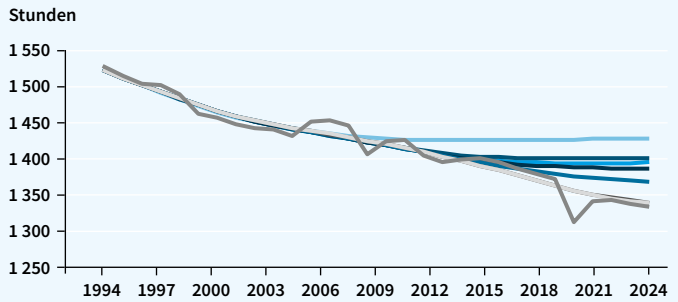
Für die trendmäßige Partizipationsquote haben die Institute bereits im Herbst 2017 den univariaten Ansatz der Europäischen Kommission durch ein Alterskohortenmodell ersetzt.⁴⁹ Zusammen mit der Berücksichtigung der geringen Erwerbstätigkeit von Flüchtlingen wird diese Methodik, auf deren Ergebnisse die Institute ihre Konjunkturschätzung stützen, von der Gemeinschaftsdiagnose als modifizierte EU-Methode (MODEM) bezeichnet.

Angelehnt an die Berechnung der trendmäßigen Partizipationsquote wird nun – basierend auf den analysierten alters- und geschlechtsspezifischen Unterschieden in der durchschnittlichen Arbeitszeit und deren Bedeutung für

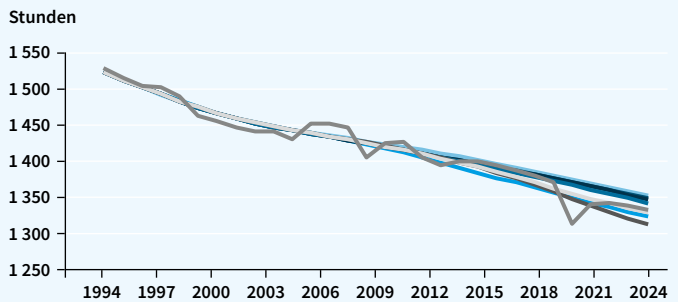
Abbildung 5.11

Arbeitszeittrends auf Basis verschiedener Modelle

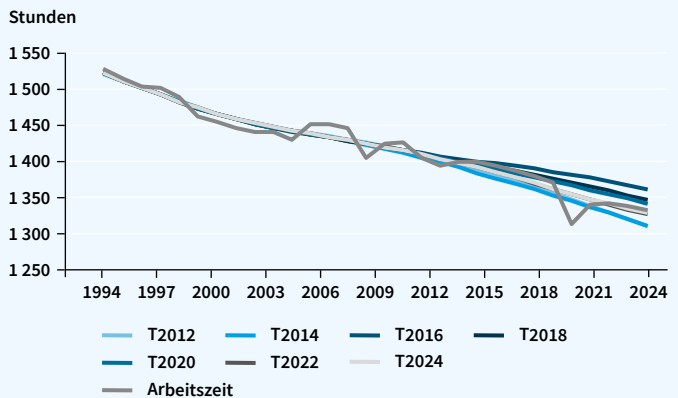
Autoregressives Modell in Niveaus



Autoregressives Modell auf Basis von Veränderungsraten



Kohortenmodell



Anmerkung: Fortschreibung der Arbeitszeit mittels eines autoregressiven Modells in Niveaus (oben), mittels eines autoregressiven Modells in Veränderungsraten (Mitte), mittels autoregressiven Modells für einzelne 5-Jahres-Kohorten in Veränderungsraten (unten).

Quellen: Arbeitszeitrechnung des IAB; Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

⁴⁹ Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung weiter kräftig – Anspannungen nehmen zu, Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2017, Kapitel 3 (Kasten 3.1), Kiel.

die Entwicklung des Gesamtaggregats – ein Alterskohortenmodell für die durchschnittliche Arbeitszeit spezifiziert. Dabei werden die geschlechts- und altersspezifischen durchschnittlichen Arbeitszeiten von Fünfjahreskohorten auf Basis autoregressiver Modelle separat fortgeschrieben. Anschließend werden diese spezifischen Arbeitszeiten mit den jeweiligen künftig erwarteten Bevölkerungsanteilen dieser Kohorten gewichtet aggregiert. Die so gewonnene durchschnittliche Arbeitszeit wird mit dem üblichen Filterverfahren geglättet (Kasten 5.2, Seite 80).

Da die kohortenbasierte Fortschreibung in Veränderungsraten erfolgt, kann das Alterskohortenmodell ähnlich wie das univariate Modell in Veränderungsraten den trendmäßigen Rückgang der Arbeitszeit extrapolieren (Abbildung 5.11, Seite 79). Eine Evaluation zeigt, dass das Kohortenmodell zu deutlich geringeren Revisionen der trendmäßigen durchschnittlichen Arbeitszeit führt als der bisherige univariate Ansatz auf Basis einer autoregressiven Fortschreibung in Niveaus. Allerdings sind die Revisionen geringfügig größer als bei einer univariaten Fortschreibung der gesamten durchschnittlichen Arbeitszeit in Veränderungsraten. Da jedoch die signifikanten demografischen Einschnitte erst noch bevorstehen, dürfte das Alterskohortenmodell in Zukunft weniger revisionsanfällig sein.

Die Auswertung der Prognosegüte der durchschnittlichen Arbeitszeit zeigt für den jeweils aktuellen Rand (Nowcast) deutliche Vorteile des Alterskohortenmodells gegenüber beiden univariaten Ansätzen. Für die meisten längeren Prognosehorizonte (bis zu fünf Jahre) ist es gegenüber der aktuell verwendeten Methodik ebenfalls im Vorteil und liegt in etwa gleichauf mit dem univariaten Ansatz in Veränderungsraten. Darüber hinaus ermöglicht das Alterskohortenmodell Analysen über die Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die die Arbeitszeit bestimmter Gruppen verändern. Beispiele sind die aktuell diskutierten Rentenreformvorschläge.

Fazit

Deutschland weist im internationalen Vergleich eine niedrige durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen auf. Ein wesentlicher Grund hierfür ist die hohe Teilzeitquote. Diese geht mit einer hohen Arbeitsmarktpartizipation von Gruppen einher, die überdurchschnittlich häufig in Teilzeit arbeiten. Neben Frauen reduzieren zunehmend auch Männer ihre Arbeitszeit aus familiären Gründen. Hinzu kommen strukturelle Verschiebungen am Arbeitsmarkt, insbesondere ein Beschäftigungsaufbau in Bereichen mit unterdurchschnittlichen Arbeitszeiten, etwa im Gesund-

Kasten 5.2

Spezifikation und Evaluation des Alterskohortenmodells für die Arbeitszeit

Das Alterskohortenmodell basiert auf einer Sonderauswertung der IAB-Arbeitszeitrechnung zur durchschnittlichen Arbeitszeit der Erwerbstätigen. Die Arbeitszeit wird getrennt nach Männern und Frauen für die 20- bis 65-Jährigen in Fünfjahres-Alterskohorten sowie für die unter 20- und über 65-Jährigen ausgewiesen. Für alle Kohorten stehen jährliche Beobachtungen für den Zeitraum 1995 bis 2024 zur Verfügung.

Da die Institute keine Erwerbstätigenanteile nach Alterskohorten und Geschlecht prognostizieren, werden Projektionen der Bevölkerungsentwicklung aus der 16. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts (Variante 2 – G2L2W2) genutzt. Zwar unterscheiden sich die Niveaus der Anteile von Erwerbstätigen- und Bevölkerungskohorten deutlich, die Veränderungsraten sind jedoch sehr ähnlich. Die künftig erwarteten Alters- und Geschlechtsanteile der Erwerbstätigenkohorten werden daher basierend auf den erwarteten Anteilen der entsprechenden Bevölkerungskohorten berechnet.

Die geschlechts- und altersspezifische Arbeitszeit wird für jede Alterskohorte mithilfe eines autoregressiven Modells in Wachstumsraten fortgeschrieben, unter Verwendung der abgeleiteten Alters- und Geschlechtsanteile zur künftig erwarteten Veränderung der durchschnittlichen Arbeitszeit je

Tabelle 5.2

Prognosegüte der Modelle

In Prozentpunkten

Metrik	Univariat in Niveaus	Univariat in Veränderungsraten	Alterskohortenmodell
Horizont: T			
MFE	0,37	-0,22	0,00
RMSFE	0,48	0,55	0,33
Horizont: T+3			
MFE	0,18	-0,21	-0,26
RMSFE	0,38	0,29	0,34
Horizont: T+5			
MFE	0,39	-0,06	-0,15
RMSFE	0,43	0,17	0,16

Anmerkung: MFE: mean forecast error (mittlerer Prognosefehler), RMSFE: root mean squared forecast error (Wurzel des mittleren quadratischen Prognosefehlers).

Quelle: Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Erwerbstätigen aggregiert und in anschließend in Niveaus transformiert. Aus den resultierenden Zeitreihen wird – wie in der Schätzung des Produktionspotenzials üblich – mittels Hodrick-Prescott-Filter der Trend bestimmt. Um Trendstabilität zu gewährleisten, werden hierfür Prognosen bis zu 15 Jahre in die Zukunft genutzt.

Das Alterskohortenmodell wird mit zwei autoregressiven Modellen erster Ordnung verglichen: (i) der derzeit verwendeten Fortschreibung der durchschnittlichen Arbeitszeit in Niveaus sowie (ii) einer Fortschreibung in Veränderungsraten. Im Alterskohortenmodell wird die Lag-Länge anhand eines statistischen Kriteriums bestimmt. Die Prognosegüte wird in einem rekursiven Prognoseexperiment evaluiert (Startschätzung 1995–2010). Dabei werden Prognosen für das laufende Jahr und bis zu fünf weitere Jahre berücksichtigt. Als Fehlermaße werden der mittlere Prognosefehler (Mean Forecast Error, MFE) und die Wurzel des mittleren quadratischen Prognosefehlers (Root Mean Squared Forecast Error, RMSFE) genutzt.

Das Alterskohortenmodell zeigt für das laufende Jahr den geringsten Prognosefehler und liefert unverzerrte Prognosen, während die univariaten Modelle im Durchschnitt systematisch abweichen (Tabelle 5.2, Seite 80). Für mittlere Prognosehorizonte sind die Unterschiede in der Prognosepräzision eher gering. Für längere Horizonte schneiden das univariate Modell in Veränderungsraten und das Alterskohortenmodell wieder deutlich besser ab als das univariate Modell in Niveaus. Letzteres überschätzt die Arbeitszeit systematisch, während die beiden anderen Modelle sie tendenziell eher unterschätzen.

Für die Potenzialschätzung ist zudem die Revisionsanfälligkeit des Arbeitszeittrends relevant. Diese wird über ein Noise-to-Signal-Ratio (NSR) bewertet, das die Abweichungen früherer Trendschätzungen von der aktuellen (Basis: vollständiger Datensatz bis zum Jahr 2024) ins Verhältnis zur Standardabweichung des aktuellen Trends setzt.¹

¹ Edge, R. M.; Rudd, J. B.: Real-Time Properties of the Federal Reserve's Output Gap, Review of Economics and Statistics 98(4), 785-791, 2016.

heits- und Sozialwesen, sowie ein Beschäftigungsrückgang in der Industrie, die durch überdurchschnittliche Arbeitszeiten gekennzeichnet ist. Schließlich machen sich auch die Folgen des demografischen Wandels bemerkbar. Nicht zuletzt in Folge von Rentenreformen ist die Lebensarbeitszeit in den vergangenen Jahrzehnten stärker gestiegen als in anderen Ländern. Eine zunehmende Arbeitsmarktbeteiligung der älteren Jahrgänge mit unterdurchschnittlichen Wochenarbeitszeiten lässt die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen sinken.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Arbeitszeit wird durch mehrere Faktoren beeinflusst. Erstens spielt die Verbreitung von Teilzeitmodellen eine zentrale Rolle. Arbeitsrechtliche Neuregelungen der Teilzeit haben deutlich zu einer Reduktion der durchschnittlichen Arbeitszeit beigetragen. Zweitens beeinflusst die Ausgestaltung des Abgabensystems die Arbeitsentscheidung. Hohe Grenzbesteuerung insbesondere für Zweitverdiener kann die Arbeitsbeteiligung und die Arbeitszeit verringern. Drittens wirken Lohnentwicklungen auf die Arbeitszeit. In Deutschland dominiert bei steigenden Löhnen häufig der

Tabelle 5.3

Evaluation der Trendrevisionen

Metrik	Univariat in Niveaus	Univariat in Veränderungsraten	Alterskohortenmodell
	Noise-to-Signal-Ratio		
Insgesamt	41,74	0,92	1,34
ohne COVID-19-Jahre	37,11	0,63	0,96

Quelle: Berechnungen der Institute.

© GD Frühjahr 2026

Das univariate Modell in Niveaus weist sehr hohe NSR-Werte auf (Tabelle 5.3, Seite 81). Die systematische Überschätzung der Arbeitszeit in diesem Modell führt dazu, dass in jeder neuen Prognoserunde eine Abwärtsrevision erforderlich ist, was tendenziell auch zu einer systematischen Überschätzung des Produktionspotenzials und entsprechenden späteren Revisionen führen dürfte. Das Alterskohortenmodell reduziert das NSR deutlich (nahe dem Wert Eins). Der Wert für das univariate Modell in Veränderungsraten liegt nochmals leicht niedriger. In beiden Alternativen treten keine systematischen Revisionen ausschließlich in eine Richtung auf. Bis zum Schätzzeitraum bis 2014 haben die beiden Modelle den Arbeitszeittrend eher unterschätzt, danach tendenziell überschätzt und ab 2021 wieder unterschätzt.

Einkommenseffekt, was Arbeitszeiten tendenziell sinken lässt. Schließlich zeigt sich, dass vor allem Hochqualifizierte länger im Erwerbsleben verbleiben, jedoch häufig mit geringerer Stundenzahl.

Mit Blick auf die kommenden Jahre dürften demografische Veränderungen das Arbeitsvolumen weiter verringern und damit das Wachstum des Produktionspotenzials merklich dämpfen. Dabei werden sich die Triebkräfte verschieben. Während der in den vergangenen Jahrzehnten bedeutsame Effekt zunehmender Arbeitsmarktpartizipation von Frauen an Bedeutung verloren hat, schlägt das zunehmende Gewicht älterer Arbeitskräfte an der gesamten Arbeitsleistung stärker zu Buche. Vor diesem Hintergrund haben die Institute ihre Methode zur Fortschreibung der Arbeitszeit überprüft und die prognostischen Eigenschaften eines Alterskohortenmodells getestet. Dieses schneidet gegenüber der bisherigen Vorgehensweise besser ab und erweist sich als weniger revisionsanfällig. Seinem regelmäßigen Einsatz stehen jedoch Probleme etwa bei der Datenverfügbarkeit entgegen.

Jahresergebnisse 2025

In Mrd. Euro

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	4 044,8	2 741,1	502,1	801,7	-
2 - Abschreibungen	918,2	499,9	125,6	292,7	-
3 = Nettowertschöpfung ¹	3 126,6	2 241,2	376,4	509,0	-105,3
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 471,0	1 780,9	384,3	305,8	21,0
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	41,0	29,9	0,4	10,7	-
6 + Empfangene sonstige Subventionen	58,3	55,9	0,2	2,1	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	672,9	486,3	-8,0	194,6	-126,3
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 477,1	-	-	2 477,1	14,9
9 - Geleistete Subventionen	53,9	-	53,9	-	4,4
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	460,1	-	460,1	-	5,9
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	1 134,1	1 038,2	49,5	46,4	405,2
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	1 291,3	737,6	30,8	522,9	248,0
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 713,5	185,7	379,6	3 148,2	-267,2
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	557,9	124,5	-	433,4	14,3
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	571,4	-	571,4	-	0,8
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge ²	992,2	-	-	992,2	4,0
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge ²	990,9	167,2	822,9	0,8	5,3
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	844,0	93,7	749,5	0,8	0,7
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	834,9	-	-	834,9	9,8
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	474,8	269,2	95,3	110,3	107,2
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	414,1	242,1	30,1	142,0	167,9
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 655,9	107,5	959,3	2 589,1	-209,5
23 - Konsumausgaben	3 384,2	-	1 006,4	2 377,9	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-61,2	-	61,2	-
25 = Sparen	271,6	46,3	-47,1	272,4	-209,5
26 - Geleistete Vermögenstransfers	109,6	10,2	78,4	21,1	6,6
27 + Empfangene Vermögenstransfers	90,7	50,9	24,9	14,9	25,6
28 - Bruttoinvestitionen	980,3	555,5	144,8	280,0	-
29 + Abschreibungen	918,2	499,9	125,6	292,7	-
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	19,7	20,0	-0,6	0,3	-19,7
31 = Finanzierungssaldo	170,9	11,4	-119,1	278,6	-170,9
Nachrichtlich:					
32 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 655,9	107,5	959,3	2 589,1	-209,5
33 - Geleistete soziale Sachleistungen	629,1	-	629,1	-	-
34 + Empfangene soziale Sachleistungen	629,1	-	-	629,1	-
35 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 655,9	107,5	330,2	3 218,2	-209,5
36 - Konsum ³	3 384,2	-	377,3	3 006,9	-
37 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-61,2	-	61,2	-
38 = Sparen	271,6	46,3	-47,1	272,4	-209,5

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Jahresergebnisse 2026

In Mrd. Euro

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	4 169,6	2 821,8	524,1	823,7	-
2 - Abschreibungen	953,4	518,0	130,6	304,7	-
3 = Nettowertschöpfung ¹	3 216,2	2 303,8	393,5	518,9	-55,9
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 555,4	1 835,6	400,6	319,1	21,4
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	46,1	35,1	0,4	10,6	-
6 + Empfangene sonstige Subventionen	56,9	53,7	0,2	3,0	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	671,7	486,8	-7,3	192,2	-77,3
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 561,5	-	-	2 561,5	15,3
9 - Geleistete Subventionen	59,0	-	59,0	-	4,4
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	475,0	-	475,0	-	6,7
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	1 153,4	1 053,7	53,3	46,4	406,3
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	1 316,2	749,3	31,5	535,4	243,5
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 812,0	182,4	386,9	3 242,7	-222,5
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	575,1	127,0	-	448,1	14,7
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	588,9	-	588,9	-	0,9
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge ²	1 034,8	-	-	1 034,8	4,2
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge ²	1 033,4	170,8	861,7	0,9	5,6
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	879,7	97,0	781,9	0,9	0,7
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	870,2	-	-	870,2	10,2
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	495,2	275,7	107,6	111,9	112,6
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	433,9	252,9	30,8	150,1	173,9
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 753,5	106,4	978,8	2 668,2	-164,0
23 - Konsumausgaben	3 513,9	-	1 060,3	2 453,6	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-61,8	-	61,8	-
25 = Sparen	239,5	44,6	-81,5	276,4	-164,0
26 - Geleistete Vermögenstransfers	115,1	10,7	86,2	18,2	6,0
27 + Empfangene Vermögenstransfers	94,2	56,1	22,1	16,0	26,9
28 - Bruttoinvestitionen	1 028,9	578,9	155,5	294,6	-
29 + Abschreibungen	953,4	518,0	130,6	304,7	-
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	20,7	21,0	-0,6	0,3	-20,7
31 = Finanzierungssaldo	122,4	8,3	-169,9	284,0	-122,4
Nachrichtlich:					
32 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 753,5	106,4	978,8	2 668,2	-164,0
33 - Geleistete soziale Sachleistungen	668,0	-	668,0	-	-
34 + Empfangene soziale Sachleistungen	668,0	-	-	668,0	-
35 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 753,5	106,4	310,8	3 336,2	-164,0
36 - Konsum ³	3 513,9	-	392,3	3 121,6	-
37 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-61,8	-	61,8	-
38 = Sparen	239,5	44,6	-81,5	276,4	-164,0

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Prognose der Institute.

Jahresergebnisse 2027

In Mrd. Euro

Gegenstand der Nachweisung	Gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	Private Haushalte und private Org. o. E.	Übrige Welt
1 = Bruttowertschöpfung	4 337,6	2 934,0	546,9	856,7	-
2 - Abschreibungen	993,0	539,0	135,9	318,1	-
3 = Nettowertschöpfung ¹	3 344,6	2 395,0	411,0	538,6	-52,7
4 - Geleistete Arbeitnehmerentgelte	2 647,9	1 896,9	417,9	333,1	21,9
5 - Geleistete sonstige Produktionsabgaben	48,0	36,7	0,4	10,9	-
6 + Empfangene sonstige Subventionen	60,1	56,2	0,2	3,6	-
7 = Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	708,8	517,5	-7,0	198,2	-74,5
8 + Empfangene Arbeitnehmerentgelte	2 654,0	-	-	2 654,0	15,7
9 - Geleistete Subventionen	62,5	-	62,5	-	4,4
10 + Empfangene Produktions- und Importabgaben	491,3	-	491,3	-	7,4
11 - Geleistete Vermögenseinkommen	1 186,3	1 080,1	59,4	46,8	420,8
12 + Empfangene Vermögenseinkommen	1 356,3	769,6	32,2	554,4	250,8
13 = Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 961,5	207,0	394,6	3 359,9	-225,7
14 - Geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	592,7	127,5	-	465,2	15,1
15 + Empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	606,8	-	606,8	-	1,0
16 - Geleistete Nettosozialbeiträge ²	1 079,2	-	-	1 079,2	4,4
17 + Empfangene Nettosozialbeiträge ²	1 077,8	174,7	902,2	0,9	5,8
18 - Geleistete monetäre Sozialleistungen	913,7	100,4	812,5	0,9	0,7
19 + Empfangene monetäre Sozialleistungen	903,7	-	-	903,7	10,7
20 - Geleistete sonstige laufende Transfers	510,3	282,3	111,4	116,6	118,2
21 + Empfangene sonstige laufende Transfers	453,9	264,3	31,3	158,3	174,6
22 = Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 907,8	135,9	1 011,0	2 760,9	-172,0
23 - Konsumausgaben	3 646,1	-	1 110,8	2 535,3	-
24 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-62,4	-	62,4	-
25 = Sparen	261,6	73,5	-99,8	287,9	-172,0
26 - Geleistete Vermögenstransfers	121,7	11,2	91,4	19,1	5,7
27 + Empfangene Vermögenstransfers	99,8	60,6	22,9	16,4	27,5
28 - Bruttoinvestitionen	1 082,7	605,5	169,1	308,1	-
29 + Abschreibungen	993,0	539,0	135,9	318,1	-
30 - Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	21,7	22,0	-0,6	0,3	-21,7
31 = Finanzierungssaldo	128,4	34,4	-200,9	294,9	-128,4
Nachrichtlich:					
32 Verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	3 907,8	135,9	1 011,0	2 760,9	-172,0
33 - Geleistete soziale Sachleistungen	704,0	-	704,0	-	-
34 + Empfangene soziale Sachleistungen	704,0	-	-	704,0	-
35 = Verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	3 907,8	135,9	307,0	3 464,8	-172,0
36 - Konsum ³	3 646,1	-	406,8	3 239,3	-
37 + Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	-	-62,4	-	62,4	-
38 = Sparen	261,6	73,5	-99,8	287,9	-172,0

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzügl. Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschl. sozialer Sachleistungen).

Quelle: Prognose der Institute.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2027

	2025	2026	2027	2026		2027	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	-0,0	-0,2	0,1	-0,2	-0,2	-0,0	0,2
Arbeitsvolumen	-0,2	0,2	0,4	0,1	0,4	0,1	0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	-0,2	0,4	0,3	0,3	0,6	0,2	0,4
Produktivität ¹	0,4	0,4	0,6	0,2	0,6	0,8	0,3
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	0,2	0,6	0,9	0,3	1,0	1,0	0,9

2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. Euro

Konsumausgaben	3 384,2	3 513,9	3 646,1	1 712,5	1 801,4	1 774,7	1 871,4
Private Haushalte ²	2 377,9	2 453,6	2 535,3	1 197,1	1 256,5	1 234,6	1 300,8
Staat	1 006,4	1 060,3	1 110,8	515,4	544,9	540,2	570,6
Anlageinvestitionen	908,0	951,5	1 005,8	454,5	497,0	482,9	523,0
Bauten	461,8	485,1	509,8	234,4	250,7	248,2	261,6
Ausrüstungen	267,2	276,1	293,7	129,0	147,0	137,9	155,8
Sonstige Anlageinvestitionen	179,0	190,4	202,3	91,1	99,3	96,8	105,5
Vorratsveränderung ³	72,4	77,4	76,9	49,2	28,2	49,0	27,8
Inländische Verwendung	4 364,6	4 542,9	4 728,8	2 216,2	2 326,6	2 306,6	2 422,2
Außenbeitrag	105,3	55,9	52,7	41,2	14,7	34,4	18,3
<i>Nachrichtlich: in Relation zum BIP in Prozent</i>	2,4	1,2	1,1	1,8	0,6	1,5	0,8
Exporte	1 807,4	1 855,2	1 919,9	910,4	944,8	947,6	972,3
Importe	1 702,1	1 799,3	1 867,2	869,2	930,1	913,2	954,0
Bruttoinlandsprodukt	4 469,9	4 598,8	4 781,5	2 257,5	2 341,3	2 341,0	2 440,5

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	4,6	3,8	3,8	4,0	3,7	3,6	3,9
Private Haushalte ²	4,2	3,2	3,3	3,3	3,1	3,1	3,5
Staat	5,7	5,4	4,8	5,7	5,1	4,8	4,7
Anlageinvestitionen	2,5	4,8	5,7	3,7	5,8	6,2	5,2
Bauten	2,5	5,0	5,1	3,7	6,4	5,9	4,4
Ausrüstungen	0,0	3,3	6,4	2,0	4,5	6,9	6,0
Sonstige Anlageinvestitionen	6,6	6,4	6,3	6,4	6,3	6,3	6,2
Inländische Verwendung	4,8	4,1	4,1	4,2	3,9	4,1	4,1
Exporte	0,8	2,6	3,5	0,6	4,7	4,1	2,9
Importe	4,4	5,7	3,8	4,1	7,2	5,1	2,6
Bruttoinlandsprodukt	3,3	2,9	4,0	2,8	3,0	3,7	4,2

3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2020)

a) Mrd. Euro

Konsumausgaben	2 754,0	2 781,9	2 809,0	1 370,8	1 411,1	1 381,4	1 427,6
Private Haushalte ²	1 926,8	1 935,2	1 943,6	952,1	983,1	953,7	989,8
Staat	827,5	847,0	865,9	418,9	428,2	428,0	438,0
Anlageinvestitionen	700,8	713,1	731,6	342,4	370,8	352,6	379,0
Bauten	322,6	328,0	333,6	159,6	168,4	163,4	170,2
Ausrüstungen	224,1	225,3	233,0	105,8	119,5	109,6	123,4
Sonstige Anlageinvestitionen	158,3	164,3	170,3	78,6	85,7	81,5	88,7
Inländische Verwendung	3 520,2	3 563,1	3 607,8	1 752,5	1 810,6	1 773,1	1 834,7
Exporte	1 485,3	1 484,1	1 503,7	734,9	749,2	745,0	758,7
Importe	1 393,6	1 412,6	1 442,5	691,8	720,8	705,3	737,2
Bruttoinlandsprodukt	3 609,5	3 632,6	3 666,8	1 794,4	1 838,2	1 811,7	1 855,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Konsumausgaben	1,5	1,0	1,0	1,2	0,8	0,8	1,2
Private Haushalte ²	1,6	0,4	0,4	0,7	0,2	0,2	0,7
Staat	1,3	2,4	2,2	2,4	2,3	2,2	2,3
Anlageinvestitionen	-0,2	1,8	2,6	1,0	2,5	3,0	2,2
Bauten	-0,6	1,7	1,7	0,5	2,8	2,4	1,1
Ausrüstungen	-1,9	0,5	3,4	-0,3	1,3	3,6	3,3
Sonstige Anlageinvestitionen	3,8	3,8	3,6	3,9	3,8	3,6	3,6
Inländische Verwendung	1,8	1,2	1,3	1,4	1,0	1,2	1,3
Exporte	-0,4	-0,1	1,3	-1,2	1,0	1,4	1,3
Importe	3,6	1,4	2,1	1,5	1,2	1,9	2,3
Bruttoinlandsprodukt	0,2	0,6	0,9	0,3	1,0	1,0	0,9

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2027

	2025	2026	2027	2026		2027	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2020=100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Private Konsumausgaben ²	2,6	2,7	2,9	2,6	2,9	3,0	2,8
Konsumausgaben des Staates	4,4	2,9	2,5	3,2	2,6	2,6	2,4
Anlageinvestitionen	2,7	3,0	3,0	2,7	3,2	3,2	2,9
Bauten	3,1	3,3	3,3	3,1	3,5	3,4	3,3
Ausrüstungen	2,0	2,8	2,9	2,3	3,2	3,2	2,6
Exporte	1,2	2,7	2,1	1,7	3,7	2,7	1,6
Importe	0,8	4,3	1,6	2,6	5,9	3,1	0,3
Bruttoinlandsprodukt	3,0	2,2	3,0	2,4	2,0	2,7	3,3

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. Euro

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3 148,2	3 242,7	3 359,9	1 588,1	1 654,6	1 640,9	1 719,0
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	439,9	455,7	474,0	220,9	234,8	229,5	244,5
Bruttolöhne und -gehälter	2 037,2	2 105,8	2 180,1	1 010,0	1 095,8	1 044,5	1 135,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	671,1	681,2	705,8	357,2	324,0	366,9	338,9
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	565,3	569,3	601,7	266,8	302,5	279,8	321,9
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3 713,5	3 812,0	3 961,5	1 854,8	1 957,1	1 920,7	2 040,8
Abschreibungen	918,2	953,4	993,0	472,8	480,6	492,9	500,1
Bruttonationaleinkommen	4 631,7	4 765,3	4 954,6	2 327,6	2 437,7	2 413,6	2 541,0
<i>Nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	3 307,2	3 395,9	3 532,7	1 644,0	1 751,9	1 702,3	1 830,4
Arbeitnehmerentgelt	2 477,1	2 561,5	2 654,0	1 230,9	1 330,6	1 273,9	1 380,1
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	830,1	834,4	878,7	413,1	421,3	428,4	450,4

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	4,1	3,0	3,6	3,3	2,7	3,3	3,9
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	7,1	3,6	4,0	3,8	3,4	3,9	4,1
Bruttolöhne und -gehälter	4,6	3,4	3,5	3,8	2,9	3,4	3,6
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	4,5	3,5	3,4	4,0	3,1	3,4	3,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,9	1,5	3,6	1,7	1,3	2,7	4,6
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-0,3	0,7	5,7	-1,8	3,0	4,9	6,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,4	2,7	3,9	2,6	2,7	3,5	4,3
Abschreibungen	3,4	3,8	4,2	3,5	4,2	4,3	4,1
Bruttonationaleinkommen	3,4	2,9	4,0	2,8	3,0	3,7	4,2
<i>Nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	3,3	2,7	4,0	2,7	2,7	3,5	4,5
Arbeitnehmerentgelt	5,1	3,4	3,6	3,8	3,0	3,5	3,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-1,4	0,5	5,3	-0,5	1,5	3,7	6,9

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. Euro

Masseneinkommen	2 054,9	2 132,7	2 204,4	1 028,5	1 104,1	1 063,1	1 141,2
Nettolöhne und -gehälter	1 407,4	1 448,7	1 494,0	689,1	759,6	710,3	783,8
Monetäre Sozialleistungen	834,9	870,2	903,7	431,8	438,4	449,0	454,8
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	187,4	186,2	193,4	92,4	93,8	96,1	97,3
Übrige Primäreinkommen ⁴	671,1	681,2	705,8	357,2	324,0	366,9	338,9
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-136,9	-145,7	-149,4	-69,5	-76,1	-71,0	-78,4
Verfügbares Einkommen	2 589,1	2 668,2	2 760,9	1 316,2	1 352,0	1 359,1	1 401,8
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	61,2	61,8	62,4	29,9	31,8	30,2	32,2
Konsumausgaben	2 377,9	2 453,6	2 535,3	1 197,1	1 256,5	1 234,6	1 300,8
Sparen	272,4	276,4	287,9	149,0	127,4	154,8	133,2
Sparquote in Prozent ⁶	10,3	10,1	10,2	11,1	9,2	11,1	9,3

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,9	3,8	3,4	4,0	3,6	3,4	3,4
Nettolöhne und -gehälter	3,8	2,9	3,1	3,4	2,5	3,1	3,2
Monetäre Sozialleistungen	5,4	4,2	3,9	4,2	4,2	4,0	3,7
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	9,6	-0,6	3,9	0,7	-1,8	4,0	3,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,9	1,5	3,6	1,7	1,3	2,7	4,6
Verfügbares Einkommen	3,1	3,1	3,5	3,2	2,9	3,3	3,7
Konsumausgaben	4,2	3,2	3,3	3,3	3,1	3,1	3,5
Sparen	-5,9	1,5	4,2	2,5	0,3	3,9	4,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen für Deutschland
Vorausschätzung für die Jahre 2026 bis 2027

	2025	2026	2027	2026		2027	
				1. Halbjahr	2. Halbjahr	1. Halbjahr	2. Halbjahr
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷							
Einnahmen							
Steuern	1 031,5	1 063,9	1 098,1	528,1	535,8	545,0	553,0
Nettosozialbeiträge	822,9	861,7	902,2	418,1	443,6	436,8	465,4
Vermögenseinkommen	30,8	31,5	32,2	15,8	15,6	16,2	16,0
Sonstige Transfers	30,1	30,8	31,3	14,0	16,9	14,2	17,1
Vermögenstransfers	24,9	22,1	22,9	9,8	12,2	10,1	12,8
Verkäufe	199,7	209,7	220,9	97,2	112,4	102,4	118,5
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	2 140,2	2 219,8	2 307,8	1 083,2	1 136,7	1 124,8	1 183,0
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	704,3	746,2	785,2	357,5	388,8	376,3	408,9
Arbeitnehmerentgelt	384,3	400,6	417,9	193,6	207,1	201,8	216,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	49,5	53,3	59,4	26,5	26,8	29,5	29,8
Subventionen	53,9	59,0	62,5	25,8	33,3	27,1	35,4
Monetäre Sozialleistungen	749,5	781,9	812,5	387,7	394,2	403,4	409,1
Sonstige laufende Transfers	95,3	107,6	111,4	51,8	55,8	53,7	57,7
Vermögenstransfers	78,4	86,2	91,4	33,0	53,2	35,0	56,4
Bruttoinvestitionen	144,8	155,5	169,1	66,2	89,2	72,2	96,9
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-0,6	-0,6	-0,6	-0,3	-0,4	-0,3	-0,4
Insgesamt	2 259,3	2 389,7	2 508,7	1 141,8	1 247,9	1 198,8	1 309,9
Finanzierungssaldo	-119,1	-169,9	-200,9	-58,7	-111,2	-74,0	-127,0

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	3,5	3,1	3,2	3,2	3,1	3,2	3,2
Nettosozialbeiträge	8,8	4,7	4,7	5,0	4,5	4,5	4,9
Vermögenseinkommen	-9,6	2,1	2,5	2,1	2,1	2,5	2,5
Sonstige Transfers	-4,0	2,4	1,4	2,0	2,7	1,4	1,4
Vermögenstransfers	22,9	-11,5	3,7	-21,4	-1,7	2,8	4,4
Verkäufe	7,8	5,0	5,4	5,1	5,0	5,3	5,5
Sonstige Subventionen	-2,1	0,7	0,5	1,7	-0,1	0,4	0,7
Insgesamt	5,7	3,7	4,0	3,7	3,7	3,8	4,1
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	5,6	5,9	5,2	6,4	5,6	5,3	5,2
Arbeitnehmerentgelt	7,5	4,3	4,3	4,4	4,1	4,2	4,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	8,1	7,6	11,4	7,7	7,5	11,4	11,4
Subventionen	-0,6	9,5	5,9	18,2	3,7	5,2	6,5
Monetäre Sozialleistungen	5,6	4,3	3,9	4,3	4,3	4,0	3,8
Sonstige laufende Transfers	5,7	12,9	3,5	13,4	12,5	3,6	3,4
Vermögenstransfers	-6,7	10,0	6,0	13,1	8,1	6,0	6,0
Bruttoinvestitionen	10,3	7,3	8,8	9,1	6,1	9,0	8,6
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1167,8	0,2	0,3	0,2	0,2	0,3	0,3
Insgesamt	5,6	5,8	5,0	6,2	5,4	5,0	5,0

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

⁴ Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuß sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen der Institute; 2026 bis 2027: Prognose der Institute.

Dienstleistungsauftrag des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie



Bundesministerium
für Wirtschaft
und Energie

Der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose gehören an:



Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V. (DIW Berlin)
www.diw.de



ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.
www.ifo.de

in Kooperation mit:
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO)
www.wifo.ac.at



Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH)
www.iwh-halle.de



RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung
www.rwi-essen.de

in Kooperation mit:
Institut für Höhere Studien Wien (IHS)
www.ihs.ac.at



Kiel Institut für Weltwirtschaft
www.kielinstitut.de